



# Landtag von Baden-Württemberg

89. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 10. März 2010 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Mittagspause: 14:38 bis 15:17 Uhr

Schluss: 18:34 Uhr

## INHALT

|   |             |   |      |
|---|-------------|---|------|
| Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .  | 6265        | <b>Religionsgemeinschaft Baden und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs</b><br>– Drucksache 14/5725  |      |
| Begrüßung von Vertretern der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden . . . . .   | 6316        | Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/5982. . . . .   | 6316 |
| <b>1. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und Aussprache . . . . .</b>  | <b>6265</b> | Abg. Volker Schebesta CDU . . . . .   | 6317 |
| Ministerpräsident Stefan Mappus . . . . .   | 6265, 6301  | Abg. Rosa Grünstein SPD . . . . .   | 6317 |
| Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE . . . . .   | 6277, 6309  | Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE . . . . .   | 6318 |
| Abg. Peter Hauk CDU . . . . .   | 6283        | Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP. . . . .  | 6318 |
| Abg. Dr. Nils Schmid SPD. . . . .   | 6290        | Ministerin Dr. Marion Schick . . . . .  | 6319 |
| Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . .   | 6296        | Beschluss . . . . .   | 6320 |
| Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .  | 6313        | <b>5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften</b> – Drucksache 14/5517 |      |
| <b>2. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 1. März 2010 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien</b> – Drucksachen 14/5970, 14/5980 . . . . .                             | <b>6316</b> | Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/5983. . . . .   | 6320 |
| Beschluss . . . . .   | 6316        | Beschluss . . . . .   | 6320 |
| <b>3. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 1. März 2010 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen</b> – Drucksachen 14/5971, 14/5981 . . . . . | <b>6316</b> | <b>6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Ausführung von Artikel 91 c GG</b> – Drucksache 14/5490  |      |
| Beschluss . . . . .   | 6316        | Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/5937. . . . .  | 6321 |
| <b>4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs</b>                          |             | Abg. Guido Wolf CDU. . . . .  | 6321 |
|   |             | Abg. Peter Hofelich SPD . . . . .   | 6322 |
|   |             | Abg. Hans-Ulrich Sekerl GRÜNE. . . . .  | 6323 |
|   |             | Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .  | 6324 |
|   |             | Minister Heribert Rech. . . . .   | 6324 |
|   |             | Beschluss . . . . .   | 6326 |

|  |            |  |      |
|--|------------|--|------|
| 7. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – <b>Leistungssportler und Leistungssport in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 14/3707 . . . . .        | 6326       | <b>Holzmarktlage auf die Forst- und Holzwirtschaft in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 14/3856. . . . .  | 6339 |
| Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .   | 6326, 6332 | Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP. . . . .  | 6339 |
| Abg. Elke Brunnemer CDU . . . . .  | 6327       | Abg. Helmut Walter Rüeck CDU . . . . .   | 6341 |
| Abg. Margot Queitsch SPD . . . . .   | 6328       | Abg. Walter Krögner SPD . . . . .  | 6342 |
| Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE . . . . .  | 6330       | Abg. Reinhold Pix GRÜNE . . . . .  | 6344 |
| Ministerin Dr. Marion Schick . . . . .   | 6331       | Minister Rudolf Köberle . . . . .  | 6345 |
| 8. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – <b>Demokratie lernen und leben – Politische Bildung in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 14/3780. . . . . | 6333       | Beschluss . . . . .  | 6348 |
| Abg. Christoph Bayer SPD . . . . .   | 6333       | 10. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 9. Februar 2010 – <b>Hockenheim, Verkauf von Staatswald</b> – Drucksachen 14/5864, 14/5926. . . . . | 6348 |
| Abg. Sabine Kurtz CDU . . . . .  | 6335       | Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU. . . . .   | 6348 |
| Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . .  | 6336       | Abg. Rosa Grünstein SPD . . . . .  | 6348 |
| Abg. Monika Chef FDP/DVP . . . . .   | 6337       | Abg. Reinhold Pix GRÜNE . . . . .  | 6349 |
| Staatssekretär Georg Wacker . . . . .  | 6338       | Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP . . . . .   | 6350 |
| 9. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>Auswirkungen der aktuellen</b>  |            | Minister Rudolf Köberle . . . . .  | 6351 |
|  |            | Beschluss . . . . .  | 6351 |
|  |            | Nächste Sitzung . . . . .  | 6351 |

## Protokoll

über die 89. Sitzung vom 10. März 2010

Beginn: 10:04 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 89. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Haußmann und Frau Abg. Lösch sowie Herrn Abg. Kübler erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Wonnay, Frau Abg. Dr. Unold sowie Herr Abg. Braun.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Minister Professor Dr. Reinhart und Herr Minister Stächele für heute Nachmittag entschuldigt.

Dienstlich verhindert ist heute ab 12:00 Uhr Herr Minister Professor Dr. Frankenberg.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Antrag der Landesregierung vom 1. März 2010 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksache 14/5970

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Antrag der Landesregierung vom 1. März 2010 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 14/5971

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

\*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

### **Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und Aussprache**

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

(Unruhe)

– Ich darf Sie nochmals bitten, Ruhe zu bewahren.

**Ministerpräsident Stefan Mappus:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich an den Beginn meiner ersten Regierungserklärung den Dank stellen: den Dank für das Vertrauen der Mehrheit, die mich zum Ministerpräsidenten gewählt hat, den Dank an alle, die mir persönliche und gute Wünsche zur Wahl überbracht haben. Ich bedanke mich für dieses Vertrauen. Es stellt für meine Arbeit eine wirklich sehr, sehr wichtige Verpflichtung dar.

Meine Damen und Herren, ich will mich mit dieser Regierungserklärung ausdrücklich auf die wesentlichen Entwicklungen konzentrieren, die im neuen Jahrzehnt zu den großen Gestaltungsherausforderungen für Baden-Württemberg werden.

Baden-Württemberg steht am Wendepunkt der tiefsten Wirtschaftskrise seiner Geschichte. Die Folgen der beispiellosen globalen Rezession haben unser Land, seine Unternehmen, seine Bürgerinnen und Bürger, seine Städte und Gemeinden hart getroffen.

Allmählich kehrt in Branchen und Betrieben die Zuversicht zurück, und allmählich zeigen die wesentlichen Indikatoren der Wirtschaft wieder nach oben. Das reale Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg wird im ersten Quartal voraussichtlich um eineinviertel Prozent wachsen. Deutlich mehr IHK-Unternehmen als noch im Herbst beurteilen die Lage wieder als gut und rechnen vor allem mit einer anziehenden Auslandsnachfrage.

Die beste Nachricht aber ist: Im Februar hatte Baden-Württemberg wieder eine sinkende Arbeitslosenquote zu verzeichnen – übrigens als einziges Bundesland in Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir Baden-Württemberger haben allen Grund, mit Selbstvertrauen ins neue Jahrzehnt zu schauen. Ich bin der Überzeugung: Wir haben die Kraft, die Ideen und die Strukturen, um einmal mehr zum Gewinner eines neuen Aufschwungs zu werden. Wir haben die Haltung und die Moral, um Strukturwandel und Veränderung erneut vor allem als Chance zu begreifen. Wir haben die Erfahrung und die Kreativität, um auch aus dieser Krise die richtigen Lehren zu ziehen.

Schon oft haben wir Baden-Württemberger Krisen und Umbrüche bestanden und erfolgreich gestaltet. Von den Ölpreisschocks der Siebzigerjahre über die Maschinenbaukrise der Neunziger bis hin zum Einbruch des Neuen Marktes und zum 11. September 2001 – immer haben wir Krisengeschehnisse

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

als Katalysatoren für Neues, für Vielversprechendes, für Chancenreiches genutzt.

Baden-Württemberg ist ein starkes Land, und mit dieser Stärke werden wir auch den Verunsicherungen und vor allem den Herausforderungen dieser Zeit erfolgreich begegnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich weiß, viele Menschen in Baden-Württemberg machen sich Sorgen um ihre Zukunft. Viele Eltern haben Zweifel, ob es ihren Kindern eines Tages noch so gut gehen wird wie uns heute. Viele Arbeitnehmer spüren, dass ihnen die Berufswelt bald noch mehr abverlangt wird, und viele Bürgerinnen und Bürger verlangen, dass auf dem Weg aus der Krise wieder echte Werte und nicht schlechte Wertpapiere den Kurs bestimmen.

Sie alle dürfen und können von meiner Regierung gute, klare und vor allem fundierte Entscheidungen erwarten. Sie alle haben Anspruch darauf, dass ihre Interessen in unserer Politik einen fairen und vor allem ehrlichen Ausgleich finden. Sie alle werden in dieser Landesregierung einen verlässlichen und vor allem berechenbaren Partner haben.

Ich bin überzeugt: Baden-Württemberg wird sich seinen Platz in diesem neuen Jahrzehnt engagiert und beharrlich erarbeiten. Wir werden gemeinsam neue Chancen verwirklichen und dabei unsere alten Stärken einsetzen. Wir werden uns dem Wettbewerb stellen und dabei weiter Einigkeit und Zusammenhalt beweisen. Wir werden selbstbewusst unseren Baden-Württemberg-Weg gehen und damit das Vertrauen in dieses Land, in seine Kraft und in seine Zukunft immer wieder von Neuem begründen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein erstes und wichtiges Bewährungsfeld für unser Krisenfolgenmanagement ist ohne jede Frage die Haushaltspolitik. Hier wird unter dem Strich sichtbar, wie schnell und wie nachhaltig wir zu einer neuen Normalität nach der Krise zurückfinden.

Richtig ist: Im Sog der wirtschaftlichen Entwicklung waren neue Schulden im aktuellen Landeshaushalt unumgänglich und ohne verantwortbare Alternative. Ich glaube, das hat auch in diesem Haus bei den Etatberatungen niemand bestritten. Wir investieren gegen die Auswirkungen der Krise und sichern so Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und vor allem Innovationsfähigkeit in Baden-Württemberg.

Dabei unterstreiche ich noch einmal: Obwohl Baden-Württemberg von den negativen Konjunkturausschlägen stärker betroffen war als vergleichbare Länder, ist unser Haushalt weiterhin solider. Hessen oder Rheinland-Pfalz nehmen im Jahr 2010 pro Kopf weit mehr als doppelt so viele Schulden auf wie Baden-Württemberg, obwohl sie schon heute deutlich mehr Schulden haben. Auch Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen rutschen deutlich tiefer in die roten Zahlen als wir.

Dass wir hier so gut abschneiden, ist unter dem Druck der Steuerausfälle eine bemerkenswerte Leistung und beweist die konzeptionelle Kraft, die Disziplin und die klare Linie unserer Politik.

Umso mehr bekräftigt diese Landesregierung das bleibende politische Ziel der Nettonullverschuldung für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Wir werden die krisenbedingte Neuverschuldung in den nächsten Jahren wieder zurückführen, und wir stehen zu den Verpflichtungen der Schuldenbremse und der Landeshaushaltsordnung.

Die Bearbeitung der finanziellen und haushaltspolitischen Krisenfolgen ist eine der Schlüsselaufgaben der Landespolitik. Für die Haushaltsstruktur heißt das: Wir müssen neu darüber nachdenken, was tatsächlich Sache des Staates ist und sein kann. Mein Wort gilt: Bei Kindern und Bildung wird nicht gespart.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Überall sonst werden wir aber schon bald, unmittelbar nach dem Ende der Wirtschaftskrise, auf der Basis stabiler makroökonomischer Entwicklungen die drängende Frage beantworten müssen: Was können wir uns nicht mehr leisten?

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ja, was denn?)

Welche Gewohnheiten und Besitzstände entsprechen nicht mehr unserer Zeit?

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ja, welche?)

Wo können wir Stärke und Spielraum gewinnen, indem wir uns auf das Eigentliche konzentrieren und dafür auf manches Wünschenswerte verzichten? Lassen Sie uns offen und ohne falsche Rücksicht Gehabtes infrage stellen.

Wir werden hier, Herr Kollege, sehr bald sehr konkret darüber diskutieren. Ich erwarte dann aber auch von der Opposition eine konstruktive und verantwortungsvolle Haltung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Neben einer tragfähigen Haushaltsstruktur brauchen wir in diesem Land eine neue Haushaltskultur. Die problemlösende Kraft der Politik kann sich nicht mehr immer nur nach der Geldsumme bestimmen, die wir einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Mit anderen Worten: Baden-Württemberg ist erfolgreich geworden, weil wir gelernt haben, aus wenig viel zu machen. Auf diese baden-württembergische Urtugend wird es in den kommenden Jahren wieder mehr denn je ankommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Landesregierung wird ihre Haushaltspolitik weiterhin konsequent auf Nachhaltigkeit und vor allem auf Generationengerechtigkeit ausrichten. Dies ist nicht neu. Schon in den vergangenen Jahren haben wir betriebswirtschaftliche Ele-

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

mente im Haushaltswesen verankert und damit den festen Willen zu einer soliden Finanzpolitik bewiesen. Diesen Kurs werde ich konsequent fortsetzen.

Nicht zuletzt, meine Damen und Herren: Unter der Wirkung der haushaltspolitischen Krisenausläufer wird der Länderfinanzausgleich für Baden-Württemberg zu einem noch schmerzhafteren Aderlass. In diesem Jahr, in diesem Krisenjahr 2010, werden wir wieder 1 600 Millionen € an andere Länder überweisen. Der Länderfinanzausgleich in seiner heutigen Form bis zum Jahr 2019 enthält zu viele Fehlanreize und vor allem zu wenig klare Konditionierungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb habe ich gemeinsam mit den Kollegen in Bayern und Hessen abgestimmt, dass wir eine neue Initiative für eine gerechtere Verteilung der Länderfinanzen ergreifen und die Wirkmechanismen des bestehenden Systems ohne Denkverbote zur Diskussion stellen. Wir finden: Es ist nicht mehr die Zeit für bedingungslose und unbestimmte Transfers von wenigen Ländern an viele, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

Auch hier gilt übrigens der Grundsatz: Wer sich fördern lässt, muss auch Forderungen erfüllen. Um die Länderfinanzen neu auszutarieren, fordern wir zusätzlich eigene Steuerkompetenzen für die Länder. Wir sollten hier selbstbewusst und ehrgeizig genug sein, um neue föderale Spielräume zu schaffen und zu nutzen.

Auch unsere Städte und Gemeinden leiden unter der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Schere zwischen ihren Einnahmen und ihren Ausgaben geht zunehmend auseinander. Die Bruttogewerbesteuerereinnahmen sind vom Jahr 2008 auf das Jahr 2009 um mehr als 25 % gesunken. Gleichzeitig müssen die Kommunen allein für Personal- und Sozialausgaben 0,6 Milliarden € mehr aufbringen.

Ich will die Situation der Kommunen deshalb nicht schönreden. Aber richtig ist: Im Bundesvergleich ist die Finanzausstattung unserer Kommunen gut und die Verschuldung gering. Das ist ein Erfolg unserer Bürgermeister, Kämmerer und Gemeinderäte, ein Beweis für die funktionierende Aufsicht, aber auch ein Beleg dafür, dass das Land seine Kommunen in der Vergangenheit und im Rahmen des Möglichen gut behandelt hat. Und so wird es bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auch umgekehrt gilt: Die Kommunen haben sich immer konstruktiv gezeigt, wenn es darum ging, einen gemeinsamen Weg zu finden. Ich nenne als Beispiele den Orientierungsplan für unsere Kindergärten und den Konsolidierungsbeitrag der Kommunen.

Die enge Partnerschaft zwischen dem Land und den Kommunen wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Sie ist ein Schlüssel für gute Politik in Baden-Württemberg. Dafür stehe ich auch in Zukunft ein.

Klar ist aber auch: Die finanziellen Möglichkeiten des Landes sind begrenzt. Was dem Land durch den Umsatzsteuer- und

den Länderfinanzausgleich entzogen wird, nimmt uns in der Folge auch Spielräume, um mit dem kommunalen Finanzausgleich noch mehr für unsere Kommunen zu tun.

Die Krise zeigt einmal mehr besonders deutlich, wie konjunkturabhängig die Gewerbesteuer als Hauptgeldquelle der Städte und Gemeinden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deshalb ist es gut, dass die Koalition in Berlin eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzierung verabredet hat, um die Einnahmen der Kommunen auf gesunde und stabile Füße zu stellen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Da sind wir einmal gespannt!)

Wir werden die Arbeit der Kommission intensiv begleiten. Das ist keine einfache Aufgabe, denn wer den Kommunen helfen will, darf dabei auch die Interessen der Steuerzahler nicht vergessen.

Die Kommission wird sich aber genauso mit der Ausgabeseite befassen müssen. Da es hier vor allem um die Sozialausgaben geht, wird schnell klar, welches heiße Eisen zu schmieden ist.

Ein weiteres Thema in Bezug auf die Ausgaben muss der Abbau von Standards sein. Hier erwarte ich den Mut, alles auf den Prüfstand zu stellen. Auch im Land werden wir uns parallel dazu fragen müssen, ob all das, was wir den Kommunen vorschreiben, notwendig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Welche Standards?)

Meine Damen und Herren, was macht Baden-Württemberg aus? Was ist für unser Land, um ein aktuelles Modewort zu verwenden, systemrelevant? Systemrelevant sind für mich eben nicht nur Banken und Großkonzerne, sondern systemrelevant für Baden-Württemberg sind der Mittelstand, das Handwerk, die Millionen Schaffer, die unser Land mit ihrem Wissen und ihrem Fleiß jeden Tag zu einer europäischen Spitzenregion machen. Sie verdienen unsere Aufmerksamkeit, gerade in Zeiten der Krise.

Deshalb war es richtig, dass die Bundesregierung vor allem diese Durchschnittsverdiener von Steuern und Abgaben entlastet hat.

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

Meine Damen und Herren, eine vierköpfige Familie in Deutschland mit einem Durchschnittseinkommen hat in diesem Jahr netto 1 062 € mehr im Geldbeutel als im Jahr 2009.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich bleibe dabei: Es war richtig, dass wir mit der Abschwächung der kalten Progression ein Zeichen für mehr Leistungsgerechtigkeit in Deutschland gesetzt haben, und es war rich-

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

tig, dass die SPD in der Großen Koalition dem zugestimmt hat. Aber wir wollen, dass die kalte Progression weiter abgeschwächt wird. Das sind wir der Mittelschicht und dem Mittelstand schuldig. Dafür werden wir auf Bundesebene kämpfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Wir stehen weiterhin zur Idee eines vereinfachten und verschlankten Steuerrechts, auch wenn ich weiß, dass dies in der jetzigen Situation der öffentlichen Haushalte nicht unmittelbar umsetzbar ist.

Aber wir alle sind uns einig: Wer aufsteht, arbeiten geht, für sich selbst sorgt, muss am Ende des Tages mehr haben als jemand, der nicht arbeitet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bravo! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! – Zuruf: Sehr gut! – Abg. Bärbel Mielich GRÜNE: Das ist schon jetzt so! – Unruhe)

Gerade weil dies so sein muss,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Es ist so!)

werden wir alles dafür tun, dass auch tatsächlich – wenn irgend möglich – jeder arbeiten und für sich selbst sorgen kann. Deshalb müssen wir neu darüber nachdenken, was wir gerade für Menschen mit niedrigen Einkünften tun können, damit sich auch für sie persönlich Arbeit und Leistung wirklich auszahlen.

Ich bin deshalb sehr dafür, dass wir nicht nur die Anhebung der Hinzuverdienstgrenze, sondern – gerade mit Blick auf die Bundesebene – auch Kombilohnmodelle, Konzepte zur negativen Einkommensteuer oder die Idee der aktivierenden Sozialhilfe unter genau diesem Gesichtspunkt ideologiefrei diskutieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gute Rede!)

Das Land als Arbeitgeber wird ein klares Zeichen setzen: Wir nehmen im Rahmen der Dienstrechtsreform rund 40 Millionen € für strukturelle Verbesserungen gerade für die unteren Besoldungsgruppen in die Hand. So schaffen wir den einfachen Dienst vollständig ab und heben das Gehalt der betroffenen Mitarbeiter an. Zudem schaffen wir hier in Baden-Württemberg mehr Beförderungsmöglichkeiten für den mittleren Dienst.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, unsere Politik für die Mitte bleibt richtig. Mitte, Maß und Ausgleich gehören seit jeher zu den klassischen Stärken baden-württembergischer Politik. Diese typischen Stärken werden wir auf dem Weg aus der Krise nutzen.

Das beginnt natürlich bei unserem soliden und leistungsfähigen Mittelstand, bei unseren Familienunternehmen, für die es nicht nur ums schnelle Geld und um glänzende Quartalszahlen geht. Sie sind der Schlüssel zu sozialem Frieden und

flächendeckendem Wohlstand, wie es dies in keinem anderem Bundesland in Deutschland gibt. Sie leisten für Integration und soziale Teilhabe mehr als so manches bürokratische Programm.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr richtig!)

Sie übernehmen Verantwortung für ihre Leute und für den Standort Baden-Württemberg. Auf sie werden wir das Augenmerk unserer Politik künftig noch stärker richten.

Davon, wie Mittelständler und Unternehmer vor Ort die Krise managen, können wir alle, meine Damen und Herren, viel lernen, etwa von dem Maschinenbauer in Reutlingen, der auf dem Tiefpunkt der Krise ganz bewusst Forschung und Entwicklung verstärkt hat und mit der Produktionstechnologie für Lithium-Ionen-Batterien auf ein neues, wachsendes Geschäftsfeld setzt. Oder von dem Dettinger Autozulieferer, bei dem man die Kurzarbeit im Unternehmen genutzt hat, um die Mitarbeiter in über 80 verschiedenen Programmen weiterzubilden. Hier wird konkret, was es heißt, die Krise als Chance zu begreifen.

Richtig ist: Die Finanzierung vieler mittelständischer Unternehmen steht zurzeit auf tönernen Füßen. 40 % der Unternehmen in Baden-Württemberg klagen laut Ifo-Institut über eine restriktive Kreditvergabe. Ich beobachte dies mit großer Sorge. Viele kerngesunde Betriebe mit profitablen Produkten haben ihre Kapitalreserven in der Krise aufgezehrt und brauchen jetzt an der Schwelle zu einer neuen Wachstumsphase frisches Geld. Hier müssen und hier werden wir etwas tun.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja was? Was denn? – Abg. Martin Rivoir SPD: Aber was?)

Allerdings kann es dabei nur um ökonomisch sinnvolle und zielgenaue Instrumente und nicht um Gießkannenaktionismus gehen.

Das Land hält mit einer ganzen Reihe von Instrumenten effektive Hilfe bereit. Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft stellt aktuell weit über 1 000 Unternehmen Beteiligungskapital zur Verfügung. Die L-Bank hat einen speziellen Mittelstandsfonds im Portfolio. Das Land unterstützt mittelständische Firmen mit großzügigen Bürgschaften und Förderdarlehen. Parallel dazu stehen im Wirtschaftsfonds Deutschland des Bundes 115 Milliarden € zur Unternehmensfinanzierung bereit. Von diesen Mitteln sind übrigens aktuell noch nicht einmal 10 % abgerufen. Ich bin gern bereit, gemeinsam mit der mittelständischen Wirtschaft sehr kurzfristig darüber nachzudenken, wie wir diese Angebote hier in Baden-Württemberg weiter optimieren und noch genauer justieren können.

Wir werden mit der L-Bank kurzfristig ein zusätzliches Maßnahmenpaket schnüren, um die Versorgung mit Eigen- und Fremdkapital zu verbessern. Bausteine dieses Pakets sind die Gewährung einer Rückbürgschaft des Landes bei wichtigen Kreditprogrammen der L-Bank, die Aufstockung und der Ausbau der Eigenkapitalprogramme des Landes sowie die Verbesserung der Konditionen vor allem bei Kleinkrediten der L-Bank, um Existenzgründungen zu erleichtern.

Für weit entscheidender aber, meine Damen und Herren, halte ich einen ganz anderen Punkt:

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Die Eigenkapitalvorschriften von Basel II können den Druck auf dem Kreditmarkt zulasten vieler Mittelständler gerade in der Krise zusätzlich verschärfen. Ich möchte erreichen, dass wir an den Vorstoß des ehemaligen Bundesfinanzministers Steinbrück anknüpfen und auf eine zumindest zeitlich befristete Abschwächung der Basel-II-Regeln drängen. Vor allem aber möchte ich, dass wir darauf hinarbeiten, dass zusätzliche krisenverschärfende Elemente bei den jetzt zu planenden Eigenkapitalvorschriften von Basel III ausbleiben.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Die Wirtschaft braucht keine staatliche Finanzierung, sondern sie braucht ausreichend privates Geld von den Banken in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Darum müssen wir uns kümmern. Ich fordere die Banken auf, ihrer Verantwortung endlich gerecht zu werden und gute Unternehmen mit guten Produkten und guter Perspektive auch mit gutem Geld zu versorgen.

Für die mittelständische Kundschaft hat nicht zuletzt das Geschäftsmodell der LBBW in der Krise stabilisierend gewirkt. Mit der Neustrukturierung stellen wir jetzt genau diesen Kern wieder in den Mittelpunkt. Damit ist klar: Die LBBW bleibt die Bank für den Mittelstand in Baden-Württemberg. Wir werden ihren Umbau in enger Abstimmung mit allen anderen LBBW-Trägern noch vor der parlamentarischen Sommerpause zügig umsetzen. Mit Blick auf die weitere Entwicklung der Bankenlandschaft in Deutschland sollten wir uns im Übrigen nicht vorschnellen Tabus unterwerfen, die unsere Möglichkeiten einschränken.

Meine Damen und Herren, schon heute steht fest: Die Krise hat die globale Wirtschaft verändert. Industriebereiche bauen sich um, Märkte richten sich neu aus, ganze Wertschöpfungsketten reorganisieren sich. Im neuen Jahrzehnt werden sich die globalen ökonomischen Gewichte verschieben.

Auch unsere Wirtschaft hier im Land steht unter diesem Anpassungsdruck. Nicht nur die großen Konzerne, auch die mittelständischen Weltmarkt- und Technologieführer überall in Baden-Württemberg haben Kunden in aller Welt. Sie sind es, die die Marke Baden-Württemberg als Tüftlerland von Weltgeltung prägen. Auch nach der Krise werden baden-württembergische Hightechprodukte und Investitionsgüter zu den besten der Welt gehören und rund um den Globus gefragt sein.

Neben den großen Märkten China und Indien sehe ich besonders in der ASEAN-Region noch erhebliche Chancen. Ich werde deshalb noch in diesem Jahr eine große Wirtschaftsdelegation in einige dieser aufstrebenden Staaten führen. Als Exportland im Herzen Europas braucht Baden-Württemberg auch in Zukunft offene Märkte und einen fairen internationalen Wettbewerb.

Im vergangenen Jahr hat die Weltbank aber bei 17 der G-20-Staaten konkrete protektionistische Schritte festgestellt. Doch die Abschottung nationaler Märkte kann nicht die Lehre aus der Krise sein. Wir werden deshalb im Interesse des Erhalts unserer Arbeitsplätze bei der Bundesregierung und der EU darauf drängen, dass sie zusammen mit unseren internationalen

Partnern schnellstmöglich verbindliche und vor allem wirksame Regeln gegen Protektionismus auf den Weg bringen.

Baden-Württemberg ist in der Vergangenheit zum Gewinner der Globalisierung geworden. Eine freie und intakte globale Handelsordnung ist deshalb für uns von zentralem Interesse. Darauf werden wir gegenüber dem Bund, aber auch bei unserer eigenen Europapolitik verstärkt achten.

Meine Damen und Herren, zu den klassischen Stärken Baden-Württembergs gehört neben der soliden und kreativen Wirtschaft auch der faire Ausgleich zwischen Stadt und Land. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, in dem es keine strukturschwachen Gebiete gibt. In Zukunft wird es Kernziel und Selbstverständnis auch dieser Regierung sein, dass Chancen und Entwicklung in den Zentren und in der Fläche gleichermaßen zu Hause sind. Wir werden es auch in Zeiten knapper Ressourcen nicht zulassen, dass Städte und ländliche Räume gegeneinander ausgespielt werden.

Unsere Verantwortung gilt dem ganzen Land Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden dafür sorgen, dass die Menschen auf dem Land Anschluss an Wohlstand und Wachstum im neuen Jahrzehnt halten können. Dazu setzen wir außer auf unsere erfolgreichen Strukturförderprogramme auch auf eine flächendeckende Anbindung an das schnelle Breitbandnetz.

Wir werden unsere mustergültig integrierte Agrar- und Strukturpolitik fortentwickeln und unsere Spitzenposition im Agrarumweltbereich festigen.

Wir sind Partner der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, die qualitativ hochwertige Lebensmittel erzeugen und vor allem unsere Kulturlandschaften bewahren. Sie haben deshalb Anspruch auf einen verlässlichen Ausgleich für ihre Arbeit. Auch das ist für uns eine Frage der Fairness, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Baden-Württemberg ist seit jeher eines der sichersten Länder Deutschlands. Auch das ist eine unserer klassischen Stärken. In Baden-Württemberg gibt es keine Toleranz für Extremismus – weder für Extremismus von der rechten noch von der linken Seite.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es gibt gleichfalls keinerlei Toleranz gegenüber Gewalt und rechtsfreien Räumen.

Wir setzen auf eine echte Sicherheitspartnerschaft zwischen Bürgern und Polizei. Die Bürgerinnen und Bürger im Land erwarten von Politik und Behörden, dass sie sicher leben können. Wir müssen deshalb unserer Polizei weiterhin die notwendigen Ressourcen an die Hand geben, um diese Erwartung einzulösen.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass der Polizeiberuf attraktiv bleibt. Deshalb werden wir die Besoldungsstrukturen ver-

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

bessern, zusätzliche Aufstiegsmöglichkeiten für unsere Polizeibeamten schaffen und vor allem die Ausrüstung sowie das Arbeitsumfeld der Polizei weiter modernisieren.

Wir stehen für eine Kultur des Hinschauens und nicht des Wegschauens. Das gilt vor allem für Gewalt im öffentlichen Raum, die wir konsequent bekämpfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dazu gehört für mich, dass wir zukünftig eine Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung öffentlicher Gebäude schaffen und dass in Nahverkehrszügen – vor allem abends – Zugbegleiter für Sicherheit sorgen; das werden wir bei künftigen Neuausschreibungen zur Bedingung machen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Auch die Gewaltprävention bleibt eine polizeiliche Kernaufgabe. Die Polizei wird weitere Präventionsprojekte initiieren und aktiv daran mitwirken.

Sicherheit ist ein messbarer Wettbewerbsvorteil und ein Merkmal unserer Lebensqualität. Das müssen wir uns gerade im neuen Jahrzehnt erhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Eine weitere typische baden-württembergische Stärke ist das freiwillige Engagement unzähliger Menschen. Dieses Engagement ist der wahre große Reichtum unseres Landes, und zwar jenseits der Erwerbswirtschaft. Fast jeder zweite Baden-Württemberger bringt sich ehrenamtlich ein; das ist die höchste Quote in Deutschland. Sie alle leisten Wertvolles für diese Gesellschaft, und sie machen vor allem deutlich: In einem starken Land ist eine starke Wirtschaft längst nicht alles.

Bei der Erziehung unserer Kinder, bei der Pflege älterer Menschen, in Kirchen, Vereinen, Gewerkschaften und Parteien – überall widmen Menschen dem Zusammenhalt im Land ihre Kraft und ihre Zeit. Ihnen gilt unser ganz besonderer Respekt.

Ich bin stolz darauf, dass es diese große Einsatzbereitschaft in Baden-Württemberg gibt. Deshalb werden wir unsere anerkannten Initiativen zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements fortsetzen und ausbauen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ebenso wie das Ehrenamt prägen Kunst und Kultur die Identität unseres Landes. Sie sind kein Luxus, sondern Ausdruck und Spiegel eines schöpferischen und innovationsfähigen Gemeinwesens.

Wir werden bis zur parlamentarischen Sommerpause die mittlerweile 20 Jahre alte Kunstkonzeption fortschreiben und kulturpolitische Schwerpunkte für das neue Jahrzehnt benennen. Künstlerische Vielfalt und kreatives kulturelles Leben sind für eine offene und selbstbewusste Gesellschaft elementar, gerade hier und heute in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die ganz besondere klassische Stärke Baden-Württembergs liegt schließlich in seiner beispiellosen Innovationskraft. Wir haben eine traditionelle, äußerst wertvolle Innovationskultur in diesem Land. Es ist unsere unverwechselbare Kernkompetenz, aus guten Ideen noch mehr neue gute Ideen zu machen. Das ist der baden-württembergische Erfindergeist, der ganz zu Recht unser Selbstbewusstsein prägt und unser Handeln antreibt.

Baden-Württemberg ist Heimat mit Zukunft. Wir haben konkurrenzlose Innovationsvoraussetzungen und -potenziale. Wir sind bei den Wachstumsbranchen der Zukunft am breitesten und am offensivsten aufgestellt.

Wir haben die reichste Forschungslandschaft, die besten Universitäten und vor allem die profiliertesten Innovationskerne. Bei der Forschungsintensität liegt Baden-Württemberg mit einem Anteil der Forschungsausgaben an der Wirtschaftsleistung von 4,4 % an der Spitze in ganz Europa. Selbst oder gerade im Krisenjahr 2009 konnte Baden-Württemberg seine Spitzenposition bei den Patentanmeldungen noch einmal ausbauen. Allein bei Bosch sind an jedem einzelnen Arbeitstag 15 neue Patente entstanden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Vom Karlsruher Institut für Technologie über die zahlreichen Spitzencluster bis hin zum mittelständischen Tüftler – überall leisten Forscher und Ingenieure in diesem Land bahnbrechende Pionierarbeit.

Wir gehen im Forschungsbereich neue Wege. Wir sind bereit, das Max-Planck-Institut für Metallforschung neu auszurichten und eine Außenstelle in Tübingen einzurichten, damit Ingenieurwissenschaften und Biologie zusammenwachsen können.

Wir werden die Rolle der Fachhochschulen als Innovationsmotoren in den Regionen stärken. Sie sollen gezielt gerade für kleine und mittelständische Unternehmen forschen. Dazu werden wir die Fachhochschulen zu Hochschulen für angewandte Wissenschaften weiterentwickeln.

Wir in Baden-Württemberg brauchen den Wandel nicht zu fürchten. Wir sind die Gewinner und die Gestalter des Wandels. Wer, meine Damen und Herren, wenn nicht wir, sollte die technologische Erneuerung von der Spitze aus führen?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wer, wenn nicht wir, könnte die Triebfeder neuer Innovationszyklen sein?

(Zuruf von der SPD: Wer?)

Wer, wenn nicht wir, ist in der Lage, sich immer wieder neu zu erfinden und dabei zugleich die Substanz zu bewahren?

Während andere veraltete Technologien und Industriemuseen jahrzehntelang subventionieren, sind wir dort, wo neue Industrien, neue Wertschöpfung und neue Jobs entstehen. Anpassungsdruck ist für die meisten Unternehmen im Land keine Gefahr, sondern ein Motor des Fortschritts.

Um noch genauer und gezielter zu wissen, wo unsere größten Wachstumschancen im neuen Jahrzehnt liegen, wird die Lan-

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

desregierung ein grundlegendes Expertengutachten in Auftrag geben. So wollen wir lernen, wo wir Akzente neu setzen müssen und was wir noch mehr tun können, um die kommenden Möglichkeiten unseres Landes optimal zu nutzen.

Wir bauen damit auf den Vorarbeiten des Innovationsrats Baden-Württemberg auf, der wegweisende Leitideen zur Forschungs- und Technologiepolitik formuliert hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Eine entscheidende industrielle Entwicklung im neuen Jahrzehnt, die wir vor allen anderen bestehen und bestimmen müssen, ist die automobiler Zukunft. Wir müssen verstehen: Automobile Fortbewegung wird weiter der Wunsch der Menschen sein. Das Auto ist nicht ersetzbar, erst recht nicht in einem Flächenland wie Baden-Württemberg. Deshalb hat das Autoland Baden-Württemberg eine gute und chancenreiche Zukunft.

Verändern wird sich allerdings die automobiler Technik. Denn es steht fest: Die Zeit der fossilen Kraftstoffe läuft ab. Der klassische Verbrennungsmotor wird kontinuierlich Marktanteile verlieren.

Wir wissen heute noch nicht, welche neue Antriebsform den Autoverkehr in 20 oder 30 Jahren dominieren wird. Aber wir wissen: Das Autoland Baden-Württemberg darf und wird die Initiative im Bereich der automobiler Zukunft nicht anderen überlassen.

Es ist unser erklärtes Ziel, Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit unseren Autoherstellern und Zulieferern als Motor, Modellland und Leitanbieter automobiler Zukunftstechnologien zu positionieren. Wir werden dazu eine umfangreiche Agenda verfolgen. So wird das Land die Etablierung einer neuen Fraunhofer-Projektgruppe für alternative Antriebe in Karlsruhe ebenso fördern wie das geplante Helmholtz-Institut für Elektrochemie und Elektromobilität an der Universität Ulm.

Um für das Thema Elektromobilität mit seinen Facetten Batterieelektrik, Hybridtechnik und Brennstoffzelle umfassend gerüstet zu sein, bietet die neue Landesagentur e-mobil BW eine Plattform, um Unternehmen und Know-how zu vernetzen.

Wir fördern darüber hinaus gezielt den Ausbau wichtiger Forschungsinfrastrukturen. So erhält die Universität Stuttgart einen neuen Höchstleistungsrechner. Ferner wird die Zusammenarbeit mit dem KIT weiter ausgebaut. Außerdem investieren wir in die Bereiche Batterietechnik und Leichtbau.

Diese und weitere Einrichtungen und Initiativen wollen wir zu einem flächendeckenden Lehr- und Forschungsnetz „Automobiler Zukunft Baden-Württemberg“ verknüpfen und optimal aufeinander abstimmen. Auf diese Weise werden wir Wissen vervielfältigen und eine breite Basis für neues Know-how und neue Produkte schaffen.

Auch die Wirtschaft, meine Damen und Herren, müssen wir dazu in die Pflicht nehmen. Mit dem landesweiten Cluster Automotive haben wir hier schon große Schritte in die richtige Richtung gemacht.

Wir werden einen Autogipfel der Sitzländer der deutschen Autoindustrie anstoßen und dort auf Spitzenebene mit der Automobilwirtschaft über die kommenden Herausforderungen sprechen. Dabei wird es in erster Linie um eine sinnvolle Aufgabenverteilung zwischen Industrie und Politik auf dem Weg in die automobiler Zukunft gehen.

Die Zukunft des Automobils hat schon begonnen. Wir wollen, dass ihre wichtigsten Kapitel bei uns in Baden-Württemberg geschrieben werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Wachstum und die Arbeitsplätze der industriellen Zukunft werden außerdem besonders im Bereich der innovativen Umwelttechnik entstehen. Das ist ein Thema, das ich in den nächsten Jahren ganz besonders und intensiv verfolgen werde. Hier nimmt Baden-Württemberg schon heute einen führenden Rang ein.

Viele baden-württembergische Unternehmen haben die Chancen dieser Branchen fest im Blick. Im Bund-Länder-Vergleich erzielen wir die zweithöchsten Umsätze – bei zweistelligen Wachstumsraten. Mehr als jede fünfte Kilowattstunde Strom aus Sonnenenergie bundesweit wird im Südwesten erzeugt.

(Zuruf von den Grünen)

Unser Ziel heißt darüber hinaus: Wir machen Baden-Württemberg zum Umweltinnovationslabor Europas. Wir werden damit dem Innovationsvorsprung Baden-Württembergs eine neue Ausrichtung geben und gleichzeitig die wachsenden Märkte für nachhaltige Technik aus Baden-Württemberg erschließen.

Weltweit verlangen Klimaschutz, Luftreinhaltung und knappere Rohstoffe neue und hoch entwickelte Lösungen. Für unsere Hightechbetriebe bedeutet das ein enormes Absatzpotenzial. „Umwelttechnik made in Baden-Württemberg“ muss in der Welt einen genauso guten und bekannten Namen haben wie unsere Premiumautomobile oder unsere Präzisionsmaschinen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Eine konsequente Landesstrategie „Umwelttechnik und Ressourceneffizienz“ wird dazu alle Ansätze bündeln. Ergänzend werden wir einen Umwelttechnikatlas erarbeiten, der alle Potenziale im Land systematisch erfasst und vor allem eine koordinierte Branchenentwicklung ermöglicht.

Damit unsere Wirtschaft auf dem Weltmarkt der Umwelttechnik künftig kräftiger Fuß fasst, will ich ein Technologie- und Innovationszentrum für Umwelttechnik einrichten. Meine Damen und Herren, wir brauchen ein Schaufenster zur Technologiedemonstration und zur Exportförderung gerade auf diesem wichtigen Zukunftsfeld.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Baden-Württemberg hat einen wahren Boom an Investitionen und Innovationen mit Blick auf erneuerbare Energien gerade für das Handwerk in Baden-Württemberg ausgelöst. Wir haben damit ein Ausrufe-

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

zeichen hinter unseren Anspruch gesetzt, Baden-Württemberg als Pionier klimafreundlicher Energietechnologien zu profilieren. Und wir haben gesehen: Die Schrittmacherrolle Baden-Württembergs in der Umwelttechnik lebt auch von anspruchsvollen Umweltstandards. Deshalb werden wir das Erneuerbare-Wärme-Gesetz weiterentwickeln und bekräftigen unsere Absicht, den Anteil regenerativ erzeugter Wärme konsequent und deutlich zu erhöhen.

Das laufende Klimaschutzkonzept werden wir noch in dieser Legislaturperiode durch ein neues Klimaschutzkonzept „2020 Plus“ ablösen. Die Landesregierung wird darin ambitionierte Ziele formulieren, damit wir Energie deutlich effizienter nutzen,

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

damit mehr Energie aus regenerativen Quellen kommt, damit die Umsätze und die Gewinne aus der Energieerzeugung im Land bleiben und damit wir weniger Geld für Energieimporte und an Rohstoffländer wie Russland bezahlen müssen. Wir stellen damit die Weichen in Richtung einer weiteren Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir brauchen darüber hinaus noch konkretere Erkenntnisse über die Auswirkungen des Klimawandels hier in Baden-Württemberg. Deshalb planen wir ein neues Forschungsprogramm, das die regionalen Folgen der Erderwärmung präzise aufzeigt.

Als Ausblick in die Zukunft wollen wir mehrere Modellprojekte „Klimaneutrale Stadt“ in Baden-Württemberg realisieren. Wir wollen damit zeigen, was auch in gewachsenen Städten und Dörfern möglich ist, um einen weitreichenden ökologischen Anspruch zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren, wenn wir wirklich für einen wirklichen Klimaschutz eintreten, brauchen wir den Beitrag, den die Kernenergie zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen leistet. Wir wollen die Kernkraft als grundlastfähige Brückentechnologie, bis regenerative Energien in ausreichendem Maß und kostengünstig zur Verfügung stehen. Es ist objektiv ein Irrweg, sichere und „CO<sub>2</sub>-freie“ Kernkraftwerke abzuschalten, um dafür klimaschädlich Strom aus Braunkohle oder aus Gas zu erzeugen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Aber eine Laufzeitverlängerung ohne einen wesentlichen Beitrag der Kraftwerksbetreiber zur schnelleren und effizienteren Erforschung und Einführung erneuerbarer Energien wird es mit mir nicht geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir erwarten deshalb mehr Engagement der großen Energieversorger.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Höchste Zeit!)

Wir erwarten, dass die zusätzlichen Gewinne durch die Laufzeitverlängerung mindestens zu 50 % abgeschöpft werden,

damit diese Mittel dann Bund und Ländern je hälftig zur schnelleren Entwicklung und Markteinführung regenerativer Energien zur Verfügung stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich bin davon überzeugt: Eine innovationsorientierte Umweltpolitik und eine leistungsfähige Umweltindustrie können zu der neuen Stärke unseres Landes im neuen Jahrzehnt werden. Daran, meine Damen und Herren, werden wir mit unserer Politik arbeiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zusätzlich werden wir auch solche Branchen weiter wachsen lassen, die nicht unmittelbar vom Export abhängen, sondern Wertschöpfung für das Land im Land selbst erzeugen.

Der Tourismus bietet schon heute so vielen Menschen Arbeit wie die Autoindustrie. Unsere Natur, unsere Landschaften, unsere Geschichte, unsere Küche und unsere Gastfreundschaft sind ein großes Kapital, das wir noch besser einsetzen können.

Auch der Gesundheitssektor ist ein dynamischer Wirtschaftszweig, dessen wachsende Bedeutung uns viele neue Chancen eröffnen kann. Auch hier haben wir beste Voraussetzungen im Land – von den führenden Unternehmen der Medizintechnik über die universitäre Spitzenmedizin und Gesundheitsforschung bis hin zu unserer Kur- und Bädertradition. Gerade mit Blick auf die demografischen Veränderungen wird dieser Bereich immer wichtiger. Mit der Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg legen wir außerdem einen besonderen Schwerpunkt auf Prävention und Gesundheitsförderung.

In den Informations- und Kommunikationstechnologien werden die nächsten Jahre einen bis dato nicht gekannten Entwicklungsschub bringen.

(Abg. Peter Hofelich SPD schüttelt den Kopf.)

Die fortschreitende Konvergenz der Medien sowie die zunehmende mobile Verfügbarkeit von Internet und sozialen Netzwerken erfordern ganz neue Produkte und Dienstleistungen und werden nebenbei auch Arbeit und Freizeit verändern.

Fast jeder fünfte Arbeitsplatz im deutschen IT-Sektor entfällt auf Baden-Württemberg. Fast 65 Milliarden € an Umsätzen werden in Deutschland erwirtschaftet. Wir werden ein landesweites Softwarenetz knüpfen, um Baden-Württemberg als führenden deutschen IT-Standort zu positionieren.

Damit die Chancen und Wachstumspotenziale der baden-württembergischen Kreativwirtschaft zukünftig noch besser genutzt werden, werden wir ein Cluster Kreativwirtschaft initiieren. Indem wir Unternehmen aus den Bereichen Film und Fernsehen, Software, Werbung, Druck und Design systematisch vernetzen, fördern wir die Entwicklung neuer Geschäftsfelder, technischer Innovationen sowie auch zukünftiger Trends in diesen kommenden Branchen.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg kann und wird auch im neuen Jahrzehnt seine Bedeutung als führende Wirtschaftsregion in Europa behaupten. Je härter der Wettbe-

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

werb in der industriellen Fertigung wird, umso mehr müssen wir unseren Vorsprung als Land des Wissens ausspielen.

Die Basis dafür legen unsere Schulen. Deshalb sage ich grundsätzlich – und ich bleibe dabei –: Trotz angespannter Kassenlage gilt für mich: Im Bildungsbereich wird kein Euro eingespart.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Geld, das durch rückläufige Schülerzahlen in den kommenden Jahren frei wird, werden wir deshalb komplett für Qualitätsverbesserungen in unseren Schulen reinvestieren. Denn es muss uns vor allem besser gelingen, den Lernerfolg aller Kinder unabhängig vom sozialen Hintergrund der Eltern zu gewährleisten.

Ich sage offen: Hier haben wir objektiv noch Nachholbedarf. Wir müssen an unseren Schulen noch mehr dafür tun, dass der Aufstieg durch Bildung für alle – für jedes einzelne Kind – möglich wird. Das ist die vornehmste Gestaltungsaufgabe und -verpflichtung der Landespolitik. Das entscheidende Fenster dafür ist nach meiner Überzeugung die Zeit zwischen dem dritten und dem zehnten Lebensjahr.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja-wohl!)

Wenn wir in diesem Alter die Weichen richtig stellen, stehen unseren Kindern später alle Wege offen. Im Alter zwischen drei und zehn Jahren werden die Grundsteine für den späteren Bildungserfolg gelegt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Hier lernen die Kinder den Umgang mit der Sprache und erwerben andere Schlüsselqualifikationen.

Für den Erfolg unseres Bildungswesens und für unsere Bildungspolitik in den nächsten Jahren ist eines konstitutiv: Den Dreiklang „sprachlos, bildungslos, arbeitslos“ darf und wird es in Baden-Württemberg niemals geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Helen Heberer SPD: Ihr Wort in Gottes Ohr!)

Deshalb wird das Land die Sprachförderung in Zukunft noch mehr intensivieren und vor allem direkt finanzieren.

Gerade die Begabungen von Kindern aus Migrantenfamilien müssen stärker entfaltet werden. Hier wollen wir ansetzen.

Zusammen mit den Jugendmusikschulen im Land werden wir schon ab dem kommenden Schuljahr mehr für die musikalische Grundbildung von Kindern zwischen vier und zehn Jahren tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Das erfolgreiche Programm „Singen-Bewegen-Sprechen“ werden wir zunächst auf 1 000 Gruppen mit insgesamt 20 000 Kindern erweitern – bereits mit Beginn des kommenden

Schuljahrs – und Jahr für Jahr einen weiteren Jahrgang bis Klasse 4 einbeziehen. Wir wollen damit die musikalische, motorische und vor allem sprachliche Entwicklung von Kindern unterstützen und dazu beitragen, dass Kinder die Schulfähigkeit erlangen. Ich möchte, dass wir die Basis dafür legen, dass möglichst jedes Kind in Baden-Württemberg ein Musikinstrument erlernen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

Dies, meine Damen und Herren, entspricht unserem umfassenden Bildungsverständnis, das über Schreiben, Lesen und Rechnen hinausgeht, und es ist gleichzeitig ein wirkungsvoller Beitrag, um vor allem soziale Unterschiede in unseren Schulklassen zu überwinden. Die frühkindliche Bildung wird in unserer Politik im wahrsten Sinn des Wortes die erste Geige spielen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Deshalb möchte ich ab dem kommenden Schuljahr auch an Grundschulen sukzessive Pädagogische Assistenten einsetzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Sie haben sich an den Hauptschulen bestens bewährt.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

An Grundschulen mit hohem Migrantenanteil und an Schulen in sozialen Brennpunkten werden sie helfen, die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern zu verbessern. So treten wir Entwicklungsdefiziten rechtzeitig entgegen. Vor allem schaffen wir mehr Chancengerechtigkeit.

Ich biete unseren Kommunen heute ausdrücklich einen Pakt für die Stärkung der Chancengerechtigkeit an. Das Land bringt Pädagogische Assistenten an die Grundschulen, und die Kommunen treiben ihrerseits den Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen weiter voran.

(Unruhe bei der SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist eine faire Aufgabenteilung, die auch den Zuständigkeiten entspricht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Wer soll das denn bezahlen?)

Wir werden ferner die Qualitätsoffensive Bildung wie geplant umsetzen. Noch darüber hinaus werden wir die geplante Senkung des Klassenteilers für die Grundschulen auf 28 Schüler schon auf das kommende Schuljahr vorziehen

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

und so die Lernbedingungen für unsere Grundschul Kinder zügig weiter verbessern.

Die Regelstudienzeit für die Ausbildung zum Grundschullehreramt erhöhen wir auf acht Semester.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Denn wir wissen: Gut ausgebildete Grundschullehrer sind die Basis für den Erfolg unserer Schulen.

Um die schulische, soziale und berufliche Integration von benachteiligten Jugendlichen weiter zu erleichtern, werden wir die Förderung der mobilen Jugendarbeit erhöhen. Das ist auch eine der Empfehlungen des Sonderausschusses zum Amoklauf in Winnenden und Wendlingen.

Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, ist das Bildungsland der vielen Wege. Das ist unsere große Stärke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wir haben eine einmalige Struktur der differenzierten Förderung. Mehr als 100 Wege führen in Baden-Württemberg zur Hochschulreife. Unsere beruflichen Schulen sind die Aufsteigerschulen schlechthin und ein bedeutender Standortvorteil. Jede zweite Studienberechtigung im Land Baden-Württemberg wird nicht in einem Gymnasium, sondern auf anderem Weg erreicht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Wir haben die wenigsten Schulabbrecher ohne Abschluss und den höchsten Anteil junger Menschen, die erfolgreich einen Beruf erlernen. Das sind das Wesen und die Wirklichkeit unseres starken gegliederten Schulsystems.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Gegen das die SPD ist!)

Mit den neuen Bildungsplänen, der Qualitätsoffensive und der Werkrealschule haben wir dieses Bildungswesen gut und innovativ aufgestellt.

Aber jetzt, meine Damen und Herren, kommt es darauf an, den Schulen Zeit zu geben. Die Schulen brauchen Zeit für die Umsetzung, Zeit und Ruhe an der Schule.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie müssen die konzeptionellen und pädagogischen Neuerungen umsetzen. Wir werden sie dabei unterstützen.

Richtig ist: In einem System mit 4 700 Schulen, 112 000 Lehrern und 1,7 Millionen Schülern wird es immer den einen oder anderen Fehler und Probleme geben. Die Eltern kritisieren zu Recht, wenn einzelne Stunden zu häufig ausfallen, Stundenpläne zu voll sind oder zu viele Hausaufgaben gegeben werden.

Wir wollen dafür sorgen, dass diese Probleme im jeweiligen Einzelfall besser, schneller und direkter gemanagt werden. Wir wollen die Kritik der Eltern gezielter verarbeiten. Wir wollen den Dialog verbessern, und wir wollen maßgenaue Lösungen vor Ort anbieten. Wo immer es Probleme gibt, müssen wir mit der Schulgemeinschaft noch besser Möglichkeiten zur Abhilfe aufzeigen.

Bildung und Ausbildung, meine Damen und Herren, sind eine Frage von elementarer Bedeutung für die persönlichen Entwicklungschancen aller Menschen. Mehr noch: Auszubilden-

de von heute sind Fachkräfte von morgen. Selbst in der Krise wird von den Unternehmen derzeit ein Fachkräftemangel beklagt. Deshalb werden wir unser Ausbildungsbündnis fortsetzen.

Neben der Ausbildung wird in Zukunft auch das Thema Weiterbildung noch mehr Bedeutung erlangen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich will alle Akteure in Baden-Württemberg zu einem Bündnis für lebenslanges Lernen einladen und alle Ansätze, die es zum Thema Weiterbildung bereits gibt und die sich bewährt haben, auf ein gemeinsames Fundament stellen. Der Landtag befasst sich aktuell in der Enquetekommission „Berufliche Schulen“ grundlegend mit dieser Frage und wird Ende dieses Jahres sicher wertvolle Handlungsempfehlungen abgeben. Wir brauchen qualifizierte Fachkräfte, egal, welchen Geschlechts, egal, welcher sozialen Herkunft, und – vor allem – egal, welchen Alters.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unsere Bildungspolitik ist auf einem erfolgreichen Kurs. Wir werden diesen Kurs weiterverfolgen – selbstbewusst, aber nicht selbstzufrieden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist ein Land der Chancen, ein Land der Zukunft mit vielen Stärken. Wenn es ein Symbol gibt, das alle Zukunftschancen einer Gesellschaft bündelt, dann sind es Kinder. Meine Anerkennung gilt allen Eltern, die sich für ein Kind entscheiden. Als Vater von zwei Kindern sage ich Ihnen, dass es für mich nichts Wertvolleres gibt als Kinder. Kinder sind ein Wert an sich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich wehre mich deshalb gegen die Ökonomisierung und die Rationalisierung von Familien und Kindern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zwischen familienpolitischen Maßnahmen, zwischen allen Bemühungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zwischen der Flut von klugen Ratgebern steht immer das Kind. Wer von den tatsächlichen Bedürfnissen der Kinder ablenkt und nur versucht, Familie allein an die Erwachsenenwelt anzupassen, der scheitert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb hat die Landesregierung mit gutem Grund vor fünf Jahren mit dem Projekt „Kinderland“ Baden-Württemberg einen ganzheitlichen Ansatz gewählt, den ich fortsetzen werde. Es geht um eine Politik, in deren Mittelpunkt Kinder und Jugendliche stehen – mit all ihren Bedürfnissen, mit all ihren differenzierten Möglichkeiten.

Wir setzen auf die Wahlfreiheit der Eltern. Ich möchte diejenigen unterstützen, die ihre Kinder selbst betreuen und erziehen möchten, genauso wie diejenigen, die auf private und öffentliche Betreuungsangebote zurückgreifen.

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Auf dem Weg des „Kinderlands“ Baden-Württemberg haben wir viel erreicht: Wir haben seit dem Jahr 2003 innerhalb von sieben Jahren die Mittel für die Kleinkindbetreuung verzehnfacht. Bis zum Jahr 2014 werden diese Mittel kontinuierlich auf 175 Millionen € pro Jahr anwachsen. Baden-Württemberg ist beim Ausbau dieses Betreuungsbereichs in den letzten Jahren im bundesweiten Vergleich mit an vorderster Stelle. Wir gehen diesen Weg weiter. Bis zum Jahr 2014 werden wir für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze bereitstellen.

Wir stehen zudem zu unserem Landeserziehungsgeld als einer familienpolitischen Leistung.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Gerade für einkommensschwache junge Familien können wir so zielgerichtet Kinderarmut vermeiden.

Aber, meine Damen und Herren, nicht nur statistische Zahlen und institutionelle Angebote machen das „Kinderland“ aus. Ich bin stolz auf eine Vielzahl von Initiativen und Netzwerken, die sich landesweit gebildet haben. In Ludwigsburg leisten ehrenamtlich engagierte Seniorinnen und Senioren Kinderbetreuung und entlasten Eltern bei alltäglichen Terminen und Verpflichtungen. Im Landkreis Sigmaringen erfahren Eltern Antworten auf Fragen der Kindererziehung und des Familienlebens. Konzipiert wurden dort 70 Seminare, Elternabende und Informationsveranstaltungen von Beratungsstellen, freien Trägern und anderen Institutionen. Diese Initiativen im ganzen Land sind mir wichtig, und ich werde sie nach Kräften unterstützen. Sie bieten Hilfe zur Selbsthilfe. Sie stehen zur Verantwortung der Eltern; denn die Erziehung eines Kindes ist nicht delegierbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Staatliche Institutionen können nie die verantwortungsvoll wahrgenommene Elternrolle übernehmen. Wir unterstützen Eltern. Wir setzen auf sie, aber wir ersetzen sie nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Ich möchte engagiert erzogene Kinder, und ich möchte vor allem auch engagierte Frauen im Beruf. Um unsere Innovationskraft zu erhalten, können und wollen wir auf die Talente von erwerbstätigen Frauen nicht verzichten. Frauen stellen bei den Abiturienten in Baden-Württemberg mit 54 % die Mehrheit. 50 % der Studienanfänger in Baden-Württemberg sind Frauen.

Deshalb müssen wir nicht nur den Kinderwunsch von Arbeitnehmern fördern, sondern auch ihre Entscheidung, ihrem Beruf auch in der neuen Familiensituation weiter nachzugehen. Wichtig ist, dass sich auch Arbeitgeber auf diese Bedürfnisse einstellen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

von der zielgenauen Beratung bis zu passgenauen Kinderbetreuungsangeboten.

Deshalb ist es mein Ziel, das Land Baden-Württemberg zum familienfreundlichsten und modernsten öffentlichen Arbeitgeber in Deutschland zu machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist eine Herkulesaufgabe!)

Wichtige Aspekte wie z. B. die Telearbeit haben wir schon auf einen guten Weg gebracht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh!)

An weiteren individuellen und passgenauen Lösungen, auch für das Thema „Pflege und Beruf“, werden wir arbeiten. Wir werden dafür sorgen, dass allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Bedarf haben, ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das Paradies ist da!)

Ich bin mehr denn je der Auffassung, dass sich eine kinder- und familienorientierte Personalpolitik für alle Arbeitgeber rechnet.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Mitarbeiter, die ihre Kinder gut versorgt wissen, sind motiviert und konzentriert. Das zeigen viele Beispiele: ein Versicherungsunternehmen in Baden-Württemberg, das seit über 40 Jahren einen eigenen Kindergarten unterhält und beste Erfahrungen damit macht, weil 60 % seiner Mitarbeiter Frauen und Mütter sind, oder der bekannte Naturkosmetikhersteller, der ein differenziertes Elternteilzeitprogramm und insgesamt 150 individuelle Arbeitszeitlösungen für Eltern anbietet.

Unsere Unternehmen in Baden-Württemberg stellen komplizierteste und hochwertigste Maschinen und Anlagen her, vom Satelliten bis zum Sportwagen. Für diese Unternehmen sollte es doch dann ein Leichtes sein, mit passgenauen Angeboten und vor allem mit dem Land als Partner die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Wohle der Kinder in Einklang zu bringen. Kinder- und Familienfreundlichkeit bleibt eine fordernde Aufgabe für unsere ganze Gesellschaft. Aber sie ist auch ein harter Standortfaktor – ebenso wie es leistungsfähige Verkehrswege sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Weg ins neue Jahrzehnt führt über gute Straßen und Schienen. Neues Wachstum braucht neue Wege. Baden-Württemberg ist das wichtigste Transitland in Deutschland. Das muss sich auch in der Verteilung von Infrastrukturmitteln ausdrücken.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Meine Damen und Herren, nach 20 Jahren Aufbau Ost ist es im Interesse von ganz Deutschland, dass wir jetzt endlich den Ausbau Südwest forcieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir wollen erreichen, dass Berlin die Gelder für Autobahnen und Bundesstraßen in Zukunft nicht mehr nach starren, jahrzehntealten Verteilerschlüsseln, sondern nach aktuellem Be-

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

darf, nach aktuellem Verkehrsaufkommen und vor allem nach aktuellen demografischen Prognosen vergibt.

Wir müssen ernsthaft über neue Wege der Verkehrsfinanzierung sprechen. Ziel muss es sein, dass im Ergebnis Straße Straße finanziert.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut! Genau!)

Das hätte gleich drei Vorteile:

Erstens: Für die Autofahrer könnten wir den Systemwechsel kostenneutral machen, indem wir andere Belastungen absenken.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Zweitens: Die Einnahmen könnten als zweckgebundenes Vermögen bewirtschaftet werden und wären so dem Zugriff kurzfristiger Haushaltspolitik entzogen.

Drittens: Auch die ausländischen Autofahrer auf unseren Straßen würden wir so an den Kosten des Straßennetzes beteiligen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich lade Sie alle ein: Lassen Sie uns gemeinsam über ein intelligentes und handhabbares Pkw-Mautsystem nachdenken. Dazu gibt es auch hier im Haus schon richtige Überlegungen und diskussionsfähige Konzepte. Knüpfen wir daran an. Ich bin gesprächsbereit.

Das größte Infrastrukturvorhaben des neuen Jahrzehnts in Baden-Württemberg ist das Bahnprojekt Stuttgart-Ulm. Wir werden dafür sorgen, dass diese historische Chance für unser ganzes Land mit den Menschen realisiert wird und ihre Sorgen Berücksichtigung finden. Wir werden Bund und Bahn darauf verpflichten, dass der Anschluss Baden-Württembergs an die europäische West-Ost-Magistrale nicht zulasten gleichrangiger Eisenbahnprojekte im Land geht, wie in erster Linie des bürgerfreundlichen Ausbaus der Rheintalbahn von Karlsruhe nach Basel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Wir werden uns mit dem Bund und der Bahn noch stärker über die Bürgeranliegen auseinandersetzen. Das Land wird am Ende dieses Prozesses einen eigenen finanziellen Beitrag nicht verweigern. Aber klar muss immer sein: In der Hauptverantwortung bei diesem Projekt stehen Bund und Bahn.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr richtig!)

Im Landesstraßenbau setzen wir auf die flächendeckende Erhaltung. Entlang der finanziellen Möglichkeiten und ausgerichtet an den Vorgaben des Landesrechnungshofs möchten wir mehr für die landesweite Erhaltung der Landesstraßen tun. So wollen wir die begrenzten Ressourcen gerecht in allen Landesteilen einsetzen, statt einzelne Neubaugroßprojekte mit wenigen Gewinnern zu finanzieren.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Stuttgart 21!)

Auch das gehört für mich zu einer Politik des fairen Ausgleichs, wenn die Folgen der Krise zur Selbstbeschränkung zwingen.

Meine Damen und Herren, bei allen Herausforderungen, vor denen wir stehen, sage ich selbstbewusst: In Baden-Württemberg bleiben die Lichter an.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist die beste Weisheit! – Heiterkeit der Abg. Helen Heberer SPD)

Wir werden an dieser Krise nicht scheitern. Wir werden daraus lernen und einmal mehr daran wachsen. Wenn sich andere mit Untergangsszenarien überbieten, krepeln wir die Ärmel hoch und machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wissen, was uns das neue Jahrzehnt abverlangt. Aber wir wissen auch, was wir können, was in diesem Land steckt und was seine Menschen jeden Tag leisten. Darauf sind wir stolz.

Am Wendepunkt der Krise können wir auf unsere angestammten kreativen Kräfte vertrauen. Wir stehen zusammen, wenn wir wirklich gefordert sind. Das ist unsere Identität. Das ist unser gemeinsamer Baden-Württemberg-Weg. Ich will auf diesem Weg alle Baden-Württemberger mitnehmen,

(Abg. Helen Heberer SPD: Nur die Männer? – Abg. Katrin Altpeter SPD: Nicht nur die Männer!)

die Unternehmer, Gewerkschaften und Arbeitnehmer, die in schwieriger Zeit und in starker Tarifpartnerschaft Flexibilität und Verantwortung beweisen, die Familien, die für ihre Kinder eine gute Zukunft wollen, die Seniorinnen und Senioren, auf deren Erfahrung und Teilhabe wir gerade auch künftig nicht verzichten dürfen, nicht verzichten wollen und nicht verzichten können, die Menschen, die in unserem Land eine neue Heimat gefunden haben und die sich hier bei uns integrieren, und auch alle, die die Solidarität unserer starken Gemeinschaft ganz besonders brauchen.

Wir lassen niemanden allein. Ich sage das umso nachdrücklicher mit Blick auf das morgige Datum. Meine Damen und Herren, ganz Baden-Württemberg, ganz Deutschland denkt morgen an die Menschen, die bei der noch immer unfassbaren Amoktat in Winnenden und Wendlingen vor einem Jahr Kinder, Geschwister, Familienmitglieder und Freunde verloren haben. Wir danken von Herzen allen, die bis heute helfen, das Unverständliche zu bewältigen und in der Trauer neuen Halt zu geben. Wir brauchen diesen Zusammenhalt, und wir brauchen diese Mitmenschlichkeit.

Im Übrigen gilt das genauso über Grenzen hinweg. Gerade nach einer Wirtschaftskrise mit weltweiten Folgen müssen wir auch unsere Verpflichtung gegenüber den Menschen weltweit im Blick behalten, für die unser Wohlstand unerreichbar ist. Ich sage Ihnen ganz offen, dass für mich eines immer klar war: Wenn ich einmal führende Gestaltungsverantwortung wahrnehmen darf, möchte ich auch für die Menschen auf der Erde, die in existenzieller Armut und unter unwürdigen Bedingungen leben müssen, konkrete Hilfe zumindest mit bewirken können.

Wir werden deshalb die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit nach und nach ausbauen und ihre Aktivitäten mit neuen

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

gezielten Projekten in unseren Partnerländern verstärken. Insbesondere werden wir die weltweiten Initiativen für Kleinkredite, Mikroversicherungen und Sozialunternehmen unterstützen, um den Menschen eine eigene Perspektive zu geben und Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Wir werden stärker und verbindlicher als bisher darauf achten, dass das Land Waren, Güter und Materialien einkauft, die aus zertifizierter Produktion unter Wahrung sozialer, ökologischer und humanitärer Standards stammen.

Insbesondere aber werden wir den Entwicklungsländern unsere weltweit hoch geschätzte Erfahrung in der beruflichen Bildung noch besser zugänglich machen. Mit internationalen Bildungspartnerschaften werden wir arme Länder beim Aufbau erfolgreicher Ausbildungsstrukturen beraten und begleiten. Die Weitergabe von Bildungs-Know-how ist die wirkksamste Hilfe zur Selbsthilfe, meine Damen und Herren.

Für mich ist es eine Frage von Moral und Anstand: Ein gesegnetes Land wie Baden-Württemberg kann über die Not in anderen Teilen der Welt nicht einfach hinweggehen. Hier müssen wir uns offen zeigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Überhaupt wünsche ich mir einen Politikstil, der sich für das Nachdenken und für das Gespräch miteinander Zeit nimmt. Wir müssen wieder eindeutiger klären, welche Werte uns verbinden, wie wir eine Balance zwischen Vielfalt und Zusammenhalt finden und wie wir Wohlstand und Lebenszufriedenheit nicht nur durch Wachstum und Konsum definieren.

Ich möchte deshalb den Dialog mit den Kirchen, den Kulturen und Religionen unseres Landes noch stärker fördern. Strittiges muss auf den Tisch, damit wir Gemeinsames erreichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Menschen in Baden-Württemberg bekommen hier und heute von mir das Angebot einer Politik der offenen Tür. Ich möchte in fairer Partnerschaft mit den Städten und Gemeinden, mit den Kirchen, den Gewerkschaften, den Arbeitgebern, der Kultur, der Jugend-, Kinder- und Seniorenarbeit und dem Sport dieses Land ins neue Jahrzehnt führen, seine alten Stärken fördern und seine neuen Chancen ergreifen.

Ich will eine gute und produktive Zusammenarbeit mit den Beamten und Angestellten des Landes. Meine Damen und Herren, 263 000 Frauen und Männer stellen sich jeden Tag in den Dienst Baden-Württembergs und seiner Bürger. Das Land ist der größte Arbeitgeber in Baden-Württemberg. Ich will dazu beitragen, dass sie diesen Dienst engagiert und motiviert tun.

Vor allem will ich gemeinsam mit Ihnen, den Abgeordneten und Fraktionen des Landtags, für eine Politik der klaren Linien und der klaren Ergebnisse arbeiten. Das erwarten die Bürger von uns.

Vertrauen, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit: Ich bin der tiefen Überzeugung, dass es in der Politik der nächsten Jahre

wieder mehr denn je darauf ankommen wird. Dieses Vertrauen möchte ich gewinnen.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Wir treten in die Aussprache über die Regierungserklärung ein. Für die Aussprache über die Regierungserklärung hat das Präsidium eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion festgelegt.

Nach § 83 a Abs. 3 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Kretschmann das Wort.

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident Mappus, als ich mir Ihre Regierungserklärung angehört habe, habe ich mich gefragt: Was wollen Sie uns eigentlich sagen? Was ist Ihre Idee?

Sie haben hier etwas gemacht, worauf ausgerechnet bei Ihnen niemand gekommen wäre: Sie haben peinlichst genau sämtliche Konfliktthemen vermieden. Zum Schluss haben Sie gesagt, Strittiges müsse auf den Tisch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Sie haben aber nichts auf den Tisch gelegt.

(Beifall bei den Grünen)

Sie haben eine Regierungserklärung abgegeben, ohne Zahlen und konkrete Zielvorgaben zu benennen. Ich glaube, ich weiß, was Sie hier machen: Sie machen die Merkel.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Lachen des Ministerpräsidenten Stefan Mappus – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das ist nicht das Schlechteste!)

Ausgerechnet Sie machen die Merkel. Sie fangen hier genauso an, wie die Bundeskanzlerin

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das ist noch lange nicht schlecht!)

den Bundestagswahlkampf angetreten hat: Bloß nicht anecken, keine Stellung beziehen, Konfliktfelder umgehen, sich nicht klar positionieren, niemandem etwas zumuten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Haben Sie nicht zugehört?)

Alles luftig, unverbindlich, wohlfeil und nebulös.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Als ich gelesen habe, was dort über weite Strecken steht, habe ich gedacht, dass man geradezu gegen Watte boxt. Es ist eine Regierungserklärung der wohlklingenden Allgemeinplätze. Der schönste Allgemeinplatz, den ich heute von Ihnen gehört habe, lautete übrigens: „In Baden-Württemberg bleiben die Lichter an.“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Solange die Grünen in der Opposition bleiben!)

(Winfried Kretschmann)

Das habe ich zunächst nicht richtig verstanden, bis mir ein Licht aufgegangen ist. Das war eine klare Kritik an Ihrem Vorgänger Filbinger, der den Baden-Württembergern prophezeit hat, dass die Lichter ausgehen würden, wenn das Atomkraftwerk Wyhl nicht gebaut werde. Wir alle wissen: Wyhl wurde verhindert, und die Lichter blieben an.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber mithilfe von Atomstrom blieben sie an!)

Dieser Satz zeigt Ihre Zuversicht, dass wir ohne Atomkraft auskommen. Danke für dieses Sahnehäubchen.

(Beifall bei den Grünen)

Ansonsten passt die Regierungserklärung zu dem, was Sie in den vergangenen 14 Tagen hingelegt haben: Das nennt man einen Fehlstart im Regierungsgeschäft.

Mit dem Hin und Her und vor allem der letztlichen Entscheidung, die Steuerdaten-CD nicht zu erwerben, haben Sie sich, dem Land und der Gerechtigkeit einen Bärendienst erwiesen, nur weil Sie der FDP hinterhergerannt sind,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP: Oh!)

die jetzt von der Steuersenkungs- zur Steuerschenkungspar-  
tei werden will.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ihr Ansinnen, Herr Ministerpräsident, der Bund solle die Steuerdaten-CD doch bitte kaufen, also andere sollen Ihnen die Kohlen aus dem Feuer holen, die Ihnen zu heiß sind, zeugt weder von Mut noch von Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, machen Sie diese Entscheidung rückgängig. Denn wer Steuerhinterziehung stillschweigend duldet, gibt den Steuerhinterziehern einen Freibrief,

(Zurufe der Abg. Dieter Kleinmann und Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP)

zumal diese ohnehin privilegiert sind und straffrei ausgehen, wenn sie sich selbst anzeigen.

Diese Fehlentscheidung ist zusammen mit der unbewältigten „Kies-Affäre“ wahrlich ein miserabler Start der neuen Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Auch bei Stuttgart 21 läuft nichts rund. Jetzt steht die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm wieder zur Disposition. Ihre Wirtschaftlichkeit, das Kriterium bei der Frage der Realisierung, wird von der Bundesregierung infrage gestellt. Es kann sein, dass dieses Projekt zugunsten relevanterer Projekte verschoben wird.

Sie haben immer gesagt, beide Projekte hingen unmittelbar zusammen, das eine Projekt mache ohne das andere keinen Sinn. Was nun? Was geschieht, wenn die Kosten der Neubaustrecke steigen – das werden sie tun – und sie womöglich auf Eis gelegt oder verschoben wird? Sie haben jetzt das Ruder übernommen. Ändern Sie den Kurs! Lassen Sie Alternativen zu, und prüfen Sie, welche letztlich den meisten Sinn machen. Folgen Sie zumindest Ihrer eigenen Argumentation. Wenn Sie schon sagen, dass beide Projekte zusammengehören, dann setzen Sie jetzt ein klares Junktim, dann erklären Sie hier und jetzt: Stuttgart 21 wird nur realisiert, wenn die Neubaustrecke gleichzeitig gebaut wird. Alles andere ist Starrsinn und Eitelkeit.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Ministerpräsident, immerhin haben Sie bei der Bestellung des neuen Kabinetts durchaus einen Coup landen können und mit Frau Professorin Schick eine kommunikative Frau zur Bildungsministerin gemacht. Aber eine neue Kultusministerin darf über eines nicht hinwegtäuschen: Das, was wir in Baden-Württemberg vor allem brauchen, ist eine neue Bildungspolitik.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Das wollt i h r !)

Da ist nichts in Sicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir brauchen keine Basisschule!)

Das alte Produkt soll wohl endlich besser verkauft werden. Das ist offenbar Ihr Anliegen. Wir haben das schon bei der millionenschweren PR-Kampagne, mit der Sie lauter Werbeschnickschnack gemacht haben, gesehen. Aber das wird nichts helfen. Jetzt soll ein neues Gesicht die alte Politik sympathischer machen. Aber ich sage Ihnen: Ohne Richtungswechsel wird das auf Dauer genauso wenig überzeugen wie Ihre PR-Kampagne.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sollen wir die Basisschule einführen?)

Schauen wir einmal, was in den ersten Interviews der neuen Kultusministerin zu lesen ist. In der „Heilbronner Stimme“ vom 2. März heißt es:

*Das Schlagwort „länger gemeinsam lernen“ ist ... überbewertet.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Richtig!)

In der „Schwäbischen Zeitung“ äußert sie, die Debatte über das dreigliedrige Schulsystem sei eine „Verschwendung von Denkkressourcen“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Das ist schon ein starkes Stück.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Basisschule!)

Vielleicht ist es eine Verschwendung von Denkkressourcen unter dem Ministerpräsidenten Mappus; das kann schon sein.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

(Winfried Kretschmann)

In Artikel 11 unserer Verfassung heißt es:

*Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

*das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.*

Das ist die Zielvorgabe unserer Verfassung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ihr Auftrag heißt:

*Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Deswegen brauchen wir keine Basisschule! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, Sie selbst sagen in Ihrer Regierungserklärung:

*Denn es muss uns vor allem besser gelingen, den Lernerfolg aller Kinder unabhängig vom sozialen Hintergrund der Eltern zu gewährleisten.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Tatsache aber ist, dass Sie, die immer das Kultusressort besetzt haben, das selbst in 50 Jahren nicht erreicht haben – auch nicht mit dem gegliederten Schulwesen.

Da ist es doch wohl längst an der Zeit, darüber nachzudenken, Frau Kultusministerin, ob ein Schulsystem, bei dem das Aus-sortieren von Schülerinnen und Schülern den Lebensalltag vieler Schüler bestimmt, der richtige Ansatz ist.

Unserer Ansicht nach heißt der richtige Ansatz: individuelle Förderung.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Wir sind der Überzeugung, dass dies in einer Schule bis zur Entscheidung zwischen Abitur und dualem Ausbildungssystem gemeinsam am besten gelingen kann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Also Basisschule bis Klasse 10!)

Aber es ist nicht entscheidend, ob wir das so meinen. Entscheidend ist vielmehr, dass Sie solche Schulen dort zulassen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zur Sache! Wollen Sie die Basisschule, oder wollen Sie sie nicht? Sagen Sie doch, dass Sie die Realschule kaputt machen wollen!)

wo es engagierte Lehrerkollegien, Schulgemeinschaften und Kommunen gibt, die genau dies wollen. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die gibt es an jeder Schule! Niemand will aussortieren! So ein Quatsch!)

Herr Ministerpräsident, Frau Kultusministerin, Dialog heißt, das aufzunehmen, was von unten entstehen will. Das ist die Anfrage an Sie. Da werden wir Sie beim Wort nehmen. Dialog ist nicht die übliche Einbahnstraße, wie wir sie bis jetzt hatten, nämlich mit Ansagen von oben nach unten. Das ist kein Dialog.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie den Menschen doch, dass Sie die Realschule kaputt machen wollen! Das ist Ihr Grundziel!)

Herr Ministerpräsident, immerhin greifen Sie in Ihrer Rede unsere langjährige Forderung zur Grundschule auf: Verkleinerung der Klassen. Wir fordern seit Jahren maximale Klassengrößen in der Grundschule von 25 Schülern, acht Semester Ausbildung für Grundschullehrer sowie eine bessere musikalische Bildung. Das hat schon vor Jahren meine Kollegin Rastätter gefordert.

Ihr Problem ist: Sie laufen immer hinterher. Man muss Sie immer treiben. Dadurch geht wertvolle Zeit verloren, weil Sie nicht sofort auf unsere richtigen Forderungen eingehen.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei der CDU)

Immerhin haben Sie ihre Kultusministerin zurückgepiffen, als sie der Meinung war: Wir brauchen an den Schulen keine Sozialpädagogen; das sollen die Lehrer selbst machen. Aber Ihr Auspielen von Schulassistenten gegen Sozialpädagogen lehnen wir ab. Das Land muss sich wieder an der Schulsozialarbeit beteiligen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie loben die neue Werkrealschule. Aber ich sagen Ihnen: Das ist eigentlich nichts anderes als ein gigantisches Flurbereinigerungsverfahren für Schulstandorte im ländlichen Raum. Wer den ländlichen Raum stärken will – Sie haben das betont –, der muss zeigen, wie attraktive Schulstandorte mit guten Bildungschancen für alle Kinder im ländlichen Raum erhalten werden können.

Die Abstimmung mit den Füßen geht weiter. Die Gymnasien und die Realschulen platzen aus allen Nähten, während die Hauptschulen und Werkrealschulen ausbluten.

Mit keinem Wort erwähnen Sie die freien Schulen im Land. 20 000 Eltern und Schüler von freien Schulen haben am 19. Januar 2010 für bessere Bedingungen für freie Schulen demonstriert, aber ohne jeden Erfolg bei Ihnen.

Das Thema „Inklusion von Kindern“, das gemeinsame Unterrichten von Kindern mit und ohne Behinderungen, und die Umsetzung von UN-Konventionen im Schulbereich tauchen in Ihrer Agenda nicht auf. Auch das schweigen Sie weg.

Genauso wenig gibt es klare Aussagen zum bitter nötigen Ausbau der Ganztagschulen und zu ihrer Verankerung im Schulgesetz.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie bezeichnen Baden-Württemberg als Bildungsland der vielen Wege.

(Abg. Walter Krögner SPD: Umwege!)

(Winfried Kretschmann)

Es ist aber für viele Jugendliche ein Land der Umwege und der Sackgassen.

(Beifall bei den Grünen)

Viele Jugendliche hängen in den Warteschleifen eines riesigen Übergangssystems und verlieren dabei wertvolle Zeit. 350 Millionen € jährlich lassen Sie sich beispielsweise die Berufskollegs kosten, deren Besuch den Jugendlichen in der Berufsausbildung aber überhaupt nicht angerechnet wird. Sie müssen jetzt echte Möglichkeiten für diese Jugendlichen schaffen.

Sie benennen den drohenden Fachkräftemangel. Aber was tun Sie konkret dagegen? Wo sind echte Alternativen? Ich sehe sie nicht.

In unseren beruflichen Gymnasien gibt es einen wirklich wichtigen Bypass zum Bildungsaufstieg. Dort reichen die Plätze aber nach wie vor nicht aus, um dem Bewerberansturm gerecht zu werden. Bei einem Mindestnotendurchschnitt von 3,0 – er ist die Voraussetzung – haben 50 % der beruflichen Gymnasien Wartelisten, die 40 Personen umfassen. Die Zahl der Bewerber beträgt bis zu 300. Ich nenne einmal zwei Beispiele: In Lörrach beläuft sich der Fehlbedarf auf 90 % und in Waldshut auf 107 %.

Also: „Kein Abschluss ohne Anschluss“ gilt offenbar nicht für den ländlichen Raum. Da wären Sie einmal gefordert, eine konkrete Ansage zu machen, wie das in Zukunft geändert wird.

(Beifall bei den Grünen)

Im Kern lässt sich an der Bildungspolitik Ihrer Regierung und der Ihres Amtsvorgängers – daran hat sich nichts geändert – das Problem präzise nachweisen. Sie postulieren eben alte Weisheiten und Rezepte, die nicht mehr zu den Anforderungen unserer Zeit passen, und Sie sind nicht bereit, neue Wege einzuschlagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Also Basisschule z. B.!)

Ihr Fahrziel heißt Vergangenheit. Was wir in Baden-Württemberg aber brauchen, ist eine Wende in Richtung Zukunft.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Deswegen stehen Sie für das alte Baden-Württemberg. Sie wollen Neues nicht einmal zulassen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Sie stehen für die Basisschule! Sagen Sie es doch endlich einmal! Erklären Sie das System der Basisschule doch einmal!)

denken nicht einmal an Alternativen und wischen diese einfach vom Tisch.

(Beifall bei den Grünen)

Wir aber wollen eine neue Politik, die offen und aufgeschlossen zwischen Alternativen abwägt und die die besten Lö-

sungen zulässt, auch wenn sie Änderungen nach sich ziehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zeigen Sie sie auf! Sagen Sie doch jetzt, was Sie wollen!)

Herr Ministerpräsident, Sie räsonieren über die wirtschaftliche Lage Baden-Württembergs. Sie geben das Motto aus: Wir sind Gewinner und Gestalter des Wandels. Wo, bitte, ist Ihre Analyse, auf der diese Einschätzung fußt?

Sie wollen ein Expertengutachten über zukünftige Wachstumsfelder in Auftrag geben – wieder einmal ein Gutachten.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Sie könnten einmal den 50-köpfigen Innovationsrat der Landesregierung fragen oder einen Blick in die ausführliche, 107 Seiten umfassende Clusteranalyse Baden-Württembergs werfen, die der Wirtschaftsminister in Auftrag gegeben und vorgestellt hat. Erkenntnisse gibt es genügend. Entscheidend ist, ob Sie bereit sind, diese anzunehmen und aus den Erkenntnissen Konsequenzen zu ziehen und zu handeln. Da können wir nach Ihrer Regierungserklärung leider wenig erwarten.

Sie haben gesagt: „Industriebereiche bauen sich um.“ Wer baut sie um, und wie werden sie umgebaut?

Ich sage Ihnen noch einmal: Die entscheidenden globalen wirtschaftlichen Trends – Klimaschutz und Knappheit der Ressourcen – kommen in Ihren allgemeinen wirtschaftspolitischen Ausführungen überhaupt nicht vor. Daran kann auch ein Ökotopfer wie die Technologieförderung nichts ändern.

„Umwelttechnik made in Baden-Württemberg“ soll sich in der ganzen Welt verkaufen. Wer will das nicht? Immerhin sehen Sie inzwischen wohl einen positiven Zusammenhang zwischen Umwelt und Arbeitsplätzen. Das predigen wir schon seit über 20 Jahren.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Sie wollen eine Landesstrategie „Umwelttechnik und Ressourceneffizienz“ entwickeln. Das ist auch wieder eine allgemeine Absichtserklärung. Wie soll sie aussehen? Aussagen dazu muss man von einer Regierungserklärung doch erwarten.

Was meinen Sie eigentlich mit Umwelttechnik? Im klassischen Sinn versteht man darunter die Bereiche Abfall, Abwasser und Luftreinhaltung. Diese Bereiche sind auch sehr wichtig. Aber was ist mit erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Ressourcenschonung in der ganzen Produktions- und Dienstleistungskette?

Wollen Sie sich für bessere Bedingungen für die Windkraft einsetzen und dafür, dass das Landesplanungsgesetz und die Regionalpläne endlich überarbeitet werden? Wollen Sie das, wenn Sie für Umwelttechnik sind, ja oder nein?

Wollen Sie den Kurs der Bundesregierung, die Solarförderung drastisch zu kürzen – eine Kürzung, die am Ende nur heimischen Unternehmen schadet, sie vom Markt drängt und die Chinesen begünstigt –, mitgehen? Wollen Sie diesen Kurs mittragen oder nicht?

(Winfried Kretschmann)

Werter Kollege Mappus, Sie haben Stichworte geliefert, aber kein Regierungsprogramm.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU:  
Körperlich waren Sie vorhin aber schon anwesend?)

Man sieht es beim Thema Auto, von dem der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg natürlich in hohem Maß abhängig ist. Die Branche macht Verluste, von Daimler bis zu den Zulieferern.

Natürlich hat jede Volkswirtschaft, jede exportorientierte Wirtschaft ein Auf und Ab. Aber dieses Land steckt in einem heftigen Strukturwandel. Sie sagen nicht, dass der Klimaschutz und die Knappheit unserer Ressourcen die Rahmenbedingungen für unsere Automobilindustrie sind, und Sie durchdringen dieses Thema Auto nicht anhand der harten ökologischen Rahmenbedingungen. Sie denken vielmehr in alten Kategorien. Wo ist Ihre Ansprache an die Autohersteller, dass der Klimawandel eine ernste Sache ist und sie schnell kleinere und leichtere Autos bauen sollten? Wo ist Ihre Ansage zu einer klaren Ordnungspolitik in dieser Frage? Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: So ist es!)

Wo ist z. B. Ihr Bekenntnis, dass Sie in Brüssel bei der nächsten Regulierung zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß, nämlich der für leichte Nutzfahrzeuge, nicht wieder auf der Bremse stehen werden, wie es Ihr Vorgänger Oettinger bei den Pkws getan hat, sondern dass mit ambitionierten Grenzwerten unsere technologische Entwicklung gepuscht wird? Fehlanzeige!

Schauen wir uns jetzt einmal Ihre Äußerungen zur Energiepolitik an. Die Atomkraft wurde ja bereits in den Fünfzigerjahren als Illusion geboren. Es sollte eine billige Energieversorgung ohne Folgeschäden sein. Stattdessen sind Milliarden Euro Steuergelder in die Atomkraft geflossen, und wir werden noch Milliarden Euro brauchen, um den strahlenden Abfall, der in den letzten Jahren angefallen ist, zu lagern.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie verhindern das doch!)

1,5 Milliarden € brauchen wir laut Bundesregierung mindestens, um die Asse als Lager für schwach und mittel radioaktiven Abfall bis 2020 zu schließen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege, Sie haben doch alles verhindert bei der Lagerung!)

Rund zwei Drittel des radioaktiven Inventars in der Asse stammen allein aus dem Atomkraftwerk Obrigheim. Das ist in der Verantwortung baden-württembergischer Energiepolitik, zu der Sie immer nur schweigen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Hört, hört!)

Direkt im Landeshaushalt schlagen bei uns die Kosten für die Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe zu Buche. 2,6 Milliarden € insgesamt wird die Sanierung der ehemaligen Wiederaufarbeitungsanlage mindestens kosten – einer Versuchsanlage, wohl gemerkt.

Also: Atomkraft ist nachweislich eine teure und nicht sichere Form der Stromerzeugung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Sehr richtig!)

Herr Ministerpräsident, Atomkraftwerke sind Dinosaurier im Kraftwerkspark, lassen rund 70 % der erzeugten Energie als Abwärme in die Umwelt, sind nur schwer regelbar und stehen für eine intelligente Steuerung der Einspeisung in die Stromnetze nicht zur Verfügung. Diese brauchen wir aber bei einem steigenden Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien immer mehr.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

*Es geht schlicht um die Ersetzung der Kerntechnologie durch eine bessere Technologie.*

Das war die Aussage von Bundesumweltminister Röttgen von der CDU in seinem Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 6. Februar. Der Titel des Interviews war: „Wir wollen die Kernkraft ablösen“. Dieses Interview war ein Lackmустest dafür, ob die CDU hier im Land in der Lage ist, Baden-Württemberg neu zu denken und zu gestalten. Ergebnis: Sie sind es nicht.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Null!)

Stattdessen rotten Sie sich wieder mit Bayern und Hessen zusammen, um das alles zu verhindern. Ich sage Ihnen: Effizient und erneuerbar, das ist die Energieversorgung der Zukunft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was, bitte, Herr Ministerpräsident, hat die Atomenergie mit dem Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung zu tun, für die Sie angeblich sind? Nichts. Was bringen längere Laufzeiten von Atomkraftwerken den erneuerbaren Energien? Nur Behinderungen.

Sie müssen sich entscheiden, welchen Weg Sie gehen wollen: Mehr Atomkraft als beschlossen und schneller Ausbau der erneuerbaren Energien, das geht nicht zusammen. Sie können nicht der EnBW den Gefallen tun und für ihre Interessen kämpfen, ohne den anderen Energieerzeugern, die kein Atom im Portfolio haben, wie etwa unseren Stadtwerken, zu schaden. Es geht hier um einen harten Markt, es geht um sehr viel Geld, es geht um langfristige Investitionsentscheidungen für Unternehmen. Diese haben bisher darauf vertraut, dass der schrittweise Atomausstieg die Grundlage ist, auf der sie entscheiden. Nehmen Sie sich einmal den Alarm gegen die Laufzeitverlängerung vom Verband kommunaler Unternehmen zu Herzen. Die CDU ist doch eine Kommunalpartei.

(Beifall bei den Grünen)

Also: Was wollen Sie? Wollen Sie mit der längeren Laufzeit die alten Monopolstrukturen stärken, oder wollen Sie mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten? Wollen Sie den Ausbau der erneuerbaren Energien, oder wollen Sie mit Atomstrom die Netze verstopfen?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Was? Die Netze verstopfen?)

(Winfried Kretschmann)

Diesen Konflikten müssen Sie sich stellen. Aber Blockade ist ja ohnehin ein „Ding“ Ihrer Energiepolitik. Seit Jahren boomt die Windkraft, aber der Anteil in Baden-Württemberg liegt bei 0,7 %. Überall gehen Sie – Ihre Basis von der CDU – gegen Windkraftanlagen vor,

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Unwirtschaftlich! –  
Gegenruf von den Grünen: Was? – Abg. Hagen Kluck  
FDP/DVP: Landschaftsverhandelnd!)

und Sie verhindern damit den Klimaschutz.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Unwirtschaftlich! –  
Weitere Zurufe von der CDU – Gegenrufe von den  
Grünen)

Ja, das ist der energiepolitische Schreier statt Sprecher der CDU. So hallt es da unten. Sie selbst haben uns geschrieben, dass wir damit bis zu 20 000 Arbeitsplätze schaffen können.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm  
CDU: Wen meinen Sie jetzt mit dem Schreier? Das  
müssen wir aufklären!)

Herr Mappus, Sie sind jetzt der übernächste Ministerpräsident nach Teufel. Sie könnten die alten CDU-Kämpfe wirklich einmal begraben und den Kampf gegen die Windkraft für beendet erklären. Ich sage Ihnen: Das wäre eine echt realpolitische Ansage für das Jahr, das Sie noch haben. Denn diese Ansage kostet überhaupt kein Geld. Sie müssen nur etwas an Ihrer Politik ändern.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/  
DVP: Sie sind die Einzigen, die hier Wind machen!  
– Abg. Peter Hauk CDU: Aber es geht auch um die  
Frage der ökonomischen Effizienz!)

Das entscheidende Thema, bei dem die ganze Unverbindlichkeit Ihrer Regierungserklärung deutlich wird, ist der Landeshaushalt. Die Lage der Landesfinanzen ist explosiv. Nach neuen Schulden in Höhe von 4,5 Milliarden € im laufenden Doppelhaushalt tun sich für die folgenden Jahre weitere Deckungslücken in Höhe von 7 Milliarden € auf. Das werfen wir Ihnen nicht vor, Herr Mappus, aber wir werfen Ihnen vor, dass Sie überall erzählen, wie lange noch nicht gespart wird und wo überall nicht gespart werden soll.

Dazu kommt ja, dass die Haushaltszahlen nicht die Wahrheit sagen. Die Regierungsfractionen haben im Finanzausschuss durchgesetzt, dass die Steuermindereinnahmen nicht komplett veranschlagt werden, sondern nur zur Hälfte. Das war ein einmaliger und skandalöser Vorgang. Da kann man nur sagen: Mehrheit statt Wahrheit.

(Heiterkeit der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Die mittelfristige Finanzplanung ist voller geschönter Zahlen. Ein Wachstum von 4 % werden wir nicht erreichen. Da ist jede Menge Schminke drauf, aber darunter bleibt eben das hässliche Gesicht einer dramatischen Bugwelle von Schulden.

Unsere Vorschläge – Stichwort Beamtenpensionen – haben Sie alle abgelehnt. Wenn der Rechnungshof Vorschläge macht, wird das von Ihnen im Ausschuss verwässert und verschoben. Der Landeshaushalt ist auf einer abschüssigen Bahn. Wenn

wir nichts ändern, verdoppeln sich die Schulden bis zum Jahr 2020.

Mit Ihrer Politik des Abwartens und Verschiebens werden Sie den Zeitpunkt verpassen, bis zu dem noch zu verhindern ist, dass es einen Crash gibt, spätestens wenn die Schuldenbremse wirkt.

Vieles von dem, was Sie haben anklingen lassen, kostet Geld, aber nirgendwo – zu keinem Punkt! – sagen Sie, wo Sie einsparen wollen. Nur beim Länderfinanzausgleich

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das ist billig! – Ge-  
genruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP:  
Wollen Sie das nicht?)

werden Sie plötzlich mutig und hauen auf den Putz. Aber das tut natürlich nicht weh und kommt gut an. Sie kritisieren den Länderfinanzausgleich seit Monaten mit dem Argument, da würden sich Nehmerländer Dinge leisten, die wir uns nicht leisten können.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ist es!)

Das ärgert zweifellos uns alle, aber es nützt nichts. Der Länderfinanzausgleich ist ein reiner Einnahmeausgleich und ist völlig unberührt davon, was ein Land hinsichtlich seiner Ausgaben macht.

Den Länderfinanzausgleich zu ändern werden Sie bis zum Jahr 2019 nicht hinbekommen. Das, was Sie machen, ist eine populistische Masche, ist Fundamentalopposition ohne die geringste Aussicht auf Realisierung.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wollen Sie jetzt eine Verbes-  
serung oder nicht?)

Das ist nur ein Sandstreuer

(Abg. Peter Hauk CDU: Wollen Sie oder nicht?)

ohne die geringste Aussicht auf Erfolg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Peter Hauk CDU: Was wollen denn Sie, Herr  
Kretschmann?)

Das ist laut, aber nutzlos. Das ist so, als ob man den Mond anbellte.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Die klamme Lage der Kommunen jetzt mit dem Hinweis auf den Länderfinanzausgleich zu beklagen, bringt denen keine müde Mark, sondern es kaschiert nur – das soll es auch – Ihre Steuersenkungspläne, die Sie allerdings hätten verhindern können. Das haut den Kommunen in den Karton.

(Beifall bei den Grünen)

Sie haben keinerlei Aussicht darauf, Ihre Vorstellungen vom Länderfinanzausgleich umsetzen zu können. Das müssten Sie eigentlich wissen.

Sie mahnen eine Aufgabenkritik des Staates an. Sie stellen Fragen: Was können wir uns nicht mehr leisten? Welche Ge-

(Winfried Kretschmann)

wohnhelten und Besitzstände entsprechen nicht mehr unserer Zeit? Sie wollen offen und ohne falsche Rücksicht Gewohntes infrage stellen, Standards abbauen. Aber welche, bitte? Welche Gewohnheiten passen nicht mehr in die Zeit? Was können wir uns nicht mehr leisten? Eine Regierungserklärung soll Antworten geben und keine Fragen aufwerfen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich denke, das war wirklich ein Offenbarungseid, den Sie da geleistet haben:

(Widerspruch bei der CDU)

keine einzige konkrete Ansage, kein Weg, der aufgezeigt wird. Es wurden nur Fragen aufgeworfen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht! – Abg. Peter Hauk CDU: Da klatscht nicht einmal Ihre Fraktion! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie waren wirklich nur körperlich anwesend!)

Was Sie offensichtlich viel besser können, ist, wirklich widerliche Debatten über den Sozialstaat anzuzetteln.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Das hat ja der Westerwelle vorgemacht

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Für Sie noch immer Herr Westerwelle!)

mit seinem unsäglichen Vergleich mit römischer Dekadenz.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Da hat er recht gehabt!)

Auch Ihr Stellvertreter hat dann von „panem et circenses“ gesprochen. Das alles muss man sich anhören, wenn man weiß: Es gibt siebenmal so viele Arbeitslose wie offene Stellen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber nicht in Baden-Württemberg!)

Man muss sich einmal vorstellen, was solche Reden bedeuten. Das ist wirklich einfach nur so, wie es Hans-Peter Keitel vom BDI gesagt hat: Da werde eine Debatte über Leistung und Verteilungsgerechtigkeit fahrlässig aus wahltaktischen Gründen losgetreten, und das belege einen Mangel an Ernsthaftigkeit. Dem kann man nur zustimmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Aussage Ihres Stellvertreters, der Staat sollte einmal zwei Jahre lang wie eine Firma geführt werden, ist Ihnen selbst zu dumm geworden, Herr Ministerpräsident, und Sie mussten ihn zurückpfeifen.

Ich sage Ihnen: Den Sozialstaat und die soziale Marktwirtschaft zu erhalten und unter den Bedingungen der Globalisierung, der demografischen Entwicklung und der Übersuldung der öffentlichen Haushalte weiterzuentwickeln gehört zu den schwierigsten Herausforderungen der Politik. Diese Aufgabe verträgt keinen populistischen Radau mit dazu noch falsch verwendeten Metaphern des römischen Imperiums, der die Gesellschaft nur weiter spaltet. Das Gegenteil ist erforder-

lich. Wir müssen ernsthaft darüber nachdenken: Was hält die moderne Gesellschaft zusammen, welche Werte und welche Weichenstellungen in der Politik?

(Beifall bei den Grünen)

Finanz-, Wirtschafts- und Klimakrise, soziale Spaltung: Viele Menschen erkennen, dass wir nicht einfach dort weitermachen können, wo wir vor zwei Jahren, vor dem Kollaps der Bankenwelt und der Wirtschaft, noch gestanden haben. Sie sehen beim gescheiterten Klimagipfel die Ohnmacht, das Unvermögen, ja auch den Unwillen von Politik, auf die dramatischen Anzeichen der Klimakrise richtig zu reagieren. Aber sie wissen, dass wir nicht einfach so weitermachen können wie bisher. Sie wissen, das wir umdenken müssen. Sie sind bereit dazu.

Nachhaltigkeit in der Krise, Herr Ministerpräsident, heißt Veränderung, und kluge Veränderung heißt, Alternativen zu prüfen. Dazu braucht man Offenheit, dazu braucht man Mut, dazu braucht man eine konkrete Agenda, mit der man sich konkret auseinandersetzen kann. Das hat Ihre Regierungserklärung leider vermissen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

**Abg. Peter Hauk** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat mit seiner Regierungserklärung, meine ich, einmal mehr gezeigt, dass die anstehenden Herausforderungen seitens der Regierungskoalition und der Regierung klar erkannt werden und dass gezielte Lösungen gefunden werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Lieber Kollege Kretschmann, wenn Sie meinen, dass Sie mit Ihren alten Rezepten – die Sie auch nicht benannt haben –,

(Beifall bei der CDU)

dass Sie mit altem sozialistischem Gedankengut Erfolg haben können,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

z. B. mit dem Thema Einheitsschulen,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Zum Beispiel!)

mit der – von Ihnen nicht beantworteten – Frage nach Lösungen für die Klimaprobleme und dergleichen mehr, dann haben Sie sich getäuscht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Alles nicht existent, oder was? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU zu den Grünen: Ihr Altsozialisten!)

Natürlich ist eines ganz klar: Wir leben gegenwärtig in einer Zeit des Umbruchs.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

(Peter Hauk)

Es gab einen wirtschaftlichen Einbruch mit der Folge von Haushaltseinbrüchen, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und in Baden-Württemberg niemals hatten. Wann gab es jemals einen Einbruch der Steuereinnahmen um 12 %? Wann gab es jemals eine Situation, in der es notwendig war, von heute auf morgen Systeme zu stabilisieren? Es reicht nicht, in bestimmten Bereichen, in einzelnen betrieblichen Sektoren Reparaturen durchzuführen, sondern es geht darum, ein ganzes System – in diesem Fall ist es das Bankensystem und in dessen Folge im Prinzip auch das Wirtschaftssystem – stabilisieren zu müssen. Darauf haben Sie keine Antworten gegeben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er hat nur den Kretschmann gegeben!)

Wir haben eines getan, was andere Länder in Deutschland und auch in Europa nicht geschafft haben: Wir haben uns damals dem Globalisierungswettbewerb und seinen Regeln gestellt. Wir stehen im internationalen Wettbewerb, und wir sind, weil wir in der Wirtschaft und in den Finanzmärkten enger vernetzt sind als andere, natürlich in besonderem Maß mit in die weltwirtschaftlichen Entwicklungen involviert. Wir nehmen an den Zyklen der Weltwirtschaft deutlich stärker teil als andere Länder in Deutschland und in Europa.

Wenn es bei uns also aufgrund der weltkonjunkturellen Entwicklung ein Stück weit rückwärtsgeht, dann werden wir, sofern wir mit der nötigen Infrastruktur im Binnenbereich in der Lage sind, die richtigen Weichen zu stellen – das sind wir –, auch die Ersten sein, die beim einsetzenden Aufschwung entsprechend dabei sind.

Klar ist eines: Es waren die unregulierten Finanzmärkte, die diese tiefe Krise verursacht haben. Eindeutig ist auch, dass für eine soziale Marktwirtschaft, die heute nicht mehr an nationalen oder europäischen Grenzen enden kann, weltweit neue Regeln an den Finanzmärkten eingeführt werden müssen. Dass im Bereich des Interbankenhandels bestimmte Produkte nicht mehr handelbar sein dürfen, ist mittlerweile zwar Allgemeinut, wird jedoch von der internationalen Staatengemeinschaft noch immer nicht akzeptiert.

Wir haben als Befürworter, als die Erfinder der sozialen Marktwirtschaft, meine ich, das Recht, aber auch die Pflicht, dieses System auf alle Bereiche unseres wirtschaftlichen Handelns auszuweiten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Auf diese Fragen hat Herr Mappus aber auch keine Antworten geliefert!)

– Aber natürlich.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Kein Wort! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Da müssen Sie zuhören, Herr Schmiedel!)

– Sie haben die zentralen Passagen offenbar überhört.

Ich bin überzeugt davon, dass Baden-Württemberg einerseits Vorbild, andererseits aber auch Erfolgsmodell ist – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch im europäischen Vergleich –, wenn es um die Fragen geht, wie man Krisen bewältigen kann und wie man aus Krisen wieder herauskommt. Das gilt genauso für die Frage, wie man die notwendigen Weichen-

stellungen für die Zukunft, für die nächsten Jahre und Jahrzehnte vornimmt.

Wir müssen deshalb unsere Rahmenbedingungen zwar nicht gänzlich verändern, aber wir müssen sie zweifelsohne ein Stück weit – orientiert an den veränderten gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen – neu justieren. Das heißt aber auch, dass wir auf den Stärken, die wir haben, tatsächlich aufbauen müssen.

Wir gehen dabei mit gutem Beispiel voran. Wir halten – wie in der Vergangenheit – zu Recht an dem bewährten dreigliedrigen Bankensystem als eine der wichtigsten Stützen und Säulen der Wirtschaft fest. Das, was uns als selbstverständlich anmutet, ist aber im europäischen und auch schon im deutschen Maßstab längst nicht mehr selbstverständlich.

Dazu gehören allerdings auch eine klare Neuausrichtung und die Restrukturierung der Landesbank. Es ist zweifelsohne auch ein Erfolg des früheren Ministerpräsidenten Günther Oettinger, dass sich unsere Landesbank derzeit außerhalb jeder Kritik befindet, dass von den Verfahren bei der Europäischen Union zu den Landesbanken in Deutschland einzig das Verfahren zur LBBW abgeschlossen ist, dass wir die Restrukturierung konsequent angehen können und dafür sorgen können, dass die Landesbank zwar – wenn man das so sagen will – schrumpft, aber nicht im Kerngeschäft, sondern auf das Kerngeschäft schrumpft, und dass die Landesbank somit als stabiler Standortfaktor und stabiler Begleiter unserer mittelständischen Wirtschaft in Deutschland und in der Welt erhalten bleibt. Das ist, glaube ich, ein ganz entscheidender Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden die Restrukturierung mit Augenmaß begleiten, wenn es um den Verkauf der LEG geht. Auch dort wird nicht allein die Frage nach Kosten und Erlösen eine Rolle spielen, sondern zweifelsohne wird auch der soziale Ausgleich entsprechend berücksichtigt werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat zu Recht das Thema Länderfinanzausgleich angesprochen. Herr Kretschmann, ich wundere mich über Sie. Erstens wundere ich mich, dass Sie diesen Einzelpunkt nicht als einen gesamtstrategischen Punkt erkannt haben. Aber gut, das muss man von Ihnen auch nicht verlangen können.

(Heiterkeit bei der CDU – Vereinzelt Beifall – Zuruf von der CDU: Das wundert mich aber!)

Es ist doch ganz logisch. Wir haben doch mehrere Wünsche an den Bund. Aber die Frage ist: Was wollen Sie? Sind Sie mit diesem ungerechten System zufrieden? Wollen Sie sich einfach damit zufriedengeben, dass die leistungsstarken Länder, die leistungsstarken Bürger Baden-Württembergs Tag für Tag über Gebühr und überproportional geschöpft werden? Ist das Ihre Politik?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zurufe der Abg. Hagen Kluck FDP/DVP und Winfried Kretschmann GRÜNE)

(Peter Hauk)

Es geht nicht um die Frage der Solidarität oder der Nichtsolidarität. Wir waren solidarisch, und wir wollen und werden auch in Zukunft solidarisch sein. Aber es geht um die Frage der Gerechtigkeit in diesem Staat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja! So ist es! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wie wollen Sie das jetzt machen?)

Da erwarte ich von Ihnen als baden-württembergischem Grünen ein klares Bekenntnis zu diesem Land und nicht zur grünen Ideologie auf Bundesebene.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Das gilt im Übrigen auch für den Verkehr und alle Bereiche der Standort- und Infrastruktur. Was sich die Grünen in der Frage des Verkehrs leisten, das geht – aus baden-württembergischer Sicht gesprochen – auf keine Kuhhaut.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Dass es dann tatsächlich baden-württembergische Grüne sind, die sich an die Spitze der Bewegung einer Politik gegen dieses Land stellen,

(Abg. Jörg Döpper CDU: Gegen die Bahn!)

das setzt dem Ganzen noch die Krone auf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es gilt doch eines: Dorthin, wo die Räder rollen, egal, ob gummibereit oder eisenbereit, muss auch das Geld fließen. Das ist der ganz entscheidende Punkt. Sie können doch nicht einfach ignorieren, dass die Verkehrsbelastung auf unseren Autobahnen mittlerweile bei 57 000 Kfz pro Tag liegt. Nur in Nordrhein-Westfalen mit 58 000 Kfz und Hessen mit 62 000 Kfz pro Tag ist die Verkehrsbelastung auf Autobahnen etwas höher. Das bedeutet eine Spitzenbelastung für unsere Autobahnen. Für die Bundesstraßen gilt, dass wir mit 13 500 Kfz pro Tag mittlerweile zu den einsamen Spitzenreitern in Deutschland zählen, gefolgt von Hessen und Nordrhein-Westfalen mit etwa 10 000 Kfz pro Tag.

Das heißt doch im Umkehrschluss ganz klar, dass wir im Bundesfernstraßenbereich einen deutlich größeren Anteil an Mitteln brauchen als in der Vergangenheit.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Dann holen Sie sie sich doch! Sie sind doch an der Regierung! – Lachen des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wir haben in den Jahren von 2003 bis 2008 einen Anteil an den Bundesmitteln in der Größenordnung von etwa 10 % gehabt, und in einem wesentlichen Teil dieser Zeit waren Sie an der Bundesregierung beteiligt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Wir haben nur 10 % der Bundesmittel erhalten, obwohl unser Anteil an der Verkehrsbelastung im Durchschnitt bei mindestens 15 % bis 16 % liegt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die 10 % sind mehr als zu Ihrer Regierungszeit!)

Wenn man die Prognosen berücksichtigt, dann stellt man fest, dass wir in den neuen Bundesländern einen Rückgang im Bereich der Pkw-Belastung und einen ganz schmalen Anstieg im Bereich des Transports auf den Straßen zu erwarten haben, während wir in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2025 mit einem Anstieg des Pkw-Verkehrs um über 15 % und des Gütertransportverkehrs um etwa 30 % rechnen müssen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Warum sagen Sie das mir? Ich bin doch kein Ossi!)

– Nein. Herr Kollege Kretschmann, der entscheidende Punkt ist: Wenn man baden-württembergische Politik vertritt und wenn man eine ökologische Politik vertritt, dann kann man keine Politik vertreten, die Staus heraufbeschwört,

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

dann kann man keine Politik vertreten, die im Prinzip CO<sub>2</sub>-Emissionen heraufbeschwört, dann muss man für fließenden und für rollenden Verkehr eintreten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Thomas Blenke CDU: Genau so ist es! Bravo!)

Deshalb ist es völlig richtig, dass der Ministerpräsident sagt: Wir wollen und brauchen nach dem Aufbau Ost den Ausbau Südwest.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wie will er das durchsetzen?)

– Z. B. mit Verbündeten, wie Sie sie in diesen Fragen nicht sind.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Ministerpräsidenten Stefan Mappus – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Das ist der ganz entscheidende Punkt. Dazu kann ich nur sagen: Ändern Sie sich. Das ist der Punkt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber Sie regieren doch! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber er regiert doch gar nicht in Berlin! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja, eben deswegen!)

– Es kommt immer darauf an. Sie betreiben nämlich in vielen Bereichen einfach ein Stück weit Verunsicherung.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie regieren!)

Sie betreiben in diesem Land eine Verunsicherungspolitik, und Ihr grüner verkehrspolitischer Statthalter in Berlin schürt diese kräftig mit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Machen wir uns doch nichts vor. Sie stellen jetzt ein Junktim infrage, das kein Mensch infrage stellt außer den Grünen. Natürlich ist klar, dass Stuttgart umgebaut wird, wenn Stutt-

(Peter Hauk)

gart 21 gebaut wird. Diese Fragestellung ergibt sich gar nicht, weil niemand das infrage stellt außer Ihnen. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Unabhängig von Fragen bezüglich der Realisierung wegen der Planung etc. – darüber braucht man gar nicht nachzudenken – haben Sie den Bürgern von Untertürkheim, von Ober-türkheim, von Wangen bis heute noch nicht erklärt, wie und wo alternative Trassenvarianten in ihrem Gebiet letztendlich verlaufen sollten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Durch die Vorgärten!)

Denn um die Alternativen drücken Sie sich wohlweislich herum. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Genau! Wie immer!)

Ich kann feststellen, dass ein großer Teil derer, die sich beim Neubau der Strecke Stuttgart–Mannheim vor 25 Jahren an Bäume gekettet haben, heute die eifrigsten Nutzer dieser Strecke sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jörg Döpper CDU: Noch immer! – Abg. Winfried Scheuermann CDU: So ist es! – Unruhe)

Genauso – das prognostiziere ich Ihnen – wird es auch in der Zukunft sein: erst bekämpfen und dann mit die eifrigsten Nutzer sein. Aber das soll in Ordnung sein, wenn es letztendlich gelingt.

Dasselbe gilt für das Thema Rheintalbahn. Natürlich ist es für uns als Regierungsfraktion nicht nur ein Anliegen, sondern eine Selbstverständlichkeit, dass wir den berechtigten Bürgerbelangen und Bürgerinteressen Rechnung tragen wollen. Dazu muss ich ganz klar sagen: Da muss sich auch der Bund ein Stück weit zu einem Umdenken bewegen.

In den letzten Jahren wurden im Rahmen des Aufbaus Ost viele Trassen überwiegend in menschenleerem Gelände gebaut; aber auch die Trassen Würzburg–Nürnberg und Nürnberg–München verlaufen zwischen den großen Städten durch dünn besiedeltes Gebiet. Hier haben wir es mit einer ganz anderen Qualität des Ausbaus zu tun, nämlich in einem hoch entwickelten Wirtschaftsraum, aber auch in einem attraktiven Lebensraum. Deshalb werden sich Bund und Bahn auch daran gewöhnen müssen, dass in der Zukunft bei Neubauten – egal, ob von Autobahnen oder von Bundesschienenstrassen – eben zum Teil auch andere Standards angelegt werden müssen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Woher kommt die Erkenntnis?)

Der Bund und die Bahn werden sich auch daran gewöhnen müssen und werden umdenken müssen, wenn es darum geht,

berechtigten Bürgeranliegen und Bürgerinteressen unter Umständen sogar durch eine Mitfinanzierung aus der Region bzw. durch das Land zum Durchbruch zu verhelfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Auch das gehört zu einer Standortpolitik für Baden-Württemberg, das eine Einwohnerdichte von über 300 Einwohnern pro Quadratkilometer hat, mit der letztendlich besondere Herausforderungen verbunden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen für die Unternehmen und die Menschen im Land eine Politik, die ihnen den Anschluss an die Entwicklungen der Zukunft nicht verschließt, sondern eröffnet. Dies gilt für die Infrastruktur, dies gilt gleichermaßen aber auch für den Energiesektor, den auch Sie angesprochen haben, Herr Kretschmann. Nicht nur aus physikalischen, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen gilt: Energie muss im Wesentlichen dort erzeugt werden, wo sie gebraucht wird. Das ist ein Grundsatz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Jawohl! – Abg. Thomas Knapp SPD: Dezentral und erneuerbar!)

Außerdem gilt – das gilt für die Union in besonderem Maß –: Vorfahrt für den Klimaschutz. Wir wollen mehr Klimaschutz in diesem Land.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Erneuerbare Energien!)

Wir wollen mehr erneuerbare Energien in diesem Land. Wir wollen weniger Dreckschleudern, die mit fossilen Energieträgern wie Öl, Kohle und Gas betrieben werden. Das ist die entscheidende Botschaft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist ein klares Profil, Herr Kretschmann. Sie wollen einerseits die sofortige Abschaltung der Kernkraftwerke. Ihnen ist aber andererseits gleichermaßen bewusst, dass regenerative Energien kurzfristig überhaupt nicht das Potenzial haben – selbst dann, wenn wir sie fördern und unterstützen –, um das Delta abzudecken.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Herr Röttgen sagt etwas anderes!)

Sie nehmen billigend einen Ausbau der Netze an unseren Grenzen in Kauf, damit Importe von Strom aus Kernkraftwerken möglich werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ulrich Lusche CDU: Französischer Atomstrom! – Zuruf von der SPD: So ein Quatsch! Die kaufen Strom von uns!)

Das ist am Ende grüne Politik pur. Ich sage für die Union ganz klar – das hat auch der Ministerpräsident deutlich gemacht, und das ist auch ein klares Profil der Union –: Wir wollen eine längere Laufzeit der Kernkraftwerke unter Beachtung ihrer Sicherheit. Außerdem wollen wir eine ökologische „regenerative Rendite“ zum Ausbau der regenerativen Energien mit

(Peter Hauk)

der Folge, dass der Einsatz fossiler Energieträger sukzessive weniger wird. Das ist eine klare Position.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zuruf von der CDU: Sehr richtig! – Zuruf der  
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Dabei denken Sie in alten Kategorien, Herr Kretschmann. Da kommen die alten Aufkleber „Atomkraft? Nein Danke“ wieder hervor. Da müssen Sie Klientel bedienen. Von Modernität und Effizienz keine Spur.

Dann prangern Sie eine vermeintliche Windkraftgegnerschaft an, die ich gar nicht erkennen kann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Zuruf der  
Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Bei uns entstehen nahezu tagtäglich neue Windkrafträder.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Jetzt aber!)

Sie verkennen aber, dass zur Energiepolitik eines Landes die Balance aus ökonomischen Kosten und ökonomischem Nutzen sowie ökologischen Kosten und ökologischem Nutzen gehört. Deshalb ist doch eines klar: Nicht in der Windkraft und nicht in der Fotovoltaik wird das Heil der regenerativen Energieproduktion der Zukunft liegen. Das größte Potenzial liegt im Bereich der Biomasse. An ihr wird kein Weg vorbeiführen; dies muss man irgendwann erkennen.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Dr. Hans-Ulrich  
Rülke und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Zuruf  
von der CDU: Sehr gut!)

Dies ist im Übrigen auch im Interesse des Verbraucherschutzes; denn der Endkonsument ist derjenige, der zuerst unter hohen Energiepreisen leidet. Deshalb ist es schlichtweg undenkbar, dass wir einen weiteren Ausbau im Bereich der fossilen Energieträger forcieren. Schauen Sie sich doch einmal die Proteste gegen den Bau des neuen Kohlekraftwerks in Karlsruhe an. Es sind dieselben, die vehement einen sofortigen Ausstieg aus der Kernkraft fordern, die gleichzeitig in Karlsruhe und anderswo gegen neue Kohlekraftwerke protestieren.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Wir wollen keine neuen Kohlekraftwerke, sondern wir wollen mehr regenerative Energien – um das einmal klar zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus  
Schmiedel SPD: Was jetzt?)

Letztlich nehmen Sie durch Ihre Forderung höhere Emissionen und weniger Klimaschutz billigend in Kauf und tragen somit durch Ihre Energiepolitik zur Erderwärmung bei. Dafür haben Sie aber immerhin das eigene Gewissen beruhigt. Das mag dann auch ein Stück weit gelten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben einer guten Infrastruktur als Hardware zählen zweifelsohne gute Bildungs-

einrichtungen, ein hoher Freizeitwert, aber auch ein hohes soziales Wohlbefinden im Leben allgemein zu den Faktoren, die die Standortattraktivität ausmachen. Wir stellen fest, dass sich in unseren Städten – in den Mittelstädten genauso wie in den Großstädten – insbesondere nach Feierabend bzw. nach Ladenschluss Bilder zeigen, die verdeutlichen, dass die Straßen sukzessive vereinsamen. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben wir die Sanierung der Fußgängerzonen vorangetrieben. Wir haben kommunale Infrastruktur – Museen, Gedenkstätten, Bildungseinrichtungen etc. – geschaffen. Aber wahr ist auch, dass sich die Innenstädte, was das Leben von Generationen angeht, sukzessive ein Stück weit entvölkert haben.

Wir werden alles daransetzen müssen, dass sich der Wohnungsbau zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs, den wir sowohl im Bereich des Ersatzbaus als auch im Bereich des Neubaus bis zum Jahr 2025 haben werden – das sind in Baden-Württemberg aufgrund der steigenden Zahl der Haushalte immerhin 450 000 Wohnungen –, in der Zukunft verstärkt im Innenbereich unserer Städte, Dörfer und Gemeinden konzentriert und nicht auf der grünen Wiese stattfindet.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter  
Wetzel FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU:  
Sehr gut!)

Dabei ist eines ganz klar:

(Zuruf von der SPD: Was? – Gegenruf von der CDU:  
Zuhören!)

Da müssen wir als Baden-Württemberger nicht in allererster Linie den sozialen Wohnungsbau im Blick haben – der ist wichtig, aber nicht das Wichtigste –, sondern wir dürfen die Mitte unserer Bevölkerung nicht verlieren. Gerade wenn es um die Wiederbesiedlung unserer Innenstädte geht, ist es logisch und nachvollziehbar, bei den Fragen „Wo nehme ich meinen Wohnraum? Wo will ich den Lebensraum meiner Familie haben: in der Innenstadt, am Ortsrand oder wo auch immer?“ auch unsere Mittelschicht entsprechend ins Visier zu nehmen.

Das heißt, unsere Wohnungsbaupolitik darf sich nicht nur auf sozial Schwache konzentrieren, sondern muss sich gleichsam auf alle, vor allem auch auf jüngere Menschen in der Familiengründungphase, konzentrieren, damit unsere Städte wieder mit Leben erfüllt werden. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich  
Rülke FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo  
konzentriert sich denn die Wohnungsbaupolitik für  
sozial Schwache?)

Dazu muss man, Herr Schmiedel, auch den Wohnungsbau ein Stück weit entideologisieren. Auch das gehört dazu.

(Abg. Claus Schmiedel SPD, auf Minister Ernst Pfister  
zeigend: Dafür ist er verantwortlich und nicht  
ich!)

– Das gilt auch für Sie, weil Sie der stetige Rufer derjenigen sind, die im Prinzip letztlich nur den sozialen Wohnungsbau im Blick haben.

(Peter Hauk)

Wir werden uns deshalb in den kommenden Monaten mit der Thematik befassen, wie die Attraktivität unserer Innenstädte als sozialer Lebensraum für Menschen, und zwar für alle Generationen, erhöht werden kann, weil damit eben auch ein Stück weit wieder das Leben in die Dörfer und Städte zurückkehrt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben ausgereiften Wohnkonzepten müssen aber auch entsprechende Bildungsangebote vorhanden sein. Der Ministerpräsident hat vorhin zu Recht gesagt, dass wir bei der Bildung das einzig richtige Signal setzen wollen: Wir wollen bei der Bildung keinen Euro einsparen, sondern wir werden da auch drauflegen. Ich habe die Millionen noch nicht addiert, die prognostiziert wurden. Aber es wird auf jeden Fall gegenüber dem Haushalt, der jetzt verabschiedet worden ist, mehr werden.

Aber klar ist auch – das gilt nicht nur für die Bildung, aber auch für die Bildung –: Bildung ist zunehmend dem Wettbewerb ausgesetzt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Es kann nicht der einzige Maßstab sein, was wir in Bildung investieren. Maßstab muss auch sein, was am Ende herauskommt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Der Maßstab wird sein: Können die Menschen, die Kinder, die Jugendlichen nach Erwerb ihres Bildungsabschlusses, egal, welchen sie erreichen, den Eintritt in die persönliche Selbstständigkeit wagen, den Eintritt in die berufliche Selbstständigkeit wagen, oder erleiden wir damit Schiffbruch? Bisher haben wir damit keinen Schiffbruch erlitten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das, was wir bisher an Instrumenten kennen – ich nenne die PISA-Studie –, gibt uns doch völlig recht. Auch die relativ niedrige Jugendarbeitslosigkeit – ein harter Parameter – gibt uns doch bisher recht. Das heißt, die Instrumente, die uns heute zur Beurteilung unseres Bildungserfolgs zur Verfügung stehen, geben doch im Prinzip unserem gegliederten Bildungssystem recht.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich sage Ihnen ganz klar: Für die Union gilt nach wie vor, dass im Mittelpunkt des politischen Handelns der einzelne Mensch, das Kind, der Jugendliche steht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Weil dies so ist, weil nicht jeder gleich begabt ist

(Abg. Jörg Döpfer CDU: So ist es!)

und weil die Begabung auf unterschiedlichen Schwerpunkten fußt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

genau deshalb wollen wir die Differenzierung unseres Bildungssystems nicht einschränken, sondern wir wollen weiter differenzieren, weiter auseinanderdifferenzieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Jörg Döpfer CDU: Jawohl!)

Sie dagegen halten an dem Weg in die sozialistische Einheitschule fest.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD und den Grünen)

– Ja, natürlich. Machen wir uns doch nichts vor.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Basisschule!)

Sie kommen da mit neuen Worten und Ausdrücken wie Basisschule und dergleichen mehr.

(Zuruf: Alte Gemeinschaftsschule!)

Nicht einmal die Kommunisten im früheren Ostblock haben es geschafft, das Bildungssystem total zu vereinheitlichen. Das ist aber Ihre Zielsetzung.

(Abg. Klaus Herrmann und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Einheitsbrei! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sozialismus! – Zuruf von der SPD: So macht man sich Koalitionspartner! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sie hängen letztendlich den alten Systemen an und wollen nicht wahrhaben, dass die Menschen unterschiedlich sind.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was macht denn Hamburg? – Abg. Klaus Herrmann CDU: Hessische Gesamtschulen!)

– Das, was die Hamburger machen, ist noch nicht deshalb gut, weil dort die Union mit in der Regierung ist – um das klar zu sagen –; ganz im Gegenteil.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sind das auch CDU-Kommunisten?)

Ich will auch gar nicht kritisieren, was andere Länder machen. Entscheidend ist doch: Wir sind ein föderalistischer Bundesstaat. Wir sind deshalb Föderalisten, weil wir davon überzeugt sind, dass wir im Wettbewerb stehen. Wenn das nicht so wäre, hätten wir in der Vergangenheit letztendlich nicht einen solchen Zuzug von Menschen innerhalb der Bundesrepublik gehabt.

Noch einmal: Das Bekenntnis zum dreigliedrigen, aber durchlässigen Bildungs- und Schulsystem gehört für uns ganz klar mit dazu.

Sie müssen sich einmal klarmachen: Es gibt auch ein Leben ohne Studium. Auch das ist ein Teil der Realität in Baden-Württemberg, auch wenn manche dies nicht wahrhaben wollen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Da kann man sogar Außenminister werden!)

(Peter Hauk)

Wenn Sie sagen, Herr Kretschmann, dass die Hauptschulen in den ländlichen Räumen sukzessive ausbluteten, dann hätten Sie recht, wenn wir jetzt nichts dagegen unternehmen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist der entscheidende Punkt: Sie hätten dann recht, wenn wir bei der jetzigen Tendenz – die möchte ich überhaupt nicht wegreden – einfach zuschauen und nicht handeln.

Wir wollen aber die Schulen in der Fläche halten. Wir wollen vor allem einen Schub für den mittleren Bildungsabschluss in der Fläche geben.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Den gibt es doch schon!)

Sie ignorieren nämlich völlig, dass wir über die Realschule hinaus mit der neuen Werkrealschule ein deutlich größeres Angebot für den mittleren Bildungsabschluss in der Fläche schaffen wollen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm  
CDU: Genau so ist es! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das haben wir doch schon!)

Das sagen Sie den Menschen nicht. Wenn wir nichts täten, wäre die Tendenz klar: Die absoluten Schülerzahlen nehmen ab, und in der Tendenz – da haben Sie völlig recht – sinken die prozentualen Übergangsquoten von der vierten in die fünfte Klasse auch an den derzeitigen Hauptschulen. Das ist wahr. Aber gerade deshalb unternehmen wir an dieser Baustelle etwas. Denn ansonsten würde das eintreten, was Sie uns prognostizieren: ein Ausbluten der Hauptschule aus der Fläche. Das wollen wir nicht.

Deshalb setzen wir dieser Tendenz mit aller Kraft ein eigenes Konzept, eine Weiterentwicklung entgegen. Denn wir glauben an die Entwicklungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen. Wir sind davon überzeugt, dass sich auch derjenige, der sich in der fünften Klasse entscheidet – egal, welche Schule er dann besucht –, weiterentwickelt und dann in der achten und neunten Klasse zu dem Ergebnis kommen kann: Ich mache die mittlere Reife, aber an dem Standort, den ich mir ausgewählt habe. Das ist auch in Ordnung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm  
CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller  
SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was für die Schulen gilt, nämlich eine größere Verzahnung zwischen Bildungseinrichtungen und Arbeitswelt, ist auch ein Markenzeichen für unsere Hochschulen. Die Duale Hochschule, die früheren Berufsakademien, ist ein großer Erfolg für das Land. Die Beliebtheit bei Unternehmen und bei Studenten wächst in einem ungeahnten Ausmaß.

Generell steigende Zahlen der Studierenden belegen die Attraktivität der Hochschulen im Land überhaupt. Ich habe in diesem Landtag noch Zeiten erlebt, in denen man sich darüber beklagt hat, dass die Ausländeranteile an unseren Hochschulen zurückgehen und dass die Attraktivität unserer Hochschulen innerhalb Deutschlands ein Stück weit sinkt.

Genau das Gegenteil ist heute der Fall: Im Jahr 2012 wird es 20 000 zusätzliche Studienplätze geben. Damit tragen wir nicht nur der Tatsache Rechnung, dass wir im Jahr 2012 zwei Abiturjahrgänge haben werden, sondern auch der Tatsache, dass wir in der Frage der Hochschulen ein Einwanderungsland und kein Netto-Abwanderungsland sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine klare Abstimmung der Studierenden mit den Füßen. Von dieser Abstimmung profitieren wir und wollen wir auch weiter profitieren.

Deshalb werden wir alles daransetzen, dass unsere Hochschulen auch in der nächsten Runde der Exzellenzinitiative vielleicht dann nicht nur im Westen, sondern auch im Osten des Landes gut abschneiden und eine führende Position einnehmen. Wir werden alles daransetzen, dass die Evaluierung des Bologna-Prozesses zielorientiert weiterentwickelt wird.

Wir werden auch alles daransetzen – das füge ich zum Bereich der Medizin hinzu –, dass sich auch bei den Universitätsklinika eine Weiterentwicklung entsprechend den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ergibt. Für die Universitätsklinik gilt dasselbe wie für die LBBW – das sage ich auch an unseren Koalitionspartner FDP –: Wir werden allem eine Absage erteilen, wenn es um die Frage der Privatisierung geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Wir werden die Universitätsklinik weiterentwickeln, aber wir stehen zu unserer Verantwortungsträgerschaft. Wir stehen zu diesem Eigentum, weil auch damit ein wichtiger Standortfaktor verbunden ist. Das gilt für die Landesbank genauso wie für die Frage einer Zusammenführung von Forschung und Lehre bei den Universitätsklinik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Beifall von der falschen Seite! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo er recht hat, hat er recht!)

Damit tragen wir auch der Rechnung, dass die Universitätsklinik zu echten Nuklei für den wachsenden Gesundheitsmarkt in Baden-Württemberg werden, der durch Cluster wie im Bereich der Medizintechnologie in Tuttlingen und dergleichen mehr ergänzt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg ist in der Summe gut aufgestellt. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung

(Unruhe)

klare Perspektiven dafür eröffnet, wo wir entsprechend der Veränderungen der gesellschaftspolitischen Prozesse weiterjustieren müssen. Wir müssen Gott sei Dank nichts korrigieren, sondern wir sind in der Lage, entlang der gesellschaftspolitischen Entwicklung auch unser Land weiterzuentwickeln. Das tun wir mit aller Kraft und mit Unterstützung der Unionsfraktion im Landtag.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid.

(Abg. Klaus Herrmann CDU zur SPD: Oh, habt ihr den Schmiedel entmachtet? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schon wieder ein neuer Fraktionsvorsitzender? – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Schmid statt „Schmiedle“!)

**Abg. Dr. Nils Schmid** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer in diesem Land in den Betrieben, in den Familien, in der Nachbarschaft, in den Vereinen mit den Menschen redet, der spürt: Sie fühlen sich in diesem Land wohl.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Zurufe von der CDU: Jawohl!)

Auch meine Familie und ich fühlen uns in diesem Land wohl.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hoffentlich bleibt es so! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Schmid, so wohl, dass Sie nach Reutlingen gehen! – Gegenruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU: Da fühlt er sich besonders wohl! – Weitere Zurufe von der CDU)

Aber die Menschen spüren auch ganz genau, Herr Dr. Birk: Das Fundament dieses Wohlstands zeigt allmählich Risse. Sie spüren: Wir müssen uns anstrengen. Es gibt keinen anstrengungslosen Wohlstand, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima! – Abg. Peter Hauk CDU: Willkommen im Klub! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Genau hier kommt die Landespolitik ins Spiel.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Tolle Erkenntnis!)

Denn die Landespolitik hat die vornehme Aufgabe, politische Führung zu zeigen

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Gegenruf der Abg. Helen Heberer SPD: Mein Gott!)

und die notwendigen Herausforderungen, die in diesem Land stecken, offensiv anzunehmen, damit wir auch in Zukunft den Wohlstand sichern können.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Genau das machen wir!)

Die Landespolitik wird daran gemessen, ob sie Dynamik zur Sicherung von Wohlstand und sozialem Zusammenhalt aufnimmt oder ob sie darauf beharrt, an alten Korsettstangen festzuhalten und alte Lösungen für neue Zeiten anzubieten.

Die ersten Wochen dieser Landesregierung haben gezeigt: Diese Landesregierung stiehlt sich aus der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der unsägliche Hickhack um den Ankauf der „Steuer-CD“ beweist nicht nur, dass Sie den Steuerbetrügern ein liberales Schutzmäntelchen der Barmherzigkeit umhängen.

(Beifall der Abg. Helen Heberer SPD – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP)

Nein, er beweist ein Weiteres: Sie sind bei dieser Detailfrage nicht bereit, Verantwortung für das Land im Land zu übernehmen, sondern Sie schieben die Verantwortung ab.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Diese Regierungserklärung beweist ein weiteres Mal, dass Sie sich wegduckten, dass Sie gesundbeten und sich auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen, anstatt Verantwortung für dieses Land zu übernehmen und politisch Anstöße zu geben, wie es im Land weitergehen kann.

Diese Regierungserklärung hat viele Fragen und fast keine Antworten geliefert, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

und sie zeigt, Herr Mappus, dass Sie offenbar keine Antenne für den tatsächlichen Bedarf an Reformen in diesem Land haben. Dort, wo das Land vorn liegt, begnügen Sie sich mit der Verteidigung dieses vorderen Tabellenplatzes und legen die Hände in den Schoß, weil Sie Tabellenführung mit eigener Machtfülle verwechseln.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ein Quatsch!)

Dort, wo das Land hinten liegt,

(Zurufe von der CDU: Wo? – Wo denn?)

da ist die nötige Aufholjagd bisher nur als Aufholjagd im Schneckentempo zu erkennen, und Sie halten an überholten Strukturen fest.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo? Nennen Sie einmal Beispiele!)

Was wir aber brauchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein mutiger Politikwechsel für dieses Land, der sich nicht an Einzelinteressen, sondern am Gemeinwohl orientiert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Für die SPD liegt die Bewährungsprobe dieser zukunftsgerichteten Landespolitik in vier Feldern: Wir wollen wirtschaftliche Dynamik, und wir wollen der Beschäftigungsentwicklung neue Flügel verleihen. Deshalb müssen wir eine aktive Rolle des Landes bei Mittelstand und Handwerk sowie in der Industriepolitik anstreben. Wir brauchen bessere Bildung für alle und Chancengleichheit, unabhängig von der sozialen Herkunft. Und wir wollen diesen Wohlstand auf hohem Niveau sichern,

(Zuruf von der CDU: Alles Schlagworte!)

(Dr. Nils Schmid)

ohne auf Pump zu leben, ohne die Generationengerechtigkeit infrage zu stellen. Deshalb brauchen wir eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aha! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP: Ihr seid die Richtigen!)

Schließlich – ich meine, das ist die zentrale Aufgabe von Politik – wollen wir den sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt in dieser Gesellschaft fördern. Vielfalt ist keine Bedrohung, sondern eine Chance.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Wir haben unternehmungslustige Arbeitgeber mit neuen Ideen, und wir haben tatkräftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zeigen, was in ihnen steckt. Aber das reicht nicht aus. Dieses Land muss sich erneuern, die Politik muss sich erneuern, damit wir weiterhin vorn mitspielen können und Zukunft für alle gewährleisten.

Herr Mappus, es war einer Ihrer Vorgänger, Lothar Späth, der die „Vier Motoren für Europa“ ins Leben gerufen hat: Lombardei, Katalonien, Rhône-Alpes und Baden-Württemberg. Wenn man sich die Entwicklung dieser vier starken Wirtschaftsräume in Europa über die letzten 15 Jahre anschaut, stellt man fest: Wir lagen vor 15 Jahren mit Abstand vorn. Inzwischen hat uns die Lombardei überholt, und die beiden anderen haben in der Wirtschaftskraft deutlich aufgeholt.

(Zuruf von der CDU: Blödsinn!)

Wir sind im Wettbewerb der starken Regionen Europas zurückgefallen. „Unser Land ist spitz“, das war unter Lothar Späth richtig. Inzwischen ist das infrage gestellt, und wir müssen uns anstrengen, wieder aufzuschließen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Durch Selbstgefälligkeit und Nichtstun verspielen Sie die Chancen für Arbeitsplätze und Beschäftigung im Land.

Es sind zwei zentrale Handlungsfelder in der Wirtschaftspolitik, die auf uns zukommen:

Wir haben die Automobilindustrie als Motor der Wirtschaft unseres Landes, und Sie sind angesichts der aktuellen Krise in eine Schockstarre verfallen.

(Lachen des Abg. Albrecht Fischer CDU)

Nachdem die SPD hier im Land mehrfach darauf hingewiesen hat, wie wichtig es ist, Eigenkapitalhilfen für den Mittelstand in unserem Land zu geben,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje!)

haben Sie sich lange verweigert, unsere Vorschläge zur BW-Anleihe und zum BW-Fonds aufzugreifen. Jetzt sind Sie endlich dabei – herzlich willkommen im Klub –, aber machen Sie auch etwas daraus, Herr Mappus!

(Beifall bei der SPD)

Aber ich will auch von den notwendigen strukturellen Anpassungen gerade in der Automobilindustrie in diesem Land reden. Wir haben inzwischen gemeinsam verstanden, dass neue

Antriebstechnologien auf dem Vormarsch sind – Hybridtechnologie, Elektromobilität. Das ist auch höchste Zeit, denn es wurde jahrelang viel verschlafen, und zwar auf Ihrer Seite, aufseiten der Landesregierung, aber leider auch aufseiten der Unternehmen.

Wenn wir aber wettbewerbsfähig sein wollen, wenn die Autos der Zukunft auch wieder aus Baden-Württemberg kommen sollen, dann müssen wir mehr für diese Branche tun. Es reicht nicht aus, in Forschung und Entwicklung zu investieren. Herr Mappus, Sie haben formuliert, Baden-Württemberg solle das Umweltinnovationslabor und -schaufenster Europas werden. Ich sage Ihnen: Labor und Schaufenster reichen nicht aus. Wir wollen die Fabrik für umweltfreundliche Automobile werden; der Produktionsstandort muss in Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb ist die Markteinführung dieser neuen Autos ganz wichtig. Wir brauchen steuerliche Anreize, wir brauchen aber auch ganz praktische Anreize wie Vorfahrt für E-Mobile im Stadtverkehr, und wir wollen den Einsatz von neuen Formen der Mobilität in Testregionen mit dem Aufbau notwendiger Infrastruktur erproben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann brauchen wir neue Verkehrsschilder! Oi, oi, oi!)

Und wir brauchen eine neue Kultur von Existenzgründungen in diesem Land. Denn Baden-Württemberg rutscht auch in dieser Hinsicht ab. Innovationsdynamik geht verloren. Wir sind inzwischen unter den Flächenbundesländern auf dem letzten Platz angelangt, was Existenzgründungen mit Substanz betrifft.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was? Was ist denn eine „Existenzgründung mit Substanz“?)

Deshalb wollen wir, dass die Förderung von Existenzgründungen angeschoben wird, und zwar vor allem durch verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten. Ich denke an mehr Eigenkapital für Gründer und Gründerinnen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Das ist ein konkreter Vorschlag, den Sie, Herr Mappus, sofort umsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite strukturelle Herausforderung für unsere Wirtschaft ist die Energiewende. Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist der Jobmotor für die Zukunft, gerade für unseren Mittelstand und unser Handwerk. Der Göppinger Maschinenhersteller Schuler steigt groß in den Anlagenbau von hoch effizienten Windkraftträdern ein. Unsere Handwerker installieren und warten Fotovoltaikanlagen und Solarmodule. Bundesweit konnten bereits im Jahr 2008 insgesamt 280 000 Arbeitsplätze dieser neuen Branche zugerechnet werden. Für Baden-Württemberg fallen dabei gerade einmal 18 000 Jobs ab. Das ist ein unterproportionaler Anteil an diesem wachsenden Kuchen. Deshalb hat die SPD mit dem Vorschlag eines Energiekonzepts für dezentrale Versorgung unter dem Stichwort 2020 konkrete Vorschläge unterbreitet, wie wir in Baden-Württemberg mehr von diesem Kuchen an Land ziehen können. Denn

(Dr. Nils Schmid)

dort liegt die Zukunft von Beschäftigung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Mappus, im Gegensatz dazu haben Sie schon als Umweltminister diese erneuerbaren Energien nicht gefördert, sondern bekämpft. Es war Erwin Teufel, der als Don Quichotte gegen die Windmühlen ins Feld gezogen ist, und Sie waren sein treuer Knappe Sancho Pansa und sind es bis heute geblieben, Herr Mappus.

(Widerspruch bei der CDU)

Wer jetzt wie Sie antritt und die Verlängerung von Laufzeiten für Atomkraftwerke fordert

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

und auf der anderen Seite die Solarförderung massiv und abrupt kürzt, der hat überhaupt nicht verstanden, wohin wir unterwegs sein müssen, und hat überhaupt nicht verstanden, welche Potenziale für neue Arbeitsplätze in diesen erneuerbaren Energien liegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie haben zu Recht von dem notwendigen Anpassungsdruck für unsere Wirtschaft gesprochen, und der Atomausstieg ist genau dieser Druck zur Veränderung hin zu einer Energiewende. Die Zukunft unseres Landes strahlt nicht in Gorleben oder in der Asse, sondern sie strahlt in den erneuerbaren Energien. Deshalb wird es Zeit abzuschalten, Herr Mappus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir wollen aber nicht nur über die Wettbewerbsfähigkeit von Firmen reden, sondern auch darüber, dass Menschen in Würde arbeiten können. Denn in der Tat: Derjenige, der morgens früh aufsteht und hart arbeitet, der muss von seinem Einkommen leben können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Wer ihn in Kombilohnmodelle steckt oder auf staatliche Stütze schiebt, der beschädigt die Würde von Arbeit. Deshalb ist die richtige Antwort für diejenigen, die morgens aufstehen und hart arbeiten, der Mindestlohn und nicht irgendwelche staatliche Stütze. Darum geht es bei dieser Auseinandersetzung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dieser Mindestlohn ist auch deshalb unerlässlich, weil die Renten derjenigen, die in den letzten Jahrzehnten dieses Land aufgebaut haben, davon abhängen, wie sich die Lohnentwicklung in der Wirtschaft derzeit gestaltet. Wer die Lebensleistung dieser älteren Menschen respektieren will, der muss für den Mindestlohn sein, damit sie auch weiterhin am Wohlstand dieses Landes partizipieren können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Damit der Staat die Löhne festsetzt!)

Wer wie Sie, Herr Mappus, die Sozialpartnerschaft und das gute Miteinander mit den Beamten im Land betont, der darf nicht im gleichen Atemzug beim Personalvertretungsrecht massive Einschnitte der Beteiligungsmöglichkeiten der Personalvertretungen einführen, der darf nicht auf dem DGB-Landeskongress Süßholz raspeln und dann, wenn es um die Sache geht, knallhart gegen die Sozialpartnerschaft und gegen Arbeitnehmerinteressen Politik machen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Für die SPD ist klar: Soziale Marktwirtschaft lässt sich daran messen, wie mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land, in den Unternehmen dieses Landes, aber auch im öffentlichen Dienst dieses Landes, umgegangen wird. Da müssen Sie noch einiges zulegen.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Auch in der Bildungspolitik stellen Sie sich nicht den Herausforderungen unserer Zeit. Anstatt die Dynamik von Veränderungen aufzunehmen, bleiben Sie im starren Korsett des bisherigen, überholten Bildungssystems. Das Wort „Ganztagsschule“ ist in der Regierungserklärung gar nicht aufgetaucht. Das verkorkste Projekt Werkrealschule

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

wurde en passant erwähnt.

Deshalb sage ich Ihnen, Herr Mappus, Frau Ministerin: Es mag durch ein geschicktes Auftreten möglich sein, ein gewisses Interesse zu wecken,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Bei wem?)

aber substanzielle Reformen lassen sich nicht durch einen Marketinggag ersetzen. Deshalb kommt es nicht so sehr darauf an, wie häufig und wie viel Sie in den nächsten Monaten mit den Menschen reden, sondern darauf, was Sie ihnen in der Bildungspolitik Neues zu sagen haben.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ihr redet noch nicht einmal! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir sagen: Im Mittelpunkt der Bildungspolitik müssen gleiche Bildungschancen für alle Kinder stehen, egal, welcher Herkunft,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das hat er doch gesagt! – Zuruf von der CDU: Das hat Herr Mappus doch gesagt!)

ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Das ist aber auch wichtig, um die Arbeitsgesellschaft für die Zukunft vorzubereiten. Denn wir brauchen jedes Talent. Es darf kein Talent in den nächsten Jahren verschüttgehen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die klatschen alle! Wieso klatscht ihr da? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Weil er recht hat! So ist es! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dann müsst ihr etwas machen!)

(Dr. Nils Schmid)

Wer dies ernsthaft fordert, lieber Herr Hauk, muss dann in diesem Land auch kostenfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

Da muss sich die CDU an ihren Landesparteitagsbeschlüssen messen lassen

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

und sich endlich einmal auch hier hinstellen und die Kindergartengebührenfreiheit einführen und darf sie nicht nur auf ihren Parteitag versprechen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Deckungsvorschlag machen!)

Wir alle wissen: Kern guter Bildungspolitik ist die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen. Aber dies setzt zunächst einmal voraus, dass überhaupt Unterricht stattfindet, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb ist es so fatal, dass Sie eine millionenschwere Werbekampagne inszeniert haben, während gleichzeitig noch immer die Stellen für Krankheitsvertretungen fehlen und viel zu viel Unterricht ausfällt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr richtig!)

Wer wirklich auf die Kinder eingehen will, der braucht ganztägige Bildungsangebote von Anfang an. Wir sind aber in Baden-Württemberg noch immer Schlusslicht bei der Ganztagsbetreuung der drei- bis fünfjährigen Kinder in Kindertagesstätten, und wir haben durch diese konservativen Profilierungsversuche von Ihnen, Herr Mappus,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: „Herr Ministerpräsident“! Sagen Sie es doch einmal!)

auch noch dieses Damoklesschwert des Betreuungsgelds über den Familien hängen, das noch dazu führen wird, dass Kinderbetreuung eben nicht in echter Wahlfreiheit angeboten wird, sondern dass diejenigen, die die Kinderbetreuung nicht in Anspruch nehmen werden, gefördert werden. Wir sind für eine echte Wahlfreiheit; das setzt voraus, dass Kinderbetreuung in diesem Land noch mehr ausgebaut wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wer aber ernsthaft auf die einzelnen Kinder eingehen will, der muss auch in den Schulen Ganztagsangebote ernst nehmen. Wir brauchen keine Kürzung von Lehrerruhestellen, wie sie in den alten Schulen in sozialen Brennpunkten vorgenommen wurde. Wir brauchen mehr pädagogisches Personal an den Ganztagschulen, damit das Versprechen der Ganztagschulen, den Kindern wirklich zu helfen, auch eingelöst wird. Sonst bleibt es leer und hohl, und die Enttäuschung bei den Eltern wird wachsen.

Wir brauchen Schulsozialarbeit in Ergänzung des pädagogischen Personals. Da reicht es nicht aus, auf die Kommunen zu schieben. Dies ist eine originäre Landesaufgabe. Denn Bildung an den Schulen ist Landesaufgabe. Da geht es um die

Gleichheit von Bildungschancen. Da muss das Land endlich auch die Schulsozialarbeit wieder finanzieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie sind aber auch nicht bereit, innovative Schulkonzepte aus den Gemeinden ernst zu nehmen. Ob es darum geht, an einer Hauptschule auch einen Realschulabschluss anzubieten – einen echten Realschulabschluss, wohlgemerkt –, ob es darum geht, eine sechsjährige Grundschule einzurichten, ob es darum geht, einen G-9-Zug an einem Gymnasium einzurichten, ob es darum geht, die Inklusion von Kindern mit Behinderungen anzustreben – all diese Konzepte für ein längeres gemeinsames Lernen werden abgelehnt, und zwar mit einer obrigkeitstaatlichen Haltung, die die Bürger nicht ernst nimmt, sondern die auf altem Denken beharrt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Mein Gott! – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wenn ich Sie auffordere, den Kommunen endlich Handlungsspielräume zu eröffnen und die aktive Bürgergesellschaft, bei der sich Menschen für Bildung engagieren, ernst zu nehmen, dann sage ich das nicht nur, weil das pädagogisch der bessere Weg ist, sondern ich sage das auch, weil in einem Land, das flächenstark ist, das seine Stärke aus der Dezentralität bezieht, wie es in Baden-Württemberg der Fall ist, strukturpolitische Entwicklungen davon abhängen, wie in Zukunft mit Schulstandorten umgegangen wird.

Sie haben ein Programm aufgelegt, das dazu führt, dass Hunderte von Schulstandorten in den nächsten Jahren gefährdet sind. Sie haben das besonders elegant gemacht, indem Sie die Drecksarbeit der Schließung den Kommunen überantwortet haben.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt einmal langsam!)

Dieses Konzept führt dazu,

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben doch gar keines! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

dass es ein Ausbluten – –

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bei Ihnen sind doch viel mehr Schulstandorte gefährdet! Nennen Sie einmal die Zahlen! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Dr. Birk, fragen Sie einmal die Bürgermeister in Ihrem Landkreis.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was ist mit Ihren Regionalschulen?)

Wer wirklich Schulstandorte erhalten will, der muss rein rechnerisch – da reicht auch die Volksschulbildung in Göppingen aus, Herr Dr. Birk – die Schüler länger zusammen lernen lassen. Dann könnten wir mehr Schulstandorte in diesem Land halten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Zurufe von der CDU)

(Dr. Nils Schmid)

Davon hängt nicht nur

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Damit schließen Sie Grundschulen, Herr Kollege! Haben Sie das schon einmal bedacht? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In zehn Jahren schließen Sie dann die Realschulen! – Unruhe)

die Schulstandortentwicklung ab, sondern auch, lieber Herr Röhm –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann ist die Realschule weg und die gymnasiale Oberstufe auch!)

als Schulleiter wissen Sie das ganz genau –, das intakte Gemeinwesen einer Kommune. Das hängt davon ab, dass es ein Rathaus mit einem Schultes gibt, ein Gasthaus, die Kirche, den Kindergarten, den Sportplatz und eine Schule.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ein Gasthaus ist wichtig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber bei Ihnen gibt es die dann nicht!)

Deshalb sage ich Ihnen: Mit unserem Konzept, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Glocke des Präsidenten – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deshalb haben wir den Klassenteiler in der Grundschule gesenkt! Damit die Schulen im Dorf bleiben!)

wird die Schule im Dorf bleiben, und das ist genau das, was dieses Land und was diese Gesellschaft brauchen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Dr. Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

**Abg. Dr. Nils Schmid** SPD: Ja.

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Herr Kluck.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Kollege Dr. Schmid, können Sie uns bitte einmal vorrechnen, wie viele Schulen in der Fläche übrig bleiben würden, wenn wir das Konzept der SPD mit diesen Mittelpunktschulen

(Zurufe: Regionalschulen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Basisschulen und Regionalschulen!)

– mit diesen Regionalschulen – in die Tat umsetzen würden?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die SPD ist auf dem Holzweg!)

**Abg. Dr. Nils Schmid** SPD: Herr Kollege Kluck, wir haben wissenschaftlichen Beistand, den ich Ihnen zitieren kann. Unser Konzept führt dazu, dass Hunderte von Schulstandorten mehr erhalten blieben, nämlich 70 %. Das ist ein hervorragendes Konzept für die Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Drückeberger! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Die Landesregierung und Sie, Herr Mappus, stehen sich aber auch bei der Frage, wie wir die öffentlichen Aufgaben zukünftig solide finanzieren können, aus der Verantwortung. Denn Herr Oettinger hatte immerhin noch die Verantwortung für solides Haushalten übernommen; Sie haben damit wenig am Hut.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Sie wollen gar nicht zur Kenntnis nehmen, dass nach dem aktuellen Doppelhaushalt und nach der mittelfristigen Finanzplanung in vier Jahren zusätzliche, neue Schulden in Höhe von rund 7 Milliarden € vorgesehen sind – und das ist noch schöngerechnet. Sie haben weder heute noch in der Vergangenheit Antworten darauf gegeben, wie Sie den Landeshaushalt nachhaltig neu ausrichten wollen und wie Sie aus dieser Schuldenfalle herauskommen wollen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und ihr?)

Sie haben zu Recht den Bildungsbereich angesprochen, der natürlich wichtig ist. Aber Sie haben in den anderen Bereichen keine konkreten Vorschläge für Einsparungen gemacht. Wir als SPD haben in mehreren Haushaltsberatungen strukturelle Vorschläge gemacht:

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wo denn?)

Zusammenlegen von Ministerien, Einsparen einer Verwaltungsebene, Abbau von Agrarsubventionen und von Agrarverwaltung und Begrenzung von Beamtenstellen auf einen strikt hoheitlichen Bereich. Das sind die Antworten für eine solide Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist bezeichnend, dass zum ersten Mal seit vielen Jahren kein konkretes Datum für das Ziel der Nullverschuldung genannt wird.

(Zurufe der Abg. Bärtl Mielich GRÜNE und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das heißt, Sie haben die finanzpolitische Solidität der Vorgängerregierungen aufgegeben. Was das Ganze auf die Spitze treibt, ist, dass Sie, Herr Mappus, in dieser Lage noch weiteren Steuersenkungen das Wort reden. Da hat Sie die „Westerwelle“ voll erfasst. Denn jeder weiß: Angesichts der prekären Finanznot – nicht nur des Landes, sondern auch der Kommunen – sind weitere Steuersenkungen Gift für die öffentlichen Haushalte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Wer jetzt noch die Gewerbesteuer infrage stellt, muss sich vorhalten lassen, dass er die kommunalen Haushalte noch mehr in Bedrängnis bringt. Denn es kann nicht sein, dass Sie die Gewerbesteuer infrage stellen und kein durchgerechnetes Konzept haben, das besser ist als die bisherige Gewerbesteuer.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Haben wir doch! Das haben wir doch!)

Sie haben damit schon jetzt jeglichen Kredit in der Finanzpolitik verspielt, und das lautstarke Eindreschen auf den Länder-

(Dr. Nils Schmid)

finanzausgleich, lieber Herr Mappus, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist doch wirklich ein wenig seltsam.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der ist zu hinterfragen!)

Die gleichen Fraktionen, die jetzt ein großes Bohei machen, haben damals, als die Neuregelung hier im Parlament zur Debatte stand, das Verfahren positiv begleitet, es verstärkt und dem zugestimmt. Jetzt stellen Sie fest, dass es vielleicht doch nicht so gut war; aber das ist ein bisschen spät. Die Unterschrift steht, bis 2019 ist der Solidarpakt festgezurr. Deshalb sage ich Ihnen: Das ist nichts anderes als ein plumpes Ablenksmanöver von Ihrem finanzpolitischen Versagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Dieter Hillebrand CDU: Was sollen die in Rheinland-Pfalz sagen?)

Der Staat braucht eine solide Finanzbasis, denn er lebt von der Substanz. Die öffentliche Infrastruktur, die Hochschulen, die Landesstraßen wurden in den letzten Jahren mangelhaft unterhalten. Deshalb ist für die Handlungsfähigkeit des Staates eine angemessene Ausstattung mit Steuermitteln unerlässlich.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Jawohl!)

Deshalb wollen wir über eine Stärkung der Steuerverwaltung Steuergerechtigkeit konsequent durchsetzen.

Aber es verbirgt sich noch etwas Grundsätzliches dahinter, nämlich die Frage nach dem Staats- und Gesellschaftsverständnis. In Ihren Reihen gibt es viele Stimmen, die sagen: Steuern sind ein Geschenk an den Staat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich bezahle gern Steuern!)

Ich sage Ihnen: Steuern zu zahlen ist selbstverständliche Bürgerpflicht, und wir alle sind der Staat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Bravo!)

Deshalb war es so fatal, dass Sie bei den Steuerhinterziehern nicht hart durchgegriffen haben; denn Sie leisten damit einem Gesellschaftsbild Vorschub,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir zahlen gern Steuern!)

das auf Entsolidarisierung setzt und nicht auf sozialen Zusammenhalt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb bekenne ich mich für die SPD auch zur kommunalen Daseinsvorsorge: keine Privatisierung von öffentlichen Institutionen wie der LBBW. Aber auch auf kommunaler Ebene kann es nicht sein, dass immer mehr private Sicherheitsdienste die Wahrung der öffentlichen Sicherheit übernehmen müssen. Es ist Aufgabe der Polizei, für Sicherheit und Ordnung in diesem Staat zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich hat diese Landesregierung, hat Herr Mappus keine Antennen für die dynamischen Veränderungen in unserer Gesellschaft, die bezüglich der Zusammensetzung und der Vielfalt unserer Gesellschaft in den letzten Jahren rapide vorangetrieben sind. Sie haben noch immer Berührungsängste; Sie haben noch immer dieses abgeschmackte Bild vom konservativen Besitzstandswahren, das Sie aufbauen wollten.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ein intellektueller Müll!)

Sie bekommen gar nicht mit, wie sich dieses traditionell weitoffene Land weiter rapide verändert.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Unruhe)

Was Sie in Ihrer Partei betreiben, ist, dass Sie mit feuchten Augen einem alten Bild von Baden-Württemberg hinterherhecheln, das mit der Realität nichts zu tun hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir gehen voraus und hecheln nicht hinterher! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Hoffentlich wird der Spitzenkandidat!)

Sie haben ein Weltbild, das kulturell und sozial trennt und nicht zusammenführt. Sie haben ein Weltbild, das nicht auf den sozialen Zusammenhalt setzt, sondern spaltet. Dies ist die falsche Antwort in dieser Krisenzeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich sage an dieser Stelle: Vielfalt in der Gesellschaft ist keine Bedrohung, sondern eine Chance, sowohl kulturell als auch sozial und wirtschaftlich.

Vornehme Aufgabe von Politik und ihren führenden Vertretern, Herr Mappus, ist es, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu befördern, denn nichts anderes meint dieser sperrige Begriff „Integration“. Wenn wir über Integration reden, dann darf das nicht nur in akademischen Diskursen – jetzt noch durch eine Staatsrätin angereichert – geschehen, sondern da ist handfestes Handeln in diesem Land gefragt: bei der Sprachförderung,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

in der Schulpolitik,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Im Schulalltag!)

bei der Ausbildung und bei den Arbeitsmarktchancen von Migrantinnen und Migranten. Dabei geht es um ganz Praktisches wie die Arbeit in den Sportvereinen.

Ich sage Ihnen einmal eines: Mein Sohn mit dem sperrigen Namen Oguzcan Dur, damals Sohn einer alleinerziehenden türkischstämmigen Mutter, ist in dieser Gesellschaft angekommen, als er mit sechs Jahren in den Handballverein von Nürtingen eingetreten ist. Da war es egal, ob er Türke oder ob er Sohn des angesehenen Einzelhändlers dieser Stadt ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Das ist in jedem Sportverein so!)

(Dr. Nils Schmid)

Deshalb sage ich Ihnen: Wir werden – so wie im Sport – nur gemeinsam gewinnen. Wir werden nur gewinnen, wenn wir die Integration vorantreiben. Wenn wir das nicht schaffen, dann verlieren wir alle gemeinsam, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie der Abg. Ulrich Lusche und Günther-Martin Pauli CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Zuruf: Sehr gut!)

Wer über diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt redet, der darf die – sicher noch vorhandenen – Defizite nicht immer den Migrantinnen und Migranten anhängen, sondern es geht auch darum, positive Vorbilder herauszustellen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wer hat wem was wo angehängt?)

Es geht darum, dass die Menschen, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind, das Rathaus als ihr Rathaus, die Schule als ihre Schule und den Elternbeirat als ihren Elternbeirat begreifen, dass sie hier heimisch werden und wir sie mit offenen Armen aufnehmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wollen wir ja!)

Wer für sozialen Zusammenhalt ist, der muss auch die nach wie vor bestehende Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft ins Auge fassen

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das hat er doch alles schon gesagt!)

und in Angriff nehmen. Denn im Ländervergleich schneidet Baden-Württemberg bei der Gleichstellung nach wie vor miserabel ab.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Hör doch auf!)

Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen: letzter Platz; Anteil der Frauen an der Zahl der absolvierten Promotionen: vorletzter Platz; Frauenanteil in den Verwaltungsspitzen von Kommunen: vorletzter Platz.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist keine Liste von Erwin Teufel! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zu wenige Frauen in der SPD-Fraktion!)

Damit ist klar: Wir brauchen eine Landesregierung, die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe begreift und die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernsthaft anpackt und nicht weiter dem alten Weltbild hinterherhechelt.

(Beifall bei der SPD)

Apropos Vielfalt und Berührungsgängste: Lieber Herr Mappus, wie wäre es denn, wenn Sie beim nächsten Christopher Street Day mitmachen

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

und sich anschauen, wie bunt, wie schillernd und wie freudvoll diese Gesellschaft ist? Ich sage Ihnen eines, lieber Herr

Mappus: Wenn Sie nicht allein gehen wollen, weil Sie ein bisschen Angst haben, dann gehe ich mit.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist ja noch schlimmer! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das kann ich mir gut vorstellen! – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Dabei sind Sie doch maskiert! – Gegenruf der Abg. Helen Heberer SPD: Das ist Toleranz in der Gesellschaft! – Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Regierungserklärung hat deutlich gemacht: Die Dynamik der Veränderung ist nicht auf Ihrer Seite. Sie haben keine Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft.

Wir von der SPD wollen diese Gesellschaft dynamisch verändern; wir wollen das Land voranbringen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihr schafft es aber nicht!)

Wir bieten Ihnen an: Dort, wo Sie nicht nur ein Sammelsurium an Klein-Klein-Vorschlägen haben, sondern wo Sie den Kurs ernsthaft ändern wollen, sind wir zum Wohl dieses Landes dabei.

(Abg. Peter Schneider CDU: Wo?)

Auch ich persönlich werde mich dafür einsetzen, dass dieses Land weiterhin vorangetrieben wird, denn wir sind in einer ernsthaften gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise. Da kann man es sich nicht leisten, nur Klein-Klein zu machen und nur an ehemals Bewährtem und an altem Denken festzuhalten. Da muss man Mut zu Neuem haben.

(Abg. Peter Schneider CDU: Wo? In Reutlingen?)

Neue Zeiten brauchen neue Antworten und auch einen neuen Ministerpräsidenten.

Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Aus Schmiedel wurde „El Schmid“!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Uli, hau rein!)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten haben wir wirklich bemerkenswerte Auftritte der Opposition erlebt. Herr Kollege Schmid, das Bemerkenswerteste an Ihrer Rede war, dass Sie bei der Aufzählung dessen, was für eine intakte Kommune erforderlich ist, die Kneipe vor der Schule genannt haben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Da hat er recht!)

Das Ganze haben Sie dann noch mit dem Vorschlag garniert, der Ministerpräsident dieses Landes solle beim Christopher Street Day auf dem Bollerwagen mitfahren. Das sind wirklich

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

konstruktive Vorschläge der Opposition, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des  
Abg. Claus Schmiedel SPD)

Herr Kollege Kretschmann hat beklagt, dieser Ministerpräsident weise nicht in die Zukunft. Er selbst hat aber keine Minute gebraucht, um bei Hans Filbinger anzukommen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Ich glaube, mit dieser Opposition kommen wir im Land nicht voran. Da halte ich mich lieber an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, die in einer Zeit der Krise sehr ernsthaft angesetzt hat. Darin wird deutlich, dass die Regierung Mappus – so hoffen wir alle – am Ende einer beispiellosen Wirtschaftskrise, die unser Land erfasst hat, ins Amt kommt.

Ganz am Anfang wurde aber auch deutlich, wie stark das Land in seinen Strukturen ist und wie stark die Wirtschaft dieses Landes ist. Das haben Sie möglicherweise nicht gern gehört. Sie haben alle möglichen Statistiken hervorgekramt, die angeblich belegen, in welchen Bereichen Baden-Württemberg schlecht sei. Die Tatsache jedoch, dass Baden-Württemberg als einziges Bundesland im Februar 2010 – trotz eines Einbruchs des Bruttoinlandsprodukts um 8 % im vergangenen Jahr – keine steigende, sondern eine sinkende Arbeitslosenquote zu verzeichnen hat,

(Zuruf von der CDU: Hat er unterschlagen!)

macht deutlich, wie stark dieses Land ist. Außerdem wird dadurch deutlich, wie stark die Wirtschaft dieses Landes vorgesorgt hat. Das sollten wir nicht schlechtreden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU)

Wir haben ohne Zweifel in der Krise gegen diese Krise investiert. Nachdem wir uns jahrelang darum bemüht haben, den Haushalt zu konsolidieren, und zwei Jahre in Folge keine neuen Schulden aufgenommen haben, haben wir nun in erheblichem Umfang neue Schulden gemacht. Wenn man im März 2010 die Lage der baden-württembergischen Wirtschaft mit der Lage der Wirtschaft in anderen Bundesländern vergleicht, wie es der Ministerpräsident gemacht hat, dann wird deutlich, dass unser Weg der richtige gewesen ist – abgesehen von der Tatsache, dass wir pro Kopf der Bevölkerung wesentlich weniger in die Verschuldung gehen als andere Bundesländer.

Ich habe mich über einen Satz besonders gefreut, der am Ausgang der Krise wichtig ist, der wichtig ist, wenn es darum geht, den Haushalt wieder zu konsolidieren. Das müssen wir in den Blick nehmen. Der Ministerpräsident hat gesagt: „Wir müssen neu darüber nachdenken, was tatsächlich Sache des Staates ist und sein kann.“

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Kollege Hauk, gestatten Sie mir den Hinweis: Wenn wir neu darüber nachdenken, darf es auch keine Denkverbote geben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Überhaupt nicht!)

Dann müssen wir darüber nachdenken, was Aufgabe des Staates sein kann, was Aufgabe des Staates sein muss.

Auch hinsichtlich der Universitätskliniken darf es keine Denkverbote geben. Wenn wir neu darüber nachdenken, welche Aufgaben für den Staat unabdingbar notwendig sind, dann werden wir uns über Themen wie die Flurneuordnungs- und die Vermessungsverwaltung wahrscheinlich rasch einig. Wir müssen ferner über Hochbau und Liegenschaften reden. Wir müssen aber auch darüber reden, warum nicht Universitätskliniken beispielsweise in eine freigemeinnützige Trägerschaft überführt werden können. Warum soll das unmöglich sein?

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir müssen auch über Standorte reden!)

– Natürlich. Wir müssen über alles reden. Das ist richtig. Ich wende mich nur gegen Denkverbote.

Wir müssen uns auch darüber unterhalten, wie die Landesbanken – auch unsere eigene – aufgestellt werden. Wir müssen uns darüber unterhalten, ob es notwendig ist, dass sich das Land weiterhin an der derzeitigen Landesbank beteiligt, oder ob nicht private Modelle an dieser Stelle zielführender sein könnten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Siehe Bayern!)

Wir müssen darüber nachdenken, inwieweit wir die Staatsdiener mit einbeziehen. Ich glaube, mit der Dienstrechtsreform ist uns ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung gelungen. Wir müssen auch den Staatsdienern zumuten, dass sie die allgemeine demografische Entwicklung der Gesellschaft mitvollziehen. Wenn der durchschnittliche Bürger bis zum Alter von 67 Jahren arbeitet, muss sich auch die Lebensarbeitszeit der Staatsdiener verlängern; das ist keine Frage. Diese Regierung hat den Einstieg in diese Richtung geschafft.

Aber wir müssen auch darüber reden, dass es uns mit der Dienstrechtsreform beispielsweise gelingt, den einfachen Dienst wegfallen zu lassen und bessere Aufstiegschancen im mittleren und im gehobenen Dienst zu schaffen. Daher ist es falsch, wenn der Kollege Schmid den Eindruck erweckt, das Land würde seiner Fürsorgepflicht für die Staatsdiener im öffentlichen Dienst nicht gerecht. Denn die Dienstrechtsreform schafft für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes sehr wohl Aufstiegsperspektiven und bietet ihnen die Möglichkeit, ihre Familien zu ernähren. Das sollten wir nicht schlechtreden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU)

Ich wundere mich sehr über die Kritik beider Oppositionsfractionen an den Vorstößen des Ministerpräsidenten und der Regierungskoalition in Richtung Länderfinanzausgleich. Das muss man schon sagen. Denn wir sind hier gewählt, um die Interessen des Landes Baden-Württemberg zu vertreten.

(Zuruf von der CDU: Allerdings!)

Wenn ich mir vergegenwärtige, dass wir in einer solch beispiellosen Krise mit einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um 8 % noch immer 1 600 Millionen € in den Länderfinanzausgleich einbezahlen, meine Damen und Herren, dann

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

muss ich sagen: Sie vertreten nicht die Interessen des Landes Baden-Württemberg, wenn Sie den Länderfinanzausgleich, wie er im Moment existiert, gutheißen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Werner Raab CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Der Grund dafür ist wahrscheinlich, dass Sie sich darüber freuen, dass dort, wo Ihre Genossinnen und Genossen Regierungsverantwortung tragen, auf Kosten des baden-württembergischen Steuerzahlers beispielsweise die Studiengebühren abgeschafft werden können.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wohltaten verbreiten!)

Das ist wahrscheinlich der eigentliche Grund dafür,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jawohl!)

dass Sie sich nicht hinter solche Initiativen stellen.

Diese Initiativen müssen zielgerichtet sein, meine Damen und Herren. Deshalb sage ich ganz klar: Es wird wahrscheinlich nicht ausreichen, wenn wir an der Seite von Hessen und Bayern in Verhandlungen eintreten. Vielmehr müssen wir auch bereit sein, eine neue Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ins Auge zu fassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aha! Jetzt wird es interessant! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Konkret!)

– Jetzt wird es interessant, Herr Kretschmann. Es wurde auch Zeit.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Da bin ich gespannt, wann Sie das machen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wann liegt die Klageschrift vor?)

– Das werden Sie zu gegebener Zeit erfahren.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Da sind wir wirklich gespannt!)

Es ist auch richtig, die Gewerbesteuer auf den Prüfstand zu stellen, meine Damen und Herren, und zwar wohlverstanden im Sinne der Kommunen. Wenn man durch das Land kommt, stellt man durchaus fest – vielleicht nicht bei den Selbstverwaltungsorganisationen, aber zunehmend vor Ort –, dass die Kritik an der Gewerbesteuer wächst, weil unsere Kommunen zunehmend feststellen, dass die Gewerbesteuereinnahmen unberechenbar sind und nicht mehr die berechenbare Grundlage für die Finanzierung darstellen, die sie brauchen.

Ich sage aber auch deutlich: Eine höhere Beteiligung der Kommunen am Umsatzsteueraufkommen bzw. ein mögliches eigenes Heberecht auf die Einkommensteuer muss so gestaltet sein, dass die Kommunen nicht weniger Einnahmen als bisher haben dürfen. Nur: Das Ganze muss berechenbar werden.

(Beifall der Abg. Hagen Kluck und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich glaube, es ist durchaus der richtige Weg, die Gewerbesteuer auf den Prüfstand zu stellen. Nichts anderes ist der Auftrag

der Berliner Kommission zur Reform der Gemeindefinanzierung, die dann auch die Ausgabeseite in den Blick nimmt. Es ist keine Frage, dass wir in diesem Zusammenhang auch über die Sozialausgaben im Sinne der Kommunen nachzudenken haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn der Ministerpräsident sagt, derjenige, der aufsteht, müsse mehr haben als derjenige, der morgens liegen bleibt, hat er die volle Unterstützung der FDP/DVP-Fraktion; das ist überhaupt keine Frage. Wir haben erlebt, dass die Politik, die in Berlin gemacht wird, die von vielen Seiten schlechtgeredet wird, richtig ist, meine Damen und Herren. Wenn eine vierköpfige Familie im Jahr 2010 im Durchschnitt 1 062 € netto mehr hat als im Jahr 2009, dann ist das nicht nichts.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn wir das einfachere und gerechtere Steuersystem, das im Koalitionsvertrag verankert ist, umsetzen, dann wird das den Familien nutzen, dann wird das den Kommunen nutzen, und dann wird es letztlich auch dem Land Baden-Württemberg nutzen, meine Damen und Herren.

Im Bereich der inneren Sicherheit wurden Schreckensbilder von privaten Sicherheitsdiensten an die Wand gemalt, die man nun brauchte, um die Polizei zu ersetzen. Das ist alles nicht der Fall, meine Damen und Herren. Das Land Baden-Württemberg wird dem Thema „Innere Sicherheit“ gerecht.

Wenn man sich die Dienstrechtsreform anschaut, wird deutlich, dass der Polizeiberuf in seiner Attraktivität gesteigert wird. In den letzten Jahren ist es notwendig und auch möglich gewesen, zusätzliche Polizeianwärter in die Ausbildung zu bringen. Wir werden ab dem nächsten Jahr merken, dass sie einen weiteren Beitrag zum Funktionieren der inneren Sicherheit im Land Baden-Württemberg leisten.

Gleichwohl sieht die FDP/DVP-Fraktion weitere Gesetze skeptisch, die in die Richtung gehen, weitere Verbote auf den Weg zu bringen. Ich glaube, wir sind im Land Baden-Württemberg mit Gesetzen zur inneren Sicherheit gut ausgestattet. Ich glaube weiterhin, dass wir die Möglichkeit haben, diese Gesetze umzusetzen. Das wird die eigentliche Aufgabe sein. Die Probleme dieser Zeit kann man nicht dadurch angehen, dass man ständig neue Gesetze und Verbote schafft. Vielmehr muss man die Gesetze, die vorhanden sind, richtig anwenden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Die, die nötig sind, schon!)

– Diejenigen, die nötig sind, schon.

Vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass es uns jetzt gelingt, der Bedeutung des Datenschutzes gerecht zu werden und die Zuständigkeiten für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich und die für den Datenschutz im öffentlichen Bereich zuzulegen. Uns fehlt jetzt noch eine letzte Einigung über eine angemessene Stellenausstattung in diesem Bereich. Ich bin sehr zuversichtlich, dass uns das in den nächsten Wochen gelingen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg hat seine Stärke nachgewiesen. Das habe ich schon eingangs deutlich gemacht. Es ist nachgerade ein Treppenwitz, wenn der Kollege Schmid behauptet, wir seien, was die Innovationskraft anlangt, auf dem letzten Platz, wenn wir bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung mit einem Anteil von 4,4 % des Bruttoinlandsprodukts nach wie vor nicht nur deutschlandweit, sondern europa- und weltweit an der Spitze marschieren. Alle Daten, die über unsere Wirtschaft im Land Baden-Württemberg vorliegen, machen deutlich, dass das, was der Kollege Schmid hier gezeichnet hat, mit der Realität nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

Dennoch dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen, was die wirtschaftliche Entwicklung des Standorts anlangt. Wir müssen im Verbund mit dem Bund und mit Europa jegliche protektionistischen Tendenzen bekämpfen. Denn unsere Wirtschaft im Land Baden-Württemberg ist exportorientiert. Wir werden den Export, wir werden die Globalisierung, wir werden die Weltoffenheit brauchen, wenn wir gestärkt aus dieser Krise herauskommen wollen. Denn das ist unser Ziel.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Insofern begrüßt die FDP/DVP-Fraktion das grundlegende Expertengutachten zum Thema Innovationspolitik, das der Ministerpräsident angekündigt hat. Es steht auch nicht in Konkurrenz zur Tätigkeit des Innovationsrats. Der Innovationsrat hat andere Aufgaben. Er berät uns. Die Vorschläge des Innovationsrats werden auch in keiner Weise ignoriert. Aber warum soll man nicht zusätzliche Kompetenz heranziehen, wenn es darum geht, die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft zu gestalten?

Das Thema Elektromobilität macht dies beispielhaft deutlich. Ich bin froh, dass wir am heutigen Tag klargemacht haben, dass wir Elektromobilität nach wie vor als ein wichtiges Zukunftsthema betrachten und dass wir im Haushalt eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen haben, um den Bereich der Elektromobilität voranzutreiben.

Herr Kretschmann, wir stellen immer wieder fest, dass die Grünen bei jeder Debatte das Thema Klimaschutz im Munde führen. Das ist auch richtig; das ist ihre Kernkompetenz. Allerdings stellen wir weiterhin fest – der Kollege Hauk hat das schon herausgearbeitet –: Klimaschutz gilt nur so lange, bis es konkret wird. Wenn wir beispielsweise über die Verkehrsinfrastruktur oder darüber reden, wie wir Individual- oder auch Güterverkehre auf die Schiene bekommen, sind die Grünen plötzlich dagegen. Die wichtigsten Verkehrsprojekte dieses Landes und das wichtigste Schienenprojekt werden von Ihnen von A bis Z bekämpft, und Ihre Statthalter in Berlin – Herr Hauk hat darauf hingewiesen – tun sich da in ganz besonderer Weise hervor.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sauerer!)

Das ist mit Sicherheit kein Beitrag zum Klimaschutz.

Dasselbe gilt für die energiepolitische Diskussion. Wir haben wirklich deutlich gemacht – ich bin dem Ministerpräsidenten sehr dankbar dafür, dass er es in seiner heutigen Regierungserklärung noch einmal in aller Deutlichkeit bestätigt hat –: Wir sind nicht bereit, den Energieversorgern die Gewinne aus

einer Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke quasi zum Nulltarif in den Rachen zu werfen. Vielmehr muss klar sein: Die Kernenergie ist und bleibt eine Brückentechnologie. Wir können auch gern darüber streiten, wie lange wir sie noch brauchen. Klar ist, dass wir sie länger brauchen, als es in diesem rot-grünen Papier aus dem Jahr 2001 steht. Aber die Energieversorger bekommen das Ganze eben nicht zum Nulltarif.

Manche Forschungsinstitute sagen, dass durch eine Laufzeitverlängerung eine Summe zu Erlösen sei, die deutlich im dreistelligen Milliardenbereich liege. Wenn das richtig ist und wir die Hälfte dieser Erlöse abschöpfen wollen und mit diesen Mitteln den Ausbau und die Erforschung der erneuerbaren Energien fördern wollen, dann verstehe ich wirklich nicht, warum Sie sich gegen diesen Weg stemmen. Sie diskutieren gar nicht darüber. Das Einzige, was man aus Ihrer Ecke zu diesem Vorschlag immer zu hören bekommt, ist, er sei Blödsinn. Aber Argumente haben Sie, meine Damen und Herren, nicht zu bieten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn wir tatsächlich einen Beitrag zum Klimaschutz leisten wollen, dann ist es wohl evident, dass wir vor allem die fossilen Energieträger zurückdrängen müssen. Genau das können wir auf diesem Weg, indem wir, solange wir mit den erneuerbaren Energien noch nicht so weit sind, einen Teil unseres Energiebedarfs eben durch die Kernenergie decken – einen anderen Teil gleichzeitig durch die erneuerbaren Energien – und die Hälfte der Erlöse, die sich aus einer Laufzeitverlängerung ergeben, dafür verwenden, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen.

Das ist doch aus Sicht des Klimaschutzes ein intelligenter Weg. Über ihn müsste man doch wenigstens nachdenken. Aber das können Sie nicht, weil Sie alles, was mit Kernenergie zu tun hat, einem ideologischen Denkverbot unterzogen haben. Das ist das eigentliche Problem in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb, Herr Kollege Kretschmann: Werfen Sie uns bitte nicht vor, wir würden den Ausbau erneuerbarer Energien behindern.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich!)

Werfen Sie uns bitte nicht vor, wir würden nichts für den Klimaschutz tun oder der Klimaschutz spiele in Regierungserklärungen keine Rolle. Diejenigen, die den Ausbau erneuerbarer Energien eigentlich behindern, diejenigen, die sich am Klimaschutz eigentlich versündigen, sind Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Deshalb wäre ich froh, wenn sich die Fraktion GRÜNE genauso eindeutig zu Stuttgart 21 oder zu Baden-Württemberg 21 bekennen würde,

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

wie das die SPD-Fraktion tut, die gemerkt hat – ich sage das ausdrücklich anerkennend –, dass dieses Projekt im Sinne des Landes ist, dass es auch ökologisch ist und einen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Ich sage für die FDP/DVP-Fraktion aber auch in aller Deutlichkeit, dass uns ein menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn genauso wichtig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb bekennen wir uns an dieser Stelle dazu: Uns ist das ganze Land gleich wichtig, uns sind die Schienenprojekte im ganzen Land gleich wichtig. Das gilt beispielsweise auch für den Neubau der Schnellbahnstrecke Frankfurt–Mannheim.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Der Ausbau der Südwestinfrastruktur, auch in Verhandlungen mit Berlin, auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in den letzten 20 Jahren sehr viel in den Osten dieser Republik geflossen ist – – Ich will das überhaupt nicht kritisieren. Der Aufbau Ost war dran. Aber wenn man heute in die neuen Bundesländer fährt und sich die dortige Infrastruktur anschaut, dann kann man den Mitbürgerinnen und Mitbürgern in den neuen Bundesländern gratulieren. Doch wir können uns auch selbst gratulieren, denn wir haben einen wesentlichen finanziellen Beitrag dazu geleistet.

Vor diesem Hintergrund ist es durchaus angemessen, an dieser Stelle einmal deutlich zu sagen, dass nach den neuen Bundesländern jetzt der Süden und insbesondere der Südwesten dieser Republik dran ist. Die Zahlen wurden uns heute schon vorgerechnet. Uns wurde schon vorgerechnet, wie hoch der Anteil in der Vergangenheit war. Er war deutlich niedriger als der Anteil nach dem Königsteiner Schlüssel, über den wir immer diskutieren.

Das heißt, dass in den nächsten Jahren ein Anteil, der deutlich über den gut 12 % liegt, die dem Land Baden-Württemberg rechnerisch zustehen, in den deutschen Südwesten fließen muss. Deshalb, glaube ich, wird es eine Aufgabe dieser Regierung sein, in Berlin deutlich zu machen, dass jetzt der deutsche Südwesten dran ist – im wohlverstandenen Eigeninteresse der gesamten Republik und aller Bundesländer.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn wir mit unserer Leistungsfähigkeit im Südwesten werden auch weiterhin diejenigen sein, die den Karren ziehen.

Richtig ist es aber auch, darüber nachzudenken, wie wir zu neuen Finanzierungsinstrumenten kommen. Neue Finanzierungsinstrumente bedeuten, dass wir natürlich über eine Maut nachdenken müssen, insbesondere auf Autobahnen im Land Baden-Württemberg.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Maut auf Autobahnen in Baden-Württemberg?)

Ich sage in aller Deutlichkeit: Die FDP/DVP-Fraktion ist für alles offen. Wir sind auch für elektronische Systeme, für eine streckenbezogene Maut offen. Aber ich sage mit der gleichen

Deutlichkeit: Der Datenschutz muss voll und ganz gewährleistet werden, damit wir so etwas einführen können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir sehen momentan noch nicht, dass es Systeme gibt, die dies leisten. Deshalb kann ich an dieser Stelle nur wiederholen, dass sich meine Fraktion und ich dafür aussprechen, zumindest in der Übergangszeit einmal mit einer Vignettenlösung anzufangen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Einer Vignettenlösung wird möglicherweise entgegengehalten, sie führe zu einer Mehrbelastung der Bürger. Das soll nicht der Fall sein. Denn dort, wo wir durch die Vignette mehr belasten, wollen wir an anderer Stelle weniger belasten, beispielsweise durch die Abschaffung der Kfz-Steuer, was noch dazu ein wesentlicher Beitrag zum Bürokratieabbau wäre, meine Damen und Herren.

Darüber hinaus werden wir natürlich mit der Kritik konfrontiert werden, eine Vignette sei nicht ökologisch, weil der Vielfahrer finanziell nicht mehr in Anspruch genommen würde als der Wenigfahrer.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Richtig!)

Das ist sicherlich richtig, meine Damen und Herren. Nur: Wir haben Instrumente wie Mineralölsteuer und Ökosteuer. Sie können davon ausgehen, dass der Vielfahrer in diesem Land schon hinreichend geschöpft wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber auch hier müssen wir zur Tat schreiten. Es genügt nicht, im Landtag von Baden-Württemberg darüber zu diskutieren. Deshalb schlägt meine Fraktion vor, in Berlin baldmöglichst eine Bundesratsinitiative in Richtung Maut für das Land Baden-Württemberg einzubringen.

Herr Kollege Kretschmann, Sie haben der Landesregierung, Sie haben dem Ministerpräsidenten vorgeworfen, mit der Person der neuen Kultusministerin keine neue Bildungspolitik zu verbinden. Da haben Sie ganz recht. Denn eine neue Bildungspolitik ist in diesem Land nicht gewünscht, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

weil die Bildungspolitik, die wir in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten machen, die richtige ist. Sie ist auch erfolgreich. Das zeigen die Ergebnisse unserer Wirtschaft, und das zeigen sämtliche Statistiken, die sich mit dem Bildungswesen in Baden-Württemberg beschäftigen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deshalb kann es nicht darum gehen, eine neue Bildungspolitik zu machen, sondern es muss darum gehen, die Bildungspolitik, die wir betreiben, zu optimieren. Niemand kann uns

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

vorwerfen, wir unternahmen in dieser Hinsicht keine Anstrengungen.

Schauen Sie sich nur einmal an, wie sich der Anteil der beiden Bildungshaushalte am Gesamthaushalt des Landes in den letzten 20, 30 Jahren entwickelt hat. Da kann kein Mensch dem Land Baden-Württemberg unterstellen, es würde nicht die richtigen Schwerpunkte setzen.

Der Ministerpräsident hat auch noch einmal deutlich gemacht: Im Bildungsbereich wird kein Euro eingespart, sondern all das, was wir vielleicht durch Entwicklungen erwirtschaften, kommt der Qualität zugute. Allerdings: An der einen oder anderen Stelle müssen wir natürlich noch effektiver werden. Das ist völlig klar. Denn jede Unterrichtsstunde, die ausfällt, ist eine Unterrichtsstunde zu viel. Das ist überhaupt keine Frage.

Wir müssen in vielen Bereichen auch die Lehrer noch stärker heranziehen, im Bildungsbereich ihrem Auftrag gerecht zu werden. So gibt es beispielsweise in meiner Fraktion relativ wenig Verständnis dafür, Pädagogische Tage während der Schulzeit stattfinden zu lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Erfreulich ist, dass ein Schwerpunkt in der frühkindlichen Bildung gesetzt wird. Sie haben immer behauptet, Herr Kollege Kretschmann und Herr Kollege Schmid, diese Regierungserklärung sei nicht konkret. Sie haben offensichtlich die Aussagen zum frühkindlichen Bereich total überlesen oder unterschlagen. Es ist doch eine konkrete Ankündigung, den Klasseanteiler im Grundschulbereich schon im nächsten Schuljahr auf 28 abzusenken. Es ist doch eine konkrete Ankündigung, dass die angehenden Grundschullehrer künftig ein achtsemestriges Studium zu absolvieren haben. Es ist doch eine konkrete Ankündigung, die Pädagogischen Assistenten jetzt auch im Grundschulbereich einzusetzen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das alles habe ich doch gewürdigt!)

Es ist doch auch eine konkrete Ankündigung, dass wir im Bereich der musikalischen Bildung weiterkommen. Das freut die Fraktion der FDP/DVP ganz besonders; denn das Stichwort „Jedem Kind ein Musikinstrument“ beherrscht schon lange – insbesondere in meiner Fraktion – die Diskussion.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es sollen aber auch noch einige Fußball spielen! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich halte es auch für richtig, dass das Stichwort Schulsozialarbeit gefallen ist. Wir können gern darüber diskutieren, wer die Trägerschaft übernimmt. Wir können, wie es der Herr Ministerpräsident vorgeschlagen hat, gern darüber diskutieren, ob es vielleicht eine Art Solidarpakt mit den Kommunen gibt, und zwar einerseits zum Thema „Pädagogische Assistenten“ und andererseits zum Thema Schulsozialarbeit. Aber Schulsozialarbeit ist notwendig, Schulsozialarbeit ist richtig, und das Thema Schulsozialarbeit wird auf der Agenda bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist auch richtig, dass ein reiches Land wie Baden-Württemberg, das sein Geld überwiegend oder zumindest in gro-

ßem Umfang durch Export verdient, darüber nachdenkt, wie es in den Regionen auf dieser Erde aussieht, denen es nicht so gut geht. Deshalb unterstützen wir nachhaltig den Ausbau der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit. Ich halte es auch für gut und richtig, in diesem Land das Instrument der Mikrokredite zu stärken. Diese Diskussion haben wir auf Fachebene jetzt schon relativ lange geführt. Ich glaube, Mikrokredite sind ein Instrument, mit dem wir die Existenzgründer auch im eigenen Land, in Baden-Württemberg, unterstützen können und mit dem wir vor allem auch in den Entwicklungsländern dieser Welt viel tun können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Letzter Punkt: Die Fraktion der FDP/DVP unterstützt völlig das Ziel, das Ehrenamt im Land Baden-Württemberg noch stärker zu würdigen. Bei vielen Grußworten wird wahrscheinlich von uns allen landauf, landab das Ehrenamt immer wieder gewürdigt. Wir weisen immer wieder darauf hin, wie wichtig und wie notwendig das Ehrenamt ist, wie viele Sorgen, Probleme und Nöte, die die Politik gar nicht allein schultern kann, vom Ehrenamt aufgefangen werden. Ich glaube in der Tat, dass bei uns viele Probleme – auch solche sozialer Art – insbesondere im ländlichen Raum deshalb gar nicht erst entstehen, weil es das Ehrenamt gibt,

(Beifall bei der FDP/DVP)

weil Vereine und Institutionen vieles auffangen und abfangen, weil vieles von dem, was in anderen Institutionen vielleicht nicht optimal läuft, was in der Gesellschaft vielleicht nicht optimal läuft, durch das Ehrenamt ausgeglichen wird.

Ich glaube, wir würdigen dies in unserem Land manchmal zu wenig. Deshalb ist es notwendig, eine Anerkennungskultur für das Ehrenamt auszubauen, um deutlich zu machen, dass wir wissen und auch schätzen, was die vielen Hunderttausenden, ja Millionen von Ehrenamtlichen in Baden-Württemberg nicht nur leisten, sondern welche Probleme sie uns in der Politik zum Teil auch abnehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Die Fraktion der FDP/DVP ist zuversichtlich, zusammen mit der Landesregierung und unserem Koalitionspartner auf der Basis dieser Regierungserklärung das Land weiter voranzubringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erteile ich Herrn Ministerpräsident Mappus.

**Ministerpräsident Stefan Mappus:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke zunächst einmal für die, wie ich finde, sehr sachliche Aussprache und möchte die Möglichkeit nutzen, doch noch auf das eine oder andere Inhaltliche einzugehen, bei dem ich glaube, dass ein paar Argumente dargeboten wurden, die schon relativ bemerkenswert sind.

Herr Dr. Schmid, ich habe schon viel gehört, aber dass die Lombardei jetzt Baden-Württemberg überholt habe, war wirk-

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

lich ein bahnbrechendes neues Argument. Das muss ich schon sagen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Statistisches Landesamt!)

Nur: Ab und zu helfen Zahlen. – Ich weiß nicht, welches Statistische Landesamt Sie da zitieren.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Nils Schmid und Abg. Reinhold Gall SPD: Baden-Württemberg!)

– Das finde ich sehr schön. Ich habe nämlich einmal den aktuellsten EU-Innovationsindex des Statistischen Landesamts zurate gezogen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Es geht um die Wirtschaftskraft!)

Da war die Frage: Wer hat die höchste Innovationskraft in Europa? Vielleicht bezog sich Ihre Erkenntnis, was Fortschritt angeht, auf seit Schröder etwas weinselige Abende, bei denen in der Tat die Italiener lange Zeit einen gewissen Vorsprung hatten. Jetzt würde ich sagen: Sogar da haben wir in der Zwischenzeit ordentlich aufgeholt.

(Zurufe von der SPD und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich will Ihnen nur etwas sagen, was die Innovationskraft angeht.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Es geht um die Wirtschaft!)

Ich habe vorhin beim Thema Wirtschaft vor allem darüber geredet. Übrigens war es eine der Grundideen der Einrichtung der „Vier Motoren“, dass sich diese gegenseitig befruchten, eine Art gegenseitigen Wettbewerb haben und sich deshalb voranbringen.

Im EU-Innovationsindex steht: Nordwestitalien mit der Lombardei auf Rang Nummer 18. Jetzt raten Sie einmal, wer in dieser Statistik auf Rang Nummer 1 ist, meine Damen und Herren: Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wird da mit falschen Zahlen gearbeitet und argumentiert?)

Und Sie stellen sich allen Ernstes hin und sagen in der Replik auf meine Rede, wir müssten uns jetzt einmal an der Lombardei orientieren, weil die uns da überholt hätten. Ich kann nur sagen: Spätestens dann, wenn man nach einem solchen Abend wieder nüchtern ist, muss man eigentlich zu dem Ergebnis kommen: Es mag Regionen geben, die uns auf den Fersen sind.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Schmid trinkt doch gar keinen Alkohol! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Vielleicht liegt es daran! Vielleicht sollte er! Im Wein liegt Wahrheit!)

Aber mit Verlaub: Die Lombardei gehört ganz gewiss nicht dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat das mit der Lufttemperatur verwechselt! Da ist es wärmer!)

Sie haben die Finanzen angesprochen und mir vorgeworfen, ich hätte quasi nichts dazu gesagt, wie man die Finanzpolitik in den nächsten Jahren angeht. Ich kann nur sagen: Sie werden in absehbarer Zeit mehr Mut erleben, als Ihnen vielleicht recht sein wird, mit Blick auf die Frage: Wo gehen wir denn mit, und wo gehen wir denn nicht mit?

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Da sind wir ja gespannt!)

– Ja, da können Sie gern gespannt sein. – Wenn Sie, wie ich schätze, das ablehnen, was wir vorschlagen werden, dann erwarte ich von Ihnen konstruktive Gegenvorschläge.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da werden wir lange warten müssen!)

Jetzt haben wir ganz zaghaft den einen oder anderen Vorschlag von Ihnen gehört.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Folge 274 der Argumentation war: Wir müssten Ministerien zusammenlegen. Das hören wir schon seit vielen Jahren.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion und, wie ich heute gelesen habe, zukünftige Spitzenkandidat der SPD – mit dem neuen Wahlkreis klappt es noch nicht so ganz, wie ich den Medien entnehme; aber auch das wird sicherlich noch gelingen – hat also in der Tat vorgeschlagen, dass wir die Sanierung des 32-Milliarden-€-Haushalts des Landes Baden-Württemberg mit der Zusammenlegung von zwei Ministerien angehen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ein Element!)

Okay. Mit mir kann man über alles reden.

Meine Damen und Herren, die SPD in Rheinland-Pfalz hatte auch die sagenhafte Idee, zwei Ministerien zu fusionieren: das Ministerium für Kultus und Sport und das Wissenschaftsministerium. Dies ist in Rheinland-Pfalz geschehen. Nur zur Erinnerung: Wir haben ein Kultusministerium mit fünf Abteilungen, und wir haben ein Wissenschaftsministerium mit fünf Abteilungen, und wir sind mehr als doppelt so groß wie das Land Rheinland-Pfalz. Die SPD in Rheinland-Pfalz hat bei diesem sagenhaften Versuch der Haushaltssanierung durch die Zusammenlegung der beiden Ressorts ein Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur geschaffen, das einen Minister, drei Staatssekretäre, elf Abteilungen und 93 Referate umfasst. So sieht das Sparen bei der SPD aus, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wer ist denn da Ministerpräsident?)

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Da kann ich nur sagen: Wenn dort, wo die SPD regiert, so etwas passiert, dann sollten Sie wenigstens einmal schauen, was dabei herauskommt, bevor Sie solche wegweisenden Vorschläge machen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie könnten es doch besser machen! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich kann nur sagen: Ein Ministerium mit 93 Referaten möchte ich als Minister nicht führen müssen, ganz abgesehen davon, dass es ohnehin per se schon, mit Verlaub, ein bisschen daneben ist, zu sagen: Je größer ein Ministerium ist, desto kostengünstiger lässt sich die Arbeit am Ende des Tages machen. Sie wissen, dass dieses Argument ein Ladenhüter ist. Sie wissen, dass es falsch ist. Also lassen Sie es einfach in der Schublade, wenn Ihnen sonst nichts einfällt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das sind dort ja fast griechische Zustände!)

Ich bin immer dafür, dass man sich mit konstruktiven Vorschlägen inhaltlich auseinandersetzt. Herr Dr. Schmid, was ich bei Ihnen allerdings ein klein wenig vermisse, ist eine einigermaßen berechenbare Halbwertszeit Ihrer Vorschläge. Sie haben vorhin wieder einmal das schöne Lied von der kostenfreien Bildung gesungen, auf gut Deutsch: Es soll alles umsonst sein. In Ordnung; das ist immer populär. Es ist immer gut, den Menschen zu sagen: „Wir machen das alles umsonst, ihr müsst nie wieder etwas bezahlen.“ Zwei Minuten später haben Sie gefordert, endlich einmal den Haushalt zu sanieren. In Ordnung, auch darüber kann man reden.

Ich würde mir jedoch wünschen, dass Ihre Vorschläge einen gewissen zeitlichen Bestand haben. Am 23. März 2005 haben Sie nämlich – damals offensichtlich noch etwas mutiger und noch etwas innovationsfähiger unterwegs, lieber Herr Schmid – in den „Stuttgarter Nachrichten“ Folgendes gesagt:

*Ich bin unverändert der Meinung, dass Studiengebühren unter bestimmten Bedingungen sinnvoll sind.*

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Wow!)

Ja was denn jetzt? Ich bin sehr dafür, dass man über Vorschläge redet.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Ich habe auch kein Problem damit, wenn Sie sagen: Schafft die Studiengebühren ab. Sofern Sie einen Deckungsvorschlag für diese 150 Millionen € machen, kann man über alles reden. Sie aber sagen zuerst: „Ich will Studiengebühren“, dann lassen Sie die Regierung marschieren nach dem Motto „Aber wenn es unpopulär wird, bin ich weit weg“, um sich danach vor das Parlament zu stellen und zu sagen: „Aber das alles wollen wir nicht; Bildung muss für alle kostenlos sein.“ Lieber Herr Schmid, mit dieser Rede wären Sie bei der CDU noch nicht einmal Zweitkandidat geworden. Das ist armselig, was Sie hier machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie machen ja gerade so weiter, wie Sie als Fraktionsvorsitzender aufgehört haben! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist aber eine Beleidigung für unsere Zweitkandidaten! Das haben die nicht verdient!)

Wenn wir vom Thema Finanzen reden, dann bitte ich einfach einmal, die Zahlen anzuschauen. Ich habe vorhin davon gesprochen, dass die Kommunen in Baden-Württemberg mindestens so schwere Zeiten durchmachen wie alle anderen. Im Jahr 2009 sind die Einnahmen aus dem kommunalen Anteil an der Einkommensteuer um 12,5 % und die Gewerbesteuer-einnahmen der Kommunen um über 25 % eingebrochen. Keine Frage, das ist eine schwierige Situation für die Kommunen. Ich bitte jedoch auch, einmal zu sehen, was wir als Land im kommunalen Finanzausgleich dafür getan haben, dass es den Kommunen doch nicht so schlecht geht.

Meine Damen und Herren, ab und zu hilft ein Blick auf Statistiken, z. B. dann, wenn es um den Schuldenstand der Kommunen in Baden-Württemberg geht. Sie erlauben mir, dass ich das Land Baden-Württemberg einmal mit den Ländern vergleiche, die in finanzpolitischer Hinsicht eigentlich relativ gut dastehen. Bayern ist unbestrittenermaßen bezüglich seiner Pro-Kopf-Verschuldung auf Landesebene besser als Baden-Württemberg.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schaut aber einmal die Kommunen dort an!)

Das ist sicherlich ein Land, von dem auch Sie sagen werden: Die sind finanzpolitisch sehr ordentlich unterwegs.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Im Jahr 1980 hatte eine bayerische Kommune einen Schuldenstand von durchschnittlich umgerechnet 612 € pro Einwohner. Im Jahr 2008 waren es 1 103 €. Das ist eine Steigerung um 70 bis 80 %. In Baden-Württemberg hatte eine Kommune im Jahr 1980 durchschnittlich eine Verschuldung von 630 € pro Einwohner, und im Jahr 2008 betrug sie 581 €.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Während die durchschnittliche Verschuldung der Kommunen in Bayern in diesem Zeitraum, in knapp 30 Jahren, also um 80 % gestiegen ist, ist sie bei uns um 15 % gesunken.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

Das hat sicherlich auch etwas mit gutem Wirtschaften zu tun.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Es hat aber auch etwas mit einem exzellenten kommunalen Finanzausgleich zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sich dann hier hinzustellen, das Hohelied der Finanzen zu singen und zu sagen, wie schlimm alles sei, was das Land Baden-Württemberg gegenüber den Kommunen mache, ist ein-

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

fach nicht seriös. Im Übrigen glaubt es Ihnen auch niemand. Denn jeder Bürgermeister, mit dem Sie reden, wird natürlich immer sagen: Ich habe es schwer; ich habe im Moment eine schwierige Finanzlage.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt ja auch!)

Er wäre in seinem Job wahrscheinlich auch falsch, wenn er sagen würde: Alles ist wunderbar. Aber spätestens in einem Vieraugengespräch habe ich noch keinen Bürgermeister in Baden-Württemberg getroffen, der bestreitet, dass der kommunale Finanzausgleich in diesem Land so gut ist wie in keinem anderen Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das werden wir so lassen. Aber man darf es ja ab und zu sagen. Wenn Sie uns schon nicht loben, muss ich das halt auch noch selbst machen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt zum Thema Personalvertretungsrecht. Es ist unfair, was Sie da gesagt haben. Ich erwarte von jemandem, der bei Professor Kirchhof in Jura promoviert hat,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

dass er wenigstens im Rechtsbereich einigermaßen sauber argumentiert. Auf den anderen Bereich, bei dem Sie geltendes Recht völlig außen vor lassen, kommen wir morgen zu sprechen. Aber beim Personalvertretungsrecht ist es schon ein Unding, wenn Sie als promovierter Jurist einfach nicht erwähnen, dass wir jetzt nur das machen, was das Bundesverfassungsgericht schon vor einer Reihe von Jahren in einem Urteil gefordert hat –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Zuruf von der CDU: Genau!)

nicht mehr, aber auch nicht weniger. Jetzt schon anzugreifen, was das Bundesverfassungsgericht fordert, es uns aufs Brot zu schmieren und zu sagen, das wäre die halbe Abschaffung der Mitbestimmung, ist schlicht und ergreifend unseriös, Herr Schmid.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das habe ich nicht gesagt! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat er nicht gesagt!)

Übrigens, ein weiterer schöner Punkt, bei dem Sie es mit Ihren Zusagen nicht so wahnsinnig genau nehmen – das eine Beispiel habe ich schon genannt –, ist: Sie haben in Ihrer Rede das Betreuungsgeld auf die Schippe genommen. Jetzt gibt es gute Argumente dafür und gute Argumente dagegen – in Ordnung, ich kenne die Debatte; wir führen sie auch in der CDU –, weil natürlich die Gefahr besteht, dass bei einem Betreuungsgeld zumindest ein bestimmter Prozentsatz des Geldes nicht dort ankommt, wo es hinsoll.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie lernen auch dazu!)

In Ordnung, darüber kann man gern reden. Konsequenterweise müssen Sie dann auch über das Kindergeld und anderes genauso diskutieren; denn dort haben Sie exakt das gleiche Thema.

Ich will die Diskussion gar nicht führen. Ich habe dazu noch keine abgeschlossene Meinung. Nur: Das Betreuungsgeld stand im Koalitionsvertrag der Großen Koalition.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ja, weil Sie es wollten!)

Ich mag es einfach nicht, wenn sich jemand, sobald er nicht mehr in der Koalition ist, vom Thema „Kalte Progression“ bis hin zum Thema Betreuungsgeld überhaupt nicht mehr für das interessiert, was er vorher quasi selbst unterschrieben hat. Das ist keine seriöse Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wie war es beim Atomausstieg?)

– Dazu komme ich gleich.

Jetzt zum Thema Schulpolitik. Das Thema Ganztagschule habe ich in der Tat nicht explizit angesprochen. Ich habe eingangs darauf verwiesen, dass man in einer Regierungserklärung nicht jeden Punkt einzeln ansprechen kann. Wenn Sie es wollen, machen wir gern nach castroschem Motto auch einmal über drei bis vier Stunden. Ich verspreche Ihnen, dann wird über jeden Punkt geredet.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Keine Drohungen!)

Ich kann nur sagen: Der Ausbau der Ganztagschulen mit einer Ausstattung von, wie wir uns erinnern, über 1 Milliarde € – auch mit Blick auf die Kommunen – und mit einer Laufzeit von neun Jahren ist Beschlusslage. Wir stehen dazu. Ich habe aber, wie Sie sicherlich bemerkt haben, davon gesprochen, dass ich absolute Wahlfreiheit möchte.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja!)

Ich möchte, dass vor Ort entschieden werden kann, ob man eine Ganztagschule möchte oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wenn man sie möchte, muss es sie auch geben, auch mit Unterstützung des Landes. Da mangelt es auch nicht an Geldern. Das Geld ist da.

(Widerspruch bei der SPD)

– Nein, das Geld ist da.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben doch über Jahre hinweg blockiert, wo es nur ging! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Es ist übrigens in den letzten Jahren teilweise gar nicht abgerufen worden. Sie wollen doch etwas ganz anderes, und das muss man jetzt mit Blick auf die Landtagswahl immer wieder sagen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Zwangsganztagschule!)

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

In Wahrheit wollen Sie nicht die Wahlfreiheit, in Wahrheit wollen Sie große Einheiten von Ganztagschulen und Einheitsschulen. Das ist das, was Sie in Baden-Württemberg wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen die Zwangsganztagschule! Zwangsbeglückung wollen die! Zwangsbeglückung! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Einheitsbrei!)

Über das Angebot, zum CSD zu gehen, denke ich einmal nach,

(Vereinzelt Heiterkeit)

wobei ich, Herr Schmid, in einem Punkt um Verständnis bitte: Wenn ich dahin gehen würde, würde ich mit dem Kollegen Schmiedel hingehen, weil ich wenigstens noch Relikte von Temperament der SPD an der Seite haben wollte.

(Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Dann gehe ich aber auch mit! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sogar der Präsident lacht! – Weitere Zurufe)

Jetzt zu Ihnen, Kollege Kretschmann. Sie haben anfangs das Thema Finanzen angesprochen. Es muss schon erlaubt sein, dass man beim Thema Finanzen in sachlicher Hinsicht noch gegenseitig Argumente anerkennt. Herr Kretschmann, Sie kommen doch auch nicht umhin, zuzugeben, dass es, wenn man am Ende des Jahres 2009 Konjunkturpakete schnürt, wenn man 2,3 Milliarden € zusätzlich in den Kreislauf pumpt, weil man einen Nachfrageausfall ausgleichen möchte, ökonomisch betrachtet keinen Sinn macht, vier Monate später, Anfang des Jahres 2010, Sparpakete zu schnüren, um das Ganze wieder einzusammeln. Sie wissen doch, dass das keinen Sinn macht.

Sie werden beim Thema Sparen die eine oder andere Freude an mir haben. Aber zum jetzigen Zeitpunkt wäre es ökonomisch schlicht falsch, z. B. 1 Milliarde € aus dem Haushalt strukturell herauszuholen, weil Sie das Pflänzchen Konjunktur, das gerade wieder wächst, abwürgen würden. Deshalb bleibe ich bei meiner Aussage: Die Sparvorschläge werden kommen,

(Zuruf von der SPD: Wann?)

sobald die Krise einigermaßen sicher überstanden ist. Aber jetzt, in dieser Phase, massiv in den Haushalt einzugreifen, wäre aus ökonomischer Sicht einfach unsinnig.

Ich erwarte von Ihnen schon, dass Sie sich nicht nur hier hinstellen und sagen: „Jetzt müssen endlich einmal Sparvorschläge kommen“,

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

sondern dass Sie uns bei entsprechenden Vorschlägen auch unterstützen. Heute haben Sie wieder einmal eine Kostprobe dessen gegeben, wobei Sie uns überall nicht unterstützen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie in einem Haushalt einsparen wollen, dann gibt es eigentlich drei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit: Sie erhöhen die Einnahmen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sie senken sie ja!)

Das können wir aus bekannten Gründen nicht.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sie senken die Einnahmen doch!)

Die zweite Möglichkeit: Sie senken die Ausgaben. Die dritte Möglichkeit: Sie versuchen die Zahlungen, die aus dem Haushalt quasi vorab abfließen – Stichwort Länderfinanzausgleich und anderes mehr –, zu reduzieren. Mehr Möglichkeiten gibt es nicht.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wenn Sie ernsthaft daran interessiert sind, dass wir den Haushalt sanieren, dann müssen Sie zumindest an unserer Seite sein, wenn es um das Thema Länderfinanzausgleich geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

So weit, so gut. Jetzt kommen Sie und sagen, bis 2009 sei alles festgeklopft

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: 2019!)

– bis 2019 –, das alles sei nur Schau; da könne man doch eh nichts machen. Erstens: In diesem Staat ist es nicht verboten, gegen Rechtsnormen in der Finanzverfassung, die man in diesem Punkt für falsch hält, rechtlich vorzugehen. Zweitens: Nehmen wir einmal an, es ginge so nicht, Herr Kollege Kretschmann. Was passiert denn 2019? Spätestens 2013/2014 geht die Diskussion über eine Nachfolgeregelung des Länderfinanzausgleichs mit Blick auf das Jahr 2019 los.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Das ist doch klar. Rechtzeitig vor entsprechenden Wahlen wird dieses Thema besonders hervorgehoben.

Jetzt frage ich Sie einfach einmal – Sie sind schon ein bisschen länger als ich im politischen Geschäft –: Was vermuten Sie, wenn drei in einen Topf einzahlen und 13 etwas aus diesem Topf herausnehmen, welche Mehrheiten herauskommen, wenn es um die Nachfolgeregelung für diesen Modus geht? Das ist doch sonnenklar.

(Zuruf: Das ist doch klar!)

Wir werden 2019 – von mir aus leicht modifiziert, wenn wir viel Glück haben – eine Nachfolgeregelung für den Länderfinanzausgleich haben, die nicht viel anders aussehen wird als diejenige, die wir jetzt haben.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wie wollen Sie das jetzt ändern? – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Aber ich habe einen Eid auf dieses Land abgelegt. Ich muss doch, auch wenn die Chance am Anfang vielleicht nicht riesig ist, alles dafür tun, um so schnell wie möglich zu erreichen, dass wir nicht noch jahrzehntelang Milliarden und Abermilliarden an andere abliefern, die nicht sparen, während Sie uns vorwerfen, wir müssten mehr sparen, um den Haushalt zu sanieren. Das mache ich nicht mehr länger mit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Ich erwarte von Ihnen – übrigens von allen in diesem Parlament –, dass Sie uns bei diesem Thema unterstützen. Genau so erwarte ich es von jenen, die in anderer Farbkonstellation in anderen Regierungen sitzen. Reden Sie doch einmal mit Ihren Kollegen in Hamburg. Ich wäre schon dankbar, wenn wir von den Ländern, in denen Sie noch in der Regierung sind – deren Zahl hat sich in den letzten Jahren deutlich reduziert –, im Bundesrat Unterstützung bekämen. Aber sich nur hier hinzustellen und zu sagen: „Spart einmal, aber wir sind gegen alle Vorschläge“, ist keine seriöse Politik, Herr Kretschmann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf: So ist es!)

Sie haben übrigens eine weitere Kostprobe dessen abgeliefert, um was es Ihnen eigentlich wirklich geht. Ich habe ganz bewusst hier und heute in der Regierungserklärung den Kommunen einen Pakt angeboten. Ich weiß, dass die Kommunen es finanziell schwer haben. Wir wissen, dass das Land es finanziell schwer hat. Wir wissen gleichzeitig, dass im Bereich der Bildungspolitik – Stichwort Schulsozialarbeit und Pädagogische Assistenten – eine Menge getan werden kann.

Jetzt sagen Sie einerseits: Saniert doch einmal den Haushalt. Andererseits lese ich wöchentlich, dass Sie draußen in populistischer Weise sagen: Das Land muss jetzt endlich einmal die Schulsozialarbeit finanzieren.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

So stelle ich mir seriöse Politik nicht vor. Die Rechtslage ist eindeutig. Für die Pädagogischen Assistenten ist eindeutig das Land zuständig, aber für die Schulsozialarbeit sind eindeutig die Kommunen zuständig. Was ist denn falsch daran, vorzuschlagen: „Wir machen eine faire Partnerschaft: Ihr seid für die Schulsozialarbeit verantwortlich, wir für die Pädagogischen Assistenten – ein Konzept –, und gemeinsam lösen wir das Problem“? Das ist ein zielführender praktischer Vorschlag. Er ist bezahlbar und vor allem gerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb ist es einfach nicht in Ordnung, wenn Sie sagen, ich hätte noch nichts umgesetzt. Mit Verlaub, ich bin jetzt vier Wochen im Amt. Deshalb kann ich naturgemäß noch nicht die Bilanz vorlegen, aus der hervorgeht, was schon alles funktioniert.

Sie erheben den Vorwurf, ich hätte nichts Konkretes gesagt und wir würden nicht sparen. Andererseits schaufeln Sie dem Land jetzt alles auf den Tisch, auch bei den Fragen, bei denen das Land nicht zuständig ist. So stelle ich mir verantwortungsvolle Politik nicht vor. Deshalb bitte ich Sie mit Blick auf die Spardiskussion, die bald kommen wird, einen leichten Kurswechsel vorzunehmen, sodass wir dann die Themen gemeinsam angehen können.

Zweiter Punkt: Sie haben vorhin in einem Seitenhieb gesagt, man würde wieder diejenigen gegeneinander ausspielen, die staatliche Transferleistungen bezögen; dies habe die Diskussion der vergangenen Woche gezeigt. Was mich in Deutsch-

land ein bisschen stört – Ich sage es einmal so: Guido Westerwelle würde die eine oder andere Vokabel heute vielleicht auch nicht mehr verwenden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch, er wiederholt sie doch ständig!)

Wir sollten aber einmal eine Grundsatzdebatte führen über die Frage, was passiert, wenn z. B. die Sozialkosten in Deutschland in einem Jahr um 25 % steigen, und zwar nur bezogen auf den Bundeshaushalt; alle anderen Haushalte sind dabei noch nicht berücksichtigt. Es muss doch erlaubt sein, in dieser Republik über dieses Thema zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ich habe etwas dagegen, wenn der Sozialbereich zu einer Art Tabuzone erklärt wird, und zwar im Regelfall von denen, die kurz zuvor zum Sparen ermahnt haben. Ich mache es nicht mehr mit, wenn bei Haushaltsfragen diejenigen, die den Sozialbereich zur Tabuzone erklären, als Gutmenschen und diejenigen, die darüber reden wollen, als Schlechtmenschen dargestellt werden.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, das belegt, weshalb ich diese Diskussion für dringend notwendig halte. Ich war mir nicht ganz sicher, ob Sie die Regierungserklärung meinten, die ich gehalten habe.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Doch! Genau die meine ich!)

Ich habe genau zu diesem Thema drei konkrete Vorschläge gemacht. Logischerweise wäre dies über das Instrument des Bundesrats einzubringen; denn das ist eine bundesstaatliche Aufgabe.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, das deutlich macht, warum ich die Diskussion für dringend notwendig halte. Ein Hartz-IV-Bezieher mit zwei Kindern hat, umgerechnet auf eine 40-Stunden-Woche, einen Stundenlohn von 6,60 € netto. Brutto sind dies etwa 8,05 € oder 8,10 €. Die Statistiken belegen, dass es in Deutschland eine ganze Reihe von Jobs gibt, bei denen mancher froh wäre, er hätte brutto 8,05 € oder 8,10 € pro Stunde.

(Zurufe von der CDU: Ja! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Jetzt sagen Sie: „Das ist doch ganz einfach. Dann legt doch einfach einen Mindestlohn fest, der darüber liegt, und schon ist das Problem gelöst.“ Leider ist das Problem dann nicht gelöst. Sie können Mindestlöhne festlegen, wie Sie wollen. Wenn der Mindestlohn am Markt nicht durchsetzbar ist, dann gibt es schlicht und ergreifend die betreffenden Jobs nicht mehr. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: So ist es! – Abg. Norbert Zeller SPD: In ganz Europa geht es! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Deshalb ist die Frage nicht, ob die Höhe der Hartz-IV-Beträge abgesenkt werden muss. Davon halte ich auch nichts; da dürfen wir uns nicht missverstehen.

Wir müssen bei zwei Punkten ansetzen. Erstens: Haben wirklich 100 % derer, die die entsprechenden Bezüge haben, auch einen Rechtsanspruch darauf? Das bestreite ich. Zweitens: Gibt es andere Instrumente, mit denen wir dafür sorgen können, dass ein gewisser Lohnabstand gegeben ist, der momentan – die Zahlen zeigen es – nicht gegeben ist? Ich halte viel davon, dass man darüber einmal in Ruhe diskutiert, ohne sofort als unsozial hingestellt zu werden.

Das ist übrigens auch in Ihrem Interesse. Bei allem Respekt: Wenn ich mir die Umfragen anschau – übrigens auch die letzte Umfrage vom SWR in Baden-Württemberg –, habe ich nicht unbedingt das Gefühl, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Meinung ist, dass Sie in diesem Bereich eine besonders hohe Kompetenz vorzuweisen haben.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Also ist es doch in unser aller Interesse, dass wir in Ruhe und ohne Schaum vor dem Mund über dieses Thema diskutieren. Ich werbe sehr dafür. Ich bin bei dem Thema dabei.

Dritter Punkt: Sie haben das Thema Energiepolitik angesprochen. Dass Herr Kretschmann und andere jetzt zu Röttgen-Fans werden, habe ich erwartet; das ist auch okay so. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie auch einmal jemanden von der CDU als Vorbild haben.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Darüber, ob man jetzt unbedingt Norbert Röttgen in diesem Punkt zum Vorbild nehmen muss, bin ich mir nicht so ganz sicher.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Lieber Röttgen als Villis!)

Ich sage Ihnen auch, warum: Ich halte seine Argumentation in einem Punkt für falsch. Damit wir uns richtig verstehen: Wir haben immer gesagt, wir brauchen keine neuen Kernkraftwerke; darin sind wir uns einig.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Sie wissen auch, dass wir genauso sagen: Die Kernkraft ist eine Brückentechnologie; wir wollen den Anteil der Kernkraft sukzessive nach unten fahren. Jetzt macht Röttgen meines Erachtens einen logischen Fehler, indem er sagt: In dem Maß, in dem der Anteil der erneuerbaren Energien nach oben geht, geht der Anteil der Kernkraft nach unten. Das halte ich aus folgendem Grund logisch, aber erst recht inhaltlich für falsch. Wenn es uns neben dem Thema Energie auch um das Thema Klimaschutz geht, könnte man natürlich schon einmal auf die Idee kommen, zu sagen:

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Schon einmal etwas von Emissionshandel gehört?)

Wir fahren nicht nur den Anteil der Kernkraft nach unten, sondern wir fahren mindestens in der gleichen Geschwindigkeit

auch den Anteil der Kohlekraft nach unten, vor allem dort, wo wir Anlagen haben, die nicht umweltfreundlich sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Schon einmal etwas von Emissionshandel gehört? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Keine Ahnung!)

Genau deshalb muss eines klar sein: Ich bin dafür, dass wir die modernste Technologie einsetzen, dass wir die sauberste Technologie einsetzen und dass wir den Anteil der Kernkraft sukzessive reduzieren. Das sollte aber nicht im Hauruckverfahren geschehen, nicht dadurch, dass man aus ideologischen Gründen sagt: „Hauptsache, der Anteil der Kernkraft geht nach unten. Alles, was sonst darum herum passiert, interessiert uns nicht.“

Vor allem haben Sie überhaupt nicht gesagt, wie das Ganze bezahlbar ist. Denn wenn Sie sehen, dass schon jetzt über 5 Milliarden € in das Erneuerbare-Energien-Gesetz investiert werden, damit das Ganze überhaupt nur einigermaßen funktioniert – wir sind im Moment bei Weitem noch nicht bei einem Anteil der erneuerbaren Energien von 20 %, müssten aber im Prinzip auf einen Anteil von 40, 45 % kommen, um wirklich an den Atomausstieg denken zu können –,

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

wenn Sie die Kosten einmal vor Augen haben, dann müssen Sie seriöserweise die Frage beantworten, woher Sie das Geld dafür bekommen. Das können Sie eigentlich nur vom Strombezieher, von demjenigen, der für den Strom bezahlt, bekommen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Wenn Sie den Mut haben, darauf hinzuweisen – und zwar auch vor Wahlen –, wie der Preis dann nach oben gehen würde, dann habe ich allergrößten Respekt, und dann kann man mit mir auch über dieses Thema reden.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Jawohl!)

Aber zu sagen: „Die Kosten klammern wir jetzt einmal aus; wir fahren den Anteil der Kernkraft nach unten; wie das mit den erneuerbaren Energien richtig funktioniert, wissen wir noch nicht so genau“,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

das hat nichts mit verantwortungsvoller Politik am Wirtschaftsstandort Nummer 1 der Bundesrepublik Deutschland zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Jawohl! – Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

In Wahrheit haben Sie, Herr Kollege Kretschmann – auch wenn Sie es nie zugeben werden –, doch bis zum heutigen Tag noch nicht richtig verarbeitet, dass die Kollegin Gönner und die CDU-Landtagsfraktion ein Gesetz initiiert haben, das bis zum heutigen Tag in ganz Deutschland einmalig ist, das Er-

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

folg hat und das wir fortschreiben werden. Dass das Erneuerbare-Wärme-Gesetz so gut funktioniert und wir Ihnen da ein Stück weit die Kohlen geklaut haben, das ärgert Sie doch. Seien Sie doch einfach einmal ehrlich. Aber wir machen das aus Überzeugung, weil es inhaltlich richtig ist.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wir sind doch nicht so kleinkariert wie ihr!)

Wenn Sie vorhin gut zugehört haben, wissen Sie – darauf können Sie sich verlassen –: Ich werde alles dafür tun, dass wir das Thema Umwelttechnologie – übrigens haben schon heute 24 % aller Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, die in diesem Bereich unterwegs sind, ihren Sitz in Baden-Württemberg – in Baden-Württemberg massiv voranbringen, meine Damen und Herren.

Jetzt ein vierter und letzter Punkt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Schade, schade!)

Beim Thema Bildung haben Sie wie vorher auch der Kollege Nils Schmid an der einen Stelle, zu der Sie sich immer zu Wort melden, richtig herumgeieert. Denn natürlich wissen auch Sie – Sie lesen ja auch Umfragen –, dass auf Basis einer forsa-Umfrage vom September 2009 – – Das forsa-Institut ist nicht bekannt dafür, besonders CDU-nah zu sein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch!)

Es war, wenn ich mich richtig erinnere, immer das schröder-sche Haus- und Hofinstitut, bei dem immer gerade das herauskam, was von dort gewünscht war.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber Schröder ist nicht mehr! – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU: Den Schröder wollten sie doch nicht mehr! Warten Sie ab, Herr Schmiedel, nächstes Jahr sind Sie auch weg! – Weitere Zurufe)

– Jetzt ist es Merkel; auch in Ordnung.

(Unruhe)

Übrigens, Kollege Kretschmann – das hätte ich fast vergessen –: Eines müsste ich Ihnen fast übel nehmen. Ich grüble bis zum jetzigen Moment noch, ob Sie es aus Ihrer Sicht gut mit mir gemeint haben oder mich beleidigen wollten, als Sie sagten, ich „merkle“ vor mich hin. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie werden auch in Zukunft klare – sehr klare – Entscheidungen bekommen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie bei der CD! Mein lieber Mann, das war ein Schlingerkurs!)

– Darüber diskutieren wir morgen, Kollege Schmiedel. Ob Sie danach noch immer so viel Freude haben, bin ich mir nicht ganz sicher. Aber das sehen wir dann einmal.

Sie können sich bei mir darauf verlassen, dass die Linie steht – Merkel hin oder Merkel her.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Jetzt noch einmal zum Thema Bildung. Bei der letzten forsa-Umfrage vom September 2009 waren 31 % der Bundesbür-

ger der Meinung, dass wir eine Einheitsschule brauchen. 69 % waren der Meinung, dass das gegliederte Schulsystem in Deutschland das richtige ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich verspreche Ihnen beiden, dass ich Sie aus einem vor der Landtagswahl mit großer Freude nicht herauslasse: Wenn wir das machen würden, was Sie wollen, nämlich große regionale Zentren, Einheitsschule,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das will doch hier niemand!)

Gemeinschaftsschule, Regionalschule – oder wie immer Sie das nennen –,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das will doch gar niemand! Das ist alles eine Lüge, was Sie da erzählen!)

dann müssen Sie vor Ort die Frage beantworten, wie Sie es im ländlichen Raum mit den Schulstandorten halten, meine Damen und Herren. Da werde ich Sie nicht herauslassen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Jawohl!)

Wer Ihr Schulmodell will – man kann es wollen; das ist auch in Ordnung –, muss den Bürgern draußen sagen: Im tiefen ländlichen Raum und in kleineren Kommunen wird es diese Schulstruktur in Zukunft nicht mehr geben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist Ihr Problem! Auf die Diskussion freuen wir uns!)

– Das ist mir recht, wenn Sie sich darauf freuen. Warten Sie einmal ab, ob nicht in den nächsten Wochen eine Umfrage zutage tritt, bei der genau dieses Thema untersucht wird. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie dann noch genauso viel Freude an diesem Thema haben werden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wollt ihr wieder Landesgeld verplempern? – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ich will abschließend noch für eines werben: Ich bin sehr dafür, im richtig verstandenen Sinn über Themen zu streiten. Ich glaube, das gehört zu einer guten demokratischen Kultur. Das gehört übrigens auch zu einer parlamentarischen Kultur. Ich finde es durchaus erfrischend, wenn es zwischendurch in der Sache hoch hergeht.

Bei aller Überzeugung, die Sie haben, erwarte ich allerdings von Ihnen, wenn es um dieses Land geht, wenn es um Themen wie den Länderfinanzausgleich oder anderes geht, bei denen wirklich eindeutig ist, wer den Nutzen und wer den Schaden hat, dass auch die Oppositionsparteien zuallererst die Interessen dieses Bundeslands vertreten. Das erwarte ich von Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Kretschmann das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen den Schmiedel hören, nicht den Kretschmann! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Es ist doch eigentlich alles gesagt, Herr Kretschmann! – Gegenruf: Aber noch nicht von jedem! – Zuruf: Es kann nicht besser werden!)

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, bezüglich der Haushaltspolitik kann ich erst einmal festhalten, dass mein Vorwurf stimmt, dass in dieser Regierungserklärung dazu nichts steht. Das haben Sie selbst eingeräumt.

(Beifall bei den Grünen)

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung gesagt: Hier wird unter dem Strich sichtbar, wie schnell und wie nachhaltig wir das Land zu einer neuen Normalität nach der Krise zurückführen. Gar nichts ist sichtbar geworden.

Sie haben jetzt irgendwelche harten Sparvorschläge angekündigt. Aber in Ihrer Regierungserklärung steht dazu schlichtweg kein einziger Vorschlag.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Bis zur Wahl wird er auch nichts sagen!)

Ich stelle noch einmal fest: Sie haben in Ihrer Regierungserklärung zu diesen Themen Fragen gestellt: Fragen nach der Aufgabenkritik und einer Aufgabenreduktion des Staates. Sie haben Fragen nach den richtigen Standards gestellt. Aber Sie haben keine Antworten gegeben, auch jetzt nicht in Ihrer Erwiderung.

Sie haben keinen einzigen Pfad aufgezeigt, auf den sich die Bürger einstellen können: Wo geht es in Zukunft hin? In welche Richtung geht es? An welchen Stellen des Staates soll umgebaut werden und an welchen nicht? Das alles haben Sie nicht dargelegt.

Den Kern meines Vorwurfs also, dass Ihre Regierungserklärung, jedenfalls in diesem zentralen Punkt, nur aus diffusen Ankündigungen und „wohlfühligen“ Allgemeinplätzen bestand, konnten Sie an keiner Stelle der Haushaltspolitik widerlegen.

Sie haben das Beispiel der Schulsozialarbeit und der Pädagogischen Assistenten angeführt. Zunächst einmal habe ich festgestellt und Sie dafür gelobt, dass Sie Ihre neue Kultusministerin sofort zurückgepfiffen haben, nachdem sie gesagt hatte: „Wir brauchen gar keine Schulsozialarbeiter, das können die Lehrer selbst.“ Dafür waren wir zunächst einmal dankbar.

Nun aber sagen Sie: „Die Schulsozialarbeit müssen die Kommunen machen, und die Pädagogischen Assistenten fallen in unsere Zuständigkeit.“ Ich sage Ihnen, dass die Kommunen in der Fläche dazu allein nicht in der Lage sind. Wenn wir gerade jetzt, da wir sehen, wie viele Migrantenkinder z. B. schon verloren gehen, etwa die Schulsozialarbeit nicht stärken, geht wieder etwas verloren. Sie haben aber gerade gesagt: Wir wollen in diesem Bereich keinen Euro sparen.

Weiter haben Sie gesagt, wer so wie ich durch die Gegend laufe und für Schulsozialarbeit sei und auch dafür sei, dass sich

das Land dabei stärker mit Zuschüssen – mit einem Drittel – beteilige, der könne nicht gleichzeitig mitsprechen, wenn es um die Haushaltskonsolidierung gehe. Wenn über Haushaltskonsolidierung gesprochen wird, müssen aber immer auch die Dimensionen beachtet werden. Die Dimension einer stärkeren Beteiligung an der Schulsozialarbeit durch das Land, das sind 5 bis 10 Millionen € in den zukünftigen Jahren. Doch allein die Realisierung des einen Vorschlags, den wir z. B. zu den Pensionen gemacht haben, hätte 150 Millionen € eingespart.

Man sollte, wenn Sie auf Fairness drängen und wenn es um den Haushalt und um Zahlen geht, doch wirklich einmal so fair sein, hier die richtigen Dimensionen zu berücksichtigen und nicht verschiedene Dimensionen durcheinanderzubringen. Ich glaube, da müssen Sie sich einmal an die eigene Nase fassen.

(Beifall bei den Grünen)

Jedenfalls wären nach unseren Vorschlägen in diesem Doppelhaushalt 50 Millionen € mehr eingespart worden als nach dem, was die Regierung vorsieht – 50 Millionen € mehr. Wenn ich die Auflösung der Rücklage für Stuttgart 21 dazunehme, sind es eine halbe Milliarde Euro. Damit haben wir aber keine Ausgabewünsche von uns befriedigt, sondern diese Mittel wollen wir rein für die Schuldentilgung verwenden, um deutlich zu machen, dass es sich nicht um Spielgeld handelt, mit dem wir unsere Wünsche erfüllen. Vielmehr wissen wir, dass wir das Geld dann in andere Verkehrsstrukturen hineinstecken müssen. Wir wollen die Mittel aktuell also zunächst einmal für die Schuldentilgung verwenden. Das war, glaube ich, eine ganz klare Ansage.

Bei einem Bruttoinlandsprodukt von über 300 Milliarden € in Baden-Württemberg wollen Sie doch nicht im Ernst behaupten, dass es irgendetwas mit der Konjunktur in Baden-Württemberg zu tun habe, wenn wir anstelle Ihrer 600 Millionen € jetzt 1 Milliarde € einsparen, wie wir es für nötig befunden haben, zumal die Kernbrennpunkte der Krise wie Automobilbau und Maschinenbau überhaupt nichts mit dem Konjunkturprogramm zu tun haben. Wenn Sie etwas für die Ankerbelug der Konjunktur in diesem Bereich tun wollen, dann gehen Sie einmal ab von der Verhinderung der Windkraft. Damit würden Sie ganz konkret etwas für unseren Maschinenbau tun.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir liegen bei der Windkraft bei einem Anteil von 0,7 %. Wenn wir das einmal auf den allgemeinen Schnitt, den wir bundesweit haben, hochrechnen, dann kommen wir in Baden-Württemberg schon auf ein Investitionsvolumen von ca. 3 Milliarden €.

So viel einmal zum Thema Konjunktur. Ich glaube, das, was Sie dazu gesagt haben, war alles ein bisschen abwegig.

Darum kann auch das, was Sie, Herr Rülke und Herr Mappus, in Bezug auf eine Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke sagen, gar nicht ziehen. Wir sind da überhaupt nicht ideologisch blockiert.

Herr Hauk, Sie sollten einmal zur Kenntnis nehmen, dass von einem sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft überhaupt keine Rede ist, sondern dass die Atomkraftwerke in Deutschland

(Winfried Kretschmann)

nach dem Ausstiegsplan, dem alle zugestimmt haben, nach dem Atomkonsens, bis 2012 laufen können.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Bis 2022!)

– 2022. – Es kann überhaupt keine Rede von dem sein, was Sie erzählt haben.

Aber, Herr Ministerpräsident, nehmen Sie doch einfach einmal den Aufschrei – das habe ich schon in meiner Rede gesagt – der kommunalen Energieversorgungsunternehmen gegen Ihr Bestreben zur Kenntnis, die Laufzeit der Atomkraftwerke zu verlängern. Was bringt das ökonomisch? Es bevorzugen die ehemaligen Monopolisten mit ihren abgeschriebenen Atomkraftwerken am Markt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein!)

Das ist genau das, was damit passieren würde. Genau deswegen wenden sich diese kommunalen Energieversorgungsunternehmen auch gegen diese Verlängerung. Denn die großen EVUs mit Stromgestehungskosten von – so sage ich einmal – ca. 1,5 Cent pro Kilowattstunde bei alten AKWs könnten dann in den Markt hineindrücken, und unsere Energieversorger, auf denen ja die Energiewende ruht, liefern dann Gefahr, dass sie von denen an die Wand gedrückt werden. Vielleicht sollten Sie sich als wirtschaftsnahe Partei, die in Sonntagspredigten immer das Wort „Mittelstand“ im Mund führt, einmal überlegen,

(Abg. Peter Hauk CDU schüttelt den Kopf.)

ob Sie in die alten Monopolstrukturen, in die Altindustrie investieren wollen, oder ob Sie etwas für die Dynamik unserer mittelständischen Wirtschaft, unseres Handwerks, im gesamten Bereich der Energieeffizienz und der Energieeinsparung tun wollen. Darum geht es.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Abgerechnet wird doch über die Börse in Leipzig!)

– Herr Hauk,

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

wissen Sie,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist so!)

mit solchen Geschichten wie „sozialistische Einheitsschule“ – Ich würde Ihnen einmal raten:

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist Zentralismus pur!)

Man kann aufs Blech hauen, aber nicht mit Blech. Und das war Blech.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber eine Basisschule wollen Sie doch! Alle gemeinsam bis Klasse 10!)

Der Nimbus des „kalten Kriegers“ passt irgendwie nicht so richtig zu Ihnen. Ich meine, deshalb würde ich einfach einmal von solchen plumpen Sachen Abstand nehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen eine Einheitsschule bis Klasse 10!)

– Herr Kollege Röhm – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sagen doch: Alle gemeinsam bis Klasse 10 hier drin! Das ist doch auch tausendfach wiederholt worden! Jetzt wollen Sie nichts mehr davon wissen? Sagen Sie es doch!)

– Herr Kollege Hauk, Herr Ministerpräsident Mappus, mit solchen platten Kampfpapieren werden Sie nichts ernten. Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel: Wir haben im Land 55 Waldorfschulen, in die gehen 23 500 Schülerinnen und Schüler. Was soll dort jetzt der Quatsch mit „sozialistischer Einheitsschule“? Das ist doch einfach Blödsinn und Quark.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen eine Basisschule bis Klasse 10! Wollen Sie eine Basisschule oder nicht?)

Diese Waldorfschulen machen einfach eine gute Arbeit – als Einheitsschulen, in der Tat –, und der Ansturm auf diese Schulen ist so groß – obwohl die Menschen, die dort hingehen, noch Gebühren bezahlen müssen –, dass sie gar nicht alle aufnehmen können.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Und da kommen Sie mit solch einem Krampf wie „sozialistische Einheitsschule“. Wen wollen Sie damit denn überhaupt beeindrucken?

(Abg. Peter Hauk CDU: Getroffene Hunde bellen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Basisschule“ stammt von Ihnen, das stammt nicht von uns! Sind Sie für die Basisschule, ja oder nein?)

Es geht um etwas ganz anderes. Es kann doch nicht sein, dass man, wenn man in diesem Land integrative Schulkonzepte will, Privatschulen gründen muss – das kann doch nicht sein –, nur weil Sie so verbohrte sind und das auch dort nicht zulassen wollen, wo es gewollt wird, um Schulstandorte im ländlichen Raum zu erhalten, wo es auch von CDU-Bürgermeistern so gewollt wird. Das zum Punkt „Sozialismus“.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie müssen doch einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass heute durch Ihre Politik nicht verhindert wird, dass im ländlichen Raum Schulstandorte verschwinden. Kollege Schmid hat, glaube ich, in sehr eindrücklicher Weise gesagt, was eine Schule für einen Ort bedeutet. Es kann doch nicht sein, dass Sie dort, wo Kommunen, Schulgemeinschaften, engagierte Lehrerkollegien bereit sind, neue Wege integrativen Lernens mit individueller Förderung zu gehen, einfach den Rollläden herunterlassen und das nicht zulassen, nur weil Sie ideologisch verbohrte sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das kann es doch nicht sein.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Irgendwie ist es ja so: Bis zur vierten Klasse gehen Kinder heute gemeinsam in die Schule. Also bis zur vierten Klasse Sozialismus, und dann kommt der Kapitalismus hinterher.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen)

(Winfried Kretschmann)

Das ist doch einfach hirnerbranntes Zeug.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann  
CDU: Was Sie reden, ist hirnerbrannt! – Unruhe)

Es geht darum, unsere Grundschulen aufzurüsten, was Sie Gott sei Dank jetzt auch tun. Die drei Punkte habe ich sehr wohl anerkannt: Senkung des Klassenteilers, längere Ausbildung der Grundschullehrer, und das Dritte – – Das fällt mir jetzt gerade nicht ein.

(Heiterkeit – Zurufe: Pädagogische Assistenten!)

– Danke. Pädagogische Assistenten. – Diese drei Punkte habe ich gewürdigt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir geben Ihnen gern Nachhilfe!)

Ich habe lediglich kritisiert, dass Sie immer Jahre brauchen, bis Sie diesen Vorschlägen, die wir gemacht haben, folgen. Das ist das Problem.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Volker Schebesta  
CDU: Haben Sie die Pädagogischen Assistenten vorgeschlagen?)

Wenn man aber sein Hirn mit sozialistischen Phrasen benebelt, dann kommt man natürlich im Diskurs nicht wirklich weiter.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm  
CDU: Welche Rolle spielt zukünftig die Realschule nach Einführung der Basisschule? Könnten Sie das einmal erklären?)

Noch einmal: Sie haben einfach Angst vor der Vielfalt.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Peter Hauk CDU:  
Sie haben Angst vor der Vielfalt! Das ist der entscheidende Punkt! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm  
CDU)

Sie haben einfach Angst vor der Vielfalt.

(Lachen bei der CDU)

Sie wollen einfach nicht zulassen, dass es Menschen gibt, die eine andere Art von Schulen wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir genehmigen doch jede Menge!)

– Hören Sie jetzt einfach einmal zu! – Es müssten doch gerade bei Ihnen die Alarmsirenen heruntergehen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Heruntergehen oder herauf? – Heiterkeit)

wenn in Baden-Württemberg in jedem Jahr zehn neue Privatschulen gegründet werden.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Was ist daran problematisch? – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Unruhe)

Dass muss doch ein Alarmsignal sein. Warum? Es zeigt deutlich, dass wachsende Teile des Bildungsbürgertums nicht mehr

zufrieden mit dem öffentlichen Schulwesen sind und das Gefühl haben, sie kommen da nicht weiter und werden blockiert. Ich erinnere an den Rücktritt der Elternbeiratsvorsitzenden, die immerhin Ihrer Partei angehört hat,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der war überfällig!)

und die harten Worte, die sie Ihnen gegenüber gebraucht hat. Viele Menschen haben das Gefühl: Hier kommst du nicht weiter im staatlichen Schulsystem, und deswegen muss man die Sache selbst in die Hand nehmen. Das muss doch ein Alarmsignal für Sie sein, dass da irgendetwas nicht stimmt.

Wir alle wissen doch: Für das soziale Gesicht der Zukunft wird nichts so entscheidend sein wie Chancengerechtigkeit für unsere jungen Menschen. Das wird das soziale Gesicht der Gesellschaft entscheidend bestimmen.

(Zuruf der Abg. Andrea Krueger CDU)

Wenn sich jetzt Leute – mit Privatschulen sind ja immer Gebühren verbunden – daraus entfernen und es dadurch zu einer Spaltung kommt, ist das höchst gefährlich.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Was ist die Schlussfolgerung?)

Denn ich habe am Schluss meiner Rede gesagt: Die entscheidende Frage für uns ist: Was hält eigentlich die moderne Gesellschaft zusammen?

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Was ist der Kitt, was sind die Ligaturen, die sie zusammenhalten? Dazu gehört Schule.

(Zustimmung des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir können in Deutschland wirklich stolz darauf sein, dass wir das bisher im Großen und Ganzen geschafft haben und Schulen in freier Trägerschaft sozusagen Impulsgeber für eine neue, gute Pädagogik sind, aber nicht darauf, dass sich eine Spaltung in der Gesellschaft anbahnt. Vielleicht könnten Sie ja auf diesem Ohr einmal hören. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, es kann nicht sein, dass man, wenn man in diesem Land etwas anderes will als die Regierungskoalition, selbst eine Schule gründen muss.

Ich sage Ihnen: Unser Konzept „Mehr Autonomie für die Schulen“ bedeutet, dass heute eben auch Schulgemeinschaften, Lehrerkollegien und vor allem die Kommunen selbst solche Wege gehen können. Lassen Sie das wenigstens dort zu, wo es von Ihren eigenen Bürgermeistern gefordert wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Zum Schluss noch ein Wort zu dieser Sozialdiskussion. Erst einmal: Die Polemiken, die in dieser Frage hier abgelassen worden sind

(Zuruf: Von wem?)

– von Vertretern der FDP im Bund und im Land; ich habe an die Polemik Ihres Stellvertreters erinnert, der von „panem et

(Winfried Kretschmann)

circenses“ gesprochen hat, der den Staat irgendwie zu einem Unternehmen machen will –, solche Debatten vergiften die Atmosphäre.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Und wer sozialistisch daherredet, vergiftet die Atmosphäre nicht?)

Ich habe es am Schluss meiner Rede gesagt: Wir brauchen Debatten, die die Gesellschaft zusammenhalten und nicht weiter spalten und mit einer puren Sozialneiddebatte, die Sie da losgetreten haben, die einen gegen die anderen aufbringen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Vom Sozialneid-Schüren verstehen Sie einiges, Herr Kretschmann!)

Sie haben versucht, den Sozialneid derer, die Arbeit haben, gegen die, die keine haben, zu schüren. Das ist eindeutig der Fall gewesen. Jeder weiß spätestens nach dem Bericht, den der Paritätische Wohlfahrtsverband in dieser Frage mit Hunderten von Beispieluntersuchungen vorgelegt hat, dass die, die arbeiten, selbst wenn sie niedrige Löhne bekommen, mehr verdienen als die, die nicht arbeiten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum sind Sie dann für Mindestlöhne?)

Wer in diesem Haus ist denn da wohl dagegen?

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wenn Sie wirklich etwas dafür tun wollen, dass das Lohnabstandsgebot verbessert wird, dann haben wir da einen sehr guten Vorschlag. Der Vorschlag heißt, dass wir auch bei den sozialversicherungspflichtigen Beiträgen eine Progression einführen und dass nicht der, der mit einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit beginnt, auch wenn sie niedrig bezahlt ist, sofort die vollen Beiträge an die Sozialversicherung zahlen muss.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: So einfach ist das!)

Das ist unser Progressionsmodell. Die Sozialversicherungsbeiträge, die ja hoch sind, zahlt jeder, auch wenn sein Einkommen gering ist, voll. Dagegen zahlt man bei solchen niedrigen Einkommen keine Einkommensteuer. Daher ist es die richtige Antwort auf eine Verbesserung des Lohnabstandsgebots, wenn wir an dieser Stelle etwas ändern.

Es gibt auch andere Vorschläge. Aber es ist die richtige Art und Weise, Vorschläge zu machen, über deren Vor- und Nachteile zu diskutieren und hier nicht über spätrömische Dekadenz herumzuschwadronieren, als wäre die spätrömische Dekadenz nicht eine Dekadenz der Oberschicht gewesen, die sich vollgefressen hat, ins Vomitorium gegangen ist und gekotzt hat, damit sie noch einmal fressen konnte. Das war die Oberschicht, das waren nicht die Sklaven.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben Sie schön gesagt! Das ist gut! Sie sollten Geschichte unterrichten! Das ist sehr anschaulich!)

Das sollten Sie wirklich zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Deswegen ist uns mit solchen Debatten überhaupt nicht geholfen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben Sie recht!)

Deswegen fordere ich Sie auf, da zu einer vernünftigen Diskussion zu kommen.

Ich habe es schon in meiner vorherigen Rede gesagt: Bei der demografischen Entwicklung, bei dem Druck durch die Globalisierung und bei dem Druck, der durch die Krise unserer öffentlichen Finanzen entsteht, lautet die schwierigste Frage, die wir zu lösen haben: Wie erreichen wir trotzdem, unseren Sozialstaat zu erhalten und weiterzuentwickeln, und wie können wir mit einer Politik, die weiß, welcher Weg in die richtige Richtung geht, neue Arbeitsplätze schaffen?

Zum Schluss ein Beispiel: Ich war in der letzten Woche bei der Firma ebm-papst im Hohenlohischen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr guter Betrieb!)

Die Umweltministerin hat ihr schon den Umweltpreis verliehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was haben Sie da gemacht? Ein Praktikum? – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Hoffentlich haben Sie etwas gelernt! – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Keine Antwort geben!)

– Sie müssen sich auch einmal etwas anderes einfallen lassen als nur Sarkasmus, Herr Kollege Rülke.

Was macht diese Firma? Sie macht genau das, was wir seit Jahren predigen: Sie nutzt die Chancen, Produkte zu entwickeln, die 50 % weniger Energie verbrauchen – in diesem Fall Ventilatoren, die ressourcenschonend produziert werden.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr gut!)

Damit schafft sie sichere Chancen auf den Weltmärkten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr gut!)

Genau das macht diese Firma, die immerhin 10 000 Beschäftigte hat. Das ist der richtige Weg in die Zukunft:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! In Ordnung!)

erneuerbare Energien, Energieeffizienz. Damit werden wir bei allen Produkten, auch beim Automobil, auf den Weltmärkten reüssieren, aber nicht, wenn wir auf Altindustrien setzen, wie Sie das bei der Atomkraft tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Schmiedel das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Endlich! – Abg. Thomas Blenke CDU: Er darf noch!)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Ministerpräsident, das Angebot zum Christopher Street Day nehme ich an. Die Gala ist immer eine sehr amüsante Veranstaltung. Bislang war ich dort allein. Wenn ich das nächste Mal aber mit Begleitung komme, mit dem Ministerpräsidenten,

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann werden Sie wahrgenommen!)

dann hat das schon etwas.

Jetzt aber zur Sache:

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Kommt noch etwas?)

Herr Ministerpräsident, durch das, was Sie jetzt in der zweiten Runde nachgeschoben haben, wird die Schwäche Ihrer Regierungserklärung nicht beseitigt. Die Schwäche Ihrer Regierungserklärung liegt darin, dass Sie die Latte ziemlich hoch gelegt haben. Die Latte lautet nämlich: Ich gebe die Antwort darauf, wie wir unser Bundesland Baden-Württemberg ins nächste Jahrzehnt führen. Das ist ein sehr hoher Anspruch.

Ich will an einigen Beispielen deutlich machen, weshalb Sie diese Latte gerissen haben.

Der erste Punkt: Sie lassen richtigen Analysen nicht die notwendigen Konsequenzen folgen. Ich komme zum Thema Bildung.

Fangen wir einmal anders an: Die Älteren unter uns können sich noch an den Sputnik-Schock erinnern; die Jüngeren haben vielleicht davon gehört. Die westliche Welt erlebte, dass die Russen mit dem Sputnik im Weltall waren. Man hat dann gefragt: Wie kann das sein? Sind die Bildungsergebnisse dort besser, sodass die Menschen dort weiter sind als hier?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zuerst war ein Hund oben!)

Daraufhin gab es die erste breit angelegte Bildungsuntersuchung in Deutschland. Man hat dabei nur untersucht, in welchen Bereichen es im Verhältnis mehr Abiturienten und in welchen Bereichen es weniger Abiturienten gab. Dabei hat man vier Defizite festgestellt. Das erste Defizit war ein regional bedingtes Defizit: Im ländlichen Raum gab es weniger Abiturienten. Das zweite Defizit war ein geschlechtsspezifisches Defizit: Mädchen machten seltener das Abitur. Zum Dritten gab es ein konfessionell bedingtes Defizit: Katholische Kinder hatten weniger häufig das Abitur. Das vierte Defizit war ein soziales Defizit: Auch Kinder aus Arbeiterfamilien hatten seltener das Abitur.

Es ist jetzt ungefähr 30 Jahre her, dass daraufhin ein Ruck, auch ein Bildungsruck durch die Bundesrepublik ging. Das war insbesondere in den Siebzigerjahren der Fall. Drei von diesen Defiziten sind heute behoben. Wir haben kein Defizit im ländlichen Raum, wir haben kein Defizit bei den Mädchen – im Gegenteil –, wir haben auch kein konfessionell bedingtes Defizit mehr, aber wir haben nach wie vor ein soziales Defizit.

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung deutlich gemacht, dass wir hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen sozialer Her-

kunft und Bildungserfolg noch etwas zu tun haben. Sie stimmen also den PISA-Analysen im Kern zu,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zwischendrin gab es auch Migration!)

wonach in keinem anderen Bundesland der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg so eng ist wie bei uns in Baden-Württemberg.

(Zuruf von der CDU: Das wurde dort nicht gesagt!)

Wenn man sich diesem Thema nun zuwendet, muss man doch feststellen, dass alle Reformen, dass das Herumdoktern, die Hauptschulreform und weitere Schritte – danach kam die Werkrealschule, erste Ausgabe, dann kam die Werkrealschule, zweite Ausgabe –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben die Migrationsbewegung unterschlagen!)

All das wird nichts verändern, wenn man nicht bereit ist, auch einmal grundsätzlich die Frage zu stellen, ob die frühe Auslese nicht ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die soziale Herkunft bei uns so auf den Bildungserfolg durchschlägt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Jetzt kommt die Geschichte mit den Kommunisten und der Einheitsschule. Der erste Träger einer Gesamtschule in der Bundesrepublik war ein Bischof und nicht die DKP.

(Heiterkeit bei der SPD)

Jetzt kommt die Sache mit dem ländlichen Raum. Gehen wir einmal ins Konkrete und fragen, wer denn dem ländlichen Raum hilft. Im Hohenlohischen gibt es die Gemeinde Mulfingen. Die 4 000 Einwohner dort wollen ihre Schule halten, stellen aber fest, dass es für ihre Hauptschule nur 16 Anmeldungen gab. Es ist klar erkennbar: Die Schule wird aussterben.

Was machen die Eltern, die Lehrer und der Gemeinderat? Sie reisen ein Jahr durch Europa – nicht nur durch Deutschland –, werden in der Schweiz fündig mit einem Modell, übertragen den Bildungsplan Baden-Württembergs auf dieses Modell, nach dem man Klassenverbände auflöst und in Lerngruppen arbeitet, gehen dann zum Kultusministerium und sagen: „Wir wollen das umsetzen. Aber damit dieses tolle pädagogische Konzept auch angenommen wird, wollen wir zehn Klassen einrichten und auch eine Realschulprüfung anbieten. Die Hauptschulprüfung soll nach der neunten Klasse stattfinden, und die Realschulprüfung soll nach der zehnten Klasse abgenommen werden.“ Antwort: „Das dürft ihr als öffentliche Schule nicht; ihr müsstet euch privatisieren.“ Das machen die jetzt. Sie machen es, weil es ihre einzige Chance ist, die Schule im Dorf zu halten.

Was ist das Ergebnis? Die Zahl der Anmeldungen ist von 16 auf 36 hochgeschwungen; darunter sind 14 Schüler mit einer Gymnasialempfehlung, etliche mit einer Realschulempfehlung, und die restlichen Schüler haben eine Hauptschulempfehlung.

Das ist das, was Sie als „sozialistische Einheitsschule“ verunglimpfen. Das, was sie sich vorgenommen haben, die Kinder

(Claus Schmiedel)

gemeinsam nach einem neuen pädagogischen Konzept zu unterrichten, ist in Baden-Württemberg nicht möglich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie müssen warten, was dabei herauskommt!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben darauf hingewiesen: 100 Wege führen in Baden-Württemberg zum Abitur. Warum soll denn dieser 101. Weg nicht möglich sein, wenn sie das wollen?

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das beurteilen wir am Ende!)

Jetzt kommt das zweite Thema, bei dem Sie richtig analysieren, aber dann Fragen offenlassen oder ablenken, nämlich das Thema: Wie bekommen wir die Finanzen in Baden-Württemberg wieder in Ordnung? Alles, was wir dazu hören, ist: „Macht euch darauf gefasst: Es wird ganz hart, da greifen wir durch.“ Aber konkret wird es nicht. Sie werden auch in einem Jahr nicht konkret werden. Denn Sie bauen jetzt einen Popanz, einen Schuldigen, dafür auf, dass der Haushalt in Baden-Württemberg nicht in Ordnung kommt: Das ist der Länderfinanzausgleich.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Au!)

Herr Mappus, Sie haben selbst der Regierung angehört, die diesen Länderfinanzausgleich ausgehandelt hat. Sie haben doch der Regierung Teufel angehört. Herr Teufel hat das Ganze nicht nur unterschrieben, er hat es ausgehandelt und kam mit dem Papier und hat gesagt: „Toller Erfolg, den wir erreicht haben.“ Das waren Sie, nicht wir.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber Sie haben zugestimmt!)

Jetzt kommt der Gipfel. Sie haben Herrn Oettinger für das gelobt, was mit der Schuldenbremse in der Föderalismuskommission erreicht wurde. Hinter dieser Schuldenbremse steht ein zweiter Finanzausgleich, den wir noch einmal bezahlen, der Preis für die Schuldenbremse. Das heißt, Sie haben auf das, was Sie als ungerecht empfinden, aus freien Stücken noch einmal einen draufgesetzt – alles selbst ausgehandelt. Jetzt laufen Sie herum und schreien: Ungerecht, ungerecht, ungerecht! Das kann doch gar nicht sein.

Sie werden an diesem Thema nichts ändern. Die Verträge sind unterschrieben. Die Mehrheitsverhältnisse haben Sie selbst genannt. Deshalb: Beschäftigen Sie sich damit, wie wir aus eigener Kraft unseren Haushalt in Ordnung bringen.

Sie haben natürlich recht: Das mit den Ministerien fällt eher in den Bereich Symbolik. Wir zeigen, dass wir das auch ernst nehmen. Aber ein Vorschlag, bei dessen Umsetzung wir mehrere Hundert Millionen Euro einsparen, ist tatsächlich der, auf eine Verwaltungsebene in Baden-Württemberg zu verzichten. Das ist ein struktureller Vorschlag.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: So ein Quatsch! Sie haben doch keine Ahnung! – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Dann kommt der dritte Punkt, bei dem Sie die Latte reißen, weil Sie eine „Sowohl-als-auch-Politik“ machen. Das ist das

Beispiel Energiepolitik. Sie haben sich heute verbal für den Vorrang erneuerbarer Energien ausgesprochen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dagegen haben Sie doch nichts!)

– Nein, ich habe nichts dagegen. Ich sage ja: Er hat richtig analysiert, wie wichtig das alles ist.

Jetzt werden wir einmal konkret. Der Wirtschaftsminister hat im letzten Jahr eine Offensive für Windkraft angekündigt. Er hat gesagt: „Das wird das Jahr der Offensive für Windkraft.“ Sie, Herr Hauk, haben gesagt: „Jeden Tag entsteht ein neues Windrad.“ Wissen Sie, wie viele Windräder im Jahr 2009 in Baden-Württemberg entstanden sind? Neun. Das Jahr hat aber 365 und nicht neun Tage.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Wenn Sie noch sagen, wo Sie die 365 haben wollen! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Mit diesen neun Windrädern hat Baden-Württemberg in der Rangliste den vorletzten Platz verlassen und ist auf den letzten Platz hinter Bayern zurückgerutscht. Das ist das Ergebnis der Windkraftoffensive. Da lachen doch die Hühner.

Was passiert jetzt? Jetzt sagt der Wirtschaftsminister, weil er das Ergebnis auch kennt: „Die Regionalverbände sind schuld; die sollen endlich mehr tun.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Schauen Sie einmal die Gesamtbilanz der Regenerativen an! Das ist der entscheidende Punkt! Gehen Sie auf die Gesamtbilanz der Regenerativen ein!)

Dann kommen die Regionalverbände und sagen: „Dann ändert doch einmal das Landesplanungsgesetz. Das ist doch daran schuld, dass wir uns mit einer Offensive für Windkraft so schwertun.“ Dann fragen wir den Wirtschaftsminister, warum er das Landesplanungsgesetz nicht ändert. Er schaut zur CDU und sagt: „Da bekomme ich keine Mehrheit.“ Das verbirgt sich hinter diesen Worten.

Wenn man es mit dem Vorrang für erneuerbare Energien ernst meint, dann erwarten wir, dass das Landesplanungsgesetz jetzt geändert wird, dass die Windkraft in Baden-Württemberg endlich den Stellenwert erhält, der ihr zukommt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Regenerativ ist nicht nur Wind! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie ignorieren völlig den Gesamtanteil der Regenerativen!)

Jetzt kommen wir zu den anderen regenerativen Energien. Sie loben sich für das Erneuerbare-Wärme-Gesetz. Sie wissen: Wir haben diesem Gesetz nicht zugestimmt, und zwar aus dem einzigen Grund, dass derjenige, der den Bürgerinnen und Bürgern erzählt, welch tolle Segnungen dieses Gesetz für sie hat, welch tolle Wirkung es hat, schlicht ungläubwürdig ist, wenn er dann seine eigenen Gebäude von den Regelungen dieses Gesetzes ausnimmt. Derjenige ist schlicht ungläubwürdig.

Deshalb: Wenn Sie die eigenen Gebäude mit einbeziehen, dann sind wir voll mit dabei. Warum haben Sie denn Angst davor, sich das, was Sie anderen zumuten, auch selbst zuzu-

(Claus Schmiedel)

muten, wenn das Positive unter dem Strich nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch positiv ist?

(Beifall bei der SPD)

Jetzt wollen Sie gleichzeitig Atomkraft und regenerative Energien. Diese Rechnung geht nicht auf.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Bei der SPD!)

In der Konzeption der Regierung Oettinger wurde, symbolisch zusammen mit der EnBW, verkündet, auch im Jahr 2020 solle der Anteil des Atomstroms in Baden-Württemberg 50 % betragen. Das ist Ihre bisher noch gültige Stromkonzeption für Baden-Württemberg: 50 % Atomstrom. 30 % des Stroms kommen aus konventioneller Erzeugung. Dann bleiben als Restgröße nur noch 20 % übrig.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wir haben schon heute 14 %!)

Sie behandeln regenerative Energien als Restgröße. Herr Röttgen macht es andersherum. Er sagt: „Wenn der Anteil des aus regenerativen Energien erzeugten Stroms in der Bundesrepublik Deutschland 40 % beträgt,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

dann brauchen wir die Atomkraft nicht mehr.“ Das ist seine Aussage: 40 % des Stroms aus regenerativen Energien, dann brauchen wir den Atomstrom nicht mehr.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ist denn mit den 60 % aus fossilen Energieträgern? Was ist mit dem Klimaschutz?)

Nach allen Berechnungen erreichen wir in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2020

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie wollen 60 % fossil!)

beim Strom aus regenerativen Energien einen Anteil von 35 %. Zu den 40 %, die Herr Röttgen zugrunde legt, fehlen gerade noch fünf Prozentpunkte. Weshalb sollen wir die zwei Atomkraftwerke, die bis zum Jahr 2020 in Baden-Württemberg abgeschaltet werden sollen, nicht abschalten?

(Abg. Werner Raab CDU: Wir holen Strom aus Frankreich!)

Da bricht überhaupt nichts zusammen. Übrigens ist Neckarwestheim vom Netz, und es bleibt trotzdem hell, wie man sieht.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Theresia Bauer GRÜNE)

Man kann darauf verzichten. Was passiert? Das sagen alle – Herr Kretschmann hat auf Aussagen des Verbands kommunaler Unternehmen hingewiesen –: Wer die Atomkraftwerke länger laufen lässt, behindert den Ausbau regenerativer Energien. Das ist das Ergebnis.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Norbert Zeller SPD: So ist es!)

Deshalb brauchen wir hier eine eindeutige und klare Entscheidung.

Zum Schluss wollte ich noch auf den Satz eingehen, den Sie hier auch wieder mit großer Leidenschaft verkündet haben: „Wer morgens aufsteht und arbeiten geht, muss mehr haben als derjenige, der liegen bleibt.“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Frau Kraft sagt das auch! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: „Kraftvoll“!)

Sie sagen, darüber müsse man doch diskutieren können. Ich frage mich, mit wem Sie darüber eigentlich diskutieren wollen, denn ich kenne keinen Einzigen, der etwas anderes will.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Weshalb regen Sie sich denn darüber auf?)

Ich kenne überhaupt niemanden. Mit wem wollen Sie darüber diskutieren? Das, was Sie gesagt haben, ist doch eine banale Selbstverständlichkeit, die von der SPD, den Grünen und von allen anderen geteilt wird. Das ist doch gar nicht der Punkt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sondern?)

Hier wird ein Nebenkriegsschauplatz aufgemacht, der sozusagen eine Neiddebatte bei denen schürt, die morgens aufstehen, arbeiten gehen und bei denen es jedes Monatsende knapp wird. Denen soll jetzt ein Sündenbock vorgeführt werden nach dem Motto

(Ministerpräsident Stefan Mappus: Nein!)

„Guck einmal, der Sozialstaat, diese römische Dekadenz ist so niedrig, dass derjenige, der liegen bleibt, genauso viel bekommt wie derjenige, der hart arbeitet“. Das wird gemacht.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist verlogen!)

Herr Kretschmann hat schon auf die Untersuchung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hingewiesen. Ihre Rechnung ist eben nicht vollständig. Wenn Sie Hartz IV umrechnen – eine Familie mit zwei Kindern – und dann auf einen Stundensatz von 8 € ungrad kommen, den jemand verdienen muss, um das selbe zu haben,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Netto!)

dann unterschlagen Sie Kindergeld, dann unterschlagen Sie Wohngeld. Wenn Sie das hinzurechnen, ergibt sich, dass derjenige, der arbeitet, natürlich deutlich mehr hat als ein Hartz-IV-Empfänger – auch bei diesem nicht hohen Stundenlohn von 8 € ungrad.

Wenn man etwas für das Gerechtigkeitsempfinden tun will, dass diejenigen, die hart arbeiten, sagen: „Ich will nicht, dass das Geld jeden Monat knapp wird, sondern da muss etwas übrig bleiben“, dann muss man etwas für die Löhne tun. Man muss Tariflöhne verbindlich machen und dort, wo es keine Tarife gibt, einen gesetzlichen Mindestlohn einführen. Dann lohnt sich Arbeit. Dann zahlt es sich aus, dass jemand aufsteht. Dann sind wir auf der richtigen Spur.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

(Claus Schmiedel)

Noch ein kleiner Hinweis: Sie sollten Ihre Zuarbeiter in neuere Archive schicken und keine Zeitungsausschnitte aus dem Jahr 2005 zitieren. Sie haben aus dieser Zeit etwas zitiert, was Nils Schmid zu Studiengebühren gesagt hat. Das ist überhaupt kein Geheimnis. Wir haben in dieser Zeit über unsere Position zu Studiengebühren diskutiert. Einige von uns – dazu gehörte Nils Schmid – haben gesagt: „Wenn das sozial verträglich geht, dann muss man darüber reden.“ Andere haben sich dagegen ausgesprochen. In der Zwischenzeit sind wir insgesamt zu dem Ergebnis gekommen, dass es kein sozial verträgliches Modell gibt. Deshalb ist die SPD mit Nils Schmid gegen Studiengebühren.

Herr Ministerpräsident, es ist aber ehrlicher, zu diesem Vorgang ganz offen zu stehen und zu sagen: Das war ein Thema, bei dem es unterschiedliche Meinungen gab; man hat das ausgetragen, man hat seine Meinung revidiert.

Das ist ehrlicher als das, was Sie bei den Kindergartengebühren machen. Auf zwei Parteitag beschließen Sie den Einstieg in den kostenlosen Kindergartenbesuch. Sie stellen einen „Kinderlandantrag“, in dem steht: „Das letzte Kindergartenjahr ist das entscheidende Jahr für den Schulerfolg. Deshalb muss es zur Pflicht werden, und deshalb soll es kostenlos sein.“ Das beschließen Sie auf zwei Parteitagen hintereinander. Obwohl Sie alle bei den Parteitagen dabei waren, kommen Sie dann ins Parlament und sagen: „Was ist das für ein Unsinn? Das kann man doch nicht machen.“ Dann sollten Sie so ehrlich sein und diese Meinung auch auf Parteitagen vertreten. Dann wissen die Menschen, woran sie mit der CDU in Baden-Württemberg sind.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Oh-Rufe)

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Vor der Mittagspause, die ganz kurz sein wird, behandeln wir noch die Tagesordnungspunkte 2 und 3.

(Zuruf von der CDU: Was?)

– Sie haben nicht „Was?“ zu fragen, sondern das zu tun, was der Präsident sagt.

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Wir sind ja ganz artig!)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 1. März 2010 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksachen 14/5970, 14/5980**

**Berichterstatter: Abg. Winfried Mack**

Die Beratung soll ohne Aussprache erfolgen. Die Beschlussempfehlung lautet:

*Der Landtag wolle beschließen,*

*dem Antrag der Landesregierung vom 1. März 2010 – Drucksache 14/5970 – zuzustimmen.*

Wer diesem Vorschlag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 1. März 2010 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 14/5971, 14/5981**

**Berichterstatter: Abg. Winfried Mack**

Hierzu hat das Präsidium ebenfalls keine Aussprache vorgesehen.

Die Beschlussempfehlung lautet, dem Antrag zuzustimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

Wir machen jetzt eine kurze Mittagspause von einer halben Stunde.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dreiviertelstunde!)

– 45 Minuten. Sie müssen auch noch etwas essen. Wir finden uns dann um 15:15 Uhr wieder ein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind ein Filou, Herr Präsident!)

(Unterbrechung der Sitzung: 14:38 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:17 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg wird fortgesetzt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs – Drucksache 14/5725**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/5982**

**Berichterstatter: Abg. Rainer Stickelberger**

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Bevor ich das Wort erteile, möchte ich unter den Gästen auf der Zuhörertribüne meinen besonderen Gruß den Repräsentanten der Israelitischen Religionsgemeinschaften in unserem Land entbieten.

Stellvertretend für die anwesenden Vertreter der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs begrüße ich die Vorstandssprecherin Frau Barbara Traub sowie Herrn Landesrab-

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

biner Netanel Wurmser. Vonseiten der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden begrüße ich Herrn Landesrabbiner Benjamin Soussan und Herrn Geschäftsführer Michael Dörr. Seien Sie recht herzlich willkommen im Landtag von Baden-Württemberg!

(Beifall bei allen Fraktionen)

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Schebesta für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir in Deutschland und damit auch wir in Baden-Württemberg sind uns der besonderen geschichtlichen Verantwortung gegenüber unseren jüdischen Bürgerinnen und Bürgern bewusst. Das kommt auch in dem Gesetzentwurf der Landesregierung, den wir heute Nachmittag in zweiter Lesung beraten, zum Ausdruck.

Die deutsch-jüdische Geschichte ist geprägt von Beiträgen von Juden zu dem, was unser Kulturerbe ausmacht. Genauso gehören zu unserer Geschichte aber auch Unterdrückung, Verfolgung und Vertreibung und der Völkermord an Juden durch das nationalsozialistische Regime.

Im Bewusstsein dieser Verantwortung hat die Landesregierung in der Amtszeit von Ministerpräsident Oettinger mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden und in Württemberg den Vertrag geschlossen, der die Grundlage für das Zustimmungsgesetz ist, das uns nach der Landesverfassung hier im Landtag vorgelegt wird. Ich sage für die CDU-Fraktion: Wir finden, dass dieser Vertrag der besonderen Verantwortung und dem freundschaftlichen Verhältnis, das wir heute mit unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern haben, gerecht wird.

Wir danken deshalb allen, die innerhalb der Landesregierung an der Vertragsvorbereitung, der Vertragserstellung, den Vertragsverhandlungen und am Vertragsschluss beteiligt gewesen sind, genauso wie denen, die aufseiten der Israelitischen Religionsgemeinschaften daran mitgewirkt haben, also vor allem deren Vorständen.

In diesem Vertrag sind Regelungen zu jüdischen Feiertagen, zur jüdischen Seelsorge, zum Religionsunterricht, zu jüdischen Friedhöfen und zur Denkmalpflege enthalten. Religiöse Erziehung und religiöse Wertevermittlung können uns in der Gesellschaft nur nutzen. Deshalb wollen wir nicht nur ungestörte Religionsausübung innerhalb der christlichen Kirchen, sondern auch ungestörte Religionsausübung der Angehörigen anderer und damit auch der Israelitischen Religionsgemeinschaften.

Den eigenen Glauben leben zu können, sich mit einem anderen Glauben auseinandersetzen zu können, sich dessen bewusst zu sein, wie Religionsausübung eine Gesellschaft prägt, das erwarten gerade auch die Angehörigen anderer Religionen als der christlichen Religionen in unserem Land.

Mit diesem Vertrag werden die Staatsbeiträge für die Israelitischen Religionsgemeinschaften neu geregelt. Es werden Gelder für die religiös-kulturellen Belange und für die Entwicklung des deutsch-jüdischen Kulturerbes vorgesehen.

Das System, das in dem Vertrag angelegt ist – inklusive der Dynamisierung –, ist an die Vereinbarungen angelehnt, die wir

mit den vier großen christlichen Kirchen geschlossen haben. Mit den Geldern, die in den Staatshaushaltsplan des Landes Baden-Württemberg eingestellt wurden, verdoppeln sich fast die Finanzmittel, die den Israelitischen Religionsgemeinschaften zur Verfügung gestellt werden.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt diese Regelungen, hält auch die über die Finanzen hinausgehenden Bestimmungen des Vertrags für richtig und stimmt deshalb dem Zustimmungsgesetz zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Grünstein das Wort.

**Abg. Rosa Grünstein** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Punkt sind wir uns, glaube ich, alle einig: Das ist ein harmonischer Tagesordnungspunkt. Ich denke, dass es deshalb nicht allzu vieler Worte bedarf.

Durch den neuen Staatsvertrag, den die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs und die Israelitische Religionsgemeinschaft Baden mit der baden-württembergischen Landesregierung geschlossen haben, wird die jüdische Gemeinschaft den christlichen Kirchen gleichgestellt. Der Vertrag wird

*im Bewusstsein der besonderen geschichtlichen Verantwortung vor den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern*

geschlossen. Er dient dazu, das jüdische

*Gemeindeleben in seinen religiös-kulturellen Belangen zu unterstützen und zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung des gemeinsamen deutsch-jüdischen Kulturerbes beizutragen.*

So heißt es in der Präambel des geschlossenen Vertrags.

Im Staatsvertrag sind auch der Schutz der Glaubensausübung und der jüdischen Feiertage, der Rechtsanspruch auf schulischen Religionsunterricht und die Seelsorge verankert. Jüdische Kinder bekommen an ihren Feiertagen schulfrei. Außerdem verpflichtet sich das Land, die Israelitischen Religionsgemeinschaften finanziell zu unterstützen. Neben einer Pauschale erhalten die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs und die Israelitische Religionsgemeinschaft Baden je Landesverband 500 000 €.

15 Bundesländer haben schon vor vielen Jahren einen Staatsvertrag mit ihren israelitischen Kultusgemeinden abgeschlossen. Baden-Württemberg war da bisher ein weißer Fleck auf der Landkarte. Manchmal brauchen wir eben etwas länger als die anderen Länder. Ich bin sehr froh, dass sich das nun ändern wird.

Aus eigenem Erleben weiß ich, dass besonders in jüdischen Familien die eigene Religion einen hohen Stellenwert hat. Dass gerade in Deutschland wieder ein geregelter und normales jüdisches Leben möglich ist, erfüllt mich mit Stolz.

Schon 1343 wird in Stuttgart der erste Jude erwähnt. Damals gab es schon eine Judengasse und eine Judenschule. Die wech-

(Rosa Grünstein)

selvolle und auch qualvolle Geschichte der Juden in Baden und in Württemberg ist lang. Aber sie zeigt auf, dass jüdische Menschen seit vielen Jahrhunderten ein Teil unserer Gesellschaft sind.

Die Einweihung der Jüdischen Grundschule Stuttgart vor zwei Jahren war ein ganz besonderer Glanzpunkt in der deutsch-jüdischen Zusammenarbeit in Baden-Württemberg. Diese Schule steht 60 Kindern aller Konfessionen offen. Auch dürfen wir nicht die Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg vergessen. Sie ist eine Institution, die sich weltweit größter Wertschätzung erfreut.

Darüber hinaus leisten die Israelitischen Religionsgemeinschaften an ihren verschiedenen Standorten auch auf dem sozialen Sektor einen nicht zu unterschätzenden Dienst für die Gemeinschaft. So werden z. B. in Mannheim und an vielen anderen Orten Neubürger ganz besonders intensiv betreut. Es werden Sprachkurse angeboten, man kümmert sich um die Kinder, aber auch um die älteren Menschen, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft zu uns gekommen sind.

Viele soziale Aufgaben, die andernorts von den politischen Gemeinden übernommen werden müssen, werden durch die Israelitischen Religionsgemeinschaften umgesetzt. Das alles wird nun durch den Staatsvertrag auf politisch fundierte Beine gestellt. Das war höchste Zeit.

Die SPD-Landtagsfraktion wird diesem Vertrag gern zustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Kretschmann das Wort.

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beschließen heute per Gesetz einen Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Israelitischen Religionsgemeinschaften von Baden und Württemberg. In der gemeinsam formulierten Präambel heißt es, dass wir dies im Bewusstsein der geschichtlichen Verantwortung vor den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern und von dem Wunsch und Willen geleitet tun, das freundschaftliche Verhältnis mit den jüdischen Gemeinden zu festigen und zu fördern, das jüdische Gemeindeleben in seinen religiös-kulturellen Belangen zu unterstützen und das gemeinsame deutsch-jüdische Kulturerbe zu pflegen und zu entwickeln.

Nach den monströsen Verbrechen der Nazis an den Juden und über 60 Jahre nach der Schoah ist es heute ein guter Tag, um das freundschaftliche Verhältnis unseres Landes mit den jüdischen Gemeinden zu besiegeln. Mit diesem Vertrag betonen wir noch einmal die ungestörte Religionsausübung der jüdischen Gemeinden in unserem Land. Ihre Feiertage werden geschützt; insbesondere können jüdische Schüler und Kinder an diesen Feiertagen vom Schulunterricht befreit werden. Wir stellen die jüdischen Friedhöfe mit Gemeindefriedhöfen und kirchlichen Friedhöfen gleich. Der jüdische Religionsunterricht ist wie bisher ordentliches Lehrfach. Die freiwilligen Leistungen an die jüdischen Gemeinden werden nun vertragsmäßig gesichert.

Nachdem wir im Jahr 2007 solche Verträge mit den Kirchen geschlossen haben, schließen wir diesen Vertrag heute auch mit den Synagogen. Damit kommt die Gleichstellung der Synagogen mit den Kirchen ganz sichtbar zum Ausdruck.

Ich glaube, dass diese Gleichstellung uns wirklich freuen kann und auch Ausdruck dafür ist, dass auch kleine Religionsgemeinschaften die Möglichkeit haben, an der kooperativen Art der Trennung von Staat und Kirche unserer Verfassungsordnung zu partizipieren. Dieser Vertrag ist uns natürlich zugleich auch Auftrag, gegen jede offene und versteckte Form des Antisemitismus in diesem Land entschieden anzugehen.

Auch möchte ich bei dieser Gelegenheit meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass wir vielleicht in nicht allzu ferner Zukunft auch mit den Muslimen einen solchen Vertrag abschließen können.

Heute aber dürfen wir für dieses Dokument dankbar sein, das das freundschaftliche Verhältnis mit den israelitischen Gemeinden unseres Landes besiegelt. Mögen die jüdischen Gemeinden wachsen und gedeihen! Das wünsche ich ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kleinmann das Wort.

**Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Staatsvertrag des Landes Baden-Württemberg mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden und Württembergs ist im Grunde die Folge eines längeren Prozesses. Er ist auch die Folge der beiden Staatsverträge, die wir mit der badischen und der württembergischen Landeskirche sowie mit der Diözese Rottenburg-Stuttgart und der Erzdiözese Freiburg geschlossen haben. Er ist auch Ausdruck einer Besinnung auf unser christlich-jüdisches Abendland und die damit verbundene Tradition, und er ist auch – wie es die Vorredner alle schon ausgeführt haben – Folge der geschichtlichen Bedeutung, der wir alle uns verpflichtet wissen.

Meine Damen und Herren, nach einem längeren Prozess ist es nun gelungen, diesen Staatsvertrag unter Dach und Fach zu bringen. Er hat wie auch die anderen Staatsverträge Altes und Neues als Inhalt. Jüdischen Religionsunterricht gibt es schon seit Langem, und auch der Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts ist nichts Neues. Staatsleistungen an die Israelitischen Religionsgemeinschaften gab es ebenfalls schon bisher, allerdings auf freiwilliger Basis. Jetzt sind diese Staatsleistungen vertraglich festgelegt, und auch die Dynamisierung dieser Leistungen ist nun in den Vertrag mit eingebaut.

Neu ist, dass die jüdischen Feiertage wie die kirchlichen Feiertage in das Feiertagesgesetz integriert sind. Sie sind somit geschützt. Das war bisher noch nicht der Fall.

Auch die Vertretung im Rundfunkrat und im Medienrat war bisher noch nicht geregelt. Dies soll analog zur Vertretung der Kirchen nun geschehen.

Auch für die jüdischen Friedhöfe gilt, dass sie in einen bestimmten Schutzrahmen kommunaler und kirchlicher Friedhöfe mit einbezogen werden.

(Dieter Kleinmann)

Besonders wichtig ist – das wird deutlich, wenn man diesen langen Prozess noch einmal Revue passieren lässt; bei den meisten Diskussionen war ich dabei –, dass man die Denkmalfpflege neu angedacht hat und neu regelt, analog zu dem evangelischen Kirchenvertrag, sodass man hier auch sieht, dass man sich einer gewissen geschichtlichen Verantwortung, aber auch einer gewissen Kultur verpflichtet weiß. Ich erinnere daran: Früher war folgende Finanzierung vorgesehen: 50 % Eigenmittel, 50 % aufgeteilt in 25 % Landesmittel und 25 % kommunale Mittel. Jetzt haben wir feste Beträge, die hier vorgesehen sind. Wir ermöglichen damit, den bestehenden Denkmälern und insbesondere deren Pflege angemessen Rechnung zu tragen.

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP begrüßt zum einen, dass es nun zu diesem Staatsvertrag gekommen ist. Zum anderen stimmen wir selbstverständlich zu. Wir sind der Meinung, wie es mein Freund Tenné einmal gesagt hat, dass der Vertrag die beiden Israelitischen Religionsgemeinschaften auf eine sehr solide finanzielle Basis stellt.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Kultusministerin Professorin Dr. Schick das Wort.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Deutlich wie kaum ein anderes Verfassungsdokument in Deutschland anerkennt die Landesverfassung von Baden-Württemberg ausdrücklich die Bedeutung der Religionsgemeinschaften für die – ich zitiere – „Grundlagen des menschlichen Lebens“.

Religionsgemeinschaften leben ihren Glauben, und sie vermitteln Werte. Weil wir genau um diese Bedeutung der Religionsgemeinschaften für das menschliche Zusammenleben wissen, pflegen wir, pflegt unser Land seit seinen Anfängen gute Beziehungen zu allen Kirchen und Religionsgemeinschaften. Dies findet seinen besonderen Niederschlag – es wurde schon erwähnt – in der Staatskirchenvereinbarung aus den Jahren 2007/2008.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

In den zugrunde liegenden Vereinbarungen wurden die vielfältigen Bereiche des Miteinanders von Staat und Kirchen bereits geregelt.

Heute nun können wir den mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften verhandelten Staatsvertrag hier zum Abschluss bringen. Es hat mich sehr gefreut, dass einer von Ihnen im kurzen Gespräch vorhin von einer historischen Stunde gesprochen hat. Als solches sollten wir sie auch sehen, aber nicht als Abschluss einer Entwicklung, sondern sozusagen als Zwischenschritt und vielleicht als den Beginn einer noch intensiveren Zusammenarbeit und Entwicklung. Ich würde mir dieses wünschen.

Die Einmütigkeit, die im gesamten Verhandlungsprozess zum Ausdruck kam und auch in der heutigen Aussprache zum Ausdruck kommt, zeigt Ihnen und uns allen, mit welchem Rückhalt, mit welcher klaren Orientierung und welcher klarem Be-

kenntnis wir diesen Schritt tun und dass wir uns hier tatsächlich einig darin sind, die Partnerschaft zwischen den israelitischen Kultusgemeinden und dem Land in einer neuen Form weiterzuführen. Das ist auch nicht neu; wir leben sie seit vielen, vielen Jahrzehnten intensiv und gut, aber wir stellen sie auf eine neue Basis. Es gibt eine Partnerschaft, von der beide profitieren. Ich denke, sie geht weit über das hinaus, was man vielleicht originär mit der Tätigkeit von Religionsgemeinschaften verbindet.

Ich darf in diesem Zusammenhang nur kurz daran erinnern: Die Leistungen, die z. B. die israelitischen Gemeinden bei der Integration von Zuwanderern erbracht haben, sind eine originäre gesellschaftliche Leistung, die hier auch erbracht wird. Es gibt eine Partnerschaft, die den Dialog braucht, die auf dem Dialog aufbaut. Ich denke, auch diesen Dialog werden wir künftig verstärken, nun auf einer neu geregelten rechtlichen Grundlage.

Die Regierung wird diesen Vertrag selbstverständlich mit Leben erfüllen. Die rechtliche Grundlage, die wir jetzt schaffen, ist auch ein Stück weit Verpflichtung für uns, uns nicht sozusagen auf dem bisherigen Stand auszuruhen, sondern dies als Auftrag zu verstehen, diese Partnerschaft mit weiterem Leben zu erfüllen.

Die Israelitischen Religionsgemeinschaften werden durch diesen Vertrag eine verlässliche Planungsgrundlage bei der Erfüllung der Anforderungen in der religiösen Betreuung und vor allem bei der Sicherstellung der infrastrukturell notwendigen Grundlagen haben, dazu finanzielle Planungssicherheit. Dies ist übrigens für beide Seiten ein wichtiges Thema. Mit diesem Vertrag stellen wir diese her.

Ich danke heute an dieser Stelle den israelitischen Kultusgemeinden für ihren Beitrag im religiösen und gesellschaftlichen Leben und würde mich sehr freuen, wenn wir vor allem z. B. im Schulbereich gemeinsam noch weitere Initiativen entwickeln könnten, damit neue Potenziale für den Austausch sozusagen mit ein Thema des heutigen Tages sind –

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

nicht nur der Abschluss des Vertrags, sondern der Aufruf an uns alle, neue Ideen für die Zusammenarbeit zu entwickeln.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Jeder Abschluss ist auch ein Anfang. In diesem Sinn machen wir heute einen Zwischenschritt, glaube ich, den wir aber sicherlich trotzdem als historisch bezeichnen dürfen.

Verlässliche Partner tun diesen Zwischenschritt heute. Es wird ermöglicht, dass wir in einem verlässlichen Rahmen weiter zusammenarbeiten und einen solchen Vertrag, sollte es einmal nötig sein, natürlich auch weiterentwickeln. Auch das ist mit dem vorliegenden Vertrag möglich.

Wir gehen heute als Land eine Verpflichtung ein, und wir tun dies aus vollem Herzen und sehr, sehr gern. Wir erfüllen diese Verpflichtung nicht nur im Rückblick auf die Vergangenheit, aber sehr wohl auch im Rückblick und in Anerkennung des Erbes, das uns die Vergangenheit hier übermittelt. Wir tun dies aber genauso beherzt im Vorgriff auf die Zukunft, die gemeinschaftlich zu gestalten ist. Wenn man auf die Entwick-

(Ministerin Dr. Marion Schick)

lung der israelitischen Gemeinden in den letzten 60 Jahren zurückblickt, so kann einem nicht bange sein um die Weiterentwicklung in den nächsten Jahren.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

In dem Konzert der religiösen und kulturellen Stimmen sind die israelitischen Gemeinden eine ganz wesentliche Stimme. Diese wird mit dem heutigen Tag sozusagen in dem Konzert des gemeinschaftlichen religiösen und kulturellen Zusammenlebens fest verankert.

Ich danke allen, die an den Verhandlungen und dem Weg hierhin bis heute beteiligt waren, und ich freue mich auf den weiteren Weg, den wir gemeinsam beschreiten werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU und Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/5725.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/5982. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

Zustimmung zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

##### Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

#### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. März 2010 das folgende Gesetz beschlossen:“.

#### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Vielen Dank. Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 5:**

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/5517**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/5983**

**Berichtersteller: Abg. Jürgen Walter**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat festgelegt, in der Zweiten Beratung keine Aussprache zu führen. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/5517.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/5983. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

Gesetz zum Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

Änderung des Landesmediengesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 3

Inkrafttreten, Bekanntmachungen

Wer Artikel 3 zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 3 ist einstimmig zugestimmt.

#### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. März 2010 das folgende Gesetz beschlossen:“.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zum Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Aber natürlich!)

Wir kommen zur

### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 6** der Tagesordnung:

### **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Ausführung von Artikel 91 c GG – Drucksache 14/5490**

### **Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/5937**

### **Berichterstatter: Abg. Guido Wolf**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich darf für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Wolf das Wort erteilen. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein guter Mann!)

**Abg. Guido Wolf** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

*Computer sind fantastisch: In wenigen Minuten können sie einen so großen Fehler produzieren, den Menschen nur in vielen Monaten machen könnten.*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Grunde geht es bei diesem Gesetzentwurf wieder einmal darum, den Segen neuer Möglichkeiten an Informationstechnologien maximal zu nutzen, aber auch dem nicht selten damit verbundenen Fluch entgegenzuwirken.

Konkret geht es bei diesem Gesetzentwurf darum, durch den Einsatz der Informationstechnik Kosten zu senken, Verfahrenszeiten zu verkürzen und Serviceleistungen der Behörden zu verbessern. Die Informationstechnik war in den letzten Jahren die entscheidende Stellschraube, wenn es um die Modernisierung unserer öffentlichen Verwaltung ging. Allerdings gab es bisher keinen verbindlichen Rahmen für die IT-Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Es haben vielfach Absprachen und Abstimmungen auf freiwilliger Basis stattgefunden, aber ein strukturiertes Beteiligungsverfahren hat es nicht gegeben.

Das hat dazu geführt, meine Damen und Herren, dass Entscheidungen oftmals erschwert und Entscheidungsprozesse

verlangsamt wurden und dass dadurch mit dem rasanten Entwicklungstempo in der Informations- und Kommunikationstechnik nicht Schritt gehalten werden konnte.

Was ist nun Gegenstand dieses Vorstoßes, über den wir heute befinden? Es geht um einen Staatsvertrag, der der Föderalismuskommission II entsprungen ist. Herzstück dieses Staatsvertrags ist die Errichtung eines IT-Planungsrats, durch den das Nebeneinander zahlreicher IT-Gremien in Bund und Ländern ein Stück weit aufgelöst wird und effiziente, einfache und transparente Entscheidungsstrukturen geschaffen werden sollen. Wir von der CDU-Fraktion gehen diesen Weg gern mit, weil wir darin eine Verbesserung und eine Optimierung der Strukturen im Bereich neuer Informationstechnologien sehen.

Worum ging es im Vorfeld der Beratungen im Innenausschuss? Es war uns ein wichtiges Anliegen, dass die kommunale Ebene, die kommunalen Gremien in einer optimalen Form in diese Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Da gab es auch kritische Rückmeldungen seitens der kommunalen Landesverbände. Nach unserer Überzeugung ist deren Anliegen nun Rechnung getragen worden, indem das Innenministerium zusichert, die kommunalen Landesverbände vor den Sitzungen des IT-Planungsrats umfassend zu informieren und zu beteiligen.

Was sich nun in Bezug auf die heutige Debatte, meine Damen und Herren, ganz aktuell zugetragen hat, war die Verabschiedung des Entschließungsantrags Drucksache 5/1074, der im Sächsischen Landtag von CDU und FDP im Hinblick auf den Datenschutz und auf eine Einbindung des Landesdatenschutzbeauftragten gestellt wurde. Meine Damen und Herren von den Grünen – Sie sind hier im Moment nur spärlich vertreten –, Sie haben sich nun aufgemacht – das muss man in diesem Hohen Haus lobend erwähnen –, den in Sachsen vorliegenden Entschließungsantrag von Schwarz-Gelb 1 : 1 zu übernehmen und hier im Landtag von Baden-Württemberg mit Ihrem Entschließungsantrag Drucksache 14/5992-1 einen in den Ziffern 1 und 2 von Abschnitt I fast wortgleichen Antrag einzubringen. Das muss man ausdrücklich anerkennen.

Zeitgleich, lieber Herr Sckerl, haben sich CDU und FDP/DVP in diesem Haus zumindest die Mühe gemacht, über einen modifizierten Antrag zur Beteiligung des Landesdatenschutzbeauftragten zu befinden. Das heißt, wir unterstützen den Vorstoß der Grünen ideell, wollen uns aber am Wortlaut des Entschließungsantrags von Schwarz-Gelb orientieren, der nach unserer Überzeugung in die richtige Richtung geht, der eine richtige, korrekte und, wie ich meine, auch effiziente Beteiligung des Landesdatenschutzbeauftragten und damit eine Berücksichtigung der Vorgaben des Datenschutzes vorsieht.

Im Ganzen haben wir diesen Gesetzentwurf mehrfach und ausgiebig im Ausschuss vorberaten. Wir als CDU-Fraktion werden diesem Gesetzentwurf mit den sich aus unserem Entschließungsantrag – hierzu bitte ich um Unterstützung – ergebenden Änderungen zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wunderbar!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofelich für die Fraktion der SPD.

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wer in den letzten zehn Jahren über die Computermesse CeBIT gegangen ist – das habe ich in den meisten Jahren getan –, der hat erlebt, dass die Informationstechnik stärker in den Fokus des Interesses der öffentlichen Verwaltung geraten ist. Aus ihrer vormaligen Nachzüglerrolle heraus erhebt sie heute den Anspruch, durchaus auch Vorreiter sein zu können. Das ist eine schöne Sache. Der öffentliche Dienst ist, auch aufgrund seiner eigenen Strukturiertheit, gut in der Lage, Informations- und Kommunikationstechnik anzuwenden.

Deswegen ist die Informations- und Kommunikationstechnik, denke ich, auch eine wichtige Herausforderung für uns hier im Land. Auch in der Debatte von heute Morgen hat dieses Thema eine Rolle gespielt; es wurde gesagt, dass wir bezüglich der Informationstechnik ein führendes Land sind und dass auch der Staat, also das Land Baden-Württemberg, hierzu das Seine tut.

Wir haben heute die zweite Lesung zu diesem Gesetzentwurf zu dem Staatsvertrag zur Ausführung von Artikel 91 c des Grundgesetzes. Ich will an dieser Stelle nur einige wenige Bemerkungen machen, nachdem Grundsätzliches schon in der ersten Lesung angesprochen worden ist.

Artikel 91 c des Grundgesetzes reiht sich an Artikel 91 b des Grundgesetzes zu Bildungsplanung und Forschungsförderung an. Am Ende der Siebzigerjahre und dann in den Achtzigerjahren war das sozusagen das Synonym für den Begriff der Politikverflechtung, nämlich für die zunehmende Zusammenarbeit, einhergehend auch mit einer Finanzierungskopplung, zwischen Bund und Ländern.

Das jetzige Gesetz ist Ausfluss der Föderalismuskommission II, bei deren Ergebnissen wir eigentlich in Richtung einer Entflechtung gehen. Trotzdem ist es aber wichtig, auch zu sehen, dass Kooperation notwendig ist. Das ist das, was dieser Staatsvertrag tun will. Er schafft die Voraussetzungen für die Errichtung des IT-Planungsrats, und er regelt die Arbeit des IT-Planungsrats in hoffentlich guter kooperativer Weise. Darum geht es. Das unterstützen wir auch. Wir signalisieren hier – das will ich an dieser Stelle sagen – gern unsere Zustimmung.

Es ist auch wichtig, dass wir bei diesem zunehmend wichtiger werdenden Thema eine verfassungsrechtliche Basis haben. Das wird dadurch mit erledigt.

Die einzelnen Prinzipien sind weitestgehend bekannt. Wir kommen mit der Schaffung des IT-Planungsrats von der Einstimmigkeit zur qualifizierten Mehrheit, natürlich unter Aufrechterhaltung der Rechte des Landtags. Wir kommen zur Interoperabilität und zu weniger oder gar keinen Medienbrüchen mehr. Wir kommen ferner zu Vergabeverfahren, die es Ländern auch möglich machen, gemeinsam vorzugehen.

In der Debatte sind zwei Punkte offengeblieben, die Kollege Wolf gerade angesprochen hat. Der eine ist die Frage des Datenschutzes. Hier ist für uns als sozialdemokratische Fraktion ganz klar, dass wir eine stärkere Einbindung des Datenschutzes

beauftragten wollen. Wir wollen, dass neben der reinen Konsultation auch verbindlichere Elemente geschaffen werden. Beide Anträge, die vorliegen, sind dazu geeignet. Sie zielen vor allem darauf, auf die Geschäftsordnung des IT-Planungsrats Einfluss zu nehmen, was jetzt noch möglich ist. Wir unterstützen beide Anträge.

Der zweite offene Punkt ist die Frage der Einbeziehung der kommunalen Ebene. Das ist eine wichtige Geschichte, weil die Kommunen oft progressive Anwender sind und keineswegs nur am Katzentisch sitzen wollen. Deswegen sollte man ausgehend von einer Beteiligung mit beratender Stimme eigentlich schon dazu kommen, dass Sie, Herr Minister, die Kommunen in der Praxis im Vorfeld von Entscheidungen des IT-Planungsrats wirklich als gleichberechtigte Partner einbinden. Die Praxis wird zeigen, wie gut Ihnen das gelingt. Wir haben zunächst einmal das Zutrauen, dass dies so gemacht wird.

Kolleginnen und Kollegen, das war eigentlich das, was zum Artikel 91 c des Grundgesetzes selbst zu sagen ist.

Ich will die verbleibende Zeit, in der jetzt vielleicht noch Aufmerksamkeit vorhanden ist, nutzen, um ein paar Ausblicksthemen anzusprechen.

Wir haben heute Morgen auch über die Informationstechnik im Land gesprochen. Die jetzt entstehende bessere gesetzliche Situation, die bessere Strukturiertheit der Kooperation der Länder untereinander, sollte uns dazu führen, dass wir im Land Baden-Württemberg einiges stringenter und auch zielgerichteter machen.

Ich will ein paar wenige Punkte für die künftige politische Arbeit auf diesem Gebiet in Stichworten ansprechen, bei denen ich Sie, Herr Minister, bitte, auch persönlich Führung zu übernehmen und sie auch aufrechtzuerhalten.

Der erste Punkt ist die Informationstechnik als Instrument der Reform der Landesverwaltung. Die angesprochenen 263 000 Beschäftigten im Land sind schon ein Thema für Informationstechnik, doch die Erlebnisse mit NSI deuten nicht gerade darauf hin, dass die Informationstechnik die notwendige herausragende Rolle bei der Reform der Landesverwaltung spielt. Deswegen meine ich: Für all das, was wir vor uns haben, um eine immer weiter verbesserte Landesverwaltung zu bekommen, muss die Informationstechnik nicht nur additiv, sondern als integrierter Hebel gesehen werden.

Zweiter Punkt: Dazu gehört auch, dass Kommunen und Land hinsichtlich der Informationstechnik vertikal besser integriert sind. Der Bürger will natürlich Angebote – Erkennbarkeit der jeweiligen Identität eingeschlossen – aus einer Hand haben.

Dritter Punkt: Ich würde mir wünschen, dass das Land Baden-Württemberg im bundesweiten Verbund zunehmend eine Pilotfunktion übernimmt – was es auch kann –, dass wir Lösungen zeigen, mit denen wir vorangehen. Kollege Löffler hat einen Antrag zum Thema „Public Cloud Computing“ geschrieben, eine interessante Entwicklung, bei der der öffentliche Dienst überlegen muss, was er da nutzen und anwenden kann.

Viertens ist der IT-Standort Baden-Württemberg wichtig. Jeder fünfte Arbeitsplatz im IT-Sektor in Deutschland – das wur-

(Peter Hofelich)

de heute Morgen gesagt – entfällt auf Baden-Württemberg. Daraus folgt, dass wir in der Beschaffungspolitik des Landes für Informationstechnik so offensiv sein müssen, dass wir – natürlich bei Aufrechterhaltung der Ausschreibungsbedingungen – auch für die Firmen hier im Land motivierende Ausschreibungen machen, durch die sich etwas bewegt.

Der letzte Punkt ist die Zusammenfassung unserer Aktivitäten in der politischen Verantwortung. Der Landessystembeauftragte wird im IT-Planungsrat sitzen. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Rolle des Verantwortlichen für Informationstechnik in Baden-Württemberg herausgehobener sein sollte, als es derzeit der Fall ist, und dass wir das brauchen, was andere Länder bereits haben, nämlich einen Chief Information Officer, einen CIO. Das ist zwar ein englischer Begriff, aber der Begriff des Landessystembeauftragten ist auch nicht so sexy, dass er nicht abgelöst werden könnte.

(Heiterkeit des Abg. Guido Wolf CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Keine Anglizismen!)

Deswegen meine ich: Auch hier ist es notwendig, dass wir politisch vorangehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns in der Einschätzung einig, dass diesem Staatsvertrag für die weitere Entwicklung der Kooperation bei den Informationstechnologien zwischen Bund und Ländern, aber auch mit den Kommunen und im europäischen Rahmen eine große Bedeutung zukommt. Das ist keine Frage. Herr Kollege Wolf, darin sind wir uns einig.

Wir wollen, genau wie Sie, diesen Datenaustausch optimieren. Dies geschieht vor allem durch die Schaffung einer gemeinsamen Infrastruktur der technischen Systeme. Das bringt natürlich – das ist in diesem Zusammenhang auch ganz aktuell sehr wichtig – eine besondere Verantwortung mit sich.

Eines muss uns immer klar sein: Diese informationstechnische Kooperation führt zunehmend zu einer Ländergrenzen übergreifenden Verarbeitung personenbezogener Daten in ganz großem Stil. Dies geschieht auch immer schneller und immer umfangreicher. Kern aller Überlegungen in diesem Zusammenhang muss sein, diese Daten durch technische und organisatorische Maßnahmen vor Missbrauch zu schützen. Hochwertigste Verschlüsselungsverfahren sind absolut notwendig.

Wir haben in diesem Land in den letzten Jahren große Debatten zum Datenschutz und zu den ebenso großen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts gehabt. Bezüge oder wenigstens Hinweise auf das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, auf die Vertraulichkeit und die Integrität informationstechnischer Systeme haben jedoch überhaupt keinen Eingang in diesen Staatsvertrag gefunden. Man regelt darin technische Fragen, man regelt wirtschaftliche Fragen, aber

bezüglich der Grundrechtsfragen von großer Bedeutung herrscht Fehlanzeige. Dies ist uns – wie gesagt: im Licht der Rechtsprechung, gerade auch aktuell von letzter Woche – nicht verständlich.

Klar ist aber – das ist auch allen Beteiligten klar; da gibt es überhaupt keinen Zweifel –, dass der Staatsvertrag unabhängig von den technischen Festlegungen der Datenverarbeitung natürlich den Grundrechten Rechnung tragen muss und auch Rechnung tragen wird.

Ein entscheidendes Instrument wird der IT-Planungsrat auf der Grundlage dessen sein, was er sich als innere Verfassung gibt. Deren Ausgestaltung ist deshalb so wichtig, weil wir es natürlich nicht mehr schaffen, im Ratifizierungsprozess des Staatsvertrags eine ausdrückliche Fixierung auf das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung in den Staatsvertrag selbst hineinzunehmen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich die Bereitschaft der Landesregierung, im Vorfeld von einzelnen Beratungen und Festlegungen in diesem IT-Planungsrat auf Landesebene die Kooperation mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz ebenso herbeizuführen wie mit den kommunalen Landesverbänden.

Dass der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit regelmäßig an den Sitzungen des IT-Planungsrats teilnehmen wird, halten wir für selbstverständlich. Dass Landesbeauftragte für den Datenschutz immer dann dazukommen müssen, wenn Landesangelegenheiten behandelt werden, halten wir für notwendig. Das war einer der Gründe, warum wir unseren Entschließungsantrag eingebracht haben, Herr Kollege Wolf.

Jetzt liegen zwei Entschließungsanträge vor, einer von der Fraktion GRÜNE und einer von der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP. In Zeitschriften gibt es mitunter Rätsel mit der Aufgabe: Finde fünf Unterschiede. Dabei werden zwei Bilder nebeneinander gezeigt. So könnte man dies auch mit den beiden Anträgen machen: Sie sind quasi identisch. Wir haben unseren Antrag eingebracht, weil Sie im Innenausschuss noch nicht die Bereitschaft hatten erkennen lassen, wenigstens die verbliebenen Möglichkeiten, die wir noch haben, zu nutzen, um auf das Thema Datenschutz im Bereich des IT-Planungsrats tatsächlich Einfluss zu nehmen.

Damals haben Sie noch gesagt, das sei nicht notwendig, alles Notwendige sei bereits getan. Das war das Motiv für uns, diesen Antrag einzubringen. Jetzt haben Sie mit einem eigenen Antrag nachgezogen. Das ist okay. Mein Vorschlag lautet, dass wir, damit es nachher keine komische Abstimmung gibt, einen gemeinsamen Entschließungsantrag aller vier Fraktionen auf der Basis Ihres Antrags formulieren und zur Abstimmung stellen.

(Abg. Guido Wolf CDU: Das ist gut!)

Er ist identisch mit dem, was im Landtag von Sachsen und auch in anderen Landtagen beschlossen worden ist. Alles andere wäre, glaube ich, Kinderei.

(Abg. Guido Wolf CDU: Wenn Sie das wollen, machen wir das! – Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Lassen Sie uns diesen gemeinsamen Entschließungsantrag verabschieden. Wir stimmen dem Gesetzentwurf hiermit zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Hagen Kluck FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion begrüßt es, wenn über den künftigen IT-Planungsrat die Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Informationstechnik institutionalisiert wird. Dadurch wird eine Basis für sinnvolle, fachunabhängige und fachübergreifende Sicherheitsstandards geschaffen. Das Ganze wird einfacher und leichter handhabbar, so dass sich auch Behörden dem raschen technischen Fortschritt schneller anpassen können.

Wir Liberalen bedauern allerdings – das habe ich schon in der ersten Lesung zum Ausdruck gebracht –, dass der Datenschutz in diesem Staatsvertrag nicht ausdrücklich aufgeführt wird. Dabei ist er doch gerade bei der Bewertung von Sicherheitsstandards sehr wichtig. Zwar kann der Bundesbeauftragte für den Datenschutz an den Sitzungen des IT-Planungsrats teilnehmen – ohne Stimmrecht –, aber die Datenschutzbeauftragten der Länder sind überhaupt nicht vertreten. Das halten wir nicht für sachgerecht; denn diese Entscheidungen des IT-Planungsrats werden große Auswirkungen auf die Landes- und auf die Kommunalverwaltung haben.

Vielleicht kann man dieses Manko bzw. diesen Konstruktionsfehler in der Geschäftsordnung des Gremiums noch irgendwie heilen. Wir hoffen, dass sich die Landesregierung darum bemüht. Es wäre peinlich, wenn abermals per Gerichtsentscheid auf die besondere Bedeutung der informationellen Selbstbestimmung und auf die Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme zum Schutz der Persönlichkeitsrechte hingewiesen werden müsste.

Gerade die im Staatsvertrag vorgesehene vorrangige Verwendung bestehender Marktstandards darf nicht dazu führen, dass Verfahren ohne angemessenen Datenschutz beschlossen werden.

Herr Kollege Sckerl, vielen Dank für den Vorschlag, unseren Antrag als gemeinsamen Entschließungsantrag aller vier Fraktionen zu verabschieden. Darüber unterschiedlich abzustimmen, wäre unsinnig gewesen. Wir beide haben unsere Anträge bei unseren sächsischen Kolleginnen und Kollegen abgeschrieben. Ihr habt ihn hundertprozentig abgeschrieben.

(Abg. Guido Wolf CDU: Die Vernunft hat gesiegt! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: 95!)

Wir haben uns noch bemüht, etwas zu variieren, weil wir ja kreativ sind.

(Zuruf von der CDU: Das unterscheidet uns voneinander!)

Dieser Entschließungsantrag unterstreicht die Notwendigkeit, durch technische und organisatorische Maßnahmen Miss-

brauch bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zu verhindern. Er fordert gleichzeitig eine Beteiligung der Landesbeauftragten. Nicht jeder Landesbeauftragte, sondern einer der Landesbeauftragten soll an den Sitzungen des IT-Planungsrats teilnehmen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen dem Datenschutz endlich den Stellenwert einräumen, der ihm nach höchst richterlichen Entscheidungen zusteht. Erst gestern hat der Europäische Gerichtshof die FDP in dieser Haltung bestätigt. Die Datenschutzstellen der Länder müssen in völliger Unabhängigkeit arbeiten. Sie dürfen deshalb keiner staatlichen Aufsicht unterstellt sein. Deshalb bleibt es unser Ziel, alle Datenschutzkompetenzen – unser Fraktionsvorsitzender hat dies heute Morgen schon in der Aussprache zur Regierungserklärung gesagt – beim Landesbeauftragten zusammenzuführen und den Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Landtag anzusiedeln.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Für die meisten Bürgerinnen und Bürger ist der Einsatz moderner Informationstechnologien seit Langem eine Selbstverständlichkeit. Der Ausbau des sogenannten E-Governments ist zu begrüßen. Herr Kollege Hofelich hat schon gesagt, dass der Staat dabei der Entwicklung ein bisschen hinterherhinkt, vor allem in Bezug auf seine Kundschaft aus der Wirtschaft. Es bleibt noch immer viel zu viel Zeit und Kraft beim Ausfüllen von Formularen per Hand auf der Strecke. Auch ich weiß, dass das papierlose Büro wohl ebenso eine Illusion bleibt wie das papierlose Klo.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Trotzdem sollten wir versuchen, zwischen Kundschaft und Behörden möglichst viel auf elektronischem Weg zu regeln. Dazu muss man den Lebensälteren und Grauhaarigen auf beiden Seiten die Sorge nehmen, dass sie im Internet verschwinden könnten, wenn sie gleichzeitig auf die Tasten „Alt“ und „Entfernen“ drücken.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Rech.

**Innenminister Heribert Rech:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Ich versuche einmal, das Ergebnis vorwegzunehmen. Erstens bitte ich Sie, dem Gesetzentwurf der Landesregierung auf der Grundlage des Entschließungsantrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zuzustimmen. Gleichzeitig sichere ich zu, dass das Anliegen des Antrags der Fraktion GRÜNE, soweit es berechtigt ist –

(Abg. Guido Wolf CDU: Soweit es mit unserem übereinstimmt! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

es unterscheidet sich nur unwesentlich von dem Entschließungsantrag der CDU und der FDP/DVP –, selbstverständlich bei den weiteren Beratungen Berücksichtigung finden wird. Darum würde ich bitten. Wir sind uns ja in allen Punkten einig.

(Minister Heribert Rech)

Herr Kollege Kluck, nur eine Klarstellung von meiner Seite aus: Das Urteil des EuGH würde uns, glaube ich, nicht verpflichten, den öffentlichen und den nicht öffentlichen Datenschutz unter einem Dach zusammenzulegen. Wir tun dies gleichwohl, weil wir in der Sache vorankommen und uns nicht über Formalismen streiten wollen. Aber das ist schon ein wesentlicher Schritt nach vorn. Über alles andere werden wir dann reden.

Meine Damen und Herren, wir befassen uns jetzt zum zweiten Mal mit dem Entwurf des Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Ausführung von Artikel 91 c des Grundgesetzes. Herr Kollege Wolf hat zutreffend, umfassend und richtig

(Abg. Guido Wolf CDU: So ist es!)

die wesentlichen Essenzialien des Gesetzes dargelegt. Wir hatten schon am 10. Dezember 2009 wesentliche Eckpunkte miteinander erörtert. Ich will deshalb heute nicht mehr auf viele inhaltliche Einzelheiten eingehen. Ich will nur sagen: Stand heute werden es wohl alle Länder und auch der Bund schaffen, die Ratifikationsurkunde rechtzeitig, also bis Ende des Monats, in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz – wieso dies gerade dort geschehen soll, weiß ich auch nicht so recht, aber gut –

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Hagen Kluck FDP/  
DVP: Beck ist internetfest!)

vorzulegen, sodass der Vertrag am 1. April 2010 in Kraft treten kann.

Das ist erfreulich. Denn – kurz zusammengefasst – die Informations- und Kommunikationstechnik ist schon längst zum Rückgrat unserer Verwaltung geworden, einer Verwaltung, die sich immer weiter wachsenden Aufgaben gegenüberstellt, die sie mit hoher Qualität – jedenfalls ohne Qualitätsverlust – und überwiegend mit sinkendem Personaleinsatz bewältigen muss. Zielgerichtet eingesetzt wird die IuK auch einer der wesentlichen Treiber für den Bürokratieabbau und die Modernisierung unserer Verwaltung auf allen Ebenen sein.

Die Länder, der Bund und die Kommunen arbeiten bei der Abstimmung allgemeiner Sicherheits- und Technikstandards bisher nur auf freiwilliger Basis zusammen. Künftig – das ist der Unterschied – können hier verbindliche Standards vereinbart werden, wenn dies notwendig ist. Der IT-Planungsrat löst die bisherigen Abstimmungsgremien, die sehr vielfältig waren, ab.

Entscheidungen über gemeinsame Projekte und Standards sowie über möglicherweise auftretende Probleme und deren Lösungen werden nach wie vor eine ausreichende Vorbereitung und die Beteiligung von mehreren Stellen erfordern.

Nicht zuletzt gibt es natürlich einen wachsenden Kostendruck. Der fordert alle Beteiligten gleichermaßen, optimale Lösungen herbeizuführen, die auch noch finanzierbar sind.

Die wachsende Bedeutung des Internets mit allen Chancen und Risiken ist ein weiterer Grund, die Zusammenarbeit auf ein einziges Gremium, nämlich den IT-Planungsrat, zu konzentrieren. Er bringt Bund, Länder und Kommunen an einen Tisch.

Aus den hier bereits vorgetragenen Gründen, die ich für zutreffend halte, unterstütze ich den Entschließungsantrag der Regierungsfractionen, wie er hier vorliegt.

In Baden-Württemberg – das will ich noch sagen – werden auch alle anderen Ressorts sowie die Kommunen über die kommunalen Landesverbände und auch der Landesbeauftragte für den Datenschutz eng eingebunden; das habe ich schon in der Ersten Beratung erwähnt.

Der Planungsrat ist ein politisch-strategisches Gremium, das mit den Fachministerkonferenzen eng zusammenarbeiten wird. Genauso wichtig ist es natürlich, die kommunale Ebene einzubinden. Deswegen ist es für uns selbstverständlich, dass wir die kommunale Seite bei Entscheidungen zu Themen, die ihre Belange berühren, schon im Vorfeld eng einbinden und uns mit ihr abstimmen. Die Bedeutung der seit vielen Jahren bestehenden Arbeitsgruppe zur IuK-Abstimmung zwischen dem Land und den Kommunen wird in diesem Zusammenhang noch deutlich wachsen; darauf will ich hinweisen.

Auf anderes will ich nicht mehr eingehen. Wir werden das, was Sie zur Geschäftsordnung des IT-Planungsrats gesagt haben, und Ihre Wünsche dazu vorbringen und nachdrücklich vertreten. Wir werden die Belange des Datenschutzbeauftragten selbstverständlich an vorrangiger Stelle im Blick haben.

Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass der Planungsrat im Rahmen der verfassungsrechtlich vorgesehenen Grenzen tätig wird und dass damit der Schutz des Persönlichkeitsrechts insbesondere in Form der informationellen Selbstbestimmung und der Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme sichergestellt ist. Das hat der Kollege Sckerl angesprochen. Die Sicherungssysteme gewinnen da natürlich eine zunehmende Bedeutung.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen zum Abschluss noch eine erfreuliche Mitteilung machen. Was die Finanzierung der neuen Strukturen anbelangt, haben sich die Länder gegenüber dem Bund inzwischen durchgesetzt. Den Ländern werden dafür in den Jahren 2010 und 2011 keine Mehrkosten gegenüber den bisherigen Aufwendungen entstehen.

Allerdings werden die Länder und die Kommunen durch viele neue Anforderungen bei den Fachverfahren mit stetig wachsenden Aufwendungen für die IuK rechnen müssen. Das ist unschwer zu prognostizieren. Das galt z. B. für die informationstechnische Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Das wird auch für den Aufbau des nationalen Waffenregisters in dem Zusammenhang gelten, über den wir gerade aktuell diskutieren.

Ich will Ihnen weiter nicht vorenthalten, dass wir für die Jahre ab 2012 mit Mehrkosten auch bei der Geschäftsstelle des IT-Planungsrats zu rechnen haben. Aber Baden-Württemberg wird zusammen mit allen anderen Bundesländern alles daran setzen, die Personal- und Sachkosten für die Geschäftsstelle so gering wie irgend möglich zu halten.

Es ist aber nicht so, dass wir nicht bereit wären, für eine zukunftsfähige Ausrichtung der IT-Steuerung in Deutschland unseren Beitrag zu leisten. Das müssen wir, das wollen wir, und anders geht es auch nicht. Ich stehe für eine bessere und effektivere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik.

(Minister Heribert Rech)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen schon sagen: Baden-Württemberg war und ist der Motor für viele zukunftsweisende Entwicklungen in Deutschland. Wir alle sollten uns dafür einsetzen, dass wir auch der Motor für ein durchgängiges und alle Verwaltungsebenen umfassendes E-Government werden und der Motor für ein auf die Anforderungen von Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern ausgerichtetes E-Government bleiben.

Deshalb bitte ich Sie, dem vorliegenden Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/5490.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/5937. Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Ausführung von Artikel 91 c GG

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

Inkrafttreten, Bekanntmachungen

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

#### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. März 2010 das folgende Gesetz beschlossen:“.

#### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Ausführung von Artikel 91 c GG“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über den Entschließungsantrag der vier Fraktionen auf der Basis des Antrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/5992-2, abzustimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den

bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist einstimmig angenommen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

#### **Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Leistungssportler und Leistungssport in Baden-Württemberg – Drucksache 14/3707**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort fünf Minuten. Es gelten gestaffelte Redezeiten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zuallererst gilt unser Dank der Landesregierung für die sehr ausführliche Antwort auf diese Anfrage. Ein ganz besonderer Dank gilt auch dem Landessportverband, der teilweise sehr viel vorgearbeitet hat, was auch – kursiv gesetzt – in die Antwort auf die Große Anfrage aufgenommen worden ist. Da die Anfrage schon fast ein Jahr alt ist, gehe ich davon aus, dass wir heute zusätzlich vielleicht auch noch ein paar aktualisierte Daten erfahren.

Warum rufen wir heute ein solches Thema auf? Eigentlich ist für den Leistungssport doch grundsätzlich der Bund zuständig. Andererseits muss man Folgendes feststellen: Es gibt Länder, in denen sich im Leistungssport relativ viel tut, und andere, in denen dieser Bereich nicht so effizient oder so ergebnisreich ist. Insofern muss es einen Unterschied geben.

Ich glaube, dieses Thema hat für das Image des Landes eine wichtige Bedeutung. Das Land trägt Verantwortung für das Vorfeld und für die Rahmenbedingungen. Wenn wir den Leistungssport in Baden-Württemberg anschauen, stellen wir fest, dass es Licht und auch Schatten gibt. Der Trend, den ich beobachte, ist der, dass die guten Ergebnisse für baden-württembergische Sportler rückläufig sind und dass viele Sportler, die hier im Land groß geworden sind, für die wir viel getan haben, damit sie sich so gut entwickeln können, dann plötzlich weg sind.

Ich glaube, das muss man sich genauer anschauen. Schließlich war es so, dass vom reichen Medaillensegen der Deutschen in Vancouver – es waren immerhin 30 Medaillen – gerade einmal drei Medaillen nach Baden-Württemberg gingen. Natürlich sind wir auf die zwei Bronzemedailien von Simone Hauswald stolz, zumal der, der den Wettkampf im Fernsehen verfolgt hat, weiß, dass es, wenn es nur auf ihre Leistung angekommen wäre, in der Staffel mindestens Silber gegeben hätte, wenn es nicht sogar für eine Goldmedaille gereicht hätte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Für uns! – Abg. Elke Brunnener CDU: Dabei sein ist wichtiger!)

– Das ist auch ein Punkt. Aber nicht nur das allein ist wichtig. – Außerdem ist Simone Hauswald für unser Land natürlich die allerbeste Werbefigur mit ihrer Charmeoffensive, die sie regelmäßig fährt. Sie zeigt, dass zu Charme und sportlicher Leistung durchaus hinzukommen kann, dass man sich intelli-

(Heiderose Berroth)

gent äußern und intelligent darstellen kann. Das ist eine wichtige Sache.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Bei der Mannschaftsentscheidung im Skispringen war zwar auch ein Baden-Württemberger im deutschen Team dabei, das die Silbermedaille gewann; das war aber in diesem Fall leider nicht der vorderste Leistungsträger.

(Zuruf der Abg. Elke Brunnemer CDU)

Wenn man schaut, wie es sich bei den Skispringern entwickelt und woher der Nachwuchs dort kommt, zeigt sich, dass viele aus anderen Bundesländern kommen. Einen Fan wie mich erfüllt es dann schon mit Schrecken, wenn man in der Zeitung liest, dass nun auch noch das Skiinternat gefährdet sei. Jetzt habe ich gehört, man bemühe sich intensiv und es sei eine Lösung in Sicht. Da wünsche ich den Verantwortlichen, gerade auch im Kultusministerium, eine gute Hand und dass es gelingt, das zu erhalten. Das ist eine wirklich wichtige Basis. Ansonsten könnten wir den Winterleistungssport in Baden-Württemberg vollends abmelden. Das wäre schade.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Elke Brunnemer CDU: Jawohl!)

Dabei haben wir eigentlich wirklich eine gute Basis. Es fängt damit an, dass der Sport als Staatsziel in der Landesverfassung verankert ist – ich selbst habe daran mitgewirkt – und dass wir immerhin vier von 20 Olympiastützpunkten im Land haben. Dass allerdings die finanziellen Mittel für diese 20 % der deutschen Olympiastützpunkte nur 11,5 % der Bundesmittel hierfür ausmachen und dass von den Mitteln, die der Bund insgesamt für den Leistungssport ausgibt, in Baden-Württemberg gerade noch 4,6 % ankommen, obwohl uns nach dem Königsteiner Schlüssel rund 13 % zustünden, ist nicht in Ordnung. Danach muss man schauen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Wir haben z. B. die Eliteschulen des Sports. Wir haben eine effiziente Abteilung im Kultusministerium, die sich mit Sport beschäftigt. Herr Weinmann ist bei der Ministeramtsübergabe am Montag nicht umsonst gelobt worden. Das war hochverdient. Trotzdem: Warum wandern denn Unger und andere zu den Stadtwerken München ab?

Mir ist eines aufgefallen: Unsere Hochschulen sind bei der Exzellenzinitiative vorn. Ich habe aber zumindest in den letzten Jahren nicht gehört, dass eine unserer Hochschulen auf erfolgreiche Leistungssportler aus ihren Reihen stolz wäre. Dabei gibt es jetzt in Baden-Württemberg insgesamt eine hervorragende Basis, gerade auch beim Vereinssport. Wir haben immer mehr Kindersportschulen. Es gibt Kindergärten mit besonderen Programmen, um Kinder früh an den Sport heranzuführen.

Die Vereine sind insbesondere auch deshalb wichtig, weil sie den Grund legen und auch die Aufgabe haben, Talente früh zu erkennen und zu fördern. Dies tun sie auch. Es gibt immerhin 11 300 Sportvereine in Baden-Württemberg mit insgesamt fast vier Millionen Mitgliedern. Da stimmt es also. Es sind eine Menge Ehrenamtliche im Einsatz, die sehr viel tun.

Wir beobachten aber, dass an der Schnittstelle, am Übergang zwischen Kindersport und Sport im Erwachsenenalter, ein Bruch ist. Ein Grund könnte natürlich auch in der Antwort auf die Frage liegen: Wo ist die Förderung durch die Wirtschaft? Manche unserer Baden-Württemberger gehen zu Bayer Leverkusen, weil bei uns Salamander Kornwestheim inzwischen nicht mehr existiert. Der Lurchi lahmt. Kein anderer ist da eingesprungen.

Wenn man sieht, dass der Sport ein nicht zu vernachlässigender Wirtschaftsfaktor in Baden-Württemberg ist, dann, denke ich, könnte sich auch da noch einiges tun.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sollte die FDP aber einmal aufgreifen!)

– Ja, wir sind dran. Sie merken es.

Dann ist noch eines aus der Antwort auf unsere Große Anfrage deutlich geworden: Die große Stärke des Sports bei uns – Demokratie, Autonomie – ist gleichzeitig auch eine Schwäche. Ich habe aus den vielfältigen komplexen Darstellungen in der Antwort den Eindruck gewonnen, dass da doch manches etwas unkoordiniert abläuft, weil man es einfach den Sportverbänden überlässt und sagt, das sollen die selbst machen. Grundsätzlich ist das ja auch gut, aber ich werde in meinem Schlusswort noch sagen, was ich mir vorstellen könnte, was man in dieser Richtung noch besser machen könnte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das wird dann aber eine Sternstunde im Landtag sein!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Brunnemer für die CDU-Fraktion.

**Abg. Elke Brunnemer CDU:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Obwohl die Große Anfrage der FDP/DVP schon über ein Jahr alt ist, ist heute trotzdem ein guter Zeitpunkt, um über die Antworten zu diskutieren. Vor wenigen Tagen richtete die Sportwelt ihren Blick nach Vancouver, dem Gastgeber der Olympischen Winterspiele. Athleten aus mehr als 200 Nationen trafen sich zum Wettstreit der Weltbesten im Wintersport, darunter 150 aus Deutschland und davon etwa ein Dutzend aus Baden-Württemberg.

Neben den zahlreichen Medaillen punkteten unsere Sportlerinnen und Sportler mit sympathischem Auftreten, mit hervorragenden Leistungen, mit Ausdauer und Teamgeist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das musste man einmal sagen! Gut!)

Das sind Werte, die für uns entscheidend, die für uns wichtig sind.

Meine Damen und Herren, Sport begeistert die Menschen nicht nur als Schlachtenbummler oder als Zuschauer vor dem Fernseher, nein, Sport ist ansteckend, Sport motiviert zum Mitmachen. Von Erfolgen an der Spitze gehen wertvolle Signale für die Verbreitung und Entwicklung des Sports an der Basis aus. Umgekehrt rekrutiert sich der Spitzensport aus den Besten des Breitensports.

(Elke Brunnemer)

Die Sportangebote für Kinder und Jugendliche haben deshalb nicht nur angesichts des zunehmenden Bewegungsmangels eine große Bedeutung; sie eröffnen gleichzeitig die Möglichkeit der Talentsuche für den Spitzensport von morgen. Unsere Spitzensportler haben bereits im Kindesalter mit ihrem Sport begonnen; ohne Nachwuchsförderung wären sie vermutlich nicht so weit gekommen, wie sie heute sind.

Aufgrund unserer föderalen Strukturen sind gerade für die Nachwuchsförderung in erster Linie die Länder zuständig, für den Spitzensport der Bund. Meine Damen und Herren, der baden-württembergische Nachwuchssport hat in den vergangenen Jahren seine ausgezeichnete Position unter den Bundesländern durchaus ausgebaut. Wir haben ausgezeichnete Strukturen, um Talente zu fördern.

Mit dem Förderkonzept Leistungssport werden Nachwuchssportlerinnen und Nachwuchsathleten systematisch und mit differenzierten Fördermaßnahmen an die Spitze herangeführt.

Hervorragende Trainingsmöglichkeiten für die Sportlerinnen und Sportler haben wir in den Olympiastützpunkten. Vier der bundesweit 20 Stützpunkte sind in Baden-Württemberg. Sie stehen Spitzensportlern, Trainern und Nachwuchsathleten offen. Die Einrichtungen in Freiburg, Heidelberg, Stuttgart und Tauberbischofsheim übernehmen sportartenübergreifend Aufgaben der sportmedizinischen, physiotherapeutischen und sozialen Beratung.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Richtig!)

Dabei fließen neue Erkenntnisse aus der Wissenschaft ein, die den Zusammenhang zwischen Leistung, Training und Wettkampf herstellen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

Gerade deshalb hat unsere Fraktion im Haushalt 2010 zusätzlich 1,1 Millionen € für die Sanierung und Erweiterung der Molly-Schauuffele-Halle am Olympiastützpunkt Stuttgart bereitgestellt.

Die Verbindung der sehr guten Sportinfrastruktur mit der vorbildlichen Arbeit an den Eliteschulen des Sports und den Partnerschulen der Olympiastützpunkte stellt die Basis für die Förderung des Nachwuchses im Leistungssport dar. Sie schaffen mit flexiblen Stundenplänen, Hausaufgabenbetreuung und Stützunterricht optimale Voraussetzungen für die schulpflichtigen Athleten. Jugendliche Athletinnen und Athleten können so bestmöglich ihre sportliche Leistungsfähigkeit entwickeln und gleichzeitig ihre individuell angestrebten schulischen und beruflichen Ziele erreichen.

Klar ist: Nur wenn gewährleistet werden kann, dass Sport und Schule erfolgreich miteinander verknüpft werden, wird es langfristig auch gelingen, die jungen Nachwuchsathleten dauerhaft für den Spitzensport zu begeistern.

Meine Damen und Herren, die sportliche Erfolgsstory Baden-Württembergs ist nicht nur Nachweis zurückliegender Spitzenleistungen, sondern ist auch Verpflichtung für die Zukunft. Um auch künftig das Spitzensportland zu gestalten, dürfen wir uns keineswegs auf den Lorbeeren ausruhen.

Wir müssen erstens in bewährter Zusammenarbeit die Leistungssportförderung fortschreiben. Dazu gehören auch zeitnahe Verhandlungen zur Weiterführung des Solidarpakts Sport.

Wir müssen zweitens mit den Partnern Konzepte weiterentwickeln und Finanzierungen sichern. Ein Beispiel dafür ist das Schneesportkonzept in Baden-Württemberg. Auf Initiative unserer Fraktion ist dafür im Haushalt 2009 eine Anschubfinanzierung von rund 2,2 Millionen € bereitgestellt worden.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Seitdem schneit es ununterbrochen! – Vereinzelt Heiterkeit – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ihr seid schuld!)

Hier werden Kräfte gebündelt, um den Wintersport in Baden-Württemberg voranzutreiben.

Wir müssen drittens Stiftungen ausbauen und verstärkt die Wirtschaft einbinden; denn Sponsoring ist für den Sport allemal gut.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist ein sportbegeistertes Land, und wenn es uns gelingt, unsere Talente zu erkennen und bestmöglich zu fördern, dann bleiben wir auch ein leistungsfähiges Land. Mit jedem Sportereignis, das internationale Aufmerksamkeit erzeugt, präsentiert sich Baden-Württemberg als modernes, als weltoffenes und als gastfreundliches Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Queitsch für die Fraktion der SPD.

**Abg. Margot Queitsch SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist bereits gesagt worden: Die Große Anfrage der FDP/DVP ist schon über ein Jahr alt. Frau Berroth, ich kann Ihnen, wenn Sie Antworten auf Ihre Fragen wollen und wissen wollen, wo es in Baden-Württemberg im Leistungssport hapert, einfach empfehlen: Lesen Sie das Protokoll über unsere Anhörung zum Landessportplan im Januar 2010.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich war dabei! Da brauche ich das Protokoll nicht zu lesen!)

– Sie waren dabei. Doch! Es ist manchmal sehr sinnvoll, das Protokoll zu lesen. – Wenn man sich anschaut, wie Sie vorgehen, nämlich im Grunde genommen die ganze Verantwortung wieder abschieben, könnte man fast meinen, Sie wären in der Opposition. Sie stellen aber die Landesregierung mit, beklagen sich, dass es Licht und Schatten gebe, und erklären, dass Sie sich große Sorgen machten. Sorgen Sie doch dafür, dass die Mängel abgestellt werden!

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da bin ich ja dran!)

Im Protokoll über die Anhörung zum Landessportplan steht exakt, woran es hapert.

(Beifall der Abg. Katrin Altpeter und Norbert Zeller SPD)

(Margot Queitsch)

Ich möchte mit einem Punkt anfangen, der mich schon wahn-sinnig geärgert hat; Frau Brunner hat ihn Gott sei Dank angesprochen. Es geht um die Fortsetzung des Solidarpakts Sport. In der damaligen Anhörung wurde auch festgestellt, dass sich der Landessportverband eigentlich erhofft hat, dass die Gespräche Ende 2009 beginnen bzw. spätestens im Februar 2010 fortgesetzt werden. Wir haben in der Anhörung unterstrichen, wie wichtig das ist.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenn Sie das Protokoll schon gelesen haben, wissen Sie, was ich dort gesagt habe!)

Wenn man sagt, der Solidarpakt laufe 2010 aus, und man immer davon spricht, dass die Sportvereine Planungssicherheit wollten, und erklärt, wie wertvoll sie uns sind, dann kann es doch nicht sein, dass Sie jetzt sagen – das finde ich hanebüchen; das habe ich gestern gelesen –: „Wir wollen noch 2011 eintüten, wie es 2012 weitergeht.“ Nennen Sie das Planungssicherheit? Heißt das Wertschätzung?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: 2010!)

– So steht es da drin. Ich habe das so entnommen, und ich hatte bisher auch noch nicht den Eindruck, dass Sie mit den Gesprächen sonderlich weit vorangekommen sind. Das nur dazu; denn ich denke, der Sport hätte es verdient. Auch von Herrn Schmidt-Volkmar wurde ganz deutlich gemacht, wie dringend das ist.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wissen Sie, wie lange der neue Ministerpräsident im Amt ist?)

– Man kann natürlich immer wieder irgendwelche Ausreden finden: „Es ist ein neuer Ministerpräsident im Amt, und wir haben eine neue Kultusministerin.“ Ihnen, Frau Ministerin, würde ich ganz einfach empfehlen und Sie darum bitten: Lesen Sie dieses Protokoll. Dann stoßen Sie nämlich auf diese Punkte, und dann können wir vielleicht darauf hoffen, dass in diesem Jahr in gewisser Weise Abhilfe geschaffen wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir führen es fort!)

Lassen Sie mich einfach einmal ansprechen, woran es hapert. Wenn wir Sorge haben, dass Spitzensportler aus Baden-Württemberg abwandern – diese Sorge hat der Sport schon seit zwei, drei Jahren; das ist nicht ein Problem, das wir erst jetzt entdeckt haben; bei der Anhörung vor einem Jahr war das Thema genau das gleiche –, dann stellt sich doch die Frage: Woran liegt das? Warum ist es der Landesregierung nicht gelungen, da Abhilfe zu schaffen und diese Sportler bei uns zu halten? Das hängt natürlich damit zusammen, wie sie hier gefördert werden und ob sie woanders bessere finanzielle und strukturelle Möglichkeiten haben. Aber es liegt doch dann am Land Baden-Württemberg, Abhilfe zu schaffen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das liegt an der Vereinsstruktur! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nicht am Land!)

– Nicht nur an der Vereinsstruktur.

(Abg. Karl Wilhelm Röhm CDU: Auch!)

Bei den Leistungssportlern, die in der obersten Ebene mitspielen, hat das nur noch wenig mit der Vereinsstruktur zu tun,

sondern es geht wirklich darum, dass sie natürlich auch darauf schauen: Wo werde ich im Hochschulstudium unterstützt? Wo habe ich die Möglichkeit, besser zu trainieren? Da sind uns andere Bundesländer um einiges voraus. Da erwarte ich auch, dass man nicht jedes Jahr die Klage anstimmt: „Das ist schlimm“ und sagt: „Wir ändern etwas daran.“ Dann fassen Sie jetzt den Mut, und tun Sie es jetzt.

Dazu gehören z. B. auch die Partnerhochschulen, die es in anderen Bundesländern im Gegensatz zu Baden-Württemberg gibt. Wir können uns gern vielleicht auf einer Reise des Sportausschusses informieren, damit Sie sehen, wie es in anderen Bundesländern läuft. Denn die betreiben eine Sportförderung, durch die Sportler bei uns im Land abgeworben werden. Es kann doch nicht sein, dass Baden-Württemberg – zu Recht – in die Nachwuchskräfte investiert und diese, wenn sie es zu etwas gebracht haben, einfach abwandern.

Ein Argument sind beispielsweise die Studiengebühren. Die Sportler gehen teilweise auch in Bundesländer, wo sie keine Studiengebühren zahlen müssen.

Nur so viel jetzt zum Spitzensport. Denn die Betrachtung des anderen Endes ist genauso wichtig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die zahlen wahrscheinlich gar keine Studiengebühren!)

Da sollten wir genau hinschauen. Viele werden nicht automatisch ausgenommen. Aber in anderen Bundesländern haben sie noch mehr Möglichkeiten als bei uns. Hier sind die Hürden doch verhältnismäßig hoch.

(Abg. Elke Brunner CDU: Die Studiengebühren müssen für alles herhalten!)

Aber ich finde es genauso wichtig, ans andere Ende zu schauen und zu fragen: Wie finden wir Talente? Wie suchen wir Talente? Weiter stellen sich auch folgende Fragen: Was machen wir mit den Ganztagschulen? Schaffen wir es, dort genau hinzuschauen? Haben wir dort in ausreichendem Maß Sportunterricht? Haben wir dort ausgebildete Sportlehrer, die in der Lage sind, das Talent eines Kindes zu erkennen und zu sagen: „Dieses Mädchen kann ich fördern, diesen Jungen bringe ich zu dem und dem Verein“? Genau daran hapert es doch, weil immer mehr Sportstunden ausfallen und immer mehr Sportunterricht von sportfremden Fachlehrern gemacht wird.

(Abg. Elke Brunner CDU: Behaupten Sie doch nicht solche Dinge!)

Gehen Sie doch einmal in die Schulen, und erkundigen Sie sich dort. Fragen Sie noch einmal nach. Bei unserer Anhörung war das auch ein Thema.

(Abg. Elke Brunner CDU: Ich brauche sie nicht zu fragen, ich bin dort vor Ort!)

– Ich bin auch vor Ort, und trotzdem klagen alle insgesamt, dass uns die Talente fehlen. Da müssen wir dementsprechend investieren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ich bin ja noch da!)

– Sie würden sich jetzt hier als Talent empfinden. Das weiß ich nicht so genau. Ihre Beiträge sind manchmal ganz witzig,

(Margot Queitsch)

aber manchmal gehen sie einem auch ein bisschen auf den Geist, wenn ich das ehrlich sagen darf.

(Abg. Walter Heiler SPD: Er sieht aber aus wie ein Leistungssportler!)

Wenn wir, was den Leistungssport in Baden-Württemberg anbelangt, wirklich etwas ändern wollen, müssen wir einerseits an der Spitze anfangen und da die Voraussetzungen schaffen, dass mehr gefördert werden kann, und auf der anderen Seite aber auch schon in den Grundschulen und den Ganztagschulen tätig werden. Da können wir die Schulen nicht alleinlassen. Da brauchen die Schulen und genauso die Vereine Unterstützung. Denn das, was in der Zusammenführung zwischen Schule und Verein bisher läuft, funktioniert im Sportbereich noch nicht so richtig. Wenn wir es schaffen, dass sich das ändert, brauchen Sie hier in Zukunft auch nicht mehr so zu tun, als wären Sie nicht in der Landesregierung. Dann hätten wir nämlich gemeinsam etwas erreicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben doch Schülermentoren ohne Ende!  
– Abg. Elke Brunnemer CDU: Das zeigt wieder einmal, dass Sie keine Ahnung haben!)

– Ich darf noch einen Satz zu dem Zwischenruf „Schülermentoren ohne Ende“ sagen. Ich weiß, wie viele wir haben, und ich habe das auch in der Anhörung zum Landessportplan erwähnt. Da ist auch gesagt worden, dass Schülermentoren bisher nur zu einem ganz geringen Prozentsatz diesen Spagat zwischen Schule und Verein wirklich geschafft haben. Das war bisher leider nicht stärker möglich. Deswegen sage ich ja: Die Mentoren kommen teilweise auf eine Art und Weise zum Einsatz, bei der wir an deren Stelle besser Sportunterricht mit Sportlehrern geben müssten. Das ist der Haken, und dort klemmt es.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: An meiner Schule gibt kein Schülermentor regulären Sportunterricht!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Neuenhaus für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP/DVP verfolgt mit ihrer Großen Anfrage laut ihrer eigenen Begründung eine Erhebung der Istsituation. Mit diesen Daten und Fakten soll dann – so lesen wir – die Basis für weitere Maßnahmen geschaffen werden, z. B. für Gespräche mit Wirtschaft und Hochschulen, um Spitzensportlern für die aktive und die darauffolgende Zeit mittel- und langfristig Perspektiven zu eröffnen. Interessant wäre aber doch, zu diskutieren, in welche Richtung die FDP/DVP mit dem Leistungssport will und wie sie sich dann für ihre politische Zielsetzung die Unterstützung auch ihres Koalitionspartners sichern könnte. Aber von allem lesen wir in dieser Großen Anfrage überhaupt nichts.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das war eine Anfrage und kein Bekenntnis!)

– „Große Anfrage“ steht auf dem Deckblatt, und sie ist auch als eine solche beantwortet worden.

Wir Grünen wollen die Sportförderung und insbesondere die Förderung des Leistungssports mit einer ethischen Wertede-

batte verbinden. Wir wollen nicht Höchstleistung um jeden Preis; unser Ziel ist vielmehr ein humaner Leistungssport, bei dem sich jeder auch nach seinen Talenten und Fähigkeiten entfalten kann. Der Kampf gegen Manipulation und Doping ist dabei eine zentrale Herausforderung für die nächsten Jahre. Wir wollen die Menschen nämlich für den Sport begeistern und motivieren, weil Sport gesund und gemeinschaftsbildend ist,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig!)

jedenfalls so, wie er traditionell verstanden wird.

Es mehren sich jedoch leider die Anzeichen dafür, dass der Sport und vor allem der Leistungssport zu einem skrupellos betriebenen kommerziellen Business wird, bei dem immer öfter die gewinnen, die betrügen.

Ich möchte jetzt einmal etwas vortragen. Herr Oettinger hat am 12. Juni 2007, also vor fast drei Jahren, als die systematischen Dopingpraktiken in der Uniklinik Freiburg ans Tageslicht kamen, gemeinsam mit dem damaligen Kultusminister Rau und Wissenschaftsminister Frankenberg gesagt – ich zitiere –:

*Wer durch Doping zum Erfolg kommt, untergräbt die Glaubwürdigkeit seiner Leistung und damit das wichtigste Kapital des Sports. Wir wollen in Baden-Württemberg deshalb den Kampf gegen Doping weiter verstärken. ... Dazu*

– jetzt kommt der entscheidende Punkt –

*gehört aber auch, die Bewilligung von Geldern in der Leistungssportförderung noch strikter als bisher an die Dopingbekämpfung zu koppeln.*

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das war ein Sonntag, als er das gesagt hat!)

Leider ist seitdem überhaupt nichts mehr passiert. Von einer Sportförderung als Lenkungsinstrument auch gegen Doping sind wir so weit entfernt wie eh und je. Den Initiatoren und Bearbeitern dieser Großen Anfrage ist das Thema Doping z. B. keine einzige Silbe wert gewesen.

Ich fordere die Regierungsfractionen also auf, endlich von einer Sportförderungsdebatte wegzukommen, die immer nur organisatorisch-strukturelle Fragen im Blick hat. Leistungssportförderung braucht Orientierung, braucht gesellschaftliche Verabredungen über Ziele, Werte und Konzepte. Erst auf dieser Grundlage kann dann der Sport auch unter Wahrung der Autonomie seiner Träger, wie es in Artikel 3 c der Landesverfassung festgeschrieben ist, die Gelder der staatlichen Sportförderung verteilen.

Einen weiteren Punkt möchte ich abschließend noch erwähnen. In der Regierungserklärung von Ministerpräsident Mappus heute Morgen ist das Thema Sport mit keiner Silbe erwähnt worden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Doch, doch! Dreimal!  
– Abg. Elke Brunnemer CDU: Sie haben nicht zugehört!)

(Ilka Neuenhaus)

Wir warten auf die Fortsetzung des Solidarpakts Sport, die noch immer aussteht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der läuft noch!)

An die FDP/DVP gerichtet möchte ich noch sagen: Liebe FDP/DVP, wir alle freuen uns darüber, dass Sie sich dem Thema Leistungssport sehr differenziert gewidmet haben. Diese Differenziertheit würden wir uns auch bezüglich der Leistungsempfänger wünschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Ministerin Professorin Dr. Schick.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist jetzt an der Zeit, ein paar gute Botschaften über den Sport zu verbreiten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Höchste Zeit!)

Die wichtigste Botschaft, auf die wir sicherlich alle warten: Die Sache mit Furtwangen bekommen wir hin. Das ist eine klare Aussage.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Eine sportliche Aussage!)

Denn es reicht natürlich nicht, sich an den glücklichen und teamorientierten Gesichtern im Fernsehen zu delectieren, es dann jedoch selbst nicht bekommen zu wollen. Das ginge nicht. Wir schaffen das aber.

Ich will auch das Thema Doping sehr gern aufgreifen und hier sehr schnell der Legendenbildung entgegenwirken. Denn es ist tatsächlich Baden-Württemberg, das als erstes Bundesland der Nationalen Anti Doping Agentur Unterstützung angeboten und diese auch umgesetzt hat. Bislang ist nur Rheinland-Pfalz mit einer Absichtserklärung gefolgt. Alle anderen Bundesländer schauen im Moment noch zu.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Elke Brunnemer CDU: Hört, hört! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schön, dass man das auch einmal weiß!)

Wir müssen uns also nicht verstecken. Das ist wichtig. Baden-Württemberg ist auch das einzige Bundesland, das mit einem Sitz in der Arbeitsgruppe Prävention der NADA vertreten ist. Ich glaube, das sind deutlich wahrnehmbare und handfeste Beweise dafür, dass uns der Sport wichtig ist, und zwar nicht nur, wenn es ums Zuschauen und um das Entgegennehmen von Medaillen geht, sondern auch in seiner Vorbildfunktion für die Jugend.

Ich will auch noch einmal klarstellen: Das Land ist nicht für den Spitzensport zuständig; es ist aber sehr wohl für die gesamte Kette von null – oder wo immer der Anfang ist – bis zum Nachwuchsleistungssport zuständig. Diese Kette müssen wir bedienen. Ich denke, das tun wir auch ganz hervorragend. Das sehen wir an den Ergebnissen, das sehen wir aber auch

an den Notwendigkeiten, die wir vor Ort bedienen und erfüllen.

Ich will aber auch deutlich sagen: Es ist nie so, dass man nicht mehr tun könnte. Noch einmal gewendet: Wer im Fernsehen mehr strahlende Medaillengewinner sehen will, der muss einen Beitrag dazu leisten. Den Beitrag leistet natürlich nicht nur das Land, sondern ihn leisten alle, die im Sport unterwegs sind. Herzlichen Dank an dieser Stelle allen, die ehrenamtlich und in unterschiedlichen Positionen ihren Beitrag leisten. Ohne sie ginge es nicht.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Es leistet jeder einen Beitrag, der in dieser Diskussion als Vorbild wirkt. Das heißt: Bitte nicht nur über Sport reden, sondern als Vorbild wirken.

Warum ist das so wichtig? Damit wir die jungen Menschen noch stärker in die Vereine hineinbringen, damit sich die Vereine trauen, ihre besten Trainerinnen und Trainer in die Nachwuchsarbeit zu bringen und nicht nur die, die es schon geschafft haben. Das sind ganz wichtige Elemente, um den breiten Zufluss bis an die Spitze sicherzustellen.

Wenn hier angesprochen wurde, dass es irgendwo ein kleines „Löchle“ gebe, durch das uns ein paar – vom Nachwuchs bis hin zur Spitze – abhanden kämen, dann darf ich darauf hinweisen: Wir sind im Moment dabei, zwei Löcher zu schließen.

Das eine – das ist angesprochen worden – ist der Übergang in den Hochschulbereich, in das Hochschulstudium. Wir sind hier im Anhörungsverfahren zu einem Gesetzentwurf – das wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren –, der genau diese Frage lösen wird. Das Wissenschaftsministerium hat bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Wir schließen also dieses Loch, durch das uns ein paar verloren gehen.

Zweitens: Wo gehen uns heute ein paar der sportbegeisterten und erfolgreichen jungen Menschen verloren, die Angst haben, ihre berufliche Ausbildung nicht abschließen und nicht mit einer spitzensportlichen Aktivität vereinbaren zu können? Hier schließen wir das zweite Loch, nämlich den Übergang zur beruflichen Ausbildung, indem wir kurz vor dem Abschluss sind, Partnerbetriebe des Spitzensports zu identifizieren, um den jungen Menschen damit auf der Ausbildungsseite wie auf der Hochschulseite Berufswege anbieten zu können, die sie beschreiten können, ohne ihre sportlichen Ambitionen aufgeben zu müssen.

Ich denke, hier sind wir wirklich sehr gut unterwegs, unserer Verantwortung den jungen Menschen gegenüber nachzukommen. Es reicht nicht, von ihnen nur Spitzenleistungen im sportlichen Bereich zu erwarten; es ist gleichzeitig notwendig, ihnen Perspektiven für ihre Zeit nach dem Sport zu eröffnen. Deswegen finde ich es herausragend, dass alle Eliteschulen in Baden-Württemberg in diesen Bereichen einen allgemeinbildenden Teil und einen beruflichen Bildungsteil enthalten. Wir bieten hier eine breite Palette an.

Angesprochen worden sind auch die Investitionsmittel in diesem Bereich. Hier gilt es festzuhalten, dass es in den neuen

(Ministerin Dr. Marion Schick)

Bundesländern in den letzten Jahren sehr starken Investitionsbedarf gab und Investitionsmittel in der Tat stärker in diese Länder geflossen sind. Wir werden dies aber – das klang heute Vormittag schon einmal an – sicherlich sehr intensiv thematisieren und diskutieren. Auch hier wird es sicherlich notwendig sein, zu zeigen, dass auch im Südwesten der Republik mancher Bedarf besteht.

Angesprochen wurde auch der Solidarpakt II. Wir sind in guten, konstruktiven Gesprächen und guter Dinge – „guter Hoffnung“ wäre der falsche Ausdruck –, in den nächsten Wochen und Monaten deutlich voranzukommen. Hier wird nichts auf die lange Bank geschoben, ganz im Gegenteil. Wir gehen das Thema intensiv an.

Ich will noch einmal sagen – das Thema Talentfindung ist vorhin kurz thematisiert worden –: Es ist ein Bundesland namens Baden-Württemberg, das als teilnehmerstärkstes Bundesland bei der Bewegung „Jugend trainiert für Olympia“ mitmacht. 150 000 junge Menschen sind da jährlich unterwegs. Das muss ein anderes Bundesland erst einmal nachmachen.

Wir sind mit den Schultalentfördergruppen in den Schulen präsent. Wir sind mit den Stiftungen vor Ort und machen Talentscouting, aber sicherlich nicht in dem Sinn, wie es vorhin anklang, dass das Land nun als Mitbieter auf Transferlisten auftreten müsse. Wenn manche Spitzensportler anderswohin abwandern, weil es dort bestimmte Rahmenbedingungen gibt, dann ist es nicht automatisch das Land, das nun sozusagen als ein Bieter im Transferverein auftritt. Das ist nicht unsere Aufgabe. Aber es ist natürlich unsere Aufgabe, starke Vereine weiterzuentwickeln, starke Vereinsstrukturen zu haben, um solche Abwanderungen beherzt und stärker verhindern zu können.

Meine Damen und Herren, um den Sport muss uns in Baden-Württemberg nicht bange sein. Wir zeigen an den richtigen Stellen Flagge, vor allem auch im Dopingbereich. Jetzt gilt nur noch eines, nämlich mit gutem Beispiel voranzugehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! – Abg. Helmut Walter Rück CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Frau Ministerin, Sie haben genau das gesagt, was auch unser Anliegen ist, dass wir nämlich das, was wir in Baden-Württemberg an Gutem haben, weiterhin erhalten, ausbauen und eben auch zu einem guten Ende bringen.

Ich habe nichts schlechtgeredet. Ich habe meiner Sorge Ausdruck gegeben, weil ich beobachte, dass wir ganz vieles, was wir hier ausgesät, gepflanzt und gehegt haben, plötzlich nicht mehr haben, wenn es an die Ernte geht. Das ist nicht in Ordnung.

So manche Idee, die ich mir auch aufgeschrieben habe, wurde bereits angesprochen. Frau Kollegin Queitsch, Sie werden

relativ bald merken, dass Sie sich an der völlig falschen Stelle aufgeregt haben. Deshalb muss ich dazu nichts sagen.

(Abg. Margot Queitsch SPD: Das werden wir abwarten! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie hat sich wieder beruhigt!)

Kollegin Neuenhaus hat mich an den Studenten im Examen erinnert, der sich beim Lernen auf das Thema Wurm konzentriert hatte, dann zum Thema Elefant gefragt wurde und sich mit der Aussage beholfen hat, dass der Elefant einen wurmförmigen Rüssel habe. Sie haben also schlicht am Thema vorbeigeredet.

Uns geht es darum, dass wir das, was wir an guter Basis bei den Vereinen – da auch von uns noch einmal herzlichen Dank an alle – und in den Schulen haben, gut ernten. Ich glaube schon, dass wir dazu insgesamt – nicht hier im Landtag und nicht nur in der Landesregierung – weit mehr Empathie für den Sport brauchen. Er hat bei uns nicht diese Hauptbedeutung, wie er sie in vielen anderen Gegenden hat. Er sollte von dieser Bedeutung im allgemeinen Leben wieder ein Stück zurückbekommen.

Ich möchte ausdrücklich noch einmal an einen Teil des Sports erinnern, der auch außerordentlich wichtig ist und der demnächst wieder in unser Augenmerk geraten wird, und zwar an den Behindertensport. Auch das ist ein ganz, ganz wichtiger Teil der Sportlandschaft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jawohl! Sehr richtig!)

Die Frau Ministerin hat schon angesprochen, dass wir im Bereich der Hochschulen etwas tun müssen. Ich bin froh, dass Baden-Württemberg diesbezüglich jetzt unterwegs ist. Nordrhein-Westfalen hat uns einiges vorgemacht. Es geht darum, dass Sportler dort, wo sie ihre Übungsstätten haben, ihre Trainingsorte haben, auch ihren Studienplatz bekommen, dass man auch während des Studiums auf Trainings- und Wettkampfphasen Rücksicht nimmt, dass Studienzeiten eventuell verlängert werden, weil Wettkampfzeiten dazwischen sind.

Das Thema „Einbindung der Wirtschaft“ ist mir auch sehr wichtig. Ich glaube, man muss der Wirtschaft klarmachen, dass Sport ein ganz gewaltiger Wirtschaftsfaktor ist. Wir produzieren Sportgeräte, wir produzieren und bieten Dienstleistungen hier im Land an. Deswegen gelingt Förderung eigentlich am besten, wenn auch die Wirtschaft einerseits mit der Landesregierung und andererseits mit den Sportverbänden gut zusammenarbeitet.

Ein sehr schönes Beispiel ist das Projekt, das in Hamburg läuft, nämlich die Kooperation zwischen der Handelskammer und dem Senat. In diese Richtung können wir vielleicht schon etwas voranbringen.

Ich habe gesehen, dass Herr Schmidt-Volkmar, der Präsident des Landessportverbands, anwesend ist. Herzlich willkommen! In manchen Teilen wäre die Moderation durch den Landessportverband sicherlich noch notwendig, wenn es um die Abstimmung zwischen den Olympiastützpunkten und den Verbänden geht, damit wir zu einer ganz effizienten Mittelverwendung kommen und vor allem, damit wir es schaffen,

(Heiderose Berroth)

mehr Mittel beim Bund loszueisen. Die Mittel sind erhöht worden. Wir müssen schauen, dass auch der Anteil nach Baden-Württemberg kommt, der hierher gehört.

Die wichtigste Sache zum Schluss. Wir brauchen berufliche Perspektiven für unsere Sportler. Da sind wir in einigen Bereichen noch ein Entwicklungsland.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Ich komme zum Schluss, genau.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Endspurt einlegen!)

Wir müssen schauen – da ist ein Stück weit auch das Land gefragt –, dass wir z. B. im Bereich der Polizei und sowohl im Schul- als auch im Hochschulbereich Perspektiven anbieten, damit junge Menschen auch nach einer sportlichen Tätigkeit hier noch aktiv sein können und eine berufliche Zukunft haben, damit die Zeit als Leistungssportler nicht verloren ist.

(Abg. Margot Queitsch SPD: Warum machen Sie das alles nicht?)

Bei der nächsten Haushaltsaufstellung müssen wir darauf achten, dass wir entsprechende Stellen dafür bereitstellen. Das möchte ich an dieser Stelle schon einmal anmerken.

Warum ist Leistungssport so wichtig? Die Frau Ministerin hat es bereits angesprochen. Leistungssport ist mit eine Bedingung für den Breitensport; denn durch den Leistungssport wird die Begeisterung geweckt, die unsere Kinder in die Sportvereine und unsere Erwachsenen in die Trainingsstunden bringen. Das ist ein wichtiger Aspekt der Gesundheit im Land.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Mit der Aussprache ist die Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/3707, und damit Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Demokratie lernen und leben – Politische Bildung in Baden-Württemberg – Drucksache 14/3780**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung fünf Minuten je Fraktion, für das Schlusswort fünf Minuten. Es gelten gestaffelte Redezeiten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bayer für die Fraktion der SPD.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt aber Lob! Lob!)

**Abg. Christoph Bayer** SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne tatsächlich mit einem Lob und mit einem Dank. Das gehört sich bei diesem Thema so; denn im Bereich

der politischen Bildung leisten seit vielen Jahren eine ganze Menge Leute harte Arbeit. Diese Arbeit verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Ich nehme die Diskussion über die Große Anfrage auch zum Anlass, auf grundsätzliche Probleme einzugehen und konkreten Handlungsbedarf aufzuzeigen.

Zunächst zum Begriffspaar „Politische Bildung“ und „Demokratie lernen“. In der klassischen politischen Bildung geht es darum, sich mit politischen Institutionen und Prozessen zu beschäftigen, ein politisches Urteil auszubilden, im weitesten Sinn also um eine Analyse des Politikgeschehens. Bei „Demokratie lernen“ stehen der Aufbau und die Akzeptanz von demokratischen Werten und Normen im Vordergrund. Es geht also um die Einübung von demokratischem Leben. Niemand wird als Demokrat geboren. Demokraten fallen nicht einfach so vom Himmel. Jede Generation muss neu an Demokratie gewöhnt werden.

Beide Aufgaben, die rationale Vermittlung auf der einen Seite und die Werteaneignung in einem demokratischen Kontext auf der anderen Seite, sollten möglichst optimal miteinander verknüpft sein. Außerdem sollten sie systematisch verwirklicht sein. Das heißt, es bedarf spezifischer Didaktik, spezifischer Methodik und flächendeckender Strukturen.

Meine Damen und Herren, um deutlich zu machen, dass wir uns in diesem Bereich nicht zurücklehnen dürfen, nenne ich einige Fakten. Zwar sind 89 % der deutschen Bevölkerung der Meinung, dass Demokratie eine gute Staatsform sei. Jeder Dritte glaubt aber schon nicht mehr daran, dass die Politik in der Lage sei, Probleme auch wirklich zu lösen. Viele von denen, die im Prinzip demokratiefreundlich gestimmt sind, verweilen in einer Art von passiver Duldungsstarre. Ein nicht unwesentlicher Teil – 29 % – würde sogar auf demokratische Mitsprache verzichten, wenn dadurch der Wohlstand erhalten bliebe.

Ähnliche Einschätzungen finden sich auch in der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage. In allen Schichten und in allen Altersgruppen geht die Wahlbeteiligung zurück. Mit der formalen Bildung nimmt auch die Zufriedenheit mit der Demokratie ab. Nach Auskunft der Landesregierung vergrößern sich die Defizite im politisch-historischen Fachwissen seit Jahren. Das Vertrauen in Personen und in die Arbeit der Parteien bröckelt rapide. Das Wählerpotenzial extremer Parteien im Land ist deutlich größer, als dies die Prozentwerte und die Umfragewerte nahelegen.

Vor diesem Hintergrund tun wir gut daran, eine echte, eine ehrliche Stärken-Schwächen-Analyse des Systems politischer Bildung vorzunehmen, und zwar nicht in Form des hier immer wieder gepflegten Reflexbogens „Das alles machen wir ja schon; vielleicht könnte es hier und da ein bisschen mehr sein, aber alles geht schon irgendwie in die richtige Richtung“. Nein, meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen an einigen Beispielen aufzeigen, wo es eben gerade nicht in die richtige Richtung geht, wo wir umsteuern müssen bzw. auch neue Wege gehen sollten.

Beispiel 1: Landeszentrale für politische Bildung.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sehr richtig!)

(Christoph Bayer)

Sie wurde in den letzten Jahren bis an die Schmerzgrenze „heruntergespart“.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Ja!)

Trotz steigender Ansprüche und Aufgaben wurden Stellenkürzungen vorgenommen. Das hervorragende Internetangebot kann nur durch Einsparungen an anderer Stelle realisiert werden. Hochwirksame niederschwellige Angebote wie z. B. „Team Z“ müssen nach Projektablauf sang- und klanglos eingestellt werden. Beim Schülerwettbewerb – eine Erfolgsstory mit jährlich steigenden Teilnehmerzahlen – muss in immer kürzerer Zeit mit immer weniger Personal immer mehr Arbeit geleistet werden. Bei den „Politischen Tagen“ muss die Landeszentrale schon auf Teilnehmergebühren zurückgreifen.

Die Landeszentrale für politische Bildung ist mit einem Jahresetat von ca. 6 Millionen € ausgestattet. Das entspricht einer Ausgabe von jährlich etwa 58 Cent pro Einwohner des Landes.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das ist so viel wie für den Landtag! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich meine, der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung hat recht, wenn er sagt: „Unsere Gesellschaft braucht mehr politische Bildung und nicht weniger.“

Beispiel 2: Politische Bildung beginnt viel zu spät. Im Curriculum der Erzieherausbildung fehlt sie vollständig. Ich frage mich: Warum eigentlich? Der gemeinschaftskundliche Unterricht in der Schule kommt viel zu spät und ist als Fach auch immer weniger erkennbar. Er wird mit Erdkunde und Wirtschaft kombiniert und oft auch fachfremd unterrichtet.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Stimmt das, Herr Wacker? – Vereinzelt Heiterkeit)

Junge Menschen brauchen Orientierung. Sie brauchen gerade in der Konsumgesellschaft sicherlich auch ein Maß an ökonomischer Bildung. Aber die Inthronisierung von ökonomischer Bildung darf nicht zur Entthronung der politischen Bildung führen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Genau!)

Gemeinschaftskunde genießt bei uns neben dem Religionsunterricht eben noch immer Verfassungsrang und darf deswegen nicht bis zur Unkenntlichkeit in Fächerverbänden versteckt werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Sehr richtig!)

Dritter Aspekt: Soziales Lernen und Moral lernen. Ein wichtiger Aspekt dabei ist: Die damit verbundenen Erziehungsziele können nicht quasi einfach nur nebenher erreicht werden. Deswegen müssen in der Lehreraus- und -fortbildung spezifische Methoden und Inhalte dazu vermittelt werden.

Das Programm „Lions Quest“ oder auch die Konstanzer Methode der Dilemmadiskussion von Professor Lind sind funk-

tionierende Beispiele hierfür. Es sind aber Einzelbeispiele; die Regel sind sie nicht.

Die Demokratiewerkstätten in unserem Land, nämlich die Jugendverbände, die über jahrzehntelange Erfahrung im Bereich des Demokratielernens verfügen, sind landesweit mit gerade einmal 38 Bildungsreferenten ausgestattet. Da ist es kein Wunder, meine Damen und Herren, dass in diesem Bereich in Projekten und Projektfinanzierungen gedacht wird und daher die Frage ausgeblendet werden muss, wie man von Modellen in die Fläche kommt.

Der demokratische Ernstfall, nämlich echte Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, ist bei uns im schulischen, im sozialen und im politischen Raum – sagen wir einmal so – suboptimal geregelt.

Dies alles fordert zum Handeln auf. Ich schlage eine breit angelegte Demokratiekampagne mit ineinandergreifenden Bausteinen vor. Vier von diesen Bausteinen möchte ich konkretisieren.

Erstens: die Stärkung von Beteiligungsrechten für Kinder und Jugendliche. Das heißt konkret: die Verankerung von Kinderrechten in der Landesverfassung, die Implementierung des Instruments Spielleitplanung, die verbindliche Verankerung von Beteiligungsrechten für Kinder und Jugendliche in der Gemeindeordnung, die Stärkung der Rechte der Schülermitverwaltung und eben auch die Absenkung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat die Kirche gemacht! Kein einziger Jugendlicher mehr geht zur Wahl!)

– Es geht um die prinzipielle Möglichkeit und nicht darum, wie intensiv davon Gebrauch gemacht wird.

Zweitens geht es um die Verknüpfung von politischer Bildung und Demokratie lernen, das heißt, um die Verankerung von sozialem Lernen, von Demokratie lernen, von Moral lernen in systematischer Form in der Lehreraus- und -fortbildung. Das heißt früherer Beginn des Gemeinschaftskundeunterrichts. Das heißt Sicherstellung der Erkennbarkeit von Gemeinschaftskunde als Unterrichtsfach. Das heißt Einbeziehung und Förderung der Demokratiewerkstätten im Bereich der außerschulischen Jugendbildung.

Drittens: Niederschwelligkeit. Das heißt Elementarisierung von politischer Bildung. Hierzu hat der ehemalige Leiter der Landeszentrale Siegfried Schiele ein hervorragendes Buch geschrieben. Dies bedeutet eine Milieuorientierung bei den angebotenen Programmen entsprechend der Sinus-Milieustudie. Das heißt nicht zuletzt gezielte Förderung solcher Angebote und Initiativen.

Viertens: Stützung und Weiterentwicklung der vorhandenen Strukturen, konkret die Rücknahme der Kürzungen bei der Landeszentrale. Denn die Landeszentrale ist die zentrale Organisation für die PR-Arbeit für Demokratie in unserem Land. Das heißt die Bereitstellung von Sondermitteln für Sonderaufgaben, z. B. für den Internetauftritt oder „Team Z“.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

(Christoph Bayer)

Das heißt Anhebung der Landeszuschüsse für die öffentlich geförderte Erwachsenenbildung auf einen bundesdurchschnittlichen Wert, damit politische Bildung nicht am ökonomischen Druck scheitert, sobald sie sich betriebswirtschaftlich nicht rechnet oder nicht rechnen kann.

Meine Damen und Herren, wenn wir also politische Bildung ausbauen, das Demokratielernen systematisieren, Weiterbildung niederschwellig organisieren, demokratische Teilhabe früh praktizieren und gleichzeitig strukturell verändern, wenn wir die Rechte für Kinder und Jugendliche verbindlicher festlegen, dann kann aus all diesen Dingen ein Gesamtpaket werden. Dann könnte so etwas wie Leidenschaft für Demokratie entstehen, und das nicht einfach als flüchtige Fata Morgana, sondern als positive und stabile Grundstimmung.

Um mit den Worten von Theodor Heuss zu schließen:

*Demokratie ist keine Glücksversicherung, sondern das Ergebnis politischer Bildung und demokratischer Gesinnung.*

In beiden Bereichen müssen wir unsere Anstrengungen deutlich verstärken.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Kurtz für die Fraktion der CDU.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD hat sich eines wichtigen Themas angenommen – das muss ich wirklich zugeben –, aber dennoch rate ich uns zu etwas mehr Gelassenheit, Herr Bayer.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das alles waren Wahrheiten!)

Ich denke, wir sollten uns doch einmal in Erinnerung rufen: Die Demokratie ist zuerst einmal eine Staatsform, unabhängig davon, wie sich die Gesellschaft darin organisiert. Natürlich ist beides einem gewissen Wandel unterworfen. Aber wenn man die Tragfähigkeit der Demokratie an der Wahlbeteiligung messen wollte, müsste man sagen, dass die Demokratie in Deutschland in den Anfängen der Bundesrepublik und zu Zeiten, bevor Willy Brandt zur Demokratisierung der Gesellschaft aufgerufen hat, stärker verankert war, als das heute der Fall ist. Ich denke, das kann nicht in Ihrem Sinn sein.

Es ist doch ganz unbestritten: Wir haben heute mehr gesellschaftliche Teilhabe als früher. Wir haben mehr Mitbestimmung in den Schulen und Betrieben. Wir haben gesellschaftliche Hierarchien abgeschafft. Unsere Jugend wächst in Familien auf, die viel stärker partnerschaftlich und kaum noch patriarchalisch gestaltet sind.

Wir können also, so meine ich, davon ausgehen, dass wir heute ein viel stärkeres demokratisches Bewusstsein in den Köpfen der Menschen und im Alltag der Menschen verankert haben, als dies zu Beginn und in den frühen Jahren der Bundesrepublik der Fall war.

Der Anspruch auf Mitsprache, auf Beteiligung, die Kritikfähigkeit ist allgemein verbreitet. Diesen Anspruch lassen sich die Bürgerinnen und Bürger auch nicht mehr nehmen. Insofern steht die Demokratie ganz stabil da. Ich sehe für diese Staatsform überhaupt keine Gefahr.

Ich sehe die Demokratie auch – vielleicht im Gegensatz zur SPD – bei uns in der Bildung gut verankert, in Ausbildung und Weiterbildung. Sie können das der umfangreichen Antwort der Landesregierung entnehmen. Schon im Orientierungsplan finden Sie Elemente politischer Bildung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Sie ist quer durch alle Bildungspläne verankert. Es gibt spezielle Angebote für Migrantinnen und Migranten sowie für alle Altersgruppen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Deutschland einen umfassenden Begriff von Bildung. Wir verstehen Bildung ganzheitlich. Dazu gehört selbstverständlich auch die politische Bildung. Wir wollen selbstbestimmte, lebensstüchtige und soziale Mitglieder der Gesellschaft erziehen. Bildung ist für uns nicht nur das, was auf dem Arbeitsmarkt verwertbar ist. Das zeigt sich auch daran, dass in unserem beruflichen Schulwesen neben der beruflichen Qualifikation immer auch die Allgemeinbildung mit unterrichtet wird.

Insofern kann ich der Begründung Ihrer Großen Anfrage, in der von „schleichender Ökonomisierung von Bildungsprozessen“ gesprochen wird, überhaupt nicht folgen.

(Abg. Walter Heiler SPD: So schwer ist es aber nicht!)

Ich empfinde das regelrecht als eine Unterstellung. Oder meinen Sie mit „Ökonomisierung von Bildungsprozessen“ vielleicht, dass man für einen Volkshochschulkurs, für die Jugendmusikschule oder für eine Theaterkarte Geld bezahlen muss? Demnach müsste in Bundesländern, in denen die Gebühren niedriger sind, das politische Bewusstsein stärker ausgeprägt sein. Das ist aber überhaupt nicht der Fall. Abgesehen davon, dass die Menschen am Samstagabend viel Geld für Kino, fürs Parken, für die Cola und das Popcorn ausgegeben. Es hat also nicht unmittelbar mit Geld zu tun.

Das eigentliche Problem liegt doch in dem, was Sie, Herr Bayer, immer wieder als die informelle Bildung ansprechen. Das ist nämlich die Bildung, die man ganz allein für sich zu Hause auf dem Sofa mit einem Buch oder am Esstisch im Gespräch mit Freunden und Familie leisten muss. Es ist die Bildung, die aus der eigenen Motivation heraus geleistet wird.

In unserer heutigen Gesellschaft stehen Politik und politische Bildung in großer Konkurrenz mit vielfältigen anderen Angeboten. Sport, Musik oder Schauspieler sind manchmal sehr viel interessanter als die Fragen, mit was sich der Bundespräsident befasst oder wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet.

Hier sind all diejenigen, die sich mit politischer Bildung befassen, aufgerufen, ihr Angebot noch attraktiver zu gestalten.

(Sabine Kurtz)

Das geschieht auch auf internetgestützten Plattformen mit E-Learning-Kursen der Landeszentrale für politische Bildung, aber auch mit dem angesprochenen Schülerwettbewerb, der stets mehrere Tausend junge Menschen erreicht. Ich finde, auf die Landeszentrale für politische Bildung können wir stolz sein. Sie arbeitet kreativ und effizient. Immerhin ist es jetzt gelungen, ihr im Haushaltsplan jährlich 300 000 € mehr an Sachmitteln zur Verfügung zu stellen. Ich hoffe, dass das nicht das letzte Wort war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was mir Sorgen bereitet, ist, dass sich die Anforderungen der Menschen an die Demokratie so stark verändert haben. Die Menschen sind möglicherweise noch mit der Demokratie zufrieden, aber nicht mehr mit ihren Leistungen. Was definieren sie als Leistungen in der Demokratie? Sie definieren sie oft in Bezug auf ihre eigenen individuellen Ansprüche: Ein Gesetzgebungsprozess muss so ausgehen, dass er ihnen persönlich passt. Gehen die Entscheidungen anders aus, ist man enttäuscht und wendet sich von der Politik insgesamt ab. Darin sehe ich wirklich ein großes Problem.

Ich bin davon überzeugt, dass das Image der Politik in erster Linie von uns, von den Politikerinnen und Politikern, geprägt wird. Insofern müssen wir alle vor unserer eigenen Haustür kehren. In zweiter Linie kommt, glaube ich, Politikvermittlern und damit den Journalisten eine große Bedeutung zu. Ich denke, hier könnten wir, gerade auch bei den lokalen Journalisten, noch einiges an Sensibilisierung leisten.

Zum Schluss: Ich glaube, wir müssen den Menschen klarmachen, dass die Politik nicht für alles zuständig ist, dass nicht jeder individuelle Wunsch erfüllt werden kann. Wir brauchen wieder mehr Selbstverantwortung. Auch dabei sehe ich uns gut aufgestellt, wenn ich das ehrenamtliche Engagement in unserem Land betrachte. Da bringen sich viele Bürgerinnen und Bürger, gerade auch auf lokaler und kommunaler Ebene, ein. Vielleicht ist der eine oder andere in der Institutionenkunde nicht so sattelfest, aber ich bin davon überzeugt, dass die Demokratie in den Herzen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ganz fest verankert ist. Das ist sicher. Insofern brauchen wir uns keine Sorgen zu machen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in einer stabilen Demokratie, und ich glaube, wir können uns wirklich glücklich preisen, dass unsere Demokratie in ihrer Substanz nicht gefährdet ist. Wir erleben aber dennoch seit Jahren ein sinkendes Interesse der Menschen an der Politik. Wir erleben, dass die Wahlbeteiligung deutlich abnimmt und dass Gruppierungen in der Gesellschaft von der Politik enttäuscht sind und ihre Enttäuschung auch durch vielfältige Protestformen zum Ausdruck bringen.

Viele jüngere Menschen haben das Gefühl, dass ihre Interessen von der Politik nicht mehr wahrgenommen werden und dass sie, wenn sie wählen gehen würden, auch keinen Einfluss auf Entscheidungen nehmen könnten.

Wir stehen somit vor zwei großen Herausforderungen. Wir müssen zum einen dafür Sorge tragen, dass unsere Politik – wir als Politiker stehen hier in der Pflicht – glaubwürdig ist, und wir müssen Politik überzeugend und so vermitteln, dass die Menschen sie verstehen. Als Parteien mit unterschiedlichen Zielsetzungen müssen wir eine faire und konstruktive Auseinandersetzung über unsere Ziele führen.

Aber wir brauchen auch – das ist die zweite Herausforderung – eine Ausweitung der politischen Bildung. Die Politik ist komplexer und schwieriger geworden. Wir müssen die politische Bildung intensivieren.

Besonders wichtig ist dabei die politische Bildung für die Kinder und Jugendlichen. Wir wissen seit Langem, dass die politische Sozialisation von Kindern sehr früh beginnt, nämlich bereits im Kindergartenalter. Wir brauchen also Angebote an Beteiligungs- und Mitwirkungsrechten vom Kindesalter an. Das betrifft den Kindergarten, das betrifft die Schule, das betrifft die außerschulische Jugendarbeit. Die allerwichtigste Maßnahme dabei ist allerdings, dass Beteiligungsrechte so ausgestaltet werden, dass auch echte Beteiligungsformen vorhanden sind und Kinder und Jugendliche erleben, dass ihre Meinungen, ihre Vorschläge und ihre Beteiligung wirklich ernst genommen werden.

Vor Kurzem hat sich der Landesschülerbeirat darüber beklagt, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler an den Schulen die neuen Beteiligungsrechte, die durchaus im Bildungsplan enthalten sind, gewährt bekommen, z. B. bei der Erstellung der Schulcurricula, in Konferenzen oder bei der Evaluation des Unterrichts. Ich unterstütze deshalb auch die Ziele des Landesschülerbeirats, dass alle neuen SMV-Mitglieder eine Infomappe mit Best-Practice-Beispielen, wie Beteiligung an Schulen praktiziert wird, aber auch mit Informationen, wie sie ihre Rechte einfordern können, bekommen.

Wir brauchen für Kinder und Jugendliche mehr wohnortnahe Kinder- und Jugendstadtteilkonferenzen. Vor allem muss aber endlich auch die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen erreicht werden, die aus sozial benachteiligten Familien kommen, die einen Migrationshintergrund haben und die keinen Zugang über ihre Eltern oder über Verbände zu politischer Bildung bekommen.

Wir brauchen eine Stärkung der institutionell verankerten Jugendbildung, z. B. mit Blick auf die Gemeinderäte in Baden-Württemberg. Wir unterstützen vor allem die Forderung des Landesjugendrings, dass die Jugendgemeinderäte auch Rede- und Antragsrecht bei regulären Sitzungen des Gemeinderats bekommen und dass die Gemeindeordnung entsprechend geändert wird.

(Beifall bei den Grünen)

Wir wollen erreichen, dass die Forderungen der Jugendlichen – der Landesjugendring fordert beispielsweise eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre – aufgegriffen werden. Ich kann mir hier als Kompromiss vorstellen, das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken. Wir haben Jugendliche, die sich sehr früh hervorragend in die Jugendorganisationen der Parteien einbringen. Diese Jugendlichen sollten sich mit ihrer Stimme aktiv an den Wahlen beteiligen können.

(Beifall bei den Grünen)

(Renate Rastätter)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Herzstück der politischen Bildung in unserem Land ist die Landeszentrale für politische Bildung. Sie leistet eine hervorragende Arbeit, ist innovativ. Leider wurde dort in den letzten zehn Jahren ein enormes, drakonisches Einsparpotenzial gesehen. Sie kann diese Einsparungen nicht mehr im bisherigen Umfang leisten. Wir haben in den Haushaltsberatungen einen Antrag auf Mittelerrhöhung eingebracht, der leider abgelehnt wurde. Deshalb fordern wir Sie auf, zumindest auf die Vorgabe der noch ausstehenden Personaleinsparung zu verzichten und der Landeszentrale auch die zusätzlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie für ihre Sacharbeit braucht.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Heute Morgen hat Ministerpräsident Mappus ganz stark betont,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Starke Rede, gell?)

dass an der Bildung und an Kindern nicht gespart werden dürfe. Wenn an der Bildung nicht gespart werden darf, dann gilt das auch für die politische Bildung in unserem Land. Sie ist für uns, für unsere Demokratie und insbesondere für die Teilhabe aller Menschen an der politischen Bildung unverzichtbar. Deshalb fordern wir Sie auf, auch an der politischen Bildung nicht zu sparen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Chef für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Monika Chef FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine gesunde Pflanze, fest im Boden verwurzelt, gut mit Nährstoffen versorgt, wächst und gedeiht prächtig. Genauso verhält es sich mit der Demokratie, die sich durch das Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger entfaltet, sich tief verwurzelt und gedeiht. Allerdings muss der Boden hierfür natürlich gut vorbereitet werden.

Erfreulich sind Studienergebnisse, wonach die Demokratie nach wie vor eine hohe Akzeptanz insbesondere auch bei jungen Menschen findet. Die viel zitierte Politikverdrossenheit zeigt sich allerdings in einer deutlichen Abnahme der Zufriedenheit mit den Leistungen der Demokratie in den vergangenen Jahren. Die Warnsignale dürfen nicht ignoriert werden. Abnehmende Wahlbeteiligung und vor allem – was noch schlimmer ist – Protestwahlverhalten sind Ausdruck dieser Entwicklung, die wir alle im Auge behalten müssen.

Demokratie zu lernen ist ein wichtiger Ansatz; denn Politikverdrossenheit gedeiht auf dem Boden der Ahnungslosigkeit und der Unkenntnis über politische Zusammenhänge. Die Zufriedenheit mit der Demokratie und die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie werden nicht zuletzt deshalb mit einem niedrigeren formalen Bildungsabschluss geringer.

Das Erlernen demokratischer Spielregeln beginnt in den Kindergärten und Schulen. Für viele Kinder ist der Kindergarten der erste Schritt aus der Familie hinaus in einen öffentlichen Ort, an dem sie lernen, mit Menschen anderer Herkunft, Religion und kultureller Zugehörigkeit umzugehen. Die Kinder lernen Konflikte zu bearbeiten, mit anderen zu kooperieren und vor allem die anderen Kinder zu achten und zu respektie-

ren. Eigenverantwortlichkeit und Gemeinschaftsfähigkeit der Kinder zu entwickeln sind zwei wichtige Ziele der Demokratieerziehung in den Kindergärten und die Grundlage für die Fortführung in der schulischen Bildung.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Im Fach Gemeinschaftskunde wird den Schülerinnen und Schülern das Fachwissen über politische, historische sowie wirtschaftliche und soziale Strukturen unseres Gemeinwesens vermittelt. Die Lehrpläne sind an allen Schulen entsprechend ausgestattet. Die politische Bildung in der Schule fördert bei den jungen Menschen die Fähigkeit, sich in der modernen Gesellschaft, in Wirtschaft und Politik angemessen zu orientieren, auf einer demokratischen Grundlage politische Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen und sich in öffentlichen Angelegenheiten zu engagieren und erfolgreich zu partizipieren.

Die frühe Beteiligung der Schülerinnen und Schüler durch Mitsprache und Mitgestaltung in der Schülermitverantwortung und durch die Teilnahme an Schulprojekten ist, denke ich, ein sehr gutes Beispiel in Sachen Übung in Demokratie. Wer schon einmal als Schülersprecher oder Schülersprecherin in einer kontrovers diskutierten Angelegenheit einen Konsens herbeiführen müssen, hat bereits eine wichtige Erfahrung im demokratischen Interessenausgleich gemacht. Wer schon einmal im Rahmen eines Schulprojekts eine Gedenkstätte für politisch verfolgte Menschen besucht und diese Thematik auch bearbeitet hat, setzt sich mit der Geschichte des eigenen Landes und den demokratischen Grundwerten anders auseinander als beim Lesen eines der zahlreichen Bücher darüber.

Wir müssen die jungen Menschen zum Mitwirken motivieren, ihnen zahlreiche Handlungsspielräume aufzeigen. Vor allem müssen wir Vorbilder dafür sein, sich nicht auf das bequeme Sofa der Beobachtungsdemokratie zu setzen, wie das viele Teile der Bevölkerung leider tun.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist die Zielsetzung der politischen Bildung in Schulen, Kindergärten und in der Gesellschaft insgesamt.

Die Jugendverbände in Baden-Württemberg leisten hierzu einen wertvollen Beitrag außerhalb der schulischen Bildung. Denn Demokratie lebt vom Mitmachen aller. Die im Bündnis für die Jugend zusammengeschlossenen Jugendverbände in Baden-Württemberg stehen für eine Jugendarbeit der Partizipation und der Selbstverwirklichung, in der die jungen Menschen durch Mitbestimmung ihr eigenes Leben gestalten lernen.

Die Landeszentrale für politische Bildung bietet zahlreiche offene Seminare in ihrem Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ in Bad Urach an. Diese Angebote sind vielfältig und wenden sich an politisch interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger. Viele neu gewählte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sind auch schon durch Seminare der Landeszentrale auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet worden.

Die Landeszentrale richtet sich mit ihrem Bildungsangebot vor allem auch an Lehrerinnen und Lehrer sowie andere Mul-

(Monika Chef)

tipulatoren aus dem Bildungsbereich. Mit einem umfangreichen Internetangebot ergänzt die Landeszentrale das Spektrum der politischen Bildung. E-Learning, Onlinespiele, Wahl-O-Mat sind nur einige Beispiele, die eine hohe Nutzungszahl erzielen.

In Baden-Württemberg können wir in der politischen Bildung auf ein breit gefächertes Angebot zurückgreifen. Dies ist eine gute Ausgangsposition, um Menschen aller Alters- und Zielgruppen für die Politik und die Mitwirkung in unserem demokratischen Gemeinwesen zu gewinnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist in diesem Hohen Haus völlig unstrittig, dass wir in der gesamten Gesellschaft alle Anstrengungen unternehmen müssen, damit junge Menschen Demokratie sehr früh erlernen, diese erfahren, praktische Bezüge hergestellt bekommen und sich damit aktiv in die Gesellschaft einbringen können.

Ich denke, es ist auch Selbstzweck, wenn wir darüber diskutieren. Denn jede demokratische Partei ist auf eine Vielzahl solcher jungen Persönlichkeiten angewiesen. Es ist das legitime Interesse jeder demokratischen Gruppierung in unserer Gesellschaft, möglichst intensiv Nachwuchsförderung zu betreiben, damit wir auch in Zukunft Persönlichkeiten in der Demokratie haben, die das demokratische Gemeinwesen gestalten. Insofern sprechen wir hier über einen Grundkonsens, und wir diskutieren vielleicht über die eine oder andere strittige Frage, über Instrumente, wie wir dieses Ziel erreichen können.

Ich möchte aber gleichzeitig betonen, dass zur Demokratieerziehung nicht nur die Vermittlung theoretischen Wissens gehört. Erziehung zur Demokratie ist nur möglich, wenn wir viele gute Beispiele in unserer Gesellschaft haben und damit auch Vorbilder haben, die der Gesellschaft zeigen, dass es sich lohnt, sich für demokratische Prozesse zu engagieren oder, um es noch einfacher zu formulieren, sich überhaupt für die Mitmenschen in der Gesellschaft zu engagieren.

Vor diesem Hintergrund stelle ich fest, dass es im Zusammenhang mit diesem gesamtgesellschaftlichen Auftrag vielfältige Möglichkeiten der Partizipation junger Menschen gibt. Partizipationsmöglichkeiten, Beteiligungsrechte oder Mitwirkungsrechte können vielerorts wahrgenommen werden. Dies belegt auch die sehr häufig zitierte Studie der Bundesregierung aus dem Jahr 2007, wonach sich 42 % unserer Bürgerinnen und Bürger im Ehrenamt engagieren. Um es noch konkreter auf die Zielgruppe, von der wir hier reden, zuzuschneiden: 46 % der 14- bis 30-Jährigen tun dies, und sie tun es, weil sie vielfältige Möglichkeiten haben, mitzubestimmen, mitzugestalten. In ihren Vereinen, in ihren Gruppen vor Ort sind sie auch Träger demokratischer Entscheidungsprozesse und haben demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten.

Deswegen besteht nicht die Notwendigkeit, zusätzliche Partizipationsformen in unserer Gesellschaft zu schaffen. Viel-

mehr müssen wir gerade bei den jungen Menschen dafür werben, diese vielfältigen Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen, und müssen klarmachen, dass es sich lohnt, sich hierfür zu engagieren. Es gibt also kein Defizit an Angeboten, sondern es ist unsere gemeinsame Aufgabe, für die Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten in unserer Gesellschaft zu werben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang deutlich sagen, dass bei diesem gesamtgesellschaftlichen Auftrag der Staat natürlich eine Kernaufgabe hat. Der Staat hat den Bildungs- und Erziehungsauftrag wahrzunehmen, und zwar gemeinsam mit den Elternhäusern. Das ist ein Auftrag nach der Landesverfassung, dem wir uns stellen müssen, und diesem stellen wir uns auch.

Es sind einige konkrete Punkte angesprochen worden. Ich beginne bei der Erzieherinnenausbildung. Wir haben die Erzieherinnenausbildung weiterentwickelt, und wir haben die Erzieherinnenausbildung im Übrigen – jetzt hat der Kollege Kluck gerade den Saal verlassen; er hatte vorhin einen entsprechenden Zwischenruf in Richtung Regierungsbank gemacht – auch im Hinblick auf die Sozialkompetenz gestärkt. Die Frage, wie Kinder das soziale Miteinander gestalten, ist wesentlicher Bestandteil des Erziehungsauftrags und ist eine wichtige Vorstufe auch für die Demokratieerziehung.

Im Zusammenhang mit der Bildungsplanreform aus dem Jahr 2004 haben wir ganz bewusst die Persönlichkeitsbildung in den Mittelpunkt dieses Bildungsauftrags gestellt. Diese Persönlichkeitsbildung ist sozusagen der rote Faden, der sich durch alle Bildungsfelder zieht. Zur Persönlichkeitsbildung gehört auch, dass junge Menschen zu mündigen Bürgern heranreifen. Wenn wir Bildung so gestalten wollen, dass wir die jungen Menschen zu mündigen Bürgern heranbilden, ist es selbstverständlich wichtig, dass Demokratieerziehung und der Umgang miteinander in der Demokratie, im Gemeinwesen, integrativer Bestandteil dieser Persönlichkeitsbildung ist. Wir haben diesen Bereich also gerade im Zusammenhang mit der Bildungsplanreform 2004 ganz bewusst in den Mittelpunkt gestellt.

Auch die Gestaltung der Kontingenzstundentafel und der Fächerverbünde unterstreicht dies. Es reicht nicht aus, wenn man Demokratieerziehung nur dadurch betreibt, dass man im Gemeinschaftskundeunterricht oder im Geschichtsunterricht entsprechendes Faktenwissen oder Wissen über demokratische Entscheidungsprozesse theoretisch vermittelt. Nein, dazu gehört, thematische Bezüge zu anderen Feldern herzustellen, und genau dies haben wir mit der Neukonzeption der Fächerverbünde getan. In der Hauptschule bzw. zukünftig in der Werkrealschule geschieht dies beispielsweise im Fächerverbund „Welt, Zeit, Gesellschaft“; im Gymnasium betrifft dies den Fächerverbund „Geografie, Wirtschaft, Gemeinschaftskunde“. Damit haben die politischen Themen, die Themen der demokratischen Bildung, einen breiteren Raum erhalten; sie sind ohnehin Bestandteil eines durchgängigen Bildungskonzepts.

Natürlich wollen wir auch die Lehrerpersönlichkeiten nicht nur hierfür sensibilisieren, sondern auch dafür sorgen, dass sie das notwendige Rüstzeug haben, um in den jungen Menschen das entsprechende Interesse zu wecken. Dazu gehört aber, dass Lehrkräfte selbst bereit sind, eine Vorbildrolle zu übernehmen. Wenn man sich anschaut, welche jungen Menschen sich an

(Staatssekretär Georg Wacker)

unseren Pädagogischen Hochschulen, an unseren Universitäten für ein Lehramtsstudium bewerben, und wenn man ihren Biografien entnimmt, was sie vor der Aufnahme ihres Studiums getan haben, dann, meine ich, kann man durchaus zuversichtlich sein. Denn ein beachtlicher Anteil von Lehramtsstudierenden hat bereits Erfahrungen in Vereinen gesammelt. Sie haben Erfahrungen mit praktischer Demokratie und bringen diese Kompetenzen in ihr Lehramtsstudium ein, um sie später auch in der Schule zu vermitteln.

Neben diesen vielfältigen Möglichkeiten, die es bereits gibt, und neben den Angeboten zur Demokratieerziehung ist es also wichtig, dass wir im Sinne des gesamtgesellschaftlichen Auftrags alles dafür tun, selbst ein positives Beispiel abzugeben und für die verschiedenen Betätigungsmöglichkeiten zu werben.

Was auch noch wichtig ist – Herr Kollege Bayer, Sie haben es angesprochen –, ist das Thema „Jugendarbeit und Schule“. Von Ihrer Seite ist die Entwicklung eines Gesamtbildungskonzepts hin und wieder kritisch beleuchtet worden. Wir entwickeln gerade im Zusammenhang mit dem Ergebnis der Bündnisvereinbarung gemeinsam mit den Jugendverbänden ein Gesamtbildungskonzept. Dieses Konzept, das in vielen Arbeitsgruppen gemeinsam mit den Partnern der Jugendarbeit erarbeitet wird, bietet eine Chance, auf dem Weg des intensiven Dialogs gerade diesen Bereich der Jugendbildung dahin gehend zu stärken, dass Schulen und Einrichtungen der außerschulischen Jugendbildung partnerschaftlich zusammenarbeiten und dass dieses Aufgabenfeld nicht auf die Schule begrenzt bleibt, sondern die Jugendlichen, auch wenn sie die Schule verlassen haben, in ihren Jugendfreizeitstätten entsprechende Angebote wahrnehmen können. Im Übrigen ist es auch ein Auftrag des Jugendbildungsgesetzes des Landes an die Jugendverbände, genau diese Aufgaben wahrzunehmen.

Die Landeszentrale für politische Bildung ist in der Tat ein wichtiges ergänzendes Modul. Sie kann und darf zwar niemals allein diese Aufgabe wahrnehmen, sie ist aber ein wichtiger Impulsgeber in die Schulen hinein.

Deswegen bedanke ich mich auch ganz herzlich bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern der Landeszentrale für politische Bildung, die wichtige Partner für unsere allgemeinbildenden Schulen sind, die richtigen Akzente setzen, das richtige Informationsmaterial bereitstellen und die Informationen so aufbereiten, dass es auch derjenige versteht, der zunächst einmal weniger Interesse und einen weniger ausgeprägten Zugang zu politischen Themenfeldern hat.

Deswegen bin ich dem Landesgesetzgeber dankbar, dass im Haushaltsjahr 2010/2011 eine Zuschusserhöhung um immerhin 300 000 € vorgenommen wurde. Vielleicht stellt sich hier auch eine Trendwende bei der Bezuschussung ein.

In diesem Sinn, meine Damen und Herren, sehen wir gemeinsam, dass es wichtig ist, auch historische Themen in Augenschein zu nehmen. Das Thema „20 Jahre Mauerfall“ war im Rahmen der Demokratieerziehung und der Gemeinschaftskunde wichtig. Insofern ist die Bildungspolitik auch darauf ausgerichtet, anhand von aktuellen Ereignissen sowie von besonderen historischen Daten die Sensibilität der jungen Menschen zu wecken. Der Blick sowohl in die jüngste als auch in die ältere Geschichte ist wichtig, denn junge Persönlichkeiten

können sich nur dann aktiv und demokratisch in die Gesellschaft einbringen, wenn sie hierzu das notwendige Wissen und die Kompetenzen haben.

In diesem Sinn haben wir eine breite Palette von Möglichkeiten. Wir als Gesellschaft müssen diese nur gemeinsam nutzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! Gute Rede! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Mann!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage erledigt. – Herr Abg. Bayer.

(Abg. Christoph Bayer SPD: Wenn ich noch Zeit habe!)

– Nein, Sie haben keine Zeit mehr. Sie haben Ihre Redezeit schon überschritten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihre Zeit ist abgelaufen, Herr Bayer! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Habe ich noch Zeit?)

– Nein. Die Besprechung der Großen Anfrage ist beendet.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Auswirkungen der aktuellen Holzmarktlage auf die Forst- und Holzwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 14/3856**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich für die FDP/DVP das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Bullinger, bitte schön.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, Herr Forstminister Köberle, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn unser Antrag bereits ein Jahr alt ist, ist das Thema aufgrund der darniederliegenden Baukonjunktur – im vergangenen Jahr hatten wir die niedrigste Baugenehmigungsrate in Deutschland seit den Fünfzigerjahren –, aber auch wegen des sehr schneereichen Winters und der damit fehlenden Frischholzmengen hochaktuell.

Der Zusammenbruch der Auslandsmärkte – ausgelöst von der Bau- und der darauf folgenden Bankenkrise in den USA, aber auch in Europa, insbesondere in Großbritannien und Spanien – und nicht zuletzt die kränkelnde Konjunktur bei uns stellen und stellen die Holz verarbeitenden Betriebe und damit die gesamte Forst- und Holzwirtschaft in einem Land, das auf der Skala der waldreichsten Länder Deutschlands auf Platz 2 liegt, also hier in Baden-Württemberg, vor ganz besondere Herausforderungen.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Die zahlreichen Stürme und der Boom auf dem Exportmarkt in den vergangenen zehn, 15 Jahren führten dazu, dass die Verarbeitungskapazitäten auch bei uns in Baden-Württemberg erheblich gestiegen sind. Allein in den Jahren 2006 und 2007 stieg die Einschnittkapazität der Sägewerke in Bayern und Baden-Württemberg um beachtliche 4,5 Millionen Festmeter.

(Unruhe)

Die Marktveränderungen schlagen natürlich auf die Waldbesitzer durch, da diese letztendlich von der Holzindustrie abhängig sind. Die derzeit durchaus akzeptablen Rohholzpreise können nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Kleinwaldbesitzer unrentabel wirtschaften müssen. In Anbetracht der veränderten Situation am Holzmarkt ist es daher erforderlich,

(Unruhe – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Pst!)

einen ausgeglichenen Holzfluss zu akzeptablen Preisen anzustreben. Insbesondere unsere heimischen Holz verarbeitenden Unternehmen mit ihren mittelständischen Strukturen brauchen eine kontinuierliche Holzversorgung.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber auch die  
Großsäger, Herr Kollege!)

– Selbstverständlich gilt dies auch für unsere größeren Säger. Das habe ich mir aufgeschrieben, lieber Helmut.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Dazu gehören beide.

Der Holzpreis darf in dieser Branche nicht als Instrument der Strukturpolitik missbraucht werden, meine Damen und Herren. Denn das würde in letzter Konsequenz bedeuten, dass wir im Land bald nur noch wenige Säger und Waldbesitzer hätten und damit verbunden eine andere Landschaft als die, die wir als Tourismusland mit über 250 000 Arbeitsplätzen in dieser Branche brauchen.

Auch das heimische Handwerk, der Zimmerer und der Schreiner vor Ort, braucht eine ortsnahe Versorgung. An dieser Stelle möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Zukunft des Waldes auch weiterhin davon abhängt, dass man in der Forstwirtschaft etwas verdient. Mit Arbeit für Gotteslohn oder mit Hobbywaldbauern werden wir unsere Kulturlandschaft nicht erhalten können. Vor allem die jungen Menschen sind nicht bereit, die oft mühevollen Arbeit zukünftig noch zu verrichten.

Der Wald hat etwas mit Wirtschaft, und zwar mit nachhaltiger Bewirtschaftung zu tun. Es gibt allerdings auch hier in diesem Haus durchaus Stimmen, die den Wald eher als Freizeitpark, als Gebiet für Reiter und Mountainbiker ansehen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Geocaching!)

aber auch andere, die aus unseren Kultur- und Wirtschaftswäldern am liebsten Naturparke und Urwälder machen würden.

Meine Damen und Herren, derzeit ist die Rohstoffversorgung der baden-württembergischen Nadelholzsäger sehr angespannt, was nicht zuletzt mit der Verunsicherung vieler Kleinwaldbesitzer zu tun hat. Wir sollten auch darüber nachdenken – Herr Minister, ich habe das vor zwei oder drei Jahren auch

schon Ihrem Amtsvorgänger gesagt –, dass wir bei der Aufforstung die richtige Mischung im Hinblick auf Laubbäume und Fichten brauchen. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass wir über eine Korrektur nachdenken sollten. Denn die Fichte ist nach wie vor „Brotbaum“ und ist vor allem auch in der Bauwirtschaft sehr gefragt.

Meine Damen und Herren, über die angespannte Lage können auch die gestiegenen Rundholzpreise

(Abg. Thomas Knapp SPD: Auch in der Energiewirtschaft!)

von derzeit ca. 80 € pro Festmeter Fichte und auch die Preise für Energieholz, lieber Kollege, etwa für Pellets und Holzhackschnitzel, nicht hinwegtäuschen.

Sehr geehrter Herr Minister Köberle, ich erwarte auch vonseiten der Landesregierung, also von Ihrem Haus

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Von wem denn sonst?)

und vom Wirtschaftsministerium, ein größeres Engagement bei den begonnenen Clusterpolitikmaßnahmen bei Forst und Holz.

(Beifall des Abg. Alfred Winkler SPD)

Der Wegfall der Werbung durch den Holzabsatzfonds kann durchaus Auswirkungen haben. Denn das Bundesverfassungsgericht hat Abgaben an den Holzabsatzfonds für unzulässig erklärt. Ich bin der Auffassung, dass die private Initiative auch bei der Werbung gefordert ist, wie es gestern auch der Präsident der Landesforstkammer in Ulm gesagt und angemahnt hat.

An dieser Stelle möchte ich auch an die vielen Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte appellieren, bei öffentlichen Bauten die Verwendung von mehr Holz zu fordern und zu beschließen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das hättet ihr bei der neuen Messe machen können!)

– Lieber Helmut, als ich Präsident des Landesgewerbeamts war, ging die Förderung von jeweils über 40 Millionen € für die Messen in Friedrichshafen und Karlsruhe auch über meinen Schreibtisch. Schau dir die Dächer dort an: Dort gibt es Holz, anders als bei manchen anderen Bauten. Das nur nebenbei. Damit hast du aber völlig recht.

Ich bin der Auffassung, dass auch hier natürlich die Neubauten gefragt sind.

Auch im Bereich der energetischen Verwertung rechnet man mit Zuwächsen. Die Techniken für Pellets und Hackschnitzelfeuerungen sind perfekt. Sie sind gut und zuverlässig. Deshalb gilt die Aufforderung an die Entscheidungsträger vor allem im öffentlichen Bereich: Weg von der fossilen Energie in den Bereichen, in denen das geht und bei denen man sich das auch vorstellen kann.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Schreibt das doch in das Erneuerbare-Wärme-Gesetz hinein!)

(Dr. Friedrich Bullinger)

– Man muss nicht alles vorschreiben. Fragen der Ökonomie und der Ökologie sind Fragen der Vernunft und der Verantwortung. Das überlasse ich den Bürgern und den Entscheidungsträgern in den Gremien, lieber Herr Kollege. Ich bin auch Gemeinderat und Kreisrat. Darauf müssen wir hinweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Meine Damen und Herren, zukünftig werden wir jährlich nur noch rund 25 000 bis 30 000 Wohnungen in Baden-Württemberg bauen, und zwar als Ersatzbauten oder auch als Neubauten. Das ist sehr wenig. Deshalb ist es wichtig, dass bei der Altbausanierung verstärkt Holz verwendet wird, und zwar auch bei der thermischen Sanierung.

Es muss nicht immer der Wärmedämmputz sein. Eine thermische Dämmung und Verbesserung kann auch dadurch erzielt werden, dass man nach der Dämmung eine attraktive Holzschale außen anbringt und dies als echte Alternative nutzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die verarbeitende Holzindustrie, unsere Sägebetriebe und die damit untrennbar verbundenen Waldbesitzer – egal, ob kommunale, private oder der Staat – brauchen langfristig kalkulierbare Rahmenbedingungen. Ziel muss es daher sein, die Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft in Baden-Württemberg insgesamt dauerhaft zu stärken. Herr Minister, das kann erreicht werden, wenn sich erstens die Holz verarbeitende Industrie den Marktverhältnissen anpasst.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen nach draußen zu verlegen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann ist niemand mehr da! – Vereinzelt Heiterkeit)

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Herr Kollege Zimmermann ist wieder ganz Ohr. – Dabei steht nicht die Frage im Vordergrund, ob diese Branche krankschrumpfen oder krankwachsen soll; denn letztlich sind die Beerdigungskosten in Form von Insolvenzen und wegfallenden Arbeitsplätzen immer zu hoch.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da brauchst du auch Holz!)

Das kann erreicht werden, wenn zweitens die Netzwerkbildung und die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen besser funktioniert.

(Zuruf)

– Lieber Herr Kollege, diese Anmerkung hilft dem Wald nicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber recht hat er!)

Das kann erreicht werden, wenn es drittens keine extremen Preissprünge mehr gibt und eine korrigierende Holzpolitik seitens des Staates erfolgt.

Das kann erreicht werden, wenn viertens mehr für die Verwertung des ökologisch toten Bau- und Energiestoffs Holz, das in einer nachhaltigen Forstwirtschaft produziert wird, getan wird.

Das kann erreicht werden, wenn fünftens die Angebote für die Unternehmen in der Forst- und Holzwirtschaft, die wie in keinem anderen Bundesland durch Maßnahmen – und zwar nicht nur in der Zeit, als wir die Nasslager einrichteten und die Sägewerke unterstützten – wie z. B. die der L-Bank, der Bürgerschaftsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum oder das Liquiditätsprogramm gestützt wird, weiterhin bestehen. Solche Programme müssen gerade auch für die Holz- und Sägewirtschaft bereitgestellt werden.

Meine Damen und Herren, wenn wir die von mir aufgezeigten Maßnahmen beibehalten bzw. sie weiterhin politisch unterstützen oder ausbauen, ist es mir um die heimische Forst- und Holzwirtschaft in Baden-Württemberg ebenso wie um die Forstbetriebe und die Waldbesitzer zukünftig nicht bange.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Noch ein Wort zum Wild!)

– Das betrifft die Abteilung Jäger.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rüeck für die Fraktion der CDU.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ein Mann wie die deutsche Eiche!)

**Abg. Helmut Walter Rüeck** CDU: Hochverehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesrepublik Deutschland hat die größten Holzvorräte in Europa. Ein bedeutender Teil davon steht in baden-württembergischen Wäldern. Dieses Holz stellt das einzige nennenswerte Rohstoffvorkommen in unserem Land dar.

Die Holzwirtschaft, die Holz verarbeitenden Betriebe und ein breit gefächertes Branchenumfeld nehmen eine hohe Stellung in der Gesamtwirtschaft ein. Bundesweit sind in der Holzwirtschaft 1,3 Millionen Menschen in 185 000 Betrieben beschäftigt; diese erwirtschaften einen Gesamtjahresumsatz von über 180 Milliarden €.

(Zurufe: Oi! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Netto! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Insbesondere die Branche der Sägewerke bildet hier ein breites und wichtiges Cluster; sie ist ein volkswirtschaftliches Schwergewicht und für das Waldland Baden-Württemberg eine wichtige Zukunftsbranche. Kleine, mittlere und große Sägewerke bedienen den regionalen, nationalen und internationalen Markt. Vor allem stehen sie auf dem Holzmarkt in einem stetigen Wettbewerb miteinander. Denn es wird mehr Holz benötigt, als bundesweit geschlagen wird. Je nach Interessenlage wird deshalb auch die Holzmarktlage unterschiedlich interpretiert und dargestellt.

(Helmut Walter Rüeck)

Allein durch die steigende stoffliche und energetische Holzverwertung wird bis zum Jahr 2020 bundesweit ein Anstieg des Holzverbrauchs um 40 Millionen Festmeter per annum prognostiziert. Wenn wir alle klimapolitischen Ziele, die wir uns gesetzt haben, erreichen wollen, würde das eine Steigerung des Holzeinschlags um 50 % voraussetzen.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Unsere Betriebe im Holz verarbeitenden Gewerbe sind daher auf eine verlässliche und gesicherte Rohstoffversorgung angewiesen. Dies ist für den einzelnen Betrieb oftmals wichtiger als der Holzpreis an sich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kleinwaldbesitz macht einen großen Teil des Waldbestands im Land aus. Er hat auch die größten noch erschließbaren Potenziale.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Um ein quantitativ stabiles Angebot auf dem Holzmarkt zu stärken, müssen wir dieses Holz verstärkt aktivieren. Aber nur, wenn der Privatwaldbesitzer auch künftig gute Rahmenbedingungen für die Bewirtschaftung hat, wird er die harte Arbeit im Wald auf sich nehmen und Holz schlagen.

Wer dem Waldbesitzer in seinem Eigentum weitere Belastungen aufbürden will, der gefährdet nicht nur die verantwortungsvolle Bewirtschaftung des Ökosystems Wald, sondern er gefährdet auch Arbeitsplätze und stellt langfristig sogar die Erreichung aller klimapolitischen Ziele infrage.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wer will das?)

– Z. B. der Kollege Haller mit seinem Antrag auf freies Mountainbiken im Wald, lieber Kollege.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Deswegen wächst das Holz trotzdem gleich schnell!)

– Aber es kommt sonst noch so weit, dass sich Waldbesitzer gegenüber Waldbesuchern für ihre Arbeit rechtfertigen müssen. Eigentum ist Eigentum und muss Eigentum bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Der dreht ja voll auf! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Außerdem verscheuchen sie das Wild! – Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Im Hinblick auf die Säule Klein- und Privatwald für den Holzmarkt bereitet es mir Sorge, dass große Teile unseres Waldes mittlerweile von über 60-Jährigen bewirtschaftet werden.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Er steht wie eine Eiche! Rüeck, die Eiche der CDU! – Unruhe)

Aber diese Menschen werden nicht jünger. Oft ist die nachfolgende Generation waldfremd, ihr fehlt das nötige Know-how im Wald, sie wohnt weit entfernt, oder sie hat einfach nicht die Zeit, den ererbten Wald zu bewirtschaften.

(Zuruf des Abg. Fritz Buschle SPD)

Um dieser Generation die Forstwirtschaft und die Vermarktung des Holzes zu ermöglichen und die für den Holzmarkt dringend benötigten Potenziale weiterhin zu erschließen, kommt den Waldbauvereinen und Forstbetriebsgemeinschaften eine zentrale Rolle zu,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Forstbetriebsgemeinschaften geben auf!)

genauso wie der Beratung durch den staatlichen Forstbetrieb. Die Rahmenbedingungen hierfür haben wir in den letzten Jahren u. a. durch den Landesbetrieb ForstBW geschaffen.

Meine Damen und Herren, der Holzmarkt, die Holzmarktlage und die Auswirkungen auf den Forst und die Holzwirtschaft sind immer ambivalent.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Da spricht der Kenner!)

Holzmarkt, Holzmenge und Holzpreise lassen sich nicht einfach steuern und dirigieren, wie es Produzenten und Bearbeiter gern hätten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ganz genau! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Was unsere Holzherzeuger und Holzbearbeiter bei all den unplanbaren Gegebenheiten, den Widrigkeiten und den großen Herausforderungen brauchen, sind Zuverlässigkeit in Krisenzeiten, gute Rahmenbedingungen für die Forstwirtschaft und einen starken Partner in der Politik. Die von der CDU-Landtagsfraktion getragene Landesregierung war dies, ist dies und wird dies auch in Zukunft sein.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Ja-wohl! – Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Krögner für die Fraktion der SPD.

**Abg. Walter Krögner SPD:** Frau Präsidentin Vosschulte, meine Damen und Herren und – so kann ich nach dem, was ich bis jetzt hier gehört habe, auch sagen – liebe Holzfreunde! Seit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten heute Vormittag wissen wir, dass es in unserem Land keine strukturschwachen Regionen gibt. Ich war etwas verwundert und kann Ihnen sagen: Auch die Menschen in den entsprechenden Regionen empfinden dies etwas anders.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gehen Sie einmal in die Eifel, ins Sauerland, in den Bayerischen Wald, in die Rhön! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da sind Sie noch zu kurz dabei, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

– Kollege Rüeck, mein Wahlkreis gehört zumindest zu großen Teilen zu einem strukturschwachen Bereich. Kollege Schüle

(Walter Krögner)

neben Ihnen teilt diesen Wahlkreis mit mir. Auch Kollege Winkler kann das unterstreichen.

(Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Dr. Klaus Schüle)

– Das werden wir schon noch zu ändern wissen, Herr Schüle.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Da sind Sie auf dem Holzweg!)

Wie gesagt: Schön wäre es, wenn das stimmt, was der Ministerpräsident heute Morgen hier gesagt hat. Es wäre vielleicht gut gewesen, wenn er sich zunächst dort kundig gemacht hätte, wo man etwas von dem Thema versteht, nämlich im Ministerium Ländlicher Raum.

(Beifall bei der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Ministerpräsident kennt sich bestens im Land aus!)

Der neue Minister für Ländlichen Raum

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein guter Mann!)

– dazu möchte ich nichts sagen – ist von der „Stuttgarter Zeitung“ interviewt worden. Die Überschrift lautete: „Tiefste Provinz gibt es im Land vergebens“. Das hört sich etwas merkwürdig an und stammt sicher auch nicht aus dem Mund des Ministers. Aus dem Fließtext geht dann hervor: „Es gibt keine Gegend, die zurückgefallen oder tiefste Provinz ist.“ Okay, das alles hört sich sehr schön an. Das klingt zwar noch immer ein wenig euphemistisch, macht aber deutlich, dass es in unserem Land durchaus noch Gegenden gibt, die sich in einer schwierigen Situation befinden.

Damit sind wir beim Thema „Forst und Holz“ sowie bei der Holzmarktlage. Der Beitrag der Forst- und Holzwirtschaft zum wirtschaftlichen Wohlstand insbesondere in den strukturschwachen ländlichen Gebieten ist bedeutsam. Mein Vorredner hat darauf hingewiesen, wie die Zahlen in Deutschland aussehen. Ich möchte einmal darauf hinweisen, wie es in Baden-Württemberg aussieht.

Wir haben heute Morgen gehört, dass das Land mit über 200 000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in Baden-Württemberg ist. 210 000 Personen sind in der Holz- und Forstwirtschaft in Baden-Württemberg beschäftigt und produzieren einen Jahresumsatz von 30 Milliarden €. Ein solcher Beitrag ist nicht zu unterschätzen.

Die Vorlage spricht von nicht ausgelasteten Sägekapazitäten insbesondere im Nadelholzbereich. Da spannt sich natürlich ein ganzer Bogen notwendiger Maßnahmen auf. Da gibt es zunächst einmal – das ist in der Drucksache zutreffenderweise erläutert – die sogenannten Mobilisierungsbemühungen. Diejenigen, die mit der Forstwirtschaft nichts zu tun haben, werden sich wundern und fragen: Soll das Holz jetzt aus dem Wald herauslaufen? Aber es geht darum – meine Vorredner haben es schon deutlich gesagt –, die im Wald vorhandenen Vorräte und den Zuwachs in wesentlich größerem Maß zu nutzen.

Damit meine ich nicht den Staatswald, bei dem – das habe ich gestern bei der Forstkammer erfahren dürfen – im Augenblick 100 % des Zuwachses abgeschöpft werden. Im Privat- und Körperschaftswald dagegen sind es wesentlich weniger. Da haben wir noch große Entwicklungsmöglichkeiten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Da ist es wichtig, dass die Landesregierung ihre bzw. das Land seine unterstützenden Maßnahmen vollzieht. Ob allerdings die Strukturen, die in den letzten Jahren geschaffen worden sind, dazu geeignet sind, wage ich zu bezweifeln.

Auf der anderen Seite ist es erfreulich, festzustellen, dass die Landesregierung im Laufe des letzten Jahres offenbar erkannt hat, dass dieser Teil der Verwaltungsreform und die Effizienzrendite nicht in dem Maß zutage treten, wie sich das der frühere Ministerpräsident erhofft hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Späte Einsicht, aber sie kommt!)

Auf der anderen Seite gehört natürlich dazu, den Absatz zu unterstützen. Wir lesen in der Vorlage:

*Impulse für den Schnittholzabsatz im Inland sind ausgeblieben.*

Ich möchte an das anknüpfen, was Kollege Bullinger hier sehr ausdrücklich und ausführlich gesagt hat, ohne mich jetzt zu wiederholen. Ich persönlich finde eines schade. Wenn ich in diesen Raum schaue, kann ich erkennen, dass es ein vorbildlich ausgestatteter Raum aus Eiche ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ohne Tageslicht!)

– Das fehlt natürlich. Ich leide auch jeden Tag darunter, an dem ich hier sitzen muss, aber es ist ein vorzüglich ausgestatteter Raum aus Eiche. Das wäre auch bei anderen Bauprojekten wünschenswert.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir haben vor Kurzem die Landesbauordnung novelliert. Dabei wäre sehr viel mehr möglich gewesen.

Einen Punkt habe ich in der Berichterstattung, auch in der jetzigen Diskussion, die teilweise zum Schenkelklopfen geeignet war, leider völlig vermisst. Es wird immer nur von zwei Aspekten einer nachhaltigen Wirtschaft gesprochen: Der eine Aspekt ist die Ökonomie. Dabei nehmen Sie für sich in Anspruch, diese zu vertreten. Daneben gibt es den Bereich der Ökologie.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Den nehmen wir auch in Anspruch!)

Dazu sagen Sie immer, Sie seien dieser Hälfte zugetan.

(Zurufe von der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

– Ich bin sofort fertig, aber diesen Satz möchte ich noch loswerden, weil er mir sehr wichtig ist.

(Walter Kröger)

Was Sie im Hinblick auf eine umfassende, nachhaltige Bewirtschaftung – nicht nur in der Forstwirtschaft – letztlich gemeinschaftlich außer Acht lassen, ist der soziale Aspekt neben dem ökonomischen und dem ökologischen Aspekt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das Dreieck, das ich genannt habe!)

Wenn Sie das endlich auch einmal in Ihre Argumentation aufnehmen, dann bin ich sicher, dass wir gemeinsam zu einem weiteren Schritt in Richtung einer stärkeren Verwendung des Rohstoffs Holz kommen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das nächste Mal wollen wir noch etwas zur Rehwildbewirtschaftung hören!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pix für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Reinhold Pix** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Forstwissenschaften.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen Sie ruhig weiter!)

Der Antrag lautet „Auswirkungen der aktuellen Holzmarktlage auf die Forst- und Holzwirtschaft in Baden-Württemberg“. Gerade die Tatsache, dass dieser Antrag und auch die Stellungnahme der Landesregierung schon über ein Jahr alt sind, spiegelt sehr exakt wider, wie sich der Holzmarkt tatsächlich bewegt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hochaktuell!)

Er ist nämlich sehr inhomogen und entwickelt sich von Jahr zu Jahr sehr unterschiedlich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt!)

Wir haben es gerade bei diesem sehr komplexen System mit sehr starken Schwankungen zu tun. Noch vor zwei Jahren war der Holzabsatz völlig im Keller – als typische Auswirkung der Weltwirtschaftskrise in einem sehr vom Export abhängigen Baden-Württemberg –, während er kurz zuvor sehr hoch war, sodass das Land seinen Haushalt über die Verkaufserlöse teilweise sehr gut finanzieren konnte. Es hat sich gezeigt, dass die Nachfrage jetzt erheblich zurückgegangen ist. Die Sägeindustrie in Baden-Württemberg hat sehr viel eingeschnitten. Die Lager sind jetzt leer. Der Holzmarktpreis hat sich in Windeseile wieder erholt.

Wir haben es hier mit drastischen Schwankungen zu tun und müssen deshalb unser Augenmerk vielleicht auf andere Dinge richten, damit wir langfristig von dieser hohen Amplitude wegkommen, die die mittelständische Sägeindustrie zumindest teilweise akut gefährdet. Wir müssen in einen linearen Prozess hineinwachsen. Natürlich können wir Umwelteinflüsse hier nur bedingt ausschalten.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Ich möchte Sie aktuell an den Orkan Xynthia erinnern. Baden-Württemberg ist dabei mit einem blauen Auge davongekommen, während es in Hessen und Rheinland-Pfalz erheblich mehr Sturmschäden gegeben hat. Diese haben sich natürlich auch auf den Holzmarkt ausgewirkt. Der Holzmarkt ist übrigens ein internationales Geflecht; wir haben es dabei mit einem internationalen Markt zu tun, der sehr kompliziert ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat heute Morgen seine erste Regierungserklärung abgegeben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das Wort „Holz“ kam darin vor! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Genau hat er gesagt, die Grünen seien auf dem Holzweg!)

– Genau, Stichwort „Wald“; der Kollege Kluck hat es sofort erkannt. Wald, Forst und Holz sind dem Ministerpräsidenten offensichtlich nicht so wichtig. Er hat dazu zumindest nichts angemerkt, nicht einmal in einem Nebensatz, und dies in einem Land, das zu über 30 % mit Wald bedeckt ist

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie mir jetzt etwas zur Rehwildbewirtschaftung? – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp SPD: Rehwild?)

– das ist ein anderes Thema; dazu müssen Sie einen Antrag stellen, dann mache ich das natürlich sehr gern –, in dem der Schwarzwald die einzige international bedeutende Tourismusdestination darstellt. Aber für den Ministerpräsidenten ist das Thema nicht existent.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Immerhin wird dem Ministerpräsidenten bestens bekannt sein, dass sein Parteifreund – jetzt hören Sie genau zu –, der bis 2008 amtierender Präsident des Verbands der Säge- und Holzindustrie war, wegen der mittelstandsfeindlichen Politik des Landes öffentlich dazu aufgerufen hatte, die CDU nicht mehr zu wählen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Guter Mann!)

Damit sind wir schon in medias res angekommen,

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Machen Sie einmal einen Alternativvorschlag!)

nämlich bei der Not unserer Sägewerksbetriebe. In Baden-Württemberg existiert mit rund 500 mittelständischen Unternehmen noch immer eine vergleichsweise stabile und vielfältige Struktur. Diese Vielfalt im Mittelstand ist unsere Stärke in Baden-Württemberg. Die Politik des Landes muss darauf zielen, diese Vielfalt zu erhalten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Darin sind wir uns einig!)

Neben dieser Vielfalt in der Holzverwertung existieren mit den Kreisforstämtern dezentrale Strukturen, über die rund 30 bis 40 % des Holzes aus öffentlichen Wäldern und damit rund 15 bis 20 % des Holzes aus baden-württembergischen Wäldern vermarktet werden.

Ohne diese Vernetzung auf Kreisebene wäre es um die mittelständische Struktur bei unseren Sägewerksbetrieben schlecht

(Reinhold Pix)

bestellt. Exforstminister Hauk wollte diese dezentralen Strukturen zerschlagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Brutal!)

Zu Recht, erfolgreich und mit unserer Unterstützung haben sich die Landräte gegen die Zentralisierungsversuche von Exminister Hauk gestellt. Wir Grünen werden mit Argusaugen darauf achten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Oi, oi!)

dass die neue ForstBW nicht in die Vermarktungsmöglichkeiten der Kreisforstämter eingreift. Die derzeitigen Rückmeldungen aus den Kreisen, aus dem Mittelstand, lauten: Die neue ForstBW hat solche Versuche noch nicht unternommen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aha!)

Herr Köberle, Sie haben es als neuer Forstminister in der Hand, hier andere, neue Akzente zugunsten des Mittelstands in Baden-Württemberg zu setzen. Unsere Unterstützung hierfür biete ich Ihnen gern an. Sie stammen aus dem ländlichen Raum. Fragen Sie die Säge- und Holzunternehmen im Land, fragen Sie die Waldbesitzer im Land,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das Trojanische Pferd war auch aus Holz!)

wie die Vielfalt im Land als Grundlage für eine stabile wirtschaftliche und übrigens auch eine stabile soziale Struktur im Land erhalten werden kann.

Es geht nicht darum, Sonderverträge mit Großunternehmen abzuschließen. Schauen Sie nach Bayern: Dort droht für den Sommer 2010 die Umsetzung der sogenannten Klausner-Verträge.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Wir erwarten, dass Sie sich von derartigen Verträgen mit wenigen Großunternehmen über Dumpingpreise öffentlich distanzieren. In diesem Fall kann ich Ihrem Amtsvorgänger Hauk nur zustimmen, der einmal formulierte: Bayern hat einen Schwenk hin zu einem protektionistischen Kurs zugunsten der großen Unternehmen aus Österreich unternommen. Das war einseitig.

Als Forstwissenschaftler sage ich Ihnen abschließend: Eigenständige Arbeit und eigenständige Holzvermarktung in den Kreisforstämtern sind ein wichtiger Beitrag nicht nur für die Motivation, sondern auch für die Qualität der Arbeit im öffentlichen Dienst. Sie werden die Motivation der Förster im Land, Ihrer eigenen Beamten im Land, damit fördern.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Köberle.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sieht doch gesund aus, der Minister mit seinem Anzug! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jungferrede! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

**Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle:** Verehrte liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zwei meiner Vorredner haben Bezug auf die Regierungserklärung von heute Morgen genommen. Lieber Kollege Pix, der Ministerpräsident hat kein Lexikon der Landespolitik vorgelesen, in dem jedes Stichwort aufgeführt werden muss,

(Zuruf von der SPD: Aber das Wort „Holz“ wäre schon wichtig gewesen!)

sondern er hat für den Rest dieser Legislaturperiode und darüber hinaus in die Zukunft hinein Akzente gesetzt.

(Zuruf von der SPD: Es gibt mehr Bäume als Menschen in Baden-Württemberg!)

Lieber Kollege Krögner, ich verstehe nicht, dass Sie das Thema Forstwirtschaft dem ländlichen Raum zuordnen und dann die Situation des ländlichen Raums beklagen. Schauen Sie sich einmal hier in Stuttgart um. Ich glaube, dass der Forst und die Forstwirtschaft auch in der Landeshauptstadt Stuttgart, in der Großstadt eine ganz bedeutende Rolle spielen. Das ist kein Thema von Stadt oder Land.

Wenn wir hier in Baden-Württemberg über städtische und ländliche Räume reden wollen, dann können wir das gern tun. Aber dabei können wir uns nicht auf fünf Minuten beschränken, weil Baden-Württemberg auch in diesem Punkt eine Sonderstellung unter allen deutschen Ländern und Regionen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das hat uns schon vor zehn Jahren Roland Berger bescheinigt, der das Land unter die Lupe genommen und herausgearbeitet hat: Wo liegen die Schwerpunkte, wo liegen die Chancen, wo liegen die Entwicklungspotenziale in diesem Land? Seinerzeit hat er uns bestätigt – das hat sich bisher nicht geändert, sondern sicher noch weiter verbessert –, dass es keine andere Region gibt, in der Lebensqualität und Zukunftschancen in städtischen und in ländlichen Räumen so nah beieinander liegen wie in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dabei verschließen wir überhaupt nicht die Augen davor, dass es Probleme gibt, dass es Aufgaben im ländlichen Raum gibt; die gibt es aber genauso in den städtischen Bereichen. Andererseits: Es gibt Lebensqualität und Entwicklungspotenzial in städtischen und in ländlichen Räumen. Da brauchen Sie gar nicht zu hören, was Roland Berger und die Landesregierung sagen. Wir alle sind ja mobil, wir können durch Deutschland fahren, wir können durch Europa fahren. Deshalb können wir selbst feststellen, dass wir bei uns in Baden-Württemberg

(Minister Rudolf Köberle)

durchgehend blühende, funktionierende, hoch attraktive ländliche Räume haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle:** Lieber Herr Winkler, gern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der stellt anständige Fragen!)

Auch am Hochrhein ist es schön.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Es geht um die Vergleichbarkeit der städtischen und der ländlichen Räume. Darf ich Sie einfach darüber informieren, dass die Bevölkerungszahl in den ländlichen Räumen wegen der fehlenden Nahversorgung und, und, und seit ungefähr acht Jahren – zum ersten Mal seit 50 Jahren – wieder abnimmt, zugunsten der städtischen Agglomerationen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Da müsst ihr halt einmal dort einkaufen und dürft nicht immer in die Stadt fahren! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht in der Schweiz einkaufen, sondern daheim!)

**Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle:** Lieber Kollege Winkler – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat der Herr Minister!

**Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle:** Ich gehe davon aus, dass Sie auch eine Antwort auf Ihre Frage wollen. Sonst müssen Sie gleich sagen, dass Sie gar keine Antwort erwarten.

Wir kennen natürlich alle Zahlen; wir kennen die Probleme, vor denen der ländliche Raum steht. Die Konzentration in unterschiedlichen Bereichen ist ein globales Thema und geht nicht spurlos an Baden-Württemberg vorbei.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Richtig!)

Aber es dürfte doch auch klar sein und auch Ihnen nicht entgehen – dort, wo Sie herkommen –, dass eine systematische und über Jahrzehnte hinweg betriebene Politik für den ländlichen Raum gerade diese Entwicklung bei uns nicht so stark auftreten lässt, wie sie in anderen Bereichen festzustellen ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! Gerhard Weiser!)

Jetzt möchte ich aber – sonst bekomme ich Probleme mit der Redezeit, liebe Kolleginnen und Kollegen – zum Thema kommen. Es ist festgestellt worden, liebe FDP/DVP, dass Ihr Antrag nicht mehr ganz tauf frisch ist. Er ist fast eineinviertel Jah-

re alt, und genauso alt ist die Stellungnahme der Landesregierung.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Die FDP/DVP allgemein ist nicht mehr ganz tauf frisch!)

In der Zwischenzeit ist eine Wirtschaftskrise über uns hinweggegangen, bzw. sie geht noch über uns hinweg. Diese Krise brachte auch für den Holzmarkt in unserem Land Verwerfungen bei Angebot und Nachfrage, bei der Preisentwicklung und damit natürlich auch hinsichtlich der Situation der Holz produzierenden und Holz verarbeitenden Betriebe. Es ist und bleibt so, dass sich Holz im Unterschied zu manchen anderen Produkten am Markt nach Angebot und Nachfrage bewähren muss

(Abg. Thomas Knapp SPD: Warum sind die Preise in Baden-Württemberg am höchsten? – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Weil wir das beste Holz haben!)

und dass wir nur mit dem Staatswald antizyklisch agieren können. Das tun wir auch. Die Themenfelder sind angesprochen worden. Dort, wo wir verstärkt Holz als Produkt auf den Markt bringen können – sei es im Energiesektor oder im Bau-sektor –, gibt es von unserem Haus und vom Wirtschaftsministerium auch entsprechende Initiativen und Bemühungen.

Meine Damen und Herren, ich will ganz kurz die drei Schwerpunkte der Holzwirtschaft ansprechen. Diese drei Bereiche unterscheiden sich von ihrer Marktbedeutung, ihrer Situation und ihrer Entwicklung voneinander.

Da ist zum Ersten die Nadelschnittholzindustrie. Sie macht zwei Drittel des Marktes bei uns im Land aus. Da liegt also eindeutig der Schwerpunkt. Die Nadelschnittholzindustrie ist seit 20 Jahren durch einen andauernden Konzentrationsprozess gekennzeichnet.

Die Zahl der Sägewerke hat massiv abgenommen. 1995 waren es noch 3 500 Betriebe in Deutschland. Jetzt, im Jahr 2010, sind es weniger als 2 000. Vermutlich geht diese Entwicklung weiter. Eine kleine, überschaubare Zahl an Großsägewerken verarbeitet mittlerweile rund zwei Drittel des eingeschlagenen Stammholzes.

In den vergangenen Jahren wurde die Einschnittkapazität durch Neubau und Modernisierung von Sägewerken deutlich erhöht. Gleichzeitig ist auch eine Erhöhung der Bearbeitungstiefe zu beobachten.

Dieser Ausbau von Sägewerkkapazitäten steht im Gegensatz zu den abnehmenden Vorräten an schwachem und mittlerem Fichten- und Tannenstammholz. Die Einschnittkapazität liegt in diesem Segment seit einiger Zeit deutlich über der Rundholzmenge, die nachhaltig bereitgestellt werden kann.

(Abg. Alfred Winkler SPD: So ist es!)

Zusätzliche Potenziale – auch das ist von Ihrer Seite angesprochen worden – vermuten Sie im Kleinprivatwald. Nicht generell im Privatwald, sondern im Kleinprivatwald liegt noch Potenzial; es ist aber organisatorisch und strukturell schwer erreichbar.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Forstbetriebsgemeinschaft!)

(Minister Rudolf Köberle)

Aufgrund der Wirtschaftskrise sind in den beiden vergangenen Jahren Nachfrage und Preise auf dem Schnittholzmarkt deutlich zurückgegangen. Zahlreiche Betriebe mussten die Einschnittmenge zurückfahren, wodurch dann die Produktionskosten gestiegen sind. Die Liquiditätslage vieler Betriebe ist derzeit ausgesprochen kritisch zu sehen.

Wohin geht der Trend? Wie gesagt, zwei Drittel des Holzmarkts in unserem Land macht das Nadelholz aus. Es sind mehrere Entwicklungen, die einen deutlichen Einfluss darauf haben. Die eine ist der Klimawandel. Wenn wir dieses Thema nachhaltig in den Griff bekommen wollen, müssen sich Anbau und Produktion verlagern, nämlich weg vom Nadelholz und hin zum Laubholz. Wenn wir generell die Umwelt in den Blick nehmen – das tun wir auch –, dann ist zu sagen: Der Waldaufbau wird vielfältiger, geht aber in der Tendenz eher weg vom Nadelholz hin zum Laubholz.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schon noch ein bisschen Nadelholz!)

Der zweite Bereich ist die Laubschnittholzindustrie. Sie stellt in Baden-Württemberg einen wesentlich kleineren Teil der Holzwirtschaft dar und macht etwa 10 % des Marktes aus. Auch die Laubholzsägeindustrie ist durch eine Abnahme der Zahl der Betriebe gekennzeichnet. Hier sind vor allem die kleinen Betriebsstrukturen und die häufig veraltete Technik in diesen Betrieben problematisch.

Der Laubschnittholzmarkt ist stark exportabhängig. Aufgrund der weltweit rückläufigen Konjunktur sind die Rundholzpreise in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Aber inzwischen zieht die Nachfrage und ziehen in der Folge auch die Preise wieder an.

Perspektivisch ist aus meiner Sicht von Bedeutung, dass die Laubholzsägeindustrie rechtzeitig in innovative Einschnitttechnologie investiert und ihre Kapazitäten ausbaut, um auf dem Markt konkurrenzfähig zu bleiben. Wie vorhin schon gesagt, rechne ich mittel- bis langfristig mit einem zunehmenden Angebot an Laubholz aus unseren Wäldern.

Der dritte Bereich ist der Industrie- und Brennholzbereich. Er macht 15 % des Marktes aus. Hier haben wir eine deutliche Belebung des Marktes mit anziehenden Preisen. Auffallend ist hier ebenfalls ein zunehmendes Auseinanderlaufen von Angebot und Nachfrage. Das noch mobilisierbare Potenzial ist allerdings deutlich größer als im Bereich des Nadelstammholzes.

Jetzt zum Cluster „Forst und Holz“. Unser Haus hat eigens für den Cluster „Forst und Holz“ ein Programm eingerichtet. Die Clusterforschung der letzten Jahre hat zu einer Reihe von Veränderungen in der Diskussion über lokale und regionale Standortpolitik geführt. In diesem Zusammenhang ist die Clusterförderung mittlerweile zu einer wirtschaftspolitischen Standortkomponente geworden.

Über die „Richtlinie Cluster Forst und Holz“ hat das MLR die Möglichkeit, entsprechende Netzwerkbildungen und Kooperationen auch finanziell zu fördern. Die Bestrebungen waren bislang insbesondere darauf ausgerichtet, über die „Richtlinie Cluster Forst und Holz“ die Voraussetzungen zur Einrichtung eines zentralen, landesweiten Clustermanagements zu schaffen.

Wir haben nun mit einem Landesbeirat Holz Baden-Württemberg einen Antragsteller, der ideale Voraussetzungen aufweist, um die von uns gewünschten Beziehungs- und Vernetzungsaufgaben wahrzunehmen. Der Clustermanager beim Landesbeirat Holz wird noch im April 2010 seine Arbeit aufnehmen.

Darüber hinaus wird aktuell eine Clusterstudie erstellt. Sie soll die Wettbewerbssituation des Clusters „Forst und Holz“ in Baden-Württemberg analysieren und Handlungsempfehlungen geben. Die Studie wird Ende 2010 abgeschlossen sein, aber wir erwarten bereits im Frühjahr 2010 erste Hinweise.

Im Rahmen der Studie werden rund 16 Branchen – auch Branchen der zweiten Verarbeitungsstufe sind dabei – im Hinblick auf ihre aktuelle Wettbewerbssituation analysiert, relevante Trends aufgezeigt sowie Chancen und Risiken benannt. Insbesondere die Einbindung der zweiten Verarbeitungsstufe, beispielsweise also von Betrieben der Möbel- und Papierindustrie, ist uns außerordentlich wichtig. Wir werden dabei Unternehmen und Branchenvertreter vor Ort beteiligen. Diese Studie soll gar nicht so sehr zu wissenschaftlichen und theoretischen Ergebnissen führen, sondern sie soll uns ganz konkret sagen, was praktisch getan werden kann und getan werden muss.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen: Wald und Forst gehören prägend zu unserem Land Baden-Württemberg.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Der Wald erfüllt vielfältige Aufgaben, und er ist auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in unserem Land. Er liefert nachwachsende Rohstoffe,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er liefert Sauerstoff!)

er schafft Arbeitsplätze, und er ist eine gute und nachhaltige Geldanlage. Wir wollen alles tun, damit es bei uns in Baden-Württemberg auch in Zukunft so bleibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Winkler? – Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Minister, Sie sind neu in dieser Aufgabe, und ich will daher nicht zu tief in die Thematik einsteigen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hol das Holz aus dem Feuer, Alfred!)

Da Sie aber eine Studie zum Cluster „Forst und Holz“ in Baden-Württemberg ankündigen – die sicher angebracht ist –, frage ich Sie: Ist eines der Ziele dieser Studie, auch einmal die Struktur der Sägewerksindustrie unter die Lupe zu nehmen? Damit könnte vielleicht verhindert werden, dass große Sägewerke mit riesigen Überkapazitätsinvestitionen über Wettkampfpreise die kleinen Werke verdrängen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja Klassenkampf in der Sägeindustrie!)

(Alfred Winkler)

um hinterher dann vom Staat wieder gerettet zu werden, wenn es ihnen schlecht geht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Fragen Sie einmal die Betriebsräte und die Arbeiter dort! Das ist ja unglaublich!)

Sind diese Strukturen der Sägewerksindustrie ebenfalls Inhalt dieser Studie? Das würde ich für vernünftig halten.

**Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle:** Es ist selbstverständlich, dass auch die Sägewerke – ob nun große oder kleine – und deren Zukunftschancen sowie auch die Notwendigkeit von Veränderungen Gegenstand dieser Studie sein werden. Das ist völlig selbstverständlich. Denn dies gehört ganz zentral zum Thema „Holzwirtschaft in Baden-Württemberg“ dazu.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Antrag ist als Berichtsantrag mit der Aussprache erledigt.

Punkt 9 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 9. Februar 2010 – Hockenheim, Verkauf von Staatswald – Drucksachen 14/5864, 14/5926**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann**

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vorgesehen.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Reichardt für die Fraktion der CDU, bitte schön.

**Abg. Klaus Dieter Reichardt** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde zu vorgerückter Stunde meine Redezeit von fünf Minuten nicht ausschöpfen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Prima! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr sympathisch!)

Denn bei der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung gibt es eindeutig keinen Grund, dem Begehren nicht zuzustimmen. Der vereinbarte Kaufpreis ist optimal. Ich darf den Betrag nicht nennen; er steht jedoch in Ihren Unterlagen. Hierüber wurde auch schon im Finanzausschuss beraten.

Ein Vertreter der Fraktion GRÜNE hat am 25. Februar 2010 im Finanzausschuss eingewandt, der vorgesehene Verkauf sei angeblich nicht wirtschaftlich. Warum dies so sein soll, bleibt ein grünes Geheimnis. Denn ich stelle fest, dass der zu erzielende Preis gut ist. Auch der Oberbürgermeister der Stadt Hockenheim, der meiner Partei übrigens nicht angehört, mit dem ich heute Nachmittag noch einmal telefoniert habe, hat gesagt: „Beschließen Sie den Verkauf bitte; wir wollen dringend anfangen.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Klar, Schumi kommt!)

– Das ist richtig. Mit dem Großen Preis von Deutschland hängt diese Investition zwar überhaupt nicht zusammen, aber Schumi kommt, und man muss sich vorbereiten.

Es entstehen 20 bis 25 neue Arbeitsplätze, sofern wir dem Antrag zustimmen. Künftig werden auf dem betreffenden Gebäude sehr große Dachflächen mit Fotovoltaikanlagen bestückt. Das heißt, es kommt ein ökologischer Aspekt hinzu, der sehr gut ist. Das Gesamtkonzept klinkt sich in das EU-Programm zur Förderung der Verlagerung von Verkehr von der Straße auf die Schiene ein.

Wir sollten dem Antrag heute auch deshalb zustimmen, damit die Holzerntearbeiten beginnen können. Im Frühherbst, wenn alle ökologischen Belange vorgeklärt sind, soll es losgehen. Mit Ihrer Zustimmung geht es vielleicht noch schneller los.

Vielen Dank vorab und beste Grüße aus Hockenheim, der Stadt, in der ich geboren bin. Ich lebe natürlich in Mannheim, und das bleibt auch so.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Grünstein für die Fraktion der SPD.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kommt die auch aus dieser Gegend?)

**Abg. Rosa Grünstein** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Reichardt hat es gerade gesagt: In der Stadt Hockenheim plant einer der größten Steuerzahler dort eine Erweiterung seines Betriebs. Das ist eine erfreuliche Angelegenheit, danke ich.

Erweiterung bedeutet aber auch, dass man mehr Platz und mehr Fläche benötigt. Auf der infrage kommenden Fläche – es handelt sich um rund 5 466 ha – steht Staatswald.

(Zuruf von der CDU: 5 000 ha? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das stimmt nicht!)

– Entschuldigung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das macht nichts!)

Sie kennen die Größenordnung. – Niemand wird leichten Herzens Staatswald veräußern, auch in Hockenheim nicht. Deshalb wurde lange und sehr gründlich und auch ausführlich im Gemeinderat diskutiert.

Weil durch den Umbau des Hockheimrings – manche werden sich noch daran erinnern – schon einmal über viel Wald diskutiert werden musste, ist man gerade in Hockenheim besonders sensibel, wenn es um das Fällen von Bäumen geht. Aber einer Firma, die es sich auf die Fahnen geschrieben hat, Erweiterung im ökologischen Sinn vorzunehmen, steht dann auch ein Gemeinderat in Hockenheim positiv gegenüber.

(Zuruf: Sehr gut!)

So wurde dem Antrag der Stadt Hockenheim auf Erweiterung des Gewerbegebiets öffentlich-rechtlich zugestimmt. Die zu veräußernde Fläche unterteilt sich in eine künftig bebaubare Fläche mit rund 49 620 m<sup>2</sup> und eine Waldfläche mit rund 5 037 m<sup>2</sup>.

Nach dem Erwerb der Fläche wird die Firma im Rahmen ihrer Erweiterung mit EU-geförderten Maßnahmen den bereits

(Rosa Grünstein)

bestehenden Eisenbahnanschluss verlängern – Kollege Reichardt hat es schon gesagt –, um damit den Haupttransport über die Schiene abwickeln zu können. Das ist eine, denke ich, sehr ökologische und von den Grünen sicher begrüßte Maßnahme.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Knapp SPD: Ja, gut! Gute Firma!)

Deshalb muss es eben genau dieses Grundstück sein – kein anderes. Außerdem soll ein Großteil der neuen Fläche mit Fotovoltaikanlagen bestückt werden. Dass es einen Gemeinderatsbeschluss gibt, der der Firma zur Auflage macht, auf einer gleich großen Ausgleichsfläche Wiederaufforstung zu betreiben, und außerdem – auch das hat der Kollege gerade gesagt – 20 bis 25 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, hat es dem Gemeinderat dann doch relativ leicht gemacht, diese Entscheidung zu treffen.

Die Offenlage der Maßnahme ist bereits abgeschlossen und der Bebauungsplan in Vorbereitung. Es ist eigentlich kein Grund erkennbar, warum diesem Antrag nicht zugestimmt werden sollte. Deshalb wird die SPD genau dies tun, nämlich dem Antrag zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pix für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist wieder hart, wenn man so allein ist! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Allein im wilden Wald!)

**Abg. Reinhold Pix** GRÜNE: Jetzt hören Sie doch erst einmal zu, was ich zu sagen habe.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist ein Stück weit symbolträchtig: Es geht um einen Antrag des Finanzministeriums zu einem Grundstück im Gewann Kiesgrube 1. Unterschrieben ist der Antrag von Herrn Staatssekretär Fleischer.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Oh, das ist gefährlich! – Abg. Karl Klein und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was soll das? – Abg. Alfred Winkler SPD: Es geht um Wald und nicht um Kies! – Abg. Thomas Knapp SPD: Aber die Bäume sind noch nicht versteinert!)

– Ich sprach von einem Symbol. Warum das so ist, werden Sie gleich sehen. Denn es geht hier, sehr geehrte Damen und Herren, schließlich um nichts anderes als um den Verkauf von über 5 ha Staatswald.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Geplant ist die Ausdehnung einer in Hockenheim ansässigen Firma. Das ist selbstverständlich legitim. Das ist auch deswegen legitim, weil die entsprechende Firma schon lange in der Region ansässig ist, Arbeitsplätze sichert und Gewerbesteuer bezahlt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Also! Prima! Dann einfach zustimmen und fertig! – Weitere Zurufe)

Das Land will also dem Waldverkauf und damit einer Rodung zustimmen.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Wir fragen uns: Wie hat das Land abgewogen? Insbesondere fragen wir uns: Gibt es eine Alternative, und, wenn ja, wurde diese geprüft?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Bei der Bewertung dieses Vorgangs, der hier quasi klammheimlich und ohne Aussprache durch das Parlament ablaufen sollte,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bitte? – Unruhe)

mussten wir Grünen leider feststellen:

(Zuruf des Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU)

Es gibt eine ernsthafte Diskussion über die Nutzung einer alternativen Fläche. Vor diesem Hintergrund haben wir den Gesamtvorgang geprüft. Im vorliegenden Fall handelt es sich um einen regionalen Grünzug und gleichzeitig um einen schutzbedürftigen Bereich für die Forstwirtschaft.

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Falsch! Einfach falsch! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, seien Sie noch eine Weile ruhig. Wir haben es bald geschafft.

**Abg. Reinhold Pix** GRÜNE: Der Raum bei Hockenheim ist hoch verdichtet. Die restlichen Wälder besitzen daher für die Luftqualität, für das Lokalklima und damit für die Lebensqualität der Menschen eine besondere Bedeutung.

Die Landesregierung strebt angeblich den Nullnettoflächenverbrauch an. Die Realität stünde dem bei einer Bebauung allerdings diametral entgegen.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Die Bedeutung des Waldes wurde heute schon von Forstminister Köberle erwähnt. Für die Grundwasserneubildung, den Klimaschutz, den Bodenschutz, die biologische Vielfalt und die Holzproduktion hatte der Wald in den Augen des ehemaligen Agrarministers Peter Hauk offensichtlich keine vorrangige Bedeutung. Denn die Landesregierung will 5 ha Wald roden lassen und die Fläche asphaltieren lassen, obwohl in unmittelbarer Umgebung eine geeignete Alternativfläche besteht, die – dies hat übrigens auch Frau

(Abg. Thomas Knapp SPD: Grünstein! Rosa Grünstein! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Grünstein! Passend zu Ihnen! – Vereinzelt Heiterkeit)

Grünstein gesagt – auch durch diese Eisenbahnschiene erschlossen ist. Dabei hat die dortige Region inklusive der Gemeinde Hockenheim durch den Bau der B 36 und der Schnellbahntrasse bereits über 100 ha Wald verloren.

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Dummes Geschwätz!)

(Reinhold Pix)

Zu welchem Ergebnis kommt nun der von der Stadt Hockenheim selbst beauftragte Gutachter? Die Bebauung ist kritisch bis unvertretbar. Der Vorgang in Hockenheim ist bisher leider exemplarisch dafür, dass die Regierung manchmal grün redet und meist schwarz handelt.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Haben Sie Alternativen?)

Auch für das Land gilt die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Aber auch diese wird „weggewogen“. Wir Grünen stehen für die Erhaltung des Waldes bei Hockenheim. Wir stehen für eine naturverträgliche Wirtschafts- und Industriepolitik. Behaupten Sie nicht, dass es keine Alternative gäbe. Behaupten Sie nicht, dass das Gelände der Firma Braas als Ersatzgelände ungeeignet wäre.

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Doch! Völlig ungeeignet!)

Wir haben die Eignung des Alternativgeländes der Firma Braas von Fachleuten überprüfen lassen. Diese kommen zu dem Ergebnis: Das Gelände ist geeignet.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Herr Minister Köberle, Sie sind neu im Amt. Sie waren mit diesem Vorgang bisher noch nicht betraut. Sie können die Situation und die Alternativen völlig unbefangen prüfen. Wir bitten Sie und fordern Sie auf: Stoppen Sie als neuer Forstminister den Waldverkauf, und bemühen Sie sich um sinnvolle Alternativen, die sowohl der Lebensqualität der Menschen als auch der Erhaltung der Arbeitsplätze, als auch dem Klima- und dem Naturschutz dienen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sind Sie von der Holzindustrie?)

Sie werden uns an Ihrer Seite finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese „Kiesgrube“ ist für das Handeln der Landesregierung insoweit symptomatisch

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– ich möchte zusammenfassen –, als anstatt eines Nullnettoflächenverbrauchs unnötigerweise 5 ha naturnaher Wald verkauft werden. Der Erlös wandert in den Forstgrundstock. Dieser wird dann im Jahr 2011 erneut zweckwidrig geplündert,

(Zuruf von der CDU: Oi, oi, oi!)

und die Mittel werden der Haushaltssanierung zugeführt. Das heißt, Sie zerstören hier 5 ha naturnahen Wald und sanieren damit Ihren Haushalt. Das, was Sie hier vorhaben, ist nichts anderes.

(Lachen des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Ein Fantast!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Wetzel für die Fraktion der FDP/DVP.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das, was Herr Pix gerade abgegeben hat, erinnert an die Fundamentalopposition und die Fundamentalgrünen, wie sie Anfang der Achtzigerjahre gestartet sind.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Offensichtlich sind Sie in diesen Stiefeln stecken geblieben.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Es gibt den interessanten Fall, bei dem eine Firma ihren Betrieb erweitern und 25 Arbeitsplätze schaffen will. Sie will auch zusehen, dass das ökologisch gut über die Bühne geht. Die Gemeinde will das auch. Herr Pix, man kann aber nicht einfach nur sagen, dass die Gemeinde das will. Vielmehr sind gewisse Regularien und gesetzliche Vorschriften zu beachten,

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

angefangen vom Flächennutzungsplan über den Regionalplan bis hin zum Bebauungsplan. Dabei werden immer auch die Behörden angehört. Die Behörden haben offensichtlich keine Bedenken geäußert. Einzige Bedenkenträger sind die Grünen, und damit sind sie ziemlich allein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! Das sollen sie auch bleiben!)

Wie ich gehört habe, ist der Preis in Ordnung und gut, und die Gemeinde will. Insbesondere die Grünen darf ich daran erinnern, dass in Artikel 28 des Grundgesetzes das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Freiherr vom Stein – geregelt ist. Jetzt wollen Sie da hineinfunkeln und sagen: „Nein, wir wissen das alles viel besser. Du darfst nicht verkaufen. Du, Gemeinde, darfst nicht ansiedeln. Zurück! Wir Grünen bestimmen.“

Gott sei Dank gibt es Gesetze und Regularien,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

wonach die Sache für in Ordnung und gut befunden wird, und zwar auf ganz demokratischem Weg. Dazu braucht man keine Grünen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Köberle.

**Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle:** Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe den Eindruck, dass wir hier wertvolle Zeit totschiessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP  
– Abg. Winfried Scheuermann CDU: Sehr gut!)

Wir sind mitten in einer der größten wirtschaftlichen Krisen unserer Geschichte. Wir diskutieren über einen Waldzipfel.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Wir sind froh und dankbar, dass es in Hockenheim ein Logistikunternehmen gibt, das Aufträge hat, das investieren will, das Arbeitsplätze erhalten will und das Arbeitsplätze schaffen will. Das ist die Ausgangslage.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD  
und der FDP/DVP)

Da bleibt natürlich die Frage – die aber schon beantwortet ist –: Wo wird denn sinnvollerweise investiert und gebaut? Diese Frage ist durch ein Gutachten beantwortet worden.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Das Gutachten besagt, dass dies auf der vorgesehenen Fläche am besten ist, weil an dieser Stelle der Flächenverbrauch am geringsten ist, weil an dieser Stelle die Grundinfrastruktur vorhanden ist und weil die verkehrlichen Anschlüsse an dieser Stelle optimal geregelt sind.

Worum geht es eigentlich? Es geht um ein Stück Wald, das von der B 36, der Rheintalbahn und einem Gewerbegebiet umgeben ist. Es geht also um ein eingeschlossenes Stück Wald, das eine Größe von 26 ha aufweist. Von diesen 26 ha nimmt man 5,5 ha weg. Die verkauft das Land nach den Regeln der Landeshaushaltsordnung. Was an Wald umgewandelt wird, wird natürlich in der Natur ausgeglichen.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Wo?)

Also bleibt die Ökobilanz neutral.

Was betreiben Sie? Sie betreiben Ideologie und versuchen, zu blockieren. Das oberste Gebot der Stunde sind aber Arbeit und Zukunft in Hockenheim und in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!  
Ein guter Schluss zielt alles!)

Deshalb bin ich dankbar, dass der Finanzausschuss mit so großer Mehrheit vernünftig und im Sinne der Zukunft entschieden hat.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!  
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Für jedes sinnlose Windrad wird mehr Wald gerodet!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5926. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich darf Sie noch darauf hinweisen, dass der Parlamentarische Abend des Verbands für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e. V. um 19:00 Uhr beginnt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 11. März, um 14:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir Ihnen auch!)

und schließe die Sitzung.

**Schluss: 18:34 Uhr**